Mittwoch, 7. September 1983 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 208 - 36.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Erste Sanktionen: Präsident Reagan verurteilt die Sowjets in scharfer Form wegen des „Flugzeugmassakers" in Ostasien, kündigt aber moderate Sanktionen an. Es gehe nicht um „Rache", sondern um Aufklärung des Falls und eine klare Entschuldigung Moskaus. Neben USA verhängt auch Kanada Sanktionen; weitere Protestdemonstrationen in Südkorea. (S. 1 und 6)

Noch kein Termin: Israel sieht sich bei der Festsetzung eines neuen Termins für den Besuch Bundeskanzler Kohls nicht unter Zeitdruck, erklärt Bonn-Botschafter Ben-Ari. Es sei „unwesentlich", daß Kohls erste Nahostreise in arabische Länder führe. Kohl fliegt am 5. Oktober nach Jordanien, danach nach Ägypten und Saudi-Arabien.

Verfahren in Bitburg: Gegen 283 Teilnehmer einer „Friedens-Blockade" des US-Stützpunktes in Bitburg laufen Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Nötigung.

SPD und Grüne einig: Beide Fraktionen lehnen die Einsparungen im Bundeshaushalt von 6,6 Milliarden Mark und die Steuererleichterungen für die Wirtschaft von rund 3,5 Milliarden Mark ab.

Grundgesetz: Die 1981 von der damaligen Bundesregierung berufene Kommission schlägt Erweiterung des Grundgesetzes um die Bereiche Umweltschutz, Arbeit und Pflege der Kultur vor.

INF-Verhandlungen: Die Verhandlungen über die Begrenzung der Mittelstreckenwaffen (INF) zwischen USA und UdSSR in Genf wurden nach achtwöchiger Pause wieder aufgenommen. Präsident Reagan dazu in Brief an den Kanzler: Voraussetzung für Zwischenergebnis ist Einlenken der Sowjets. (S. 4)

Thatcher trifft Kohl: Die britische Premierministerin kommt am 21. September zu einem Arbeitsbesuch nach Bonn; zuvor Besichtigung der Rheinarmee.

KSZE vor Einigung: Nach langem Zögern will Malta jetzt dem Schlußdokument der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zustimmen.

Drusen rücken vor: Im libanesischen Bürgerkrieg besetzen linke Drusen-Milizen Bhamdun an der Straße Beirut-Damaskus. US-Gesandter McFarlane bei Präsident Gemayel.

Peronisten-Kandidat: Die peronistische Partei Argentiniens wählt Italo Luder zum Präsidentschaftskandidat für die Wahlen Ende Oktober.

Heute: Haushaltsdebatte im Bundestag nach Einbringungsrede von Finanzminister Stoltenberg (10.00 Uhr). – Außenministertreffen der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten in Madrid. – Begegnung von US-Außenminister Shultz mit Sowjetkollegen Gromyko vorgesehen. – Volksabstimmung über Abtreibungsverbot in Irland.

ZITAT DES TAGES



„Ein Gottesdienst wird verfälscht, wenn er Züge einer – wenn auch noch so gut gemeinten – politischen Demonstration annimmt."

Der EKD-Ratsvorsitzende Bischof D. Eduard Lohse in einem Rundbrief an die Pastoren seiner hannoverschen Landeskirche zu geplanten „Friedensgottesdiensten"
FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

Auto-Boom 2000: Die Zahl der Pkws in der Bundesrepublik Deutschland wird bis zum Jahr 2000 auf 28,5 bis 30 Millionen ansteigen, heißt es in einer Shell-Prognose. (S. 9)

Subventionsabbau: Finanzminister Stoltenberg gegen „Rasenmäher-Methode" sondern für gezielten Abbau von Subventionen; Kabinett verabschiedet Subventionsbericht. (S. 9)

Leistungsbilanz: Im Juli Defizit von 3,08 Milliarden Mark nach Überschuß von 0,43 Milliarden Mark im Vormonat.

Asien vor Europa in USA: Der Warenaustausch USA–Asien war 1982 erstmals größer als der Austausch mit Europa (121,2 Milliarden Dollar gegen 115,8 Milliarden). (S. 9)

U-Boote nach Norwegen: Oslo will sechs U-Boote im Gesamtwert von 1,2 Milliarden Mark in der Bundesrepublik Deutschland kaufen.

Hilfe für Steinkohle: Zur Vermeidung sozialer Härten will die Bundesregierung die Anpassung an künftig geringeren Bedarf „erleichtern". (S. 9)

Börse: Bei überwiegend freundlicher Tendenz nahm im Verlauf die Neigung zu, Kursgewinne zu realisieren. Der Rentenmarkt war weiter gut behauptet. WELT-Aktienindex 138,1 (137,4). Dollarmittelkurs 2,6718 (2,6811) Mark. Goldpreis pro Feinunze 418,25 (419,10) Dollar.

KULTUR

5000 Jahre Akko: In der nordisraelischen Stadt sind die Überreste eines etwa 5000 Jahre alten Bauernhofs gefunden worden. Damit gehört Akko zu den ältesten bekannten Siedlungen der Welt.

Tomasek nicht nach Wien: Der Erzbischof von Prag, Kardinal Tomasek, kommt entgegen seiner Zusage nicht zum Papstbesuch nach Wien. Grund: „unvorhergesehene Komplikationen". Tomasek hatte das Regime kritisiert. (S. 2)

SPORT

Rudern: Das Rollausleger-Boot, in dem Peter-Michael Kolbe Weltmeister wurde, ist mit den Stimmen deutscher Funktionäre ab 1. Januar 1984 verboten worden.

Tennis: Favorit McEnroe ist bei den Meisterschaften der USA ausgeschieden. Er unterlag Bill Scanlon. Sylvia Hanika erreichte das Viertelfinale.

AUS ALLER WELT

Flucht aus Pozzuoli: Die Bewohner der Kleinstadt nahe Neapel flüchten in Massen an die Küste, weil die seit Monaten andauernden Erdstöße in Pozzuoli immer häufiger und immer stärker werden. Das Terrain hat sich schon um 74 Zentimeter angehoben, die verbliebenen Bewohner campieren im Freien. (S. 20)

Kollision auf der Donau: Beim Zusammenstoß eines Tragflügelboots mit einem Schleppkahn bei Wien starben zwei Menschen.

Wetter: Von Süden nach Norden zunehmend wolkig und regnerisch; starker Wind aus West. Temperaturen im Süden bis 22, im Norden nur bis 19 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Sanktionen: Europäer beraten heute gemeinsames Vorgehen

Bonn begrüßt „maßvolle Reaktion" Präsident Reagans auf Moskaus Verhalten

DW. Bonn/Washington

Die europäischen Partner der USA wollen heute am Rande der Schlußsitzung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid darüber beraten, in welcher Weise sie sich den am Dienstag verkündeten amerikanischen Sanktionen gegen die Sowjetunion anschließen werden. Die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens wurde gestern insbesondere von der Bundesregierung in Bonn herausgestellt. Staatssekretär Boenisch nannte die Reaktion Präsident Reagans auf den Abschuß einer südkoreanischen Verkehrsmaschine durch die UdSSR maßvoll und verantwortungsbewußt und machte deutlich, daß sich Bonn mit der Zielsetzung der amerikanischen Sanktionen identifiziert.

Frankreich will erst die Ergebnisse der Debatten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen abwarten, bevor es sich zum Thema Sanktionen äußert. Premierminister Pierre Mauroy kündigte gestern an, die französische Regierung werde dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko bei dessen jetzt für Freitag angekündigtem Besuch sagen, was sie von dem Abschuß der südkoreanischen Maschine halte. Als „angemessen und gerecht" begrüßte Südkorea die von Reagan angekündigten Maßnahmen. Sollte Moskau im Sicherheitsrat eine Verurteilung des Flugzeugabsturzes durch sein Veto unmöglich machen, will Seoul das Thema vor die Vollversammlung der Vereinten Nationen bringen. In koreanischen Pressekommentaren war von „zu schwachen, ja lauwarmen" Sanktionen die Rede.

Vorübergehende Sanktionen gegen die Luftverkehrsgesellschaft Aeroflot durch die europäischen NATO-Staaten wurden in Bonn gestern nicht völlig ausgeschlossen.

TH. KIELINGER, Washington

US-Präsident Reagan verkündete in seiner Fernsehrede im einzelnen:

- Die USA werden geplante bilaterale Gespräche mit Moskau über die Eröffnung neuer Konsulate in Kiew und New York sowie die Verbesserung kultureller und wissenschaftlicher Kontakte ruhen lassen. Ein Abkommen über verkehrstechnische Kooperation, 1973 geschlossen, wird nicht erneuert.
- Das Start- und Landeverbot für Maschinen der sowjetischen staatlichen Fluglinie „Aeroflot", nach der Polen-Krise verhängt, bleibt in den USA weiter in Kraft. Reagan lobte die kanadische Regierung, die wenige Stunden vor seiner Fernsehansprache ein ähnliches Verbot für Kanada ausgesprochen hatte. Er ließ keinen Zweifel, daß er parallele Schritte auch von anderen Regierungen gerne sehen würde.
- Die amerikanische Regierung wird in der nächsten Woche „über diplomatische Kanäle" von der Sowjetunion Schadensersatz namens der 61 Amerikaner fordern, die bei dem Flugzeugabschuß ums Leben kamen.
- Außenminister Shultz wird in der morgigen Unterredung mit seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko in Madrid – „falls Gromyko überhaupt kommt", wie Reagan pointiert formulierte – klare Antworten über das „Massaker" verlangen. „Die Sowjets schulden der Welt eine Abbitte", sagte Reagan in seiner Ansprache.
- Die Organisationen der internationalen Zivilluftfahrt sollten den Fall untersuchen und nach Wegen forschen, wie solche Katastrophen in Zukunft verhindert werden können. Eine Schutzmaßnahme, so erläuterte der amerikanische Präsident, gäbe es bereits: „Eine internationale Radiofrequenz, auf der Piloten mit Flugzeugen anderer Nationen in Kontakt treten können, wenn sie in Not geraten oder sich verirrt haben. Die sowjetischen Militärmaschinen sind aber nicht damit ausgerüstet, weil das eine potentielle Hilfe wäre für Piloten, die fliehen wollen."

SEITE 6:
Motivforschung zum Abschuß

Reagan beendete seine Ansprache mit einem deutlichen Blick auf den innenpolitischen Vorteil, den er für seine „Politik der Stärke" aus dem tragischen Ereignis zu ziehen gedenkt. Der wirkliche Test sei jetzt, ob man gegenüber Moskau „stark, stetig und vereint" auftrete. Mit einem Zitat von Henry Jackson, dem jüngst verstorbenen angesehenen Senator, erinnerte der Präsident ganz konkret an ein Programm, das ihm besonders am Herzen liegt: die Bewilligung des Baus der MX-Rakete, die „entscheidend für die Zurückgewinnung der strategischen Parität mit den Sowjets ist".

DER KOMMENTAR

Staatsmännisch

THOMAS KIELINGER

In Zeiten aufgewühlter Emotionen Augenmaß zu behalten unterscheidet den Staatsmann vom bloßen Politiker. Es zeichnet Ronald Reagan aus, daß er mit seiner Rede am Montagabend ein klassisches Beispiel politischer Mäßigung gegeben hat. Die barbarische Tat des Flugzeug-Abschusses hat ihn nicht zu Reaktionen getrieben, die in ihrer Dramatik politisch zweifelhaft gewesen wären.

Der Präsident bleibt vielmehr unbeirrt bei seinem strategischen Ziel, die sowjetische Bedrohung durch eine Politik der Stetigkeit und des Beharrungsvermögens zu vermindern, anstatt von dieser Bedrohung durch plötzliche Richtungsänderungen abzulenken und dadurch womöglich selbst als der bedrohliche Faktor vor der Welt dazustehen.

In eine solche Richtung will die amerikanische „Neue Rechte" ihren Präsidenten drängen. Unilateralismus lautet der Schlachtruf, Bekundung höchster Empörung durch Abkehr von jeder Ostpolitik, angefangen mit den Abrüstungsgesprächen. Nur wer die isolationistischen Reflexe Amerikas wirklich begreift, weiß zu erfassen, was es bedeutet, diesem Druck zu widerstehen. Reagan hat sich als ein Denker in Allianzen erwiesen, als ein Mann der Mitte und der Welt-Verflochtenheit. Er hat gelernt, Bundesgenossen um sich zu scharen, im Kongreß und in Übersee, statt mit dem Kopf durch die Wand – und in die Selbstisolation – zu gehen.

Das kluge Auftreten des Präsidenten korrigiert alle jene, die in diesem Mann nicht mehr sehen wollten als den „Cowboy mit dem rauchenden Colt". Daß man Reagan sorgfältiger bewerten muß, erkennen jetzt sogar die „New York Times" und die „Washington Post", an deren Reagan-Kritik sich viele in Westeuropa zu orientieren pflegen. „Bemerkenswert" nennt ein so links eingerasteter Kolumnist wie Tom Wicker die „zurückhaltende und weitsichtige" Reaktion Reagans. Und die „Washington Post" attestiert ihm unumwunden „präsidentielles Verhalten".

Dieses Verhalten verliert nichts von seiner Bedeutung, wenn man in ihm gleichzeitig die geschickte legislative Taktik des Präsidenten erkennt, nach der neuen Selbstentblößung Moskaus an die eigenen langfristigen Programme der Verteidigungspolitik – etwa den Bau der MX-Rakete – zu erinnern: Das ist die Ergänzung des Staatsmannes durch den „Politiker" in einer schwierigen, offenen Demokratie.

Reagan muß sich nicht durch neue „Härte" beweisen. Vielmehr haben die Sowjets den Beweis herausgefordert, daß Reagans Festigkeit die einzige realistische Gegenposition der westlichen Welt darstellt. Wenn dieser Mann wiedergewählt wird, braucht sich niemand im Kreml zu fragen, warum.

Tonbänder widerlegen Kreml-Angaben

USA und Japan veröffentlichen Funkgespräche / Moskauer Fernsehen: Pilot hat Pflicht erfüllt

kie./dlt./DW. Washington/Tokio

Die USA und Japan haben gestern abend im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Tonbandmitschnitte des Funkverkehrs vorgespielt, den die sowjetischen Jagdbomber-Piloten mit ihren Bodenstationen führten, während sie die südkoreanische Linienmaschine verfolgten. Mit der Freigabe dieser Tonbandmitschnitte wollen die amerikanische Regierung und auch Tokio die alleinige sowjetische Verantwortung für den Abschuß des KAL-Jumbo mit 269 Menschen an Bord dokumentieren.

Bereits am Montagabend hatte Präsident Reagan in einer landesweit ausgestrahlten Fernsehansprache die entscheidenden Sekunden dieses Funkverkehrs vorgeführt. Ergänzend gab gestern die japanische Regierung einen Teil ihrer Tonbänder frei. Es handelt sich um die Augenblicke kurz vor und nach dem Abschuß des Passagierflugzeugs.

Aus den Tonbandaufzeichnungen geht eindeutig hervor, daß, so Europa-Direktor im State Department, Richard Burt, „kein Versuch seitens der Jagdbomber unternommen wurde, das observierte Flugzeug gegenüber der Bodenstation zu identifizieren. Den Piloten wurde einfach befohlen, das Flugzeug abzuschießen".

Die Tonband-Passage beginnt mit der Meldung des SU-15-Piloten an „Deputat", dem Code-Namen der sowjetischen Bodenkontrolle:

– 18.18:34 Uhr (MESZ) – Pilot des Kampfflugzeuges SU-15 an „Deputat": „Die Positionslichter brennen. Das Blinklicht ist an."
– 18.18:56 Uhr – Pilot des Kampfflugzeuges MiG-23 an „Deputat": „Verstanden. Ich bin auf 7500, Kurs 230."
– 18.19:02 Uhr – SU-15-Pilot an „Deputat": „Ich nähere mich dem Ziel."
– 18.26:20 Uhr – SU-15-Pilot an „Deputat": „Ich habe die Luftabwehrrakete abgefeuert."
– 18.26:22 Uhr – SU-15-Pilot an „Deputat": „Das Ziel ist zerstört."
– 18.26:27 Uhr – SU-15-Pilot an „Deputat": „Ich drehe ab."

Ergänzend wurden von Japan folgende unverschlüsselte Funksprüche für die Minuten vor dem Abschuß in japanischer Standardzeit (Abschuß 03.26 Uhr und 20 Sekunden) veröffentlicht:

– 03.21:35 Uhr: „Das Ziel blinkt mit den Navigationslichtern. Wir haben uns ihm bis auf zwei Kilometer genähert."
– 03.25:11 Uhr: „Nähern uns dem Ziel. Verfolgen es. Entfernung acht Kilometer."

Nach japanischer Interpretation bedeuten diese Funksprüche, daß der Pilot der koreanischen Maschine den sowjetischen Militärflugzeugen wenige Minuten vor dem Abschuß mit den Navigationslichtern signalisiert habe, daß er ihren Anweisungen Folge leisten werde.

Die Freigabe der Tonbänder von amerikanischer und japanischer Seite soll gleichzeitig das sowjetische

● Fortsetzung Seite 6

Bundeshilfe für Bremer Wirtschaft

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Bundesregierung ist bereit, Bremen finanziell zu helfen. Der Grundsatzbeschluß, den gestern Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff nach der Kabinettssitzung vor der Presse erläuterte, sieht regionalpolitische Maßnahmen zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen außerhalb des Stahl- und Werftenbereichs und damit keine Subventionierung notleidender Sektoren vor.

Die Bundesregierung will sich im Planungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" für ein Sonderprogramm einsetzen. Dieses soll auf vier Jahre befristet sein. Es sieht eine Investitionszulage von 8,75 Prozent vor. Darüber hinaus sei der Bund bereit, in den nächsten vier Jahren 80 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, wenn Bremen den gleichen Betrag aufbringt.

Dieses Programm bedürfte der Zustimmung der Ländermehrheit, die es, wie erste Beratungen gezeigt haben, nicht gebe, da auch alle drei anderen Küstenländer sich dagegen ausgesprochen haben. Die Bundesregierung hat an die Länder appelliert, den Maßnahmen zuzustimmen.

Lambsdorff forderte noch einmal den Bremer Senat auf, ein Konzept für die Umstrukturierung der Großwerften vorzulegen, das auch tatsächlich von allen Beteiligten getragen werde. Lambsdorff sprach von einer Hängepartie, nachdem der Vorstand der AG Weser die Fusionspläne am Wochenende abgelehnt hatte. Er machte deutlich, daß es keine Änderung der Werftenhilfe geben werde.

Malta stimmt Schlußdokument der KSZE zu

ROLF GÖRTZ/DW. Madrid

Malta hat gestern als 35. und letztes Land dem Schlußdokument der Madrider KSZE-Folgekonferenz zugestimmt, verlautete aus Konferenzkreisen. Die Konferenz soll Donnerstag und Freitag durch ein Außenminister-Treffen abgeschlossen werden.

Trotz der in Madrid vereinbarten Verbesserungen im humanitären Bereich bezeichnete das Internationale Sekretariat der Gesellschaft für Menschenrechte das Ergebnis des Folgetreffens als eine schwere Enttäuschung. In der Praxis seien nur Verschlechterungen zu registrieren. So werde trotz der Versprechungen Bukarests gegenüber Bundesaußenminister Genscher von ausreisewilligen Deutschrumänen weiterhin eine hohe Zahlung an Devisen verlangt. Die Zahl der Ausreisegenehmigungen für Juden und Deutsche aus der Sowjetunion sei wesentlich eingeschränkt worden.

Vor allem in den baltischen Staaten der Sowjetunion werde das Selbstbestimmungsrecht der Völker brutal unterdrückt, das Versprechen der Religionsfreiheit bleibe unerfüllt. Der Präsident des Weltbundes freier Letten, Kadeles, erwähnte vor der internationalen Presse in Madrid eine ganze Reihe von Urteilen und sogar Morden, von denen mehrere Priester und ein Jugendlicher betroffen seien. Im Zuge der Russifizierung der baltischen Staaten würden Zehntausende krimineller Häftlinge in offene Arbeitslager der baltischen Staaten gebracht, um sie nach ihrer Freilassung in die Bevölkerung zu integrieren.

Seite 2: Die Menschenrechte

Geht Moskaus bester Regisseur?

Ljubimow will Leitung des Taganka-Theaters niederlegen / Kritik an Kulturpolitik

SIEGFRIED HELM, London

Jurij Ljubimow (65), der bekannteste sowjetische Theaterregisseur, hat seinen Rücktritt von der Leitung des Moskauer Taganka-Theaters angeboten. Sein Vorwurf: Das Theater drohe im Würgegriff der Kulturfunktionäre zu sterben.

„Andropow hat darauf noch nicht reagiert", erklärte Ljubimow anläßlich eines Regie-Gastspiels in London in einer Attacke auf die Kulturpolitik des Kreml. In einem Interview mit der Londoner „Times" äußerte er so scharfe Kritik an den Moskauer Kulturfunktionären, daß politische Beobachter dies bereits als Auftakt zu seinem Absprung in den Westen werteten. Für möglich gehalten wurde auch, daß Moskau diesen unbequemen Künstler nur ausreisen ließ, um ihn auf dem Wege der Ausbürgerung loszuwerden.

Drei wichtige Inszenierungsprojekte hätten ihm die Behörden in den vergangenen drei Jahren torpediert, klagte er. Ljubimow: „Ich bin jetzt 65 Jahre alt und habe einfach nicht mehr die Zeit zu warten, bis diese Regierungsfunktionäre endlich zu einem Kulturverständnis kommen, das meiner Heimat würdig ist. Nachdem ich ihre Entscheidungen 20 Jahre analysiert habe, bin ich müde. In letzter Zeit habe ich das Gefühl, daß ihre Entscheidungen zum kulturellen Ansehen meines Landes nicht beitragen. Es gibt Zeiten, da sie mich ausreisen lassen müssen, weil sie sonst ganz und gar konservativ erscheinen. Aber die meisten Anträge, mein Theater im Ausland arbeiten zu lassen, wurden abgelehnt. Jedesmal, wenn ich ins Ausland gehe, ist das eine komplexe, gespannte und demütigende Situation."

Ljubimow mußte fünf Jahre warten, bis er jetzt in London seine Moskauer Inszenierung von Dostojewskijs „Schuld und Sühne" mit britischen Schauspielern wiederholen konnte.

Ljubimow, der sich auch als Opernregisseur einen Namen machte (so inszenierte er in München und an der Mailänder Scala), traf der Bannstrahl des Kreml, als er vor einigen Jahren an der Pariser Oper Tschaikowskijs „Pique-Dame" inszenieren wollte. Die „Prawda" bezichtigte ihn eines „kalkulierten Zerstörungsaktes an einem russischen Kulturdenkmal" und pfiff ihn zurück. Moskau nahm eine schwere Belastung seines Verhältnisses zu Frankreich in Kauf.

Der Regisseur jetzt in London: „Ich und das Theater können uns nicht vorstellen, daß wir unsere Arbeit ohne die drei Neuinszenierungen fortsetzen. Ohne sie kann ich nicht arbeiten. Ich kann nicht zulassen, daß man mich zertrampelt." (SAD)

Warschau gegen arbeitsfreien Samstag

Regierung: „Unbedingt vermehrte Produktionsanstrengungen unternehmen"

DW./AFP, Warschau

Die polnischen Behörden bereiten offenbar die Abschaffung der arbeitsfreien Samstage vor, der letzten gesetzlich noch nicht rückgängig gemachten Errungenschaft aus dem Sommer 1980, der Zeit der Gründung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität".

Politische Beobachter schließen dies aus den sich häufenden Erklärungen von Regierungsvertretern in den offiziellen Medien. Am vergangenen Montag waren die Äußerungen des für Industrie zuständigen stellvertretenden Ministerpräsidenten Zbigniew Szalajda veröffentlich worden. Vor schlesischen Zechenarbeitern sprach Szalajda von der Notwendigkeit einer Arbeitszeitverlängerung, damit Polen seine Wirtschaftskrise überwinden könne. „Wir kennen eure Einstellung zum Samstag als Arbeitstag; aber die Nation muß unbedingt vermehrte Produktionsanstrengungen unternehmen – und das nicht nur in der Förderindustrie", wurde der hohe Funktionär zitiert.

Seine Worte waren sichtlich mehr für die Beschäftigten anderer Sektoren und weniger für die Kumpel bestimmt, die – wie in der Schwerindustrie und wesentlichen Zweigen der Konsumproduktion –, seit der Kriegsrechtsverkündung zur Arbeit an allen Samstagen, allerdings mit Überstundenbezahlung, gezwungen sind.

Erst vor einigen Tagen hatte der mit Wirtschaftsfragen beauftragte Stellvertreter des Regierungschef, Janusz Obodowski, auf einem regionalen Parteitreffen versichert: „Wegen der Fünf-Tage-Woche produzieren wir nicht ausreichend Konsumgüter, die unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft dringend brauchen." Es sei „bedauerlich", daß die Arbeitszeitverkürzung nicht mit einer Steigerung der Produktivität einhergegangen sei. Polen stehe jetzt vor der Wahl: „Entweder wir arbeiten auch an Samstagen, oder die Überwindung der Krise wird länger dauern."

Tatsächlich ist die Arbeitszeit der Polen in vielen Bereichen bereits seit geraumer Zeit schleichend „normalisiert" worden. Gegenwärtig verfügen praktisch nur noch die Kader und Verwaltungsmitarbeiter mehr oder weniger voll über ihren arbeitsfreien Samstag.



Weiser und Waisen

Von Herbert Kremp

Der frühere Bundeskanzler Schmidt hat sich in seiner Unterredung mit Honecker zum Doppelbeschluß der NATO bekannt und in diesem Zusammenhang angemerkt, er glaube nicht an eine tiefgreifende Verschlechterung der deutsch-deutschen Beziehungen, falls nach einem erfolglosen Ausgang in Genf in der Bundesrepublik moderne amerikanische Gegenwaffen stationiert würden. Helmut Schmidt gab sich damit einfach konsequent, denn er hat am Zustandekommen des NATO-Beschlusses maßgeblich mitgewirkt. Aber für wen spricht der Ex-Kanzler, der heute noch stellvertretender Vorsitzender der SPD ist, eigentlich, für seine Partei?

In der Sozialdemokratischen Partei findet Schmidt für seine militärpolitischen Einsichten keine Mehrheit mehr. Er stößt vielmehr auf eine Ablehnungsfront, die kaum noch Lücken aufweist. Der Parteivorsitzende Brandt hat seine an Gefühle des Ekels reichende Abneigung gegen jede amerikanische Nachrüstung früh zum Ausdruck gebracht und ist seitdem in trappistisches Schweigen versunken. Er führt nicht, er sinnt.

Der Fraktionsvorsitzende Vogel reibt seinen hochentwickelten juristischen Verstand an der Raketenmaterie und veröffentlicht in der Form von Schriftsätzen alternative Vorschläge, die zum immer gleichen Ergebnis der amerikanischen Null-Nachrüstung kommen. Egon Bahr beschwört die Nach-Nachrüstung der Sowjets im Stationierungsfall, und Oskar Lafontaine möchte die NATO verlassen. In dieses Meinungsspektrum paßt Helmut Schmidt, der von allen am meisten von der Materie versteht, nicht hinein.

Schmidt belehrt alle Welt (im erwähnten Falle zutreffend), nur nicht die eigene Partei. Dabei gehört er zu deren Chefs. Er brilliert als gescheiter Mensch unter den Weisen der Welt, läßt die eigenen Genossen aber Waisen sein. Gelegentlich mokiert er sich wie ein Burgschauspieler über eine Laienspielschar. Die pädagogische Attitüde ist imponierend, der pädagogische Erfolg gegenüber den Nächsten hingegen nahe bei Null. Pestalozzi redet nur noch mit seinesgleichen. Als Max Weber die Politik mit dem Bohren in dicken Brettern verglich, hatte er aber wohl auch Parteien im Sinn.

Lange Front

Von Jürgen Liminski

Die kriegerische Entwicklung in Libanon nimmt bedrohliche Ausmaße an. Nach unbestätigten Meldungen sollen Syrer und Drusen die Kleinstadt Bhamdun an der strategisch bedeutsamen Hauptstraße zwischen Beirut und Damaskus eingenommen haben. Das würde, sollte die Nachricht zutreffen, die politisch-strategische Lage in der umkämpften Zone verändern. Denn damit hätten die Syrer wieder direkten Zugang nach Beirut und in das von den Israelis geräumte zentrallibanesische Bergland.

Schon werden in Israel laut Sorgen geäußert. Bhamdun sei eine „rote Linie". Eine Einnahme der Stadt ändere den politisch-militärischen Status quo. In der Tat, die Ausdehnung des von Damaskus besetzten Gebietes würde die Frontlinie zwischen Israelis und Syrern verlängern, mithin Israels Sicherheit im Norden gefährden. Mehr noch, Israels Rückzug und Syriens Vormarsch könnten innerhalb weniger Tage zu einer ähnlichen Situation führen wie vor dem 6. Juni 1982, dem Beginn des israelischen Libanon-Feldzuges – diesmal nur weiter nördlich und mit dem nicht gering zu veranschlagenden Unterschied, daß statt der PLO-Terroristen eine von den Sowjets hochgerüstete Armee auf der anderen Seite der Front steht.

Syrien ist offen zur politischen und militärischen Feldschlacht um Libanon übergegangen. Der Zeitpunkt ist günstig für Moskau und Damaskus. Die Friedensstreitmacht der Amerikaner, Franzosen, Briten und Italiener tut sich schwer, Partei zu ergreifen. Die einzig wirkliche Ordnungsmacht in diesem Raum, Israel, ist innenpolitisch verfangen, zwar noch handlungsfähig, aber kaum mehr dazu willens.

Das Zögern ist verständlich, wenn selbst die legale Staatsgewalt Libanons ihre Armee nicht in das umkämpfte Gebiet entsendet. Libanons Premier Wazzan hat in dieser Lage offenbar nichts anderes zu tun, als Israel mit dem Einfrieren des israelisch-libanesischen Abkommens zu drohen und die Staatsautorität damit dem allgemeinen Spott preiszugeben. Für solch ein Regime holt keiner auch nur eine Kastanie aus dem syrischen Feuer. Die freien Libanesen in den nicht von Syrien besetzten Gebieten, Christen und Moslems, können wieder nur hoffen, daß ihre Bürgerwehr mit israelischer Rükkendeckung das Überleben sichert.

Promi-Droge

Von Werner Kahl

Organisatoren der „Friedensbewegung", die ihr Feindbild wackeln sehen, sind offenkundig auf der Suche nach einer neuen Droge für den Herbst '83. Anders als es Sprecher des hauptstädtischen Koordinationsausschusses am Dienstag in Bonn bei der Rückschau auf die ersten Blockaden der Saison in Mutlangen und Bitburg eingestehen wollten, scheint die jüngste Brutal-Aktion der Sowjetmacht vor allem bei der im Umgang mit Diktatoren nicht erfahrenen Jugend ihre Wirkung zu tun.

Wie viele kenne sie, so eine Kommentatorin aus der linken Medienszene, die keine Möglichkeit mehr sähen, sich in dem lauwarmen Herbst mitzubewegen. Die Initiatoren der geplanten Herbst-Aktionen freilich fühlten sich durch den Massentod im Passagierflugzeug bisher nicht veranlaßt, ihr Feindbild von den USA zugunsten eines realistischen Gefahrenbildes von der Sowjetunion aufzugeben. Sie eilen von einer Sitzung und von einem Fernsehtermin zum anderen, um den erhofften Massenaufmarsch der Superlative zu koordinieren.

Den Sicherheitsbehörden werfen sie jetzt sogar vor – wie Kinder, die ihren Luftballon platzen sehen –, in Mutlangen versammelte Prominente hätten vergebens darauf gewartet, in telegener Haltung von Polizisten weggeschleppt zu werden. Die Jurastudenten unter den Koordinatoren verstiegen sich dazu, gegen eine „rechtswidrige Ungleichbehandlung" zu protestieren. Es dürfe kein Zweiklassenrecht für Prominente („Promis") und unbekannte Friedensaktivisten geben. Innenminister, Polizei und Justiz müßten es deshalb künftig begründen, wenn sie sich anders als in Mutlangen verhalten. Szenen aus dem Koordinationsausschuß der „Friedensbewegung" in der Bundeshauptstadt.

Nun solle es sich also der demokratische Rechtsstaat nicht nur gefallen lassen, daß Blockaden nach Gutdünken angeordnet werden; die Polizei soll sich obendrein noch gegenüber den Funktionären der Bewegung rechtfertigen, wenn sie nicht eingegriffen hat. Wo immer in diesem Herbst Prominente einen Logenplatz auf der Straße einnehmen, ihre heißspornigen Fans würden es begrüßen, wenn das Polizeikommando vor den Fernsehkameras allemal „Knüppel frei" hieße.



„...............?..................“

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Warten auf Erhard

Von Peter Gillies

So achtbar die Konsolidierungsbemühungen des Bundesfinanzministers sein mögen – die Verschuldungskrise der Bundesrepublik Deutschland dauert an. Auf allen ihren Ebenen – Bund, Länder und Gemeinden – sind die Grenzen ihrer Leistungskraft sichtbar. Gleichwohl bemühen sich Politiker, die Verheißung immerwährender Zahlungsfähigkeit des Staates aufrechtzuerhalten, obgleich sie es längst besser wissen müßten.

Heute beginnt eine dreitägige Redeschlacht im Deutschen Bundestag über den Haushalt 1984, das „Schicksalsbuch der Nation". Es handelt sich um Ausgaben von rund 258 Milliarden Mark, von denen gut 37 Milliarden Mark nicht durch Einnahmen gedeckt sind, sondern durch Kredite beschafft werden müssen. Damit liegt die Verschuldung wiederum – und trotz eines hohen Bundesbankgewinns – über der verfassungsrechtlich zulässigen Grenze.

Während dieser Einwand noch als formal gelten darf (denn das Grundgesetz und sein Investitionsbegriff sind undeutlich), wiegen die hohe Verschuldung und ihre riesige Zinslast schon schwerer. Noch immer und trotz der „Wende" steigt die Verschuldung auf allen Ebenen munter weiter. Beim Bund nähern sich die Zinslasten der Neuverschuldung; bei einem Bundesland wie Bremen drängen sich Dritte-Welt-Gedanken auf, wenn mehr als sechzig Prozent der Steuereinnahmen allein für den Schuldendienst aufgewendet werden müssen. Manche Gemeinden dümpeln am Rande der Pleite, weil sie forsche Ausgaben tätigten, ihre Bürokratien aufblähten und zudem mit Lasten fertig werden müssen, die von oben auf sie abgewälzt wurden.

Die wuchernde Verschuldung bei uns wie in Brasilien oder anderswo begann ihre Zellteilung mit einer Vision: der des ewigen Wachstums. Politiker aller Couleur glaubten, Wählerstimmen seien käuflich durch Zuschuß. Sozialleistung, Subvention, Nettigkeiten. Das funktionierte so lange, wie der produktive Teil der Volkswirtschaft die entsprechenden Wachstumsraten und Verteilungsspielräume zur Verfügung stellte. Nachdem diese Quelle versiegte, kaschierte man dies durch ausufernde Kreditaufnahme, derer man jetzt nicht mehr Herr wird.

Die neue Bundesregierung hat unbestritten einige Zeichen gesetzt. Sie drosselte die Ausgaben etwas. Sie wagte sich an Ausschüttungen heran, deren Streichung einst als politischer Selbstmord galt. Die auf Darlehen umgestellten Stipendien für Studenten oder das Mutterschaftsgeld sind Beispiele dafür. Finanziell haben sie zwar nur eine geringe Bedeutung, aber psychologisch stellen sie das Schild dar: Sozialstaat – Ortsende.

Es bringt jedoch wenig, über den fast völligen Verlust staatlicher Handlungsfähigkeit zu lamentieren. Viel interessanter ist, wie sich das Staatswesen aus der selbstgeschmiedeten Klammer zu befreien vermag. Zuerst muß die Vision ewiger Zahlungsbereitschaft des Staates zerstört werden.

Das Nullsummenspiel, überteuert zudem durch die Mühlen der Bürokratie, vertieft die Misere. Die neue Regierung ist mit der Berufung auf Ludwig Erhard angetreten. Wohlan: Der Markt muß das Investitionswagnis belohnen, nicht das Ausweichen vor ihm. Wenn es für einen Unternehmer vorteilhafter ist, sich hochverzinsliche Staatsanleihen zu kaufen und Kupons zu schneiden, statt ein neues Produkt auszutüfteln, sind die Daten falsch gesetzt. Ganze Branchen leben davon, staatliche Geldquellen zu orten. Nicht wenige Sozialleistungen prämieren die Auskenner statt den Fleiß.

Es muß zu denken geben, daß die meisten staatsnahen Unternehmungen auch nahe der Pleite sind,


Weg mit den falschen Visionen: Bundesfinanzminister Stoltenberg
FOTO. WERNER SCHÜRING

mit der Staatsferne jedoch die Effektivität wächst. Erhards Verdienst war es 1948 nicht, die Politik zu belassen und lediglich ihren Briefkopf zu wechseln. Er hat mit einem kraftvollen Schritt die Marktkräfte freigelegt, die Leistung des Menschen und – wenn man so will – seinen Egoismus. Erst die Summierung dieser Egoismen schuf jenen Wohlstand, der auch das soziale Netz leicht finanzierbar machte.

Die Erben Erhards kommen um sperrige Fragen nicht herum. Wer stellt endlich die „marktwirtschaftliche Vertrauensfrage" in der Agrarpolitik, in den krankenden Problembranchen, die Jahr um Jahr weiße Salbe statt Training erhalten? Wer versucht den lähmenden Bürokratiedschungel zu lichten? Wann darf es eine obrigkeitliche Frechheit genannt werden, daß ein Steuerbürger mittlerer Intelligenz unfähig ist, seine Steuererklärung auszufertigen und er sich teurer Berater bedienen muß?

Auch die völlige Freigabe der Mieten wäre ein marktwirtschatlicher Befreiungsschlag. Wer über die Arbeitskosten streitet, aber gleichzeitig teure Modelle der Arbeitszeitverkürzung diskutiert, ist unglaubwürdig. Im teuren Sozialstaat haben sich vielfältige Ausbeutungsmechanismen eingenistet, in der Tarifpolitik lebensferne Verkrustungen, in der Ordnungspolitik ein phantasieloser Wachstumspessimismus, in der Beschäftigungspolitik unstillbarer Glaube an staatlich zu schaffende und garantierte Arbeitsplätze im „zweiten" oder im „vierten" Sektor.

Alle Fragen, die man zu stellen unterläßt, und die eingefahrenen Verheißungen, denen man huldigt, haben eines gemeinsam: Sie entfernen uns weiter von der Vollbeschäftigung. Und damit auch vom sozialen Frieden. Den Sozialstaat auf Dauer finanzierbar zu machen bedeutet nicht seine Demontage, sondern sein Überleben.

Die Finanzpoliitk, die heute im Bundestag auf den Prüfstand kommt, wird nur erfolgreich sein, wenn den sperrigen Fragen nicht weiter ausgewichen wird. Die Zeit dafür ist knapp, zumal manche sie schon verstrichen glauben. Wer sich unter Berufung auf „mangelnde politische Durchsetzbarkeit" entzieht, hätte den Kampf schon verloren. Ludwig Erhard stellte sich. Er hatte ein Konzept.

IM GESPRÄCH Kardinal Tomasek

Warnsignal an die Prälaten

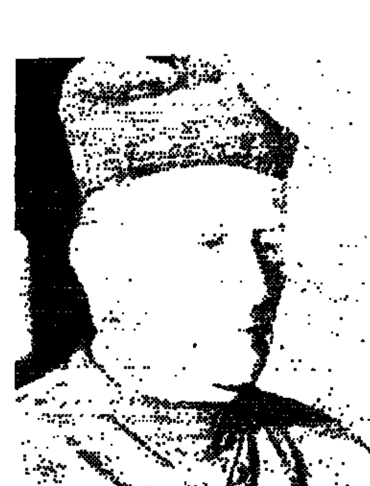
Von Gernot Facius

Die Meldung war knapp, aber alarmierend: „Wegen gewisser unvorhergesehener Komplikationen" sagte Frantisek Kardinal Tomasek, Erzbischof von Prag, seine Teilnahme am Katholikentag und am Papst-Besuch in Österreich ab. Im Klartext: Dem 84jährigen wurde von den Prager Behörden die Ausreise ins neutrale Nachbarland verweigert. Die vom Husak-Regime gelenkten Prager Medien wollen dennoch Glauben machen, der Kardinal sei durch „verleumderische Behauptungen der westlichen Presse" gesundheitlich angegriffen und habe sich selbst entschieden, die Reise nach Wien nicht anzutreten. Gemeint ist die Veröffentlichung eines Briefes, in dem Tomasek die Beschränkungen anprangerte, mit denen Gustav Husak die ohnehin geknebelte, unterdrückte und zusammengeschrumpfte katholische Kirche in der CSSR bekämpfen läßt.

Die Prager Propaganda wurde eindrucksvoll widerlegt – von Tomasek. Der Kardinal, der die Gefängnisse und Arbeitslager des Novotny-Regimes kennengelernt hat und der später die Reformen Alexander Dubceks wohlwollend begleitete, hatte seinen Brief – den es nach den Behauptungen des Prager Regimes nicht geben soll – ausdrücklich westlichen Adressaten, darunter der deutschen Katholischen Nachrichten-Agentur, zukommen lassen. Tomasek-Kenner sprechen schon von einem „Akt der Verzweiflung", denn der 1899 in der mährischen Diözese Olmütz geborene, 1949 im geheimen zum Bischof geweihte Kardinal galt wegen seiner vorsichtigen, zurückhaltenden Kritik am kommunistischen Regime vielen im Westen als zu weich.

Der 34. Erzbischof von Prag war aber immer ein prinzipienfester Mann. Die Auseinandersetzung mit der regimehörigen Priestervereinigung „Pacem in terris" hat er sozusagen im Alleingang aufnehmen müssen. Denn noch immer sind von den 13 Bistümern in der Tschechoslowakei zehn ohne eigenen Diözesanbischof, zwei haben einen apostolischen Administrator. Und eine Reihe von ihnen hat die Veranstaltungen von „Pacem in terris" durch ihre regelmäßige Teilnahme aufgewertet.

Tomaseks Brief ist nicht nur eine Abrechnung mit den Prager Kirchen-


Kennt die Kerker von innen: Kardinal Tomasek, der Erzbischof von Prag FOTO. DPA

behörden, er ist auch eine Mahnung an die Adresse des Vatikans. Der Kardinal will den Kurienprälaten sagen: Wenn ich einmal abtrete, wird auch die Verbindung des tschechoslowakischen Episkopats mit dem Heiligen Stuhl abreißen.

Das wäre freilich das Schlimmste für die Katholiken in der CSSR, die schon heute einer atheistischen Kirchenverwaltung ausgeliefert sind, die reglementiert und schikaniert. Der Staat bestimmt, wer ins Priesterseminar aufgenommen wird, wer zum Priester geweiht werden darf, wer in einer Gemeinde Pfarrer wird: im Zweifelsfall ein Angehöriger der regimetreuen Priestervereinigung.

Bezeichnend für die Situation in der CSSR war ein Vorgang 1977. Vom Staatsanwalt bedrohte Katholiken im mährischen Kremsier schickten eine Petition, gegen ihre Verfolgung aufzustehen, an ihren zuständigen Ortsbischof, den Olmützer Bistumsverwalter Vrana und an Kardinal Tomasek. Vrana ließ das Schriftstück wortlos zurückgehen, der Prager Erzbischof stellte sich in einer schriftlichen Erklärung an das Berufungsgericht in Brünn hinter das Schreiben, in dem es hieß: „Bisher wurden wir systematisch verletzt, verdächtigt, diskriminiert und aus den verschiedensten Stellungen im Leben ausgestoßen." Der greise Erzbischof auf dem Hradschin hat jetzt zum Ausdruck gebracht, wie aktuell die Klage ist.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Hier heißt es zur Begegnung Schmidt-Honecker:

Helmut Schmidt ist sich in Ost-Berlin treu geblieben. Er trat nicht in die Fußstapfen Egon Bahrs, der sich nach dem Gespräch mit Erich Honecker praktisch vom NATO-Doppelbeschluß distanzierte. Anders als sein Parteigenosse bot der Ex-Kanzler keinerlei Stoff für die DDR-Agitatoren in der Abrüstungsfrage. Anders als Bahr sah er nach dem Treffen mit dem SED-Chef auch keinen Anlaß zu größerer Besorgnis. Statt dessen bekannte der Sozialdemokrat „mit großer Genugtuung", daß der Bonner Regierungswechsel den deutsch-deutschen Beziehungen nicht geschadet habe, eine faire, respektable Haltung ... Für Helmut Schmidt blieb jedoch auch bei dieser Begegnung das Problem, nicht mehr für die Mehrheit der SPD sprechen zu können. Dies mußte die Wirkung seiner Darlegungen schmälern. Von den Honecker-Besuchern der letzten Zeit sind sich heute Schmidt und Strauß in der Frage des Doppelbeschlusses näher als Schmidt und Bahr oder Hans-Jochen Vogel. Schlaglichtartig wird auch vor diesem Hintergrund deutlich, wie einsam es um den einstigen Heroen in seiner Partei geworden ist.

Basler Zeitung

Das Blatt befaßt sich mit der schwachen arabischen Reaktion auf Begins Rücktritts-Erklärung:

Erstaunlich gering war bisher das arabische Echo auf den angekündigten Rücktritt des israelischen Ministerpräsidenten Begin. Und die wenigen Stimmen, die sich mit der „Nach-Begin-Ära" beschäftigen, geben sich keinen Illusionen hin: Eine außenpolitische Kursänderung, die zu einer Nahost-Regelung – etwa auf der Grundlage des Reagan-Plans – beitragen könnte, wird in der arabischen Welt nicht erwartet ...

Die Araber wissen, daß weder Schamir, der bereits eine Fortsetzung der Politik Begins angekündigt hat, noch ein in eine Likud-Koalition eingebundener Peres zu einer Kursänderung in der Sache fähig oder auch nur bereit sein wird. Für jede zukünftige israelische Regierung bleiben die Besiedlung des Westjordanlands unter Anspruch auf „Judäa und Samaria", die von der Knesset legalisierte Annexion des arabischen Ostjerusalem und der syrischen Golanhöhen sowie die Nichtanerkennung der PLO als legale politische Repräsentanz der Palästinenser indiskutabel. Damit dürfte auch „nach Begin" das arabisch-israelische Verhältnis auf dem Status quo beharren.

Moskau, der Westen und die Madrider KSZE-Verhandlungen

Ein mageres und merkwürdiges Konferenzergebnis / Von Rolf Görtz

Unter der schlichten Bezeichnung „Außenminister-Treffen" geht in Madrid das zu Ende, was vor drei Jahren als Folgekonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa begann. Alle Mitgliedstaaten außer Malta hatten sich nach zähem Ringen auf einen Text geeinigt, der die Schlußakte von Helsinki (1975) um einige Punkte erweitern sollte: Eine Konferenz für Abrüstung in Europa wurde beschlossen; auf zwei weiteren Konferenzen sollten die Menschenrechte verteidigt werden. Man einigte sich über die Zulassung freier Gewerkschaften und religiöser Gruppen, wenn dies mit den nationalen Gesetzen vereinbart werden kann. Aber nationale Gesetze werden im sowjetischen Machtbereich immer nur nach ihrem Nutzen im Interesse des Staates, d. h. der kommunistischen Parteiführung, ausgelegt.

Ein mageres und merkwürdiges Konferenzergebnis also, wenn man die Unterdrückung der polnischen Gewerkschaft „Solidarnosc" im Laufe der Madrider Beratungen bedenkt. Für Menschenrechte gilt jedenfalls nicht das in der Sowjetunion gelegentlich so lebhaft betonte „pacta sunt servanda" des allgemeinen Völkerrechtes, das die sowjetische Rechtsauffassung grundsätzlich anerkennt – so lange die kommunistische Weltrevolution das von Moskau als „bürgerlich" apostrophierte Völkerrecht noch nicht abgelöst hat.

So muß es denn beschämen, wenn die Diplomaten des Westens die programmierte Nichterfüllung der KSZE-Vereinbarungen im kommunistischen Imperium als gegeben hinnehmen. Gewiß, man protestiert, prangert sogar an. Aber die sowjetische Delegation weiß, daß die Konferenz letztlich doch alles schluckt – selbst die Verurteilung jener Menschen, die sich auf die Unterschriften ihrer Regierungen unter die Helsinki-Schlußakte berufen und nichts anderes fordern als eben die Erfüllung des Unterschriebenen, etwa die freie Ausreise oder die Zusammenführung auseinandergerissener Familien.

Der brutale Völkermord in Afghanistan, die Verpflichtung des polnischen Heeres, die „sozialistische Normalität" gegen den Willen des eigenen Volkes mit Gewalt zu erhalten, nur um dem sowjetischen Einmarsch zu entgehen, und schließlich der Abschuß eines Zivilflugzeuges – nichts konnte die Diplomaten der freien Welt daran hindern, den imaginären Geist von Helsinki als Ansatz einer „Entspannungspolitik" zu zitieren.

Es war Außenminister Genscher, der mehrfach die Konferenz vor dem an sich gesunden Abscheu der Amerikaner in Madrid gegenüber dem schieren Zynismus der Sowjets rettete. Genscher will den Dialog erhalten – offenbar zu jedem Preis. Aber das sieht nach Angst aus. Angst vor der militärischen Drohung, wie sie während der Konferenz, z. B. in Schweden und Norwegen, demonstriert wurde? Dann sollte man das sagen. Gegen U-Boote kann man U-Boote bauen. Die ehrlich geäußerten Befürchtungen würden auch der westlichen Position bei den Verhandlungen in Genf dienen. Vor allem: Sie würden Argumente für die von den Außenministern beschlossene Abrüstungskonferenz in Europa liefern.

Auf einer solchen Ebene gibt es Positionen, um die man auch verhandeln kann. Über das Recht der Menschen, das im Lande der spanischen Gastgeber vor 500 Jahren als göttlich definiert und schon in anderen Kulturkreisen davor als ein solches empfunden wurde – über das Recht der Natur und des Lebens läßt sich nämlich nicht handeln. Ein marxistisch-leninistisches Recht jedenfalls ist nach Auffassung aller bisherigen Kulturkreise Widerspruch in sich.

Worum ging es denn in der Geschichte der KSZE? Ursächlich ging es um den Versuch der Sowjetunion, die Eroberungen des Krieges ohne Friedensvertrag völkerrechtlich zu besiegeln. Dazu rechnet Moskau auch die Verschiebung des polnischen Staatsgebietes gegen den Willen der polnischen Exilregierung in London zugunsten der Erweiterung des sowjetischen Staates und die mit Hitler vereinbarte Liquidierung der baltischen Staaten. Ostverträge und Gewaltverzicht haben einer derart geplanten Sanktionierung der Vertreibung von sechs Millionen Deutschen Vorschub geleistet.

Moskau will seinen Hegemonialanspruch auf Europa als Konsequenz der deutschen Niederlage im Krieg um eben diese Hegemonie ausbauen. Aber die Leidtragenden sind nicht nur wir Deutsche – in Ost und West –, sondern in gleichem Maße die Satellitenstaaten des Ostblockes, von denen die des Baltikums ganz verschwinden sollen.

Da sich in diesem Zusammenhang schließlich auch die in Jalta besiegelte Mitschuld der westlichen Alliierten des letzten Krieges offenbaren könnte, vereinte die Diplomatie des heutigen Westens alle ihre Anstrengungen, um der KSZE einen anderen als den von der Sowjetunion beabsichtigten Kurs zu geben. Das gelang, mündete schließlich aber in jener Sackgasse, in der wir heute stecken.

Die Fünfte Brigade macht Matabeleland zum Schlachthaus

Zimbabwe heute, das ist fast schlimmer als das Rhodesien von gestern. Besonders im Matabeleland sind Massaker an der Tagesordnung. Ein Stammeskrieg läßt das Land im Chaos versinken.

Von WILLY LÜTZENKIRCHEN

Kilometerstein 169 an der Nationalstraße von Bulawayo nach Victoria Falls. Die Sonne steht als gelber Feuerball über einer ausgedörrten Landschaft aus dichtem Busch und welken Mopanewäldern. Aus dem trockenen, gelbbraun verfärbten Laub leuchten die ersten roten Blüten der Msasa-Bäume. Ein Eselkarren, beladen mit Feuerholz, rumpelt vorüber. Die Schwarzen auf dem Karren streifen mich mit mißtrauischen Blicken. Schleifspuren im Sand neben der Straße. Im harten, strohgelben Gras liegt ein Hundekadaver. Daneben ein Bündel schmutziger, durchtränkter Sacklumpen. Fliegenschwärme sirren aus dem fahlen Gras. Die Schleifspuren führen zu einem Viehzaun aus Spanndraht. Dahinter beginnt der Busch. Noch vor dem Zaun sehe ich die ersten Leichenteile. Ein augenloser, sandverklebter Menschenschädel. Kein Gesicht, nur eine verzerrte, grausige Grimasse. Verstreut im Gras Skeletteile, zerrissen und zernagt von Schakalen und wilden Hunden. Daneben zerdrückte Biertüten der Marke „Chibuku". Eine von den Aasfressern zerwühlte Beinstätte im Buschwald von Matabeleland, nahe der ausgeglühten Senke des Bubi River. Schauplatz eines der ungezählten Massaker im Südwesten Zimbabwes, wo seit Monaten ein gnadenloser Busch- und Stammeskrieg wütet.

Die Leichen am Kilometerstein 169 der Fernstraße Bulawayo–Victoria Falls gehen mit Sicherheit auf das Konto der Fünften Brigade, einer von Nordkoreanern gedrillten Sondereinheit der zimbabweschen Streitkräfte. Meine Informanten hatten den Ort des Massakers so genau beschrieben, daß er mühelos zu finden war. Die Identität eines der Toten scheint festzustehen: Er war Fahrer eines Ambulanzwagens der Missionsstation St. Pauls. Der Mann war wiederholt bei Einsätzen im Busch von Armeesoldaten festgehalten, verhört und gefoltert worden. Er wußte genau, welche Gewalttaten und Morde die Fünfte Brigade im Buschwald von Matabeleland begangen hatte. Verwundete, verstümmelte und gefolterte Afrikaner hatten mit seinem Ambulanzbus das Missionshospital von St. Pauls erreichen wollen.

Die Straße von Bulawayo nach Victoria Falls führt durch einsames und ausgezehrtes Buschland, gezeichnet von Krieg und Dürre. Eine fast menschenleere Landschaft: verlassene Kraals und Dörfer, Viehtränken und Marktflecken, aufgegebene Farmen und Missionen, stillgelegte, demolierte Tankstellen, Läden und Hotels. Die verlassene Ortschaft Kenmaur gleicht einer Geisterstadt, in der das schrille Singen der Zikaden die Ohren betäubt. Zerschossene Wassertanks und Häuserfassaden, leere Fensterhöhlen und Türlöcher, verblichene Reklametafeln, Müll, Scherben, Schmutz. Es riecht nach Verfall und Fäkalien und Verwesung. An der längst aufgegebenen Tankstelle schaukelt ein Pappschild „For Sale" im Wind.

Eine Ärztin im Matabeleland sagt: „Die Provinz blutet aus. Es ist schlimmer als im Befreiungskrieg gegen die weiße Smith-Regierung. Im Radius von 30 Kilometern um unser Hospital hatten wir in den letzten Monaten mindestens 250 Tote. Ein Weißer, der im Dienst auch entlegene Buschgebiete bereisen muß: „Wo die Fünfte Brigade im Einsatz war, stinkt es wie in einem Schlachthaus. Die kämpfen nicht gegen Aufständische oder regierungsfeindliche Guerrillas, sie rotten Dörfer aus." Nach Angaben aus kirchlichen Kreisen sind von Regierungstruppen in diesem Jahr mindestens 30 Dörfer im Matabeleland niedergebrannt worden. Nach zuverlässigen Schätzungen, vor allem von Kirchenseite, hat der Krieg in Matabeleland bisher etwa 6000 Menschenleben gekostet. Auch Parteigänger des zurückgekehrten ZAPU-Führers Joshua Nkomo sprechen von 5000 bis 10 000 Toten in Matabeleland. Ein enger Vertrauter Nkomos: „Wir sind hier mitten in einem der blutigsten Stammeskriege Afrikas, der den Ndebele das Rückgrat brechen soll. Minister Enos Nkala hat hier öffentlich gesagt: ‚Wenn sich die Ndebele nicht fügen, gibt es nur zwei Plätze für sie – im Gefängnis oder sechs Fuß unter der Erde.' Mugabe und seine Henker wollen uns vernichten, ausrotten."

Offiziell spricht die Regierung in Harare von einem „Dissidenten-Problem" in Matabeleland: von „bewaffneten Banden und Terroristen", die seit der Entmachtung des ZAPU-Führers Joshua Nkomo Sicherheit und Ordnung bedrohen. Die wirkliche Dimension des Guerrillakrieges ist schwer einzuschätzen. Bewaffnete Widerstandsgruppen aus Angehörigen des Ndebele-Volkes sind seit zwei Jahren aktiv im südwestlichen Drittel Zimbabwes. Aufsehen erregten sie durch die Entführung von mindestens acht Weißen, darunter sechs Touristen aus den USA, Australien und Großbritannien. Insgesamt knapp 50 Weiße sind bei Anschlägen in den letzten drei Jahren in Zimbabwe ums Leben gekommen.

Nachdem die Kämpfe Anfang dieses Jahres für die Regierung ein bedrohliches Ausmaß annahmen, wurde die von Nordkoreanern ausgebildete Fünfte Brigade (fast 5000 Mann) nach Matabeleland entsandt. Ihr Auftrag: Niederschlagung der Stammesrebellion um jeden Preis. Kommandeure sollen ihre Soldaten aufgefordert haben, jeden Tag mindestens zehn Ndebele zu töten. Die Sondereinheit besteht ausschließlich aus Schona, die 80 Prozent der Bevölkerung Zimbabwes bilden, sowie aus schwarzen Söldnern aus Tansania und Moçambique. Ihr Gegner im Busch sind meist ehemalige Guerrillas der ZIPRA, die unter der Führung Nkomos gegen die weiße Minderheitsregierung kämpften, aber auch Ndebele-sprechende Deserteure der Nationalarmee und junge Rekruten, die sich in den Dörfern der Bewegung anschließen. Diese Widerstandsgruppen operieren vor allem entlang der 900 Kilometer langen, kaum kontrollierbaren Grenze zu Botswana, im Westen und Südwesten Zimbabwes. Die Rebellen sind kaum organisiert, ohne zentrale Führung, sind aufgesplittert in kleine Gruppen, die isoliert im Busch operieren. Ihre Stärke wird auf höchstens 1500 bis 2000 Mann geschätzt, nach anderen Angaben soll der bewaffnete Widerstand einige tausend Mann umfassen. Zimbabwe beschuldigt Südafrika, den Kampf zu schüren und die Rebellen mit Waffen und Sprengstoff zu beliefern. Südafrika soll auch in Nordtransvaal Anhänger des ehemaligen Premierministers Muzorewa ausbilden und als Guerrilla nach Zimbabwe einschleusen. Vorwürfe, die offenbar immer mehr an Gewicht gewinnen, aber von Südafrika hartnäckig dementiert werden.

Die Szenen in Matabeleland erinnern fatal an den Rhodesienkrieg, der 1979 mit einem Waffenstillstand zu Ende ging: Straßensperren zwischen Bulawayo und Victoria Falls. Junge Soldaten, die nervös ihre Kalaschnikow zurechtrücken. Ein klappriger Bus der „Wankie Express Company" wird von Soldaten rüde durchsucht. Alle Passagiere müssen sich in einer Reihe aufstellen, das gesamte Gepäck wird durchwühlt, Säcke mit Lebensmitteln werden aufgerissen. Babys, auf den Rücken ihrer Mütter gewickelt, plärren und schreien. In Flechtkörben gackern aufgeregt die mitgeführten Hühner. Neben dem Bus werden Verdächtige verhört, auch einmal mit Hieben und Fußtritten. Bei Weißen sieht die Behandlung anders aus, ein lässiges „How are you?", kurz die Frage, wohin man fährt, Blick in Paß oder Führerschein. Für eventuelle Probleme an Straßensperren liegen ein paar Geschenke im Auto (Zigaretten, Whisky, Aspirin, Zucker) und eine Ausgabe von „Penthouse".

Im Gebiet von Lupane hat die Fünfte Brigade zusammen mit Armee und Polizei eine Jagd auf „Dissidenten" und Sympathisanten unternommen. Im Staub vor der Polizeistation liegen die Leichen von vier jungen Männern, angeblich „Dissidenten", die im Kampf getötet wurden. Halbnackte, aufgedunsene Körper mit blutverschmierten Kleidungsfetzen, zerrissenen Drillichhosen und Turnschuhen. Die Bevölkerung soll sehen, wie die Armee mit Rebellen verfährt. Bilder wie aus dem Rhodesienkrieg.

Erinnerungen an den Rhodesienkrieg werden wach, wenn Regierungsflugzeuge niedrig über den Dörfern fliegen und Flugblätter abwerfen. Flugblätter, die die Rebellen zum Aufgeben auffordern und eine Amnestie versprechen. Im Norden von Matabeleland haben Armee und Fünfte Brigade den Widerstand der neuen Guerrilla „ziemlich gebrochen", wie Landeskenner urteilen. Aktiv sind die Widerstandsgruppen jetzt besonders in den Matopos-Bergen, einem rauhen Bergland von 5000 Quadratkilometern, wo auch die Grabstätte von Cecil Rhodes liegt. Die Granitberge und Höhlen, Schluchten und wasserführenden Täler bilden ein ideales Terrain für die Rebellen. Als unsicher gilt auch das Gebiet um die Straßen nach Botswana und Südafrika sowie die Eisenbahnlinie nach Botswana, die wieder das Ziel von Anschlägen ist.

Auf einer Missionsstation im Busch sagt man mir: „Die gesamte Provinz ist bedroht von Hunger, Elend und Chaos. Dürre und Krieg treiben die Menschen aus den Dörfern. Tausende sind nach Botswana geflohen. Flüchtlinge irren durch den riesigen Wankie-Nationalpark, nachdem sie von der Armee aus ihren Dörfern vertrieben wurden.

Viele Missionen, Schulen, Hospitäler und Verwaltungsposten sind geschlossen worden. Der Gesundheitsdienst droht zusammenzubrechen. Hunderte von Kindern sterben an Masern, Grippe und Unterernährung. Malaria und Geschlechtskrankheiten breiten sich aus. Die anhaltende Dürre hat stellenweise die Hälfte des Viehbestandes vernichtet. Bei der Mais- und Getreideernte wird in diesem Jahr mit Erträgen gerechnet, die zwei Drittel unter denen des Jahres 1981 liegen. Landeskenner sehen in dieser bedrohlichen Situation eine Chance für die Regierung Mugabe, den Aufstand in Matabeleland ohne großes Aufsehen zu ersticken. Pikanterweise spricht die ZANU, die Mehrheitspartei der Schona unter Premier Mugabe, gerade jetzt von einer „Welle von neuen Parteieintritten in Matabeleland". Auf einer Missionsstation heißt es: „Kein Wunder, die Partei versucht jedes Dorf in den Griff zu bekommen. Einkaufen und Waren verkaufen darf nur, wer eine Mitgliedskarte der ZANU vorweisen kann. Erst recht bei der Verteilung von Hilfsgütern werden ZANU-Mitglieder bevorzugt. Es ist schon so, daß die Leute eine Parteikarte haben müssen, um einen Fahrschein im Bus zu kaufen."

Ein Provinzbeamter und Nkomo-Anhänger sagt mir in Bulawayo: „Ich habe selber gesehen, wie die Fünfte Brigade bei Pumula in der Gegend von Tsholotsho sechs Lehrer in eine Jauchegrube geworfen hat, fünf Meter tief. Sie sollten aussagen, wo sich Rebellen versteckt halten, wußten aber wirklich nichts. Als die Lehrer um Gnade flehten, haben die Soldaten gelacht und das Feuer in die Grube eröffnet, alle erschossen. In der Nähe hat man Babys in einen Maisstampfer geworfen und vor den Augen ihrer Mütter zerquetscht. Diese Bilder werde ich mein Leben lang nicht vergessen. Wir haben gegen das Smith-Regime gekämpft, aber das hier ist schlimmer als unter dem weißen Regime. Ich hätte nie gedacht, daß ich mich nach Smith zurücksehnen würde. Gut, daß Nkomo zurück ist aus London, aber es gibt keine Versöhnung. Das weiß auch Nkomo. Ich glaube an den Kampf, sonst enden wir alle in einem Massengrab."



Buschkrieg in Zimbabwe: Aus dem Krieg Schwarz gegen Weiß wurde ein Kampf Schwarz gegen Schwarz.

FOTO: CAMERA PRESS

Vereist der heiße Herbst in der Moskauer Realität?

Wird es doch keinen heißen Herbst geben? Wird es eher ein kühler, vielleicht sogar ein kalter Herbst? Das quälende Gefühl geht seit dem Auftakt in Mutlangen unter den Friedensfreunden um, was denn wäre, wenn sie demonstrierten und keiner schaute hin. Vielleicht sogar nicht einmal das Fernsehen.

Von GEORG SCHRÖDER

Die aus den langen Parlamentsferien nach Bonn zurückgekehrten Bundestagsabgeordneten suchen nach Erklärungen dafür, warum die Anti-Raketen-Streitkräfte so wirr und unterschiedlich auf den Abschuß des koreanischen Jumbos reagiert haben. Pure Verlegenheit, außenpolitischer Provinzialismus oder erneut eine Demonstration ihrer Einäugigkeit, die nur noch Amerika im Visier hat, die Sünden der Sowjets aber nicht zur Kenntnis nehmen will?

Ob den jungen protestantischen Schwärmern wohl dabei war, als ihnen Oskar Lafontaine erklärte, man dürfe sich durch den Flugzeugabschuß nicht irre machen lassen? Dem einen oder dem anderen ist wohl die Galle übergelaufen bei der Bekundung des saarländischen SPD-Vorsitzenden: „In dieser Minute sterben hundert Menschen vor Hunger, niemand denkt daran, deshalb irgend etwas abzubrechen." Wenn diese Worte irgend etwas bedeuten sollten, dann doch die Verdrängung der Tatsache, daß nicht in den USA, daß vielmehr in der Sowjetunion der mächtigste militärpolitische Komplex die Macht ausübt.

Niemand in Bonn rechnet damit, daß Lafontaine sich ändert. Niemand erwartet auch, daß Heinrich Albertz schon seinen Nachholbedarf an Buße gedeckt hat oder daß Erhard Eppler, der Jünger Heinemanns, den neutralistischen Zielen der Gesamtdeutschen Volkspartei nicht mehr nachträumt. Was aber wird aus den Jungen, die, ob sie es nun glauben oder nicht, zum erstenmal eine Manövriermasse für diese drei sozialdemokratischen Politiker hergeben?

Wer alt genug ist unter den Männern in Bonn, leidet in diesen Tagen unter dem beklemmenden Gefühl des déjà vu. Sicherlich hat die Jugend das Recht auf Romantik, auf hochschwellende Gefühle. Da gibt es eine unübersehbare deutsche Tradition: Burschenschafter, Jungdeutschland, Wandervogel. Und dann gibt es das „Recht" der Jugend darauf, sich als den wirklichen Anfang aller Welt und die Älteren als verkalkt und reaktionär anzusehen. Seltsam ist nur, daß der neue Generationskonflikt hochschwappt in einem Augenblick, da die aufgeregten Revolutionäre mit Pensionsberechtigung von 1968 – um ein Wehner-Wort zu zitieren – gerade dabei sind, ihre Heimkehr in die bürgerliche Normalität literarisch aufzuarbeiten.

Schon zweimal erlebten wir, daß die Sozialdemokraten sich an die Spitze der Bewegung stellten: Erst in den fünfziger Jahren mit unüberhörbarem antimilitaristischen Tonfall gegen die Wiederbewaffnung. Dann in den späten fünfziger Jahren gegen die Einführung von Atomwaffenträgern (ohne Atomköpfe) in die Bundeswehr.

1958 zogen Gewerkschaften und SPD auf die Straßen zum Kampf gegen den Atomtod. Sie verloren diese Schlacht, weil sich Konrad Adenauer nicht beirren ließ und weil nur eine Minderheit die hochgepeitschten Gefühle teilte.

Zum Auftakt jener gescheiterten Kampagne hielt Helmut Schmidt am 22. März 1958 eine wild-demagogische Rede im Bundestag. Vielleicht regt es den einen oder anderen Friedenskämpfer heute zum Nachdenken an, daß nur zwei Jahre später, also 1960, der durch intensives Studium der Sachlage vom Saulus zum Paulus gewordene Helmut Schmidt in einem Buch beklagte, daß zwar im Bundestag gegenüber militärischen und gegenüber abrüstungspolitischen Problemen sehr viel guter Wille, aber relativ sehr wenig Sachverstand vorhanden sei. Er fügte hinzu, daß auch er daran mitschuldig sei, daß die Emotionen bei manchen Bundestagsdebatten den Sachverstand überwogen hätten. „Wir haben eben alle nicht genug davon gewußt. Der einzige, der 1958 wirklich schon sehr viel wußte, war Strauß. Alle übrigen Politiker waren relativ schlecht informiert über die militärischen Probleme", so Helmut Schmidt Jahre danach.

Wieviel Verstand gehört dazu, ungewöhnlich komplizierten Problemen gewachsen zu sein? Heute ist Schmidt in der Raketen-Frage zum Schweiger geworden, und kein neuer Schmidt ist in der SPD im Kommen. Was wissen die Jungen davon, daß ihre Vorgänger Ende der fünfziger Jahre, auch damals unterstützt von einigen sozialdemokratischen Abgeordneten, geradezu hysterisch gegen die zur Entscheidung anstehenden Notstandsgesetze anschrien und den Anfang des Faschismus in der Bundesrepublik Deutschland voraussagten? Nichts von den Prophezeiungen erfüllte sich. Aber davon spricht keiner. Und fordern sie heute noch im Gefolge ihres Epplers das Nullwachstum, das uns doch gestern, als es noch aufwärtsging in der Wirtschaft, als das Heil für die Menschheit ans Herz gelegt wurde?

Da war ein Heinz Kühn, der noch 1954 auf dem Berliner Parteitag der SPD beteuerte, daß er nicht an „die Möglichkeit einer demokratischen Armee in Deutschland" glaube. Da war eine Sozialdemokratie, die im Gegensatz zu Adenauer im Beitritt zur NATO eine Gefahr für den Frieden sah, und in Wirklichkeit erleben wir in der Bundesrepublik jetzt das 38. Jahr des Friedens.

Realität und Befürchtungen klaffen weit auseinander. Das aber hat vorgestern, gestern und heute ganz offensichtlich für den aufgeregten Teil der Jugend nichts bedeutet. Gerade weil die Bundesrepublik Deutschland ein Land des Friedens war und ist, suchte man Ersatz-Aufregung in der weiten Welt. Gestern hieß das Vietnam, heute Honduras.

Protest gegen Bündnis mit Rechtsradikalen

v. K. **Paris**

Das Ergebnis einer Nachwahl in der Stadt Dreux westlich von Paris, bei der der Kandidat der rechtsextremen „Nationalen Front" (NF), Jean-Pierre Stirbois, mit 16,7 Prozent das nach dem Kriege höchste Ergebnis einer rechtsextremen Partei erzielt hatte, hat in Frankreich hohe Wellen geschlagen. Jean-Pierre Stirbois, der Generalsekretär der NF ist, hatte seinen Wahlkampf mit fremdenfeindlichen Parolen geführt. Vor allem wurde dabei gegen die Zunahme ausländischer, in erster Linie nordafrikanischer Arbeiter, polemisiert. In Dreux kommen auf 35 000 Einwohner 8000 Einwanderer.

Für die Stichwahl am kommenden Sonntag haben sich die gaullistische Partei RPR und die giscardistische UDF mit der Nationalen Front zusammengetan, um den Sieg des gaullistischen Kandidaten über den Sozialisten zu sichern. Dagegen haben prominente Politiker des bürgerlichen Lagers protestiert. Unter ihnen die ehemalige Präsidentin des Europaparlaments Simone Veil und der frühere UDF-Minister Olivier Stirn, der sagte, seine Partei werde sich „entjungfern", wenn sie mit den Rechtsextremisten paktiere.

Friedensgruppe: Festnahme in Moskau

SAD, **Moskau/London**

Vier sowjetische Bürgerrechtler, Mitglieder einer Friedensgruppe, sind am Montag von der Moskauer Polizei auf dem Weg zur britischen Botschaft festgenommen worden. Die vier hatten einen Brief abholen wollen, den Premierministerin Margaret Thatcher an die Gruppe gerichtet hat. Der Brief ist die Antwort von Frau Thatcher auf ein Schreiben der Friedensgruppe, in dem gegen die Behandlung von britischen Atomwaffengegnern protestiert wurde. Einer der Festgenommenen wurde erst nach fünf Stunden Polizeigewahrsam freigelassen.

Noch 27 100 offene Lehrstellen

GISELA REINERS, **Bonn**

Einen „Appell zum Endspurt" haben gestern Bundesbildungsministerin Wilms (CDU) und der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, Stingl, an die Arbeitgeber gerichtet, bis Ende September weitere Lehrstellen bereitzustellen. Aus Anlaß eines Besuchs von Frau Wilms in Nürnberg war ihr das Ergebnis einer Sonderzählung zum 31. August mitgeteilt worden. Danach hatten noch 96 800 bei den Arbeitsämtern gemeldete Lehrstellenbewerber keinen Ausbildungsplatz, davon zwei Drittel Mädchen. Noch 27 100 offene Arbeitsplätze waren registriert. Wilms und Stingl zeigten sich überzeugt, daß die Zahl der jungen Leute ohne Ausbildungsplatz im Laufe des Septembers noch „deutlich" abnehmen werde.

Thema der Unterredung zwischen der Ministerin und dem Präsidenten war, festzustellen, wo es noch Handlungsspielräume für eine Verbesserung der Lehrstellensituation gebe. Auf Wunsch des Arbeitsministeriums war eine Brief-Aktion Stingls gestoppt worden. Er hatte die Präsidenten der Landesarbeitsämter um eine Bestandsaufnahme verfügbarer Plätze gebeten und Auskunft unter Wahrung der Vertraulichkeit darüber gefordert, wie viele Lehrstellen es noch geben könne, wenn die gesamten Kosten übernommen würden; wer für die Kosten aufkommen sollte, blieb offen.

Die Grünen, ihre Anhänger und wachsende Integrationsprobleme

Die jüngste Meinungsumfrage sieht die Partei nur noch knapp über fünf Prozent

D. GURATZSCH, **Frankfurt**

Die jüngste Meinungsumfrage des Ipos-Institutes scheint es zu dokumentieren: Der Blutangriff des früheren Landtagsabgeordneten Frank Schwalba-Hoth auf einen amerikanischen General kostet die hessischen Grünen Wählerstimmen. Wurden sie bei früheren Meinungsumfragen mit Stimmenanteilen zwischen sechs und zehn Prozent gehandelt, so gibt ihnen Ipos, die erste Umfrage nach dem Eklat im Hessischen Landtag, nur noch 5,1 Prozent. SPD-Ministerpräsident Börner scheint seinem Ziel, die Grünen aus dem Parlament zu verdrängen, greifbar nahe zu sein.

Aber es gibt auch andere symptomatische Beobachtungen im hessischen Wahlkampf, die zeigen, daß die Grünen nicht nur gegenüber Wählern aus den Randzonen der „etablierten" Parteien, sondern auch gegenüber solchen aus dem alternativen Spektrum und aus den Resten der Protestbewegung Integrationsprobleme haben. Diese Gruppen, die noch vor einem Jahr die Mobilisierungsreserve der grünen „Bewegung" bildeten, sind desorientiert, weil die großen Konfliktherde – Startbahn, Wiederaufarbeitungsanlage, Biblis – politisch stillgelegt worden sind. Der Versuch, das Potential in der Friedensbewegung neu zu sammeln, steckt noch in den Anfängen.

Gegenüber den Grünen im Landtag hegen diese Gruppen den Vorbehalt, daß sie sich mit dem „verhaßten" Staat einlassen, mit den politischen Repräsentanten an einen Tisch setzen und sich von den Schicklichkeiten parlamentarischer Umgangsformen korrumpieren lassen. Aus Enttäuschung werben Wortführer und Transparenteschwinger dieser Protestszene mit dem Wahlboykott. Auf den Wahlkundgebungen der großen Parteien bilden sie Störtrupps mit Trillerpfeifen, schwarzer Kleidung und schwarzen Fahnen. Die große Masse der früheren Startbahnaktivisten scheint nicht bereit, diesen „Anarchos" zu folgen. Schwalba-Hoths Blutspritzerei hat sie eher mit den Grünen versöhnt. Die Bereitschaft scheint hier gewachsen, in den Grünen wieder das „parlamentarische Standbein" der außerparlamentarischen Bewegung zu sehen.

Die Facetten dieses Identitätskonfliktes spiegeln sich in den Wahlveranstaltungen der Grünen, die längst nicht mehr von jenem Optimismus getragen sind, der die Partei noch im



vergangenen Jahr begleitet hatte. Als Professor Hoimar von Ditfurth vor wenigen Tagen im Frankfurter „Volksbildungsheim" über „Pazifismus – unsere letzte Chance" sprach, konnte man mürrische Kommentare hören wie: „Intellektuell überzüchtet", „Daß er gegen die Russen ist, das hat er deutlich gesagt".

Dennoch wurde das Wahlkampf-Zugpferd der Frankfurter Grünen (seine Tochter Jutta Ditfurth ist grüne Abgeordnete im Frankfurter Stadtparlament) von dem sehr gemischten Publikum am Ende mit Beifall überschüttet, und das, obwohl sich von Ditfurth nach der Blutspritzerei ausdrücklich von Schwalba-Hoths Aktion distanziert hatte und auch im Volksbildungsheim kein Jota von dieser Stellungnahme zurücknahm. Überhaupt vermied der Professor in der Veranstaltung jede direkte Parteinahme für die Grünen.

Waren es im Volksbildungsheim überwiegend die „kritische Intelligenz", das pazifistische Spektrum und die marxistische Klientel aus dem DKP-Einzugsbereich, die – etwa 1200 – von Ditfurths Friedenskolleg beiwohnten, so strömen zu der grünen Rocktournee „Der Löwe ist los" die jugendlichen Scharen der Musikfans. Nach schwachem Start werden jetzt Besucherrekorde gemeldet. In Groß-Umstadt bei Darmstadt war die Halle zu klein, in Rüsselsheim kamen 3000, in Offenbach vorgestern abend zahlten mehr als 2500 die Eintrittskarten von 13 und 15 Mark.

Das wechselnde Programm bestreiten deutsche und ausländische Rockgruppen, Liedermacher, alternative Kabaretts. Eingeflochten wird eine tonunterlegte Dia-Show, in der hessische Spitzenpolitiker und auch die Grünen selbst, wie schon von den Kabarettisten, weidlich durch den Kakao gezogen werden. Zwei grüne Politiker haben zehn Minuten Zeit, ein Statement abzugeben. Das Publikum reagiert mit Gelächter.

Bemerkenswert ist auch hier die „Bandbreite" der Zustimmung. Der Offenbacher Bundestags-Grüne Herbert Rusche bekommt Beifall für sein Bekenntnis zu Schwalba-Hoth, aber auch Joschka Fischer, sein Bonner Kollege, wird mehrfach von Applaus unterbrochen, als er den russischen Flugzeugabschuß ein „staatliches Verbrechen, Massenmord" nennt und an das „Menschenrechtsproblem" in der Sowjetunion erinnert. In Offenbach fügte Wolf Biermann hinzu: „Unsere logischen Verbündeten sind die in der DDR, die auch dort für einseitige Abrüstung sind, und nicht für die Abrüstung der NATO", und erntete auch damit stürmische Zustimmung. Ob alles Trommeln freilich reicht, die Grünen noch einmal über die Fünf-Prozent-Hürde zu heben, wird erst die Wahl erweisen.

Zwei Blockaden und der Ermessens-Spielraum

In Bitburg wurden die amerikanischen Soldaten behindert

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Conradi und andere, die in den letzten Tagen an Aktionen der „Friedensbewegung" beteiligt waren, vor allem an der angeblich gewaltfreien „Blockade" des US-Militärgeländes von Mutlangen, haben sich gestern vor Journalisten in Bonn darüber beklagt, daß die Polizei die Aktionsteilnehmer nicht weggetragen habe, in Bitburg aber doch. Dort hatte die Polizei rund dreihundert Menschen, die sich auf eine Verbindungsstraße zwischen dem amerikanischen Fliegerhorst und der amerikanischen Wohnsiedlung gesetzt hatten, um auf diese Weise den Verkehr auf ihr zu unterbinden, weggetragen und deren Personendaten festgehalten.

Conradi verlangte bei derartigen Aktionen eine „Gleichbehandlung der Blockierer". Nach der ohne polizeilichen Zugriff dreitägigen „Blokkade" von Mutlangen hatte der Theologe Gollwitzer ausgerufen, von nun an könne kein „Blockierer" mehr bestraft werden, „solange die Bundesrepublik noch ein Rechtsstaat ist". Aus diesen Äußerungen wird deutlich, wie sehr es die Organisatoren der Aktionen der „Friedensbewegung" irritiert, daß die staatlichen Organe den ihnen gesetzlich gegebenen Ermessensspielraum in der Reaktion auf die Aktionen ausschöpfen.

Aufgrund dieses Spielraums konnte die jeweilige Polizeiführung – in Mutlangen untersteht sie dem Innenminister von Baden-Württemberg, in Bitburg dem Innenminister von Rheinland-Pfalz – aufgrund der Gegebenheiten vor Ort ihr Vorgehen entscheiden. So wußte sie, daß der für Mutlangen zuständige amerikanische Kommandeur den Dienstbetrieb auf dem Depotgelände, auf dem die „Belagerer" Atomsprengköpfe vermuteten, für die Drei-Tage-Aktion eingestellt hatte. Beobachter vor Ort glaubten sogar, aus den in den Tagen vorher im Lager beobachteten Aktivitäten schließen zu können, daß dieses vor der „Blockade" leergeräumt worden sei. Auf amerikanisches Ersuchen hin war die deutsche Polizei in das Mutlanger Lager eingerückt und wurde aus der Luft versorgt. Dem deutschen Polizeiverantwortlichen wurde deshalb auch von amerikanischer Seite kein Ersuchen übermittelt, die Zufahrt zum Lager freizumachen.

Aufgrund dieser Gegebenheiten gab es für die deutsche Polizei keine Notwendigkeit, die auf der Straße lagernden „Blockierer" vor der Depot-Zufahrt beiseite zu schaffen. Das hat diese, unter ihnen viele sogenannte Prominente, mit einer Lage konfrontiert, die sie nicht erwartet hatten: Sie hofften, weggetragen zu werden, und wollten erreichen, daß diese Bilder in den Zeitungen und im Fernsehen zu sehen sein würden. Wegen der besonnenen Kooperation zwischen amerikanischem Militär und deutscher Polizei blieb der „Medieneffekt" aus.

Anders gestaltete sich die „polizeitaktische Lage" vor dem US-Fliegerhorst in Bitburg. Dort behinderten die „Blockierer" die Bewegung der amerikanischen Soldaten zwischen ihrem Arbeitsplatz auf dem Fliegerhorst und ihrer Wohnung in der Siedlung außerhalb des Fliegerhorstes.

Für die Polizei in Bitburg lautete die Aufgabe Freihalten der Verbindungsstraße zwischen Wohnsiedlung und Fliegerhorst. Darum hatten die Amerikaner nachgesucht, denn im Gegensatz zu Mutlangen läßt sich ein derart großer US-Fliegerhorst wie der in Bitburg nicht über längere Zeit stillegen.

China beantragt Aufnahme bei Atom-Behörde

jo. **Bonn**

Die Volksrepublik China hat formell die Mitgliedschaft in der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) beantragt. Wie der Pressedienst der in Wien ansässigen IAEO mitteilte, habe Chinas Botschafter in Österreich, Wang Shu, den Antrag am Montag übergeben. Über das Gesuch soll im Oktober entschieden werden. Bei dem erwarteten positiven Ergebnis werden mit China alle klassischen Atomwaffenstaaten der IAEO Einblick in ihren zivilen Kernenergiebereich gewähren.

Die Volksrepublik, die 1964 ihre erste Atombombe zündete, gehörte bislang als einzige Nuklearmacht nicht der 1957 unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen gegründeten Organisation an und hat bisher auch die Unterzeichnung des 1968 beschlossenen Atomwaffensperrvertrags abgelehnt. Die IAEO, der derzeit 111 Staaten angehören, befaßt sich mit der friedlichen Nutzung der Atomenergie und der Überwachung vun Nuklearanlagen. Eine Billigung des Beitritts Chinas würde die Kooperation der Volksrepublik China mit Drittländern und insbesondere den USA bei der Entwicklung ihrer Kernkraftwerke erleichtern.

Gegenwärtig führt Peking Verhandlungen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomenergie bereits mit Washington, London und Paris, wo der Kauf französischer Reaktoren für zwei Atomkraftwerke verhandelt wird. Einen eigenen Atommeiler von 300 Megawatt errichtet die Volksrepublik China zur Zeit bei Shanghai. Auch gegenüber der westdeutschen Reaktorindustrie machte China sein Interesse im vergangenen Monat anläßlich des Besuches von Ministerpräsident Johannes Rau an einem stärkeren Engagement beim Bau von Kernkraftwerken deutlich.

Die Aufnahmegespräche zum Beitritt Pekings hat IAEO-Generaldirektor Hans Blix im August in Peking geführt. Dabei gab Peking zu verstehen, daß sein Beitritt keine Änderung in seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Atomsperrvertrag bedeuten würde. Es werde aber die Bestimmungen der IAEO-Charta auch bezüglich einer internationalen Überwachung akzeptieren.

„Moskau hat Position nicht geändert"

Brief Reagans an Kohl / Ohne Entgegenkommen kein befriedigendes Ergebnis in Genf

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat in einem Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl betont, der Westen sei trotz des Abschusses eines südkoreanischen Flugzeuges zu Übereinkünften mit Moskau bei den Genfer Rüstungskontrollverhandlungen bereit. Voraussetzung für ein Zwischenergebnis sei, daß die sowjetische Führung ihre starre Position in Genf verändere und einen für die USA und den Westen akzeptablen Kompromiß ermögliche. Eine solche Positionsveränderung, so schreibt Reagan, sei aber bisher nicht in Sicht gewesen.

Reagan beantwortete damit ein Schreiben Kohls vom 2. September, in dem der Bundeskanzler die Haltung Bonns dargelegt hatte, nachdem aus dem Regierungslager unterschiedliche Spekulationen laut geworden waren. Vor allem Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher war im Sommer zugeschrieben worden, er sei bei einem Zwischenergebnis auf niedrigem Niveau – zum Beispiel, wenn eine Reduzierung des sowjetischen Waffensystems auf 50 möglich sei – bereit, auf die Stationierung von Pershing-2-Raketen zu verzichten. Dies hätte bedeutet, daß der Westen nur die langsamen Marschflugkörper stationiert.

Der Bundeskanzler hatte dagegen nach der Rückkehr aus dem Urlaub öffentlich erklärt, es bleibe beim Waffenmix aus Pershing-Raketen und Marschflugkörpern, auch wenn es zu einem Zwischenergebnis komme.

Die Gespräche, die der amerikanische Unterhändler in Genf, Paul Nitze, nun in Bonn geführt hat, haben nicht erkennen lassen, ob die USA noch „Spielraum" sehen. Der Brief von Präsident Reagan wird aber als Hinweis verstanden, daß ohne Entgegenkommen des Kreml ein für den Westen befriedigendes Ergebnis in Genf in diesem Jahr nicht mehr möglich ist.

Einer der wichtigsten Gesprächspartner von Nitze in Bonn war der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, der im Sommer öffentlich erklärt hatte, nicht jedes Ergebnis in Genf sei unter Beachtung deutscher Sicherheitsinteressen akzeptabel.

Dregger hat – wie er der WELT sagte – gegenüber Nitze die Position Bonns und der Mehrheitsfraktion im Parlament in drei Punkten zusammengefaßt:

1. Der Waffenmix müsse auch bei einer Zwischenlösung in Genf erhalten bleiben. Eine Kombination aus Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern sei auch bei einem reduzierten Nachrüstungsbedarf erforderlich. Die Pershing sei die einzige gleichwertige Waffe, die der Westen der SS 20 entgegenzusetzen habe.

2. Eine Anrechnung der französischen und britischen Raketen in Genf sei nicht möglich, da diese Waffen nicht zum Schutz der Deutschen daseien.

3. Dregger betonte, er habe Nitze gesagt, daß jetzt ein Abschluß in Genf gefunden werden müsse. Nach vierjährigen Verhandlungen müsse „jetzt entschieden werden".

*

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Der Vorschlag des Bonner Oppositionsführers Hans-Jochen Vogel, die Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen (INF) und strategische Waffen (START) zusammenzulegen, um auf diese Weise einen Durchbruch zu erzielen, ist von den Amerikanern offenbar mit Reserviertheit aufgenommen worden. Wie Vogel gestern über sein Gespräch mit Nitze berichtete, befürchten die USA, daß dann in Genf „zu viele Streitpunkte gleichzeitig miteinander eine Rolle spielen". Der von der SPD-Fraktion gebilligte Vogel-Vorschlag, dessen Grundzüge von Egon Bahr in die Debatte eingebracht worden waren, sieht außerdem vor: Moskau und Washington verpflichten sich, in den Verhandlungen „eine Begrenzung aller land-, luft- und seegestützten nuklearen Mittelstreckensysteme anzustreben". In Absichtserklärungen sollen die Sowjets ankündigen, ihre SS 20 „durch Verschrottung drastisch zu reduzieren". Die USA sollen ihrerseits „Drittstaatensysteme" berücksichtigen und im gesamtstrategischen Bereich ausgleichen. Auf diese Weise könne eine westliche Nachrüstung überflüssig werden.

Stand Weißbuch für neue Veröffentlichung Pate?

Verteidigungsminister läßt Rechtslage überprüfen

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Bundesverteidigungsminister Wörner hat in seinem Ressort die Prüfung der Frage eingeleitet, ob der frühere Leiter des Planungsstabes, Ministerialdirektor a. D. Walther Stützle, mit der Veröffentlichung eines gerade erschienenen Buches sich über beamtenrechtliche Vorschriften hinweggesetzt hat. Seit letzter Woche ist unter Stützles Namen ein Buch mit dem Titel „Politik und Kräfteverhältnis" (Verlag Mittler und Sohn, Herford und Bonn) auf dem Markt, von dem große Teile dem Entwurf für ein Weißbuch entstammen sollen, das unter Stützles Verantwortung in der früheren Regierung Schmidt/Genscher vorbereitet wurde.

Der Sprecher des Verteidigungsministers, Oberst Reichardt, bestätigte der WELT, daß die Prüfung der Rechtsfrage im Gange sei. Von anderer Seite war zu erfahren, daß der Buchtext zu rund achtzig Prozent wortgleich sei mit dem Entwurf, den der Planungsstab der Hardthöhe im vergangenen Jahr (damaliger Leiter Stützle) als Vorlage für die Abstimmung in der Bundesregierung der SPD/FDP-Koalition und Veröffentlichung als Weißbuch der Regierung zur Sicherheitspolitik vorbereitet hatte. An einer Stelle enthalte das Buch Stützles (Seite 107) sogar denselben Schreibfehler wie das im Planungsstab erarbeitete Manuskript. Statt des sowjetischen Flugzeugtyps MiG 21 steht falsch sowohl im Entwurf des Planungsstabes wie im Stützle-Buch MiG 12.

Ob Stützle, der mit dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung den Nachfolger von Apel auf der Hardthöhe, Wörner, von sich aus um die Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand gebeten hatte, die für Soldaten und Beamte gültigen Vorschriften für private Veröffentlichungen verletzt hat, ist nach Meinung von Experten offen. Nach dem derzeitig gültigen Erlaß der Hardthöhe vom 1. Oktober 1982 dürfen durch eine Veröffentlichung „die Rechte anderer nicht verletzt werden". Die Prüfung soll zeigen, ob die Stabsarbeit von zehn Offizieren und Beamten des Planungsstabes, die Datenmaterial des Führungsstabes für den Entwurf verwendeten, als das geistige Eigentum eines Autors gelten kann.

Stützle, der heute als Redakteur für die „Stuttgarter Zeitung" arbeitet, von der WELT mit den Behauptungen der Hardthöhe konfrontiert, sagte: „Sie kriegen von mir dazu keine autorisierte Stellungnahme." Apel, der frühere Vorgesetzte Stützles, erklärte, er erfahre erst durch den Anruf der WELT von der Veröffentlichung. Der Verleger des Buches erklärte, Stützle habe mit ihm den üblichen Vertrag geschlossen. Darin heiße es, wenn durch die Veröffentlichung Rechte Dritter berührt seien, habe dafür der Verfasser aufzukommen.

Libanon: Drusen erobern Bhamdun

DW./AP, **Beirut**

Im neu entflammten Bürgerkrieg in Libanon haben die von Syrien unterstützten Milizen der Drusen die wichtige Ortschaft Bhamdun an der Straße Beirut–Damaskus eingenommen. Bei den Kämpfen, die verschärft nach dem Teilrückzug der israelischen Truppen vor drei Tagen ausbrachen, kamen gestern in Beirut auch zwei amerikanische Soldaten der internationalen Friedenstruppe ums Leben.

Die Einnahme der 20 Kilometer östlich von Beirut gelegenen Stadt Bhamdun durch drusische Milizen wurde vom christlichen Rundfunksender „Stimme Libanons" gemeldet. Die Drusen seien in Bhamdun eingezogen und begingen dort „Massaker und beispiellose Verbrechen".

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Die deutschen Fernfahrer drohen mit einem Streik

Vorrangig Begrenzung der Höchstarbeitszeit gefordert

GÜNTHER BADING, Bonn

Im deutschen Fernverkehr droht ein Arbeitskampf. Der geschäftsführende Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transporte und Verkehr (ÖTV) hat die Voraussetzungen für einen Streik der rund 50 000 Fernfahrer in der Bundesrepublik Deutschland geschaffen, nachdem die Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag endgültig gescheitert sind.

Gefordert hat die für die Fernfahrer im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zuständige ÖTV bessere Arbeitsbedingungen für die reichlich belasteten „Kapitäne der Landstraße". An vorderster Stelle des Forderungskatalogs stehent die Begrenzung der Höchstarbeitszeit sowie zehn freie Kalendertage im Monat und fünf Tage Zusatzurlaub. Außerdem verlangt die ÖTV auch ein generelles Be- und Entladeverbot für Fernfahrer.

Mit dieser letzten Forderung hat die ÖTV soeben Schlagzeilen gemacht. In Dortmund und in Kamen blockierten zu Wochenbeginn ÖTV-Fernfahrer und die in Bussen untergebrachten rollenden Beratungsstellen der Gewerkschaft die Zu- und Abfahrt zu zwei Zentrallagern des gewerkschaftseigenen Unternehmens co op. Zwar ist co op in Dortmund rechtlich selbständig, ist aber eng an die co op-Zentrale in Frankfurt angeschlossen und führt auch deren gesamtes Warenangebot.

Die Aktion hat heftige innergewerkschaftliche Diskussionen ausgelöst. Allerdings argumentiert ÖTV-Sprecher Peter Ruthmann: „Wir werden dort aktiv, wo Mißstände auftreten. Wenn das auch in einem gemeinwirtschaftlichen Unternehmen der Fall ist, so ist es eine Frage gewerkschaftlicher Glaubwürdigkeit, gerade hier zu beginnen." Die ÖTV will sich ihr „Saubermann-Image" im DGB nicht nehmen lassen. Erinnert sei nur an die Unnachgiebigkeit des früheren ÖTV-Vorsitzenden Kluncker im Skandal um die „Neue Heimat".

Zu welchen Auswüchsen es gerade bei dem umstrittenen Be- und Entladen von Fernlastzügen kommen kann – ob bei co op oder anderswo –, schildern ÖTV-Funktionäre am Beispiel eines Fernfahrers, der mit 12 Tonnen Pfirsisch-Konserven aus Griechenland in Deutschland ankam. Die Lade- und Lieferbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland werden von der „Rationalisierungsgemeinschaft des Großhandels" festgesetzt (in der auch die DGB-eigene co op eine einflußreiche Stimme hat). So ist vorgesehen, daß Waren nur auf sogenannten „Euro-Paletten" maximal ein Meter hoch gestapelt angeliefert werden dürfen. Der betroffene Fernfahrer mit den griechischen Pfirsichen hatte nun das Pech, daß sein Lastzug von einheimischen Frachtarbeitern zwar ordentlich, nicht aber deutscher Norm gemäß beladen worden war. Die Folge nach Angaben der ÖTV: Der von der langen Fahrt ohnehin ermüdete Fahrer mußte die Konserven eigenhändig ausladen und anschließend sein Fahrzeug zum Speditionsunternehmen zurücksteuern. Das sei beileibe kein Einzelfall, versichern die Funktionäre.

Neben Be- und Entladeverbot fordert die Gewerkschaft, die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit der Fernfahrer auf 50 Wochenstunden zu begrenzen. Nach dem bisher gültigen Manteltarif betrug die Arbeitszeit für Einzel-Fernfahrer in der Doppelwoche 115 Stunden, für Zweimann-Fahrer in der Doppelwoche 149 Stunden. Schon aus Gründen der Verkehrssicherheit sei das zuviel, heißt es jetzt bei der Gewerkschaft, die unter den 50 000 Fernfahrern einen sehr hohen Organisationsgrad hat.

Erbost ist man in der ÖTV-Zentrale in Stuttgart darüber, daß die Arbeitgeber, voran der Bundesverband des Deutschen Güterfernverkehrs (BDF) nicht einmal auf das Angebot einer freiwilligen Schlichtung eingegangen sind. Nun droht also Streik. Zwar ist ein Arbeitskampf in dem mobilen Gewerbe der Fernfahrer reichlich schwierig zu organisieren. Aber die ÖTV rechnet auch mit Solidaritätsaktionen anderer Gewerkschaften. Wie sich ein Streik, mit dem schon in wenigen Wochen gerechnet werden muß, auswirken kann, hat das Beispiel Dortmund gezeigt. Dort waren 250 Lastwagen am Ausfahren und 120 am Zuliefern gehindert – durch einige wenige quergestellte Wagen. Wie wirksam Streiks an Grenzen sind, haben vor allem die italienischen Fahrer mehrfach am Brenner vorgeführt. Noch aber hofft man in der ÖTV-Spitze auf ein Einlenken der Arbeitgeber.

Der frühere Kanzler vermied es, Propaganda-Effekte zu liefern

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Mit einer Mischung aus Härte, analytischer Schärfe und Verbindlichkeit des „Elder Statesman" setzte sich Helmut Schmidt mit seiner Reise zu Erich Honecker von ähnlichen Unternehmungen seiner Parteifreunde ab. In Stil und Auftreten vermied der Ex-Kanzler den Eindruck, sich nur um des lieben Friedens willen mit Auffassungen des Gastgebers zu identifizieren oder der SED-Presse willkommene Propaganda-Effekte zu liefern. Nach Schmidts ausgiebigem Meinungsaustausch mit Honecker sind einige Punkte festzuhalten.

1. Schmidt rechtfertigte und vertrat den NATO-Doppelbeschluß, an dessen Zustandekommen 1979 er selbst maßgebend beteiligt war. Mögliche Erwartungen seiner Gastgeber, ihn als „Parlamentär" für eine Verständigungsmission zwischen den weltpolitischen Fronten gewinnen oder gar in einen „Raketen-Paulus" und Vorreiter neutralistischer, sicherheitspolitischer Vorstellungen in der Bundesrepublik verwandeln zu können, schlugen fehl. Auch eher schwärmerische Denkmodelle in Teilen der atompazifistischen kirchlichen Friedensbewegung in der „DDR" über Verzichtserklärungen des Westens im Raketen-Poker fanden in Schmidt weder Fürsprache noch Aber.

2. Anders als Hans-Jochen Vogel, der sich mangels sicherheitspolitischer Kompetenz bei seinem Honecker-Besuch Ende Mai eher zurückhielt, und gewiß ganz anders als der sicherheitspolitisch längst befangene Egon Bahr, ließ Schmidt kaum Ausdeutbares für die „DDR"-Medien zu. Wie schon im Falle des kürzlich nach Ost-Berlin gereisten dänischen Außenministers, der den NATO-Doppelbeschluß verteidigte, begab sich Schmidt – bei aller Konzilianz im Ton–, nicht auf einen „Jein"-Kurs zum NATO-Beschluß, sondern unterstrich sogar vor den in Staatssekretär Bräutigams Privatresidenz geladenen Journalisten, daß er abermals gegenüber Honecker seine Kritik an der SS-20-Rüstung wiederholt habe. Im Gegensatz dazu hatte Egon Bahr noch vor einer Woche auf Ostberliner Boden davon gesprochen, Moskau sei bei einer westlichen Stationierungs-Reaktion regelrecht „gezwungen", ähnlich zu verfahren.

3. Der Alt-Kanzler gestand vor dem Pressekorps ohne Zögern zu, er könne „nicht erkennen, daß der Wechsel der Bundesregierung in Bonn den deutsch-deutschen Beziehungen geschadet hätte". Daß Honecker seit dem Werbellinsee-Treffen vom Dezember 1981 „wahrgemacht" habe, was er damals an Erleichterungen in Aussicht gestellt habe, wird auch Schmidt bei nochmaliger Prüfung nicht weiter aufrechterhalten wollen. Zu eindringlich sind noch die Szenen in Auge und Ohr, in denen sein damaliger Ostberliner Vertreter, Staatssekretär Bölling, Honecker bei offiziellen Anlässen bedrängte, endlich „erlebbare" Taten folgen zu lassen.

4. Schmidt war der bisher einzige westliche Politiker in der abebbenden Welle von Besuchern an den Dienst- oder Privatsitzen Honeckers, der auf Meinungsunterschiede zwischen Ost-Berlin und Moskau aufmerksam gemacht hat. Er verpackte seine Bemerkungen in den Hinweis, daß es auch für ihn „nicht einfach" gewesen sei, mit vier verschiedenen US-Präsidenten auszukommen. Nach seinem Hinweis, auch für Honecker sei es „nicht ganz einfach", mit einer neuen Bundesregierung zu arbeiten, „die auch meine Bundesregierung ist", fügte er im Hinblick auf offenkundige Meinungsdifferenzen zwischen Honecker und Andropow vor allem in der für die „DDR" selbst so brisanten Raketen-Stationierungsfrage hinzu: „Es ist nicht für jede Regierung (der „DDR", d. Red.) eine Selbstverständlichkeit, nach dem Tod Breschnews sich über die gleichen Fragen in Moskau zu unterhalten. Mit Personen ändern sich natürlich die Nuancen."

5. Mit Schmidt machte zum erstenmal ein Politiker der Bundesrepublik öffentlich, daß er Honecker geraten habe, in puncto kirchlich-pazifistischer Strömungen in seinem Land mehr „Duldsamkeit und Toleranz" zu üben, weil dies dem „Ansehen" Ost-Berlins nur förderlich sein könne.

6. Durch die offen bekannte „Freundschaft und Zuneigung" (Schmidt) der Menschen drüben, die ihm entgegenschlug, ihn Hunderte von Händen schütteln ließ und ihm die öffentliche Bemerkung über eine „ganze Menge Polizei" und über das „Benehmen" dieser Stasi-Leute während seines Besuchs in Potsdam und Wittenberg entlockte, verdeutlichte Schmidt: Strauß begeisterte die Sachsen und Thüringer nicht als Einzelperson, sondern auf ihn und Helmut Schmidt projizierten sich unterdrückte Hoffnungen und Wünsche von Millionen Mitteldeutscher. Gleichviel, wo diese Politiker im Parteien-Spektrum der Demokratie dieser Bundesrepublik angesiedelt sind.

7. Schmidts Visite bei der evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg wertet die Protestanten in der „DDR" beträchtlich auf. Sie können – auch jenseits des Luther-Jahres, das noch längst keine „Lebensversicherung" für künftige Wirkungschancen in der sozialistischen „DDR"-Gesellschaft bietet – sich noch aufmerksamerer Beobachtung als bisher sicher und eines politischen „Schutzpatrons" in Bonn gewiß sein.

Schmidt: Keine Verschlechterung

AFP/dpa, Berlin

Altbundeskanzler Schmidt hat nach seinem Treffen mit Honecker versichert, er glaube nicht an eine tiefgreifende Verschlechterung der deutsch/deutschen Beziehungen nach einer Stationierung der Pershing 2 in der Bundesrepublik. Schmidt bezeichnete den „Willen zum Kompromiß" als eine „prinzipielle Voraussetzung" für einen nützlichen Ost-West-Dialog. Das SED-Organ „Neues Deutschland" hat Äußerungen Honeckers hervorgehoben, nach denen eine „Lösung in Genf" bei den Verhandlungen über atomare Mittelstreckenwaffen „im Lebensinteresse der Menschen in beiden deutschen Staaten" sei. Solange die Stationierung noch nicht begonnen habe, sei ein Abkommen möglich. Schmidt habe seine Position dargelegt und mit Honecker übereingestimmt, daß beide deutsche Staaten große geschichtliche Verantwortung trügen, heißt es im „Neuen Deutschland". Schmidt habe das Interesse der Bundesrepublik unterstrichen, daß sich die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten entsprechend dem von der sozial-liberalen Koalition mitgeschaffenen Vertragssystem weiterentwickelten.

Seite 2: Weiser und Waisen

Irland beendet eine Debatte mit Nachwirkung

Das Abtreibungsverbot soll Teil der Verfassung werden

FRITZ WIRTH, London

In der Republik Irland wird ab morgen mit hoher Sicherheit die Abtreibung zu einem Verstoß gegen die geschriebene Verfassung des Landes. 2 356 819 wahlberechtigte Bürger werden darüber in einem Volksentscheid abstimmen, und die letzte Meinungsumfrage läßt am Ausgang dieses Referendums kaum noch Zweifel. Danach werden 69 Prozent der Iren dafür stimmen, daß das Abtreibungsverbot Teil der irischen Verfassung wird.

Der Volksentscheid ist das Ende einer bizarren, verwirrenden und nach Meinung vieler Politiker höchst überflüssigen nationalen Debatte, die die irische Gesellschaft in den letzten Monaten tiefer gespalten hat als die meisten Unterhauswahlkämpfe der letzten Jahre. Diese Spaltung geht durch fast alle politischen Parteien, durch die Kirchen, die Berufsstände der Mediziner und Juristen und oft sogar durch die Familien.

Es geht, wohlgemerkt, in dieser Volksabstimmung nicht darum, ob der Schwangerschaftsabbruch in der Republik Irland legalisiert werden soll oder nicht. Abtreibung ist in Irland seit dem Jahre 1861 illegal, und es hat in den letzten 122 Jahren niemals ernsthafte Versuche gegeben, dieses Gesetz in Frage zu stellen.

Den Initiatoren dieses Referendums geht es lediglich darum, diese Gesetze rechtlich noch schärfer abzusichern, indem man sie zum Teil der irischen Verfassung macht. Man möchte damit vor allem die Möglichkeit abblocken, daß irische Bürger in dieser Sache europäische Gerichtshöfe anrufen und diese Gerichte die irische Abtreibungs-Rechtsprechung für ungültig erklären.

Die Initiative zu diesem Referendum geht auf das Jahr 1981 zurück, als einflußreiche Anti-Abortion-Gruppen in Irland die beiden großen Parteien unter Druck setzten, die Gesetze gegen die Abtreibung in die Verfassung aufzunehmen. Da der Wahlausgang sehr knapp zu werden drohte, glaubte keine der beiden Parteien, sich ohne größeren politischen Schaden dieser Forderung widersetzen zu können. Sie stimmten deshalb diesem Volksentscheid zu.

Der damalige Wahlsieger, die Fianna-Feil-Partei unter Premierminister Charles Haughey, entwarf den Wortlaut für dieses Referendum, und dieser Text wurde nach der Wahl im Dezember letzten Jahres, als Fine Gael unter Garret FitzGerald die Regierung übernahm, unverändert akzeptiert. Er lautet: „Der Staat anerkennt das Lebensrecht des Ungeborenen und garantiert – mit angemessenem Respekt für das gleiche Lebensrecht der Mutter – soweit wie möglich mit seinen Gesetzen dieses Recht zu schützen und zu verteidigen."

Obwohl alle Parteien beschlossen, sich an der Kampagne um dieses Referendum nicht aktiv zu beteiligen, gibt es keinen Zweifel, daß der amtierende irische Premierminister FitzGerald der große politische Verlierer dieses Referendums ist. FitzGerald hatte sein Amt mit dem Ziel angetreten, die irische Verfassung von allen Paragraphen zu säubern, die besonders den Protestanten Nordirlands das Argument liefern konnten, daß die irische Republik unter dem starken Einfluß des katholischen Klerus zu einem „Kirchenstaat" geworden sei. Es war nicht zuletzt dieses Argument, das bisher allen Wiedervereinigungsbemühungen zwischen dem zu 93 Prozent katholischen Süden und dem zu 64 Prozent protestantischen Norden Irlands im Wege stand.

FitzGerald erwies sich im Laufe der Debatte um diesen neuen Verfassungsparagraphen als ein höchst unsicherer und kaum überzeugender Premier. Nachdem er zunächst den Wortlaut des Referendums akzeptiert hatte, empfahl er später in der Parlamentsdebatte über diese Verfassungsänderung seiner Fraktion, sich der Stimme zu enthalten, und fordert schließlich seit ein paar Tagen die Iren auf, gegen diese Verfassungsänderung zu stimmen.

Dem „Nein" FitzGeralds zum Referendum hat sich auch sein Koalitionspartner, die irische Labourparty, angeschlossen. Dennoch scheint ihre Niederlage heute unvermeidlich, denn nicht nur die Fianna-Fail-Partei steht geschlossen hinter dieser Verfassungsänderung, sondern vor allem die katholische Kirche, und kaum ein Ire konnte sich am letzten Sonntag beim Kirchgang der mahnenden Empfehlungen von den Kanzeln des Landes entziehen, von denen aus nachdrücklich für ein „Ja" zum Referendum gepredigt wurde.

KPF übernimmt Moskaus Version vom „Spionage-Flugzeug"

Spannung mit dem Koalitionspartner in Paris / Sozialisten sprechen von „Aggression"

A. GRAF KAGENECK, Paris

Der Flugzeug-Abschuß über dem Japanischen Meer und der dadurch verschobene Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko in Paris hat die schon beträchtlich gespannten Beziehungen zwischen den kommunistischen und den sozialistischen Koalitions-Partnern in der *französischen Regierung* noch um einige Grade verschlechtert.

Wie zu erwarten war, hat sich die KPF in der Flugzeug-Affäre von Anfang an die Version der sowjetischen Regierung zu eigen gemacht, wonach ein „offenbar zu Spionagezwecken mißbrauchtes ziviles Verkehrsflugzeug aus unverständlichen Gründen den sowjetischen Luftraum verletzt" habe. Diese Ansicht wurde bereits am Sonntag von Roland Leroy, Chefredakteur des Partei-Organs „Humanité", in einem Interview von Radio Monte Carlo vertreten und seitdem in den Ausgaben des Blattes aufrechterhalten, wobei teilweise wortgetreu Nachrichten und Kommentare der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass übernommen wurden.

Um die These vom Spionage-Flugzeug zu stützen, zitierte „Humanité" lange Auszüge aus einem Buch, das im November 1980 recht sensationelle Einzelheiten über Spionage-Flüge des französischen militärischen Nachrichtendienstes (SDECE) an Bord von Air-France-Maschinen über sowjetischem Territorium in den fünfziger Jahren enthüllt hatte. Das Blatt zog daraus den Schluß, daß der vom amerikanischen Geheimdienst CIA „total abhängige" und „von ihm geschaffene" südkoreanische Geheimdienst (KCia) mit hoher Wahrscheinlichkeit ähnliche Aufträge noch heute an Bord von südkoreanischen Verkehrsmaschinen ausführen könnte. Zur Stützung seiner These führte es den bekannten französischen Militärexperten General Gallois an, der im Rundfunk gesagt hatte, daß fotografische Aufnahmen aus Maschinen, die in 10 000 Meter Höhe fliegen, nach wie vor eine wertvolle Ergänzung der Satelliten-Aufklärung darstellten, die aus 300 Kilometer Höhe vorgenommen würde.

„Humanité" zitierte auch den amerikanischen Militär-Fachmann Steven Mayer, der den sowjetischen Militärs das Recht zugesprochen hatte, die koreanische Maschine als „Spionageflugzeug in einer strategisch äußerst sensiblen Region" angesehen zu haben. Kein einziges Mal hat das KPF-Organ daher Protest dagegen erhoben, daß ein Zivilflugzeug mit 269 unschuldigen Menschen an Bord kaltblütig abgeschossen wurde.

Dieser Protest dagegen wurde um so lauter in der Sozialistischen Partei erhoben. Der Erste Parteisekretär Lionel Jospin sprach von seinem „Abscheu", Parteisprecher Delanoe von einer „grausamen Aggression", und sogar Jean-Pierre Chevenement, Führer des mit den Kommunisten liebäugelnden linken Ceres-Parteiflügels, gebrauchte wie US-Präsident Reagan den Terminus „barbarischer Akt". Delanoe begrüßte als erster nachdrücklich die Verschiebung des Gromyko-Besuchs und fügte dem Kommentar hinzu, die Linke (sprich: die Sozialisten) hätte in ihren Beziehungen zu Moskau immer Klarheit und Festigkeit walten lassen, während die Rechtsregierungen Frankreichs sich in Willfährigkeit gegenüber sowjetischen Übergriffen (Anspielung auf Giscards Besuch bei Breschnew nach dem Afghanistan-Überfall) gefallen habe.

Die KPF hatte wenige Stunden vorher noch die Aufforderung des Gaullisten-Chefs Chirac an Präsident Mitterrand, Gromyko den Stuhl vor die Tür zu setzen, als „erschreckend" bezeichnet. Heute bezeichnet sie die Verschiebung des Gromyko-Besuchs als „bedauerlich und schädlich für die französisch-sowjetischen Beziehungen". Klarere Beweise für ihre Moskau-Abhängigkeit kann die französische KP kaum noch erbringen.

„Jetzt schreit der Westen, danach aber wird er nachgiebiger sein"

Zur Motivforschung für Moskaus Entscheidung zum Jumbo-Abschuß / Der Angstfaktor

Die WELT hat eine Reihe namhafter Ost-Experten über die Hintergründe der sowjetischen Gewaltaktion gegen die koreanische Linienmaschine befragt. Wer trägt die Verantwortung für den Abschuß – die militärische oder die politische Spitze des sowjetischen Imperiums? Wie ist die Machtstruktur beschaffen, die solche Aktionen ermöglicht? In dieser Ausgabe äußert sich Professor Michail Voslenski. Der Historiker und Politologe, von Moskau ausgebürgert, leitet heute das Forschungsinstitut für sowjetische Gegenwart in München. Er ist häufig Gastautor in der WELT.

Von MICHAIL VOSLENSKI

Wer waren die Vorgesetzten, die aus ihren bequemen Sesseln auf dem sicheren Boden das alles befohlen haben und die danach zum Abendessen gingen? Die Grenztruppen der Sowjetunion sind, so lautet die offizielle Formulierung, Bestandteil der Streitkräfte der UdSSR und sind dem KGB unterstellt. Aber mit der Sicherung des Luftraumes der UdSSR ist die Luftverteidigung des Landes (PWO) beauftragt. Und dafür ist das Verteidigungsministerium der UdSSR zuständig. Kam der Abschußbefehl also vom Geschwaderkommandanten oder vom Chef der Fernost-PWO, General Goworow, wie einige Presseorgane behaupten?

Unmittelbar ja. Aber es ist höchst unwahrscheinlich, daß eine solche Frage ohne Zustimmung Moskaus beschlossen worden sein soll. Wegen dieser Rückversicherung hat man mehr als zwei Stunden gebraucht, bevor die Exekution stattfand. Und es ging von Anfang an um eine Exekution. Für die acht (!) Abfangjäger, die das unselige Flugzeug verfolgten, wäre es ein leichtes gewesen, es zur Landung zu zwingen. Aber es wurde kein Versuch unternommen; sonst hätte die koreanische Besatzung darüber per Funk berichtet. Man ließ das Flugzeug fliegen, um sich die Option zu erhalten, es abzuschießen.

In Moskau mußte die Angelegenheit dem Marschall der Luftwaffe, Koldunow, und dem Kommandeur der KGB-Grenztruppen, Armeegeneral Matrossow, gemeldet werden. Der Befehl mußte vom Marschall im Einvernehmen mit dem KGB-General gegeben werden. Die Frage ist nur, ob auch die politische Führung der Sowjetunion mit dem Fall etwas zu tun hat. Zu Breschnews Zeit wäre das selbstverständlich gewesen: Handelte es sich doch um einen hochpolitischen Beschluß, dessen Tragweite wir jetzt klar sehen. Koldunow hätte die Zustimmung eines Sekretärs des ZK der KPdSU erbeten, um Rückendeckung zu haben.

Heute ist die Lage etwas anders. Die Militärs haben eine gewisse Autonomie gewonnen. Die Kreml-Spitze ist nämlich in zwei Gruppen gespalten: die Andropow-Gruppe und die frühere Breschnew-Gruppe, die jetzt von Tschernenko angeführt wird. Andropow hat keine garantierte Mehrheit im Politbüro. Deshalb ist er in besonderem Maße auf die Kräfte angewiesen, die ihn unterstützen. Dabei handelt es sich um die ziemlich lose Koalition zwischen dem KGB und dem militärisch-industriellen Komplex. Diese Kräfte können sich manches leisten, ohne Angst vor Desavouierung oder gar Bestrafung durch das Politbüro haben zu müssen. Es geht also nicht um einen angeblichen Schachzug der mutmaßlichen „Falken" gegen den mutmaßlichen „Entspanner" Andropow: In Wirklichkeit gibt es in der sowjetischen Führung weder „Falken" noch „Tauben". Diese Legende ist lanciert worden, um die vom Generalsekretär des ZK verfolgte Linie des Politbüros dem Westen gegenüber als „das geringste Übel" darzustellen und damit ein Nachgeben zu erwirken.

Zum erstenmal in der Geschichte der Sowjetunion wurde nach dem Abgang *des alten Parteichefs* keine kollektive Führung gebildet. Wegen des alternden Generalsekretärs hat man diese Etappe des allmählichen Herauskristallisierens des neuen Kräfteverhältnisses an der Spitze einfach übersprungen. Andropow wurde mit den Machtbefugnissen ausgestattet, die ein Generalsekretär normalerweise erst im Laufe von Jahren erwirbt. So entstand eine Anomalie an der Kreml-Spitze. Der Preis dieser Anomalie ist die Labilität der heutigen Lage im Kreml.

Sprechen wir nicht von *Moral*: Schon Lenin hat seinen Anhängern beigebracht, daß die Grundlagen der Moral der Kampf für die Festigung des Kommunismus sei und daß man alle Märchen über eine ewige Moral entlarven solle. Aber hat der Jumbo-Abschuß nicht negative Folgen für die Sowjetpolitik, war er nicht „kontra-produktiv"? Er war es, die weltweite Reaktion zeigt es. Aber man darf nie vergessen, daß in einem System, in dem die Herrschenden an keine Wahlen gebunden und auf sie nicht angewiesen sind, ganz andere Zeitvorstellungen in der Politik maßgebend sind. Ein wichtiger Faktor bei dem sowjetischen Beschluß, in die CSSR 1968 einzumarschieren, war die Überzeugung, daß dieser Akt der *Sowjetunion einen politischen Gewinn* bringen würde. „Wir haben Macht gezeigt", hieß es damals in Moskau, „jetzt schreit der Westen, danach aber wird er nachgiebiger sein."

In der Tat begann die westliche Entspannungspolitik 1969, und somit blieb diese Einschätzung Moskaus unwiderlegt. Der Berliner Mauerbau 1961 und die Kuba-Krise 1962 hatten bereits ähnliche Wirkungen. Auch die Aufstellung der SS 20 gegen Europa, die zu einer Blockade nicht etwa sowjetischer, sondern amerikanischer Einrichtungen führt, folgt dieser Logik. Der Westen sollte sich deshalb fragen, ob er nicht selbst zu einer Roßkurpolitik gegen die Sowjetunion antreten sollte.

Was können sich die Urheber der Jumbo-Katastrophe von dem Abschuß versprechen? Eine weitere Steigerung der Ängste, nicht zuletzt in Europa. Genauso wie die SS 20, die Invasion in Afghanistan, die demonstrative Unterstützung der Kriege in der Dritten Welt, ist auch der Abschuß des Verkehrsflugzeuges eines kleinen asiatischen Landes ein Element der Einschüchterung. Denn nur in einem Klima der hysterischen Ängste kann eine Politik des kaltblütigen Draufgängertums den westlichen Gegner zum bangen Nachgeben zwingen.

Diese Aspekte der sowjetischen Innen- und Außenpolitik spiegeln sich in der Aktion gegen die koreanische Verkehrsmaschine wie in einem Tropfen Wasser wider. In einem Tropfen Wasser? Nein, in einer Zisterne Blut.

Tonbänder widerlegen Moskau

● Fortsetzung von Seite 1

Argument widerlegen, dem Flugzeugabschuß könne eine Verwechslung zugrundeliegen, wie der Chef der sowjetischen Flugabwehr, Generalmajor Semjon Romanow, in den letzten Tagen mehrfach angedeutet hat.

Mit Entschiedenheit wies Präsident Reagan die Möglichkeit zurück, MiG-23- und SU-15-Piloten hätten das eingedrungene Flugzeug für einen amerikanischen Aufklärer vom Typ RC-135 gehalten, der sich zur gleichen Zeit in der Nähe der KAL-Maschine aufgehalten hatte. Reagan erklärte, die KAL-Maschine und der US-Aufklärer seien nur im internationalen Luftraum im Nordpazifik, östlich der Halbinsel Kamtschatka, für kurze Zeit in relativer Nähe zueinander geflogen. Die RC-135 sei nicht in sowjetisches Territorium eingedrungen. Als die koreanische Maschine vom Kurs abkam, befand sich der amerikanische Aufklärer bereits Hunderte von Meilen weit entfernt auf dem Rückweg zu seinem Standort in Alaska. Zum Zeitpunkt des Abschusses stand die amerikanische RC-135 schon seit einer Stunde in Alaska auf dem Boden.

Der japanische Kabinettssprecher Masaharu Gotoda erklärte, daß keine Funksprüche von den sowjetischen Abfangjägern an die Boeing 747 der KAL aufgefangen wurden. Daraus gehe hervor, daß der Jumbo-Jet von den sowjetischen Fliegern nicht gewarnt worden sei. Ebenso sei mit den Tonbändern die Behauptung der Sowjets, das Passagierflugzeug habe die Positionslampen ausgeschaltet, widerlegt. Moskau hatte darauf einen Teil seiner Spionage-These aufgebaut.

Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" hat gestern ihrerseits einen Funkspruch des Piloten des später abgeschossenen Jumbo-Jets der „Korean Airlines" veröffentlicht, mit dem offenbar bewiesen werden soll, daß die Boeing bewußt von ihrem Kurs abgewichen sei. Der Pilot hätte um 17.10 Uhr (GMT) an den Kontrollturm des Tokioter Flughafens gemeldet: „Wir haben ohne Zwischenfall den Süden Kamtschatkas überflogen. Die Maschine folgt ihrem normalen Kurs." Erstmals machte die Parteizeitung ihre Leser mit den amerikanischen Vorwürfen gegen die UdSSR bekannt, ohne aber direkt *den Abschuß zu bestätigen. Zugleich* betont die „Prawda", daß die UdSSR nicht die Absicht gehabt habe, die Boeing abzuschießen.

In den letzten Tagen hat die sowjetische Presse von Warnschüssen mit Leuchtspurmunition gesprochen und dabei die Möglichkeit eines Zufallstreffers angedeutet. Am Montagabend aber hatte bereits ein Fernsehkommentator indirekt die sowjetische Verantwortung für den Abschuß eingestanden, als er erklärte, der Pilot der sowjetischen Jagdmaschine, der das eingedrungene Flugzeug abgefangen habe, hätte „seine Pflicht erfüllt".

Wie das japanische Fernsehen gestern zu der bisherigen Reaktion der Sowjetunion erklärte, wolle Tokio weitere Tonbandauszüge veröffentlichen, wenn die Sowjetunion nicht zugebe, die koreanische Maschine ohne Vorwarnung abgeschossen zu haben. Bislang hat Japan nur ein Zehntel seiner Tonbandaufzeichnungen *von 50 Minuten bekanntgegeben.* Zugleich wird in Japan darüber gerätselt, was in den zweieinhalb Stunden geschah, während die Sowjets die Maschine beschatteten.

Nach Angaben japanischer Militärexperten sind die sowjetischen Radaranlagen auf Kamtschatka in der Lage, in 10 000 Meter Höhe fliegende Maschinen bis 400 Kilometer vor der Küste zu orten. Da die Boeing 747 eine Reisegeschwindigkeit von 900 Kilometern in der Stunde hatte, brauchte sie, als sie auf dem sowjetischen Radar erschienen war, noch etwa 30 Minuten, um über Kamtschatka zu sein.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Demonstrierer schweigen

„Sowjets schossen Jumbo ab"; WELT vom 2. September

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

da demonstriert eine vielfach aufgepustete „Friedensbewegung" gegen den Beschluß, unser Land durch amerikanischen Schutz sicherer zu machen (wenn es sein müßte), allen voran der DGB, und gleichzeitig schießen die Russen ein ziviles Verkehrsflugzeug der Süd-Koreaner ab und vernichten 269 Menschenleben, stürzen Familien und Angehörige ins Unglück und lassen die Welt fassungslos zurück.

Gleichzeitig demonstriert in Berlin der Landesvorsitzende des Berliner DGB gemeinsam mit einem sowjetischen Gewerkschaftsfunktionär für den Frieden.

Wer weiß, daß die Gewerkschaften in der Sowjetunion staatliche Hilfsorgane sind, die nicht nur alles begrüßen, was der Staat tut, die vielmehr den Arbeiter in seiner Unfreiheit auch noch überwachen und anhalten, den aufgezwungenen Plan zu erfüllen, dem muß dieses Gefühl des ohnmächtigen Zornes noch deutlicher begegnet sein.

Dürfen wir unsere Kinder wirklich schutzlos einer Macht überlassen, die vor einem Massenmord an 269 Zivilisten nicht zurückschreckt?

Wer ist überhaupt noch in der Lage, den Unrealisten in unserem Land *diese Zusammenhänge zu erklären?*

Detlef Lutz,
stellv. Vorsitzender der Christlichen Gewerkschaft, Bergbau-Chemie-Energie im CGB, Oberhausen 12

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie verworren doch die Ansichten und Gefühle unserer Zeit sind! Wenn sich ein Mensch durch Freitod einem ordentlichen Verfahren entzieht, wird spontan protestiert, demonstriert, werden Kerzen angezündet. Das ist zu verstehen. Wenn aber 269 auf engem Raum befindliche Menschen kaltblütig ermordet werden, rührt sich nichts, gar nichts. Wo bleiben die Protestaktionen der Demonstrierer? Wo bleiben die spontanen Äußerungen von Pastor A. und Schriftsteller B.?

Hochachtungsvoll
Alex Kujawski, Hamburg 55

*

Antikriegstag, Weltfriedenstag, Demonstrationen gegen US-Raketen auf der westlichen Seite dieser Erde, unterdrückte Friedensaktionen, Festnahmen von friedlichen, kerzentragenden Demonstranten und Abschuß eines zivilen koreanischen Flugzeuges mit 269 Menschen an Bord durch einen sowjetischen Kampfjäger auf der anderen Seite. Und dies am gleichen Tage!

Vermißt habe ich an diesem 1. September 1983 den Aufschrei des Entsetzens bei den Friedenskundgebungen in unserer Bundesrepublik Deutschland und den Blockierern, insbesondere bei den sonst so eloquenten Herren Böll, Albertz, Eppler und anderen mehr oder minder prominenten Bundestagsabgeordneten, *in Mutlangen, als die Nachricht vom* brutalen Abschuß der koreanischen Maschine bekannt wurde.

Nicht der Satz „Stellt Euch vor, es ist Krieg und keiner geht hin" kennzeichnet die heutige Situation. Weit treffender charakterisiert das Heute der Satz „Stellt Euch vor, es ist Frieden und einer macht nicht mit".

Klaus Jentzsch, Tübingen

Die Politik im Jahr 2000?

„Ernst Albrecht und seine zehn Thesen zum Problem der Arbeitslosigkeit"; WELT vom 27. August

Sehr geehrte Redaktion,

die zehn Thesen von Herrn Ministerpräsident Albrecht sind nicht nur überdenkenswert, sondern zeichnen die Politik in das Jahr 2000 auf.

Politiker mit dieser Weitsicht haben in der „Wirtschaftswunderzeit" der 50er und 60er Jahre gefehlt. Politiker, *Arbeitgebervertreter und* Gewerkschaften haben in der Zeit nach dem Kriege, als jeder alles neu anschaffen mußte, nicht einmal daran gedacht was sein wird, wenn es nur noch „Deckungskäufe" gibt.

Jeder im Rechnen einigermaßen Bewanderte hätte Ende der 60er Jahre bereits erkennen müssen, daß die damaligen Wachstumsraten niemals in diesem Umfang bleiben werden. Wir können uns nicht damit aufhalten, zu bezweifeln, daß man das Rad einer Entwicklung nicht zurückdrehen kann, und wir können auch nicht darüber lamentieren, ob die eingeleiteten Sparmaßnahmen bereits den Untergang des Sozialstaates bedeuten.

Daß wir alle über die Verhältnisse gelebt haben, beweist die heutige Wirtschaftslage. Die Löhne sind zu hoch, die Sozialgesetzgebung zu großzügig, die Bildungspolitik zu arbeitsweltfeindlich.

Je eher die zehn Thesen von Herrn Albrecht in die aktive Politik einfließen, um so eher werden wir den Abbau der Arbeitslosigkeit und ein neues Wachstum erreichen.

Mit freundlichen Grüßen
Christoph A. Weidlich, Berlin 15

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ernst Albrechts Analyse des arbeitsplatzvernichtenden Sozial- und Bürokratiesystems ist zutreffend. Die Konsequenzen zu ziehen, grenzt an schiere Unmöglichkeit. Denn unser aller Besitzstände müssen angetastet werden. Die bessere Entlohnung des investierten Kapitals scheint mir allerdings nur unter einer Voraussetzung gerechtfertigt: Sie muß spürbar und unmittelbar zu neuen Arbeitsplätzen führen.

Es gibt außer der Union/FDP keine politische Kraft mit der Fähigkeit, den Bürgern Opfer abzuverlangen. Doch sieht es so aus, als habe die Regierung Angst vor ihrer Courage bekommen. Entschlossenes und unverzügliches Handeln erwarten aber die Bürger.

These 7 c und 10 verdienen wegen des revolutionären Charakters besondere Beachtung: Roboter und mikroelektronische Revolution lassen es als schlechten Witz erscheinen, daß der mit Menschen besetzte Arbeitsplatz vom Staat finanziell „bestraft" wird.

Albrecht ist auch zuzustimmen, wenn er fordert, ein ganzes Ursachenbündel anzugehen, nicht einzelne isolierte Maßnahmen.

Hochachtungsvoll
Horst Kehr, Laupheim

Erst die Kasse

Sehr geehrte Damen und Herren,

es wundert mich nicht, daß der DGB so laut nach einer 35-Stunden-Woche ruft und von anderen Vorschlägen, z. B. flexible Rente ab dem 58. oder 60. Lebensjahr, nichts wissen will, da er von den Rentnern keine Beiträge mehr bekommen würde.

Bekanntlich hat der DGB immer zuerst an sich selbst und an seine Kasse und nicht an seine Mitglieder gedacht!

Mit freundlichen Grüßen
Olivier Trinkmoe, Inning-Ammersee

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

PREISE

Der in München lebende Physiker und Philosoph **Carl-Friedrich Freiherr von Weizsäcker** (71) erhält den mit 25 000 Mark dotierten Heinrich-Heine-Preis der Stadt Düsseldorf. Weizsäcker wurde der alle zwei Jahre verliehene Preis zugesprochen, weil sein „vielseitiges Werk von der Sorge um die Zukunft der Menschheit und der Welt" getragen sei. Aus moralischer Verantwortung habe er zugleich die Grenzen der Freiheit und insbesondere der Naturwissenschaften abgesteckt. Weizsäcker ist schon zuvor u. a. mit dem Frankfurter Goethe-Preis und dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet worden. Vor ihm wurde der Heine-Preis, der nach der Satzung an Persönlichkeiten geht, die sich im Sinne Heines für den sozialen Fortschritt sowie die Völkerverständigung einsetzen, dem Dichter **Carl Zuckmayer**, dem Literaturhistoriker **Pierre Berteaux**, dem Zeitgeschichtler **Sebastian Haffner** und dem Literaturwissenschaftler und Rhetoriker **Walter Jens** zugesprochen.

*

Lubo Micic und sein Team erhielten auf der Berliner Internationalen Funkausstellung den ersten, mit 50 000 Mark dotierten Preis der Eduard-Rhein-Stiftung für bahnbrechende Arbeiten auf dem Gebiet der Fernsehtechnik. Zwei weitere je mit 30 000 Mark ausgestattete Preise gingen an den Japaner **Etsu Saito** für die Entwicklung der ersten elektronisch gesteuerten Einzelbildkamera und an **Horst Redlich** für die Verbesserung der Tonqualität bei konventionellen Schallplatten. Die seit 1976 bestehende Eduard-Rhein-Stiftung, mit einem Teil des Vermögens des Physikers und „Hörzu"-Gründungschefs ins Leben gerufen, verleiht alljährlich ihre Preise.

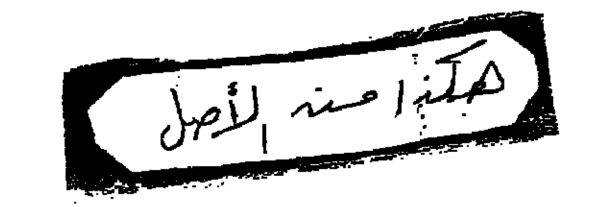
*

Das politische Bonn hat bei einem Empfang in der hessischen Landesvertretung dem Parlamentarier **Lothar Haase** (CDU) zu dessen 60. Geburtstag gratuliert. Haase, der aus Kassel stammt, gehört dem Deutschen Bundestag seit 1961 an, und er hat sich vor allem als Haushalts- und *Verteidigungspolitiker einen* Namen gemacht. Demnächst wird Haase ins Präsidium des Europäischen Rechnungshofes rücken und damit seine politische Arbeit in Bonn aufgeben. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Alfred Dregger**, Bundesverteidigungsminister **Manfred Wörner** und der SPD-Finanzexperte **Rudi Walther** würdigten nicht nur den Politiker, sondern auch den „Menschen" Lothar Haase. Unter den Gratulanten sah man außerdem die Bundesminister **Friedrich Zimmermann** und **Gerhard Stoltenberg** und von der SPD den früheren Arbeitsminister **Herbert Ehrenberg**.

Wort des Tages

„Ordnung kann nur aus der inneren Sammlung entstehen, die heute in der sich ständig steigernden Hast verlorengeht. Unsere europäische Ordnung hat immer in einer Hierarchie, in einer Stufenordnung der geistigen Werte bestanden. Geben wir diese auf, so sind wir keine Europäer mehr, sondern nur noch ein Produkt der Auflösung unserer einstigen Art."

Carl Jakob Burkhardt, schweiz. Historiker und Diplomat (1891–1974)



SPORT-NACHRICHTEN

Aus für McEnroe

New York (sid) – Der amerikanische Wimbledonsieger John McEnroe scheiterte im Achtelfinale der offenen amerikanischen Tennismeisterschaften von Flushing Meadow mit 6:7, 6:7, 6:3, 3:6 an seinem Landsmann Bill Scanlon. Die Müncherin Sylvia Hanika besiegte im Achtelfinale die Französin Pascale Paradis 6:4, 6:1.

Schach: Vize-Weltmeister

Chicago (dpa) – Hinter Titelverteidiger UdSSR erreichten die deutschen Schach-Junioren bei der Weltmeisterschaft in Chicago den zweiten Platz.

Gold erst nach Protest

Bukarest (sid) – Bei den Schützen-Europameisterschaften in Bukarest hat die deutsche Pistolen-Mannschaft doch noch die Goldmedaille gewonnen. Sie hatte nach einem Protest der ringgleichen Sowjetrussen die Silbermedaille erhalten. Der Gegenprotest der Deutschen hatte nun Erfolg. Eine erneute Auswertung der Schußkarten ergab eine bessere Trefferquote im ersten Durchgang.

Neuer Schiedsrichter-Chef

Zürich (sid) – Nach dem tödlichen Autounfall des italienischen UEFA-Präsidenten Artemio Franchi wurden im Internationalen Fußball-Verband (FIFA) wichtige Ämter neu besetzt. Franchis Führungsposition in der Schiedsrichter-Kommission wurde dem Vize-Präsidenten Harry H. Cavan (Nordirland) übertragen.

Um den dritten Platz

Pula (sid) – Die deutsche A-Jugend-Nationalmannschaft spielt beim internationalen Fußball-Turnier in Pula (Jugoslawien) um den dritten Platz gegen Jugoslawien. Deutschland verlor gegen England 1:2 (0:1).

ZAHLEN

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 304 984,40, 2: 32 552,30, 3: 3684,30, 4: 83,0, 5: 7,80. – **Toto:** Elferwette: Klasse 1: 45,20, 2: 6,70, 3: entfällt. – 6 aus 45: Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 1 302 668,95, 2: 16 459,–, 3: 1105,40, 4: 25,50, 5: 3,50. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 737,10, 2: 121,60. – Rennen B: Klasse 1: 81,40, 2: 9,10. (Ohne Gewähr.)

TENNIS

102. US-Meisterschaften in Flushing Meadow, Achtelfinale, Herren: Scanlon (USA) – McEnroe (USA) 7:6, 7:6, 4:6, 6:3, Dickson (USA) – Lloyd (Großbritannien) 6:7, 7:6, 6:0, 7:6, Connors (USA) – Günthardt (Schweiz) 7:5, 6:4, 6:1, Teltscher (USA) – Holmes (USA) 3:6, 6:1, 6:2, 6:1. – **Damen:** Hanika (Deutschland) – Paradis (Frankreich) 6:4, 6:1, Navratilova (USA) – Vasquez (Peru) 6:0, 6:1, Jaeger (USA) – Gadusek (USA) 4:6, 6:2, 6:1, Shriver (USA) – Bonder (USA) 6:2, 6:2, Madruga-Osses (Argentinien) – Leand (USA) 6:1, 6:3, Durie (Großbritannien) – White (USA) 6:3, 6:0, Mandlikova (CSSR) – Garrison (USA) 6:3, 7:5, Evert-Lloyd (USA) – Jordan (USA) 6:3, 7:6.

STANDPUNKT / *Leibwächter*

Daß kurz vor dem Ende des Rennens in Monza eine ganze Kompanie Polizei mit scharfen Hunden aufmarschiert, um die Rennfahrer vor den Zuschauern zu schützen, ist mittlerweile Tradition. Am Sonntag, beim Großen Preis von Italien, dem vorentscheidenden Lauf zur diesjährigen Formel-1-Weltmeisterschaft, wird es nicht anders sein.

Wenn die meisten der 150 000 Fans, die in den Monza-Park pilgern, von Kopf bis Fuß mit Hüten, Leibchen, Jacken, Fahnen und Transparenten ausstaffiert sind, auf denen das springende Pferd, das Firmenzeichen von Ferrari, prangt, dann wird den Fahrern angst und bange. Es sei denn, sie fahren für Ferrari.

Der französische Konzern Renault hat deshalb für seinen Fahrer Alain Prost einen persönlichen Leibwächter angeheuert. Und die Strecke zwischen Hotel und Rennpiste wird der in der WM-Wertung führende Prost in einem dafür gecharterten Hubschrauber zurücklegen. Die Franzosen fürchten in Monza um Leib und Leben ihres Spitzenfahrers, weil dessen hartnäckigster Verfolger René Arnoux einen Ferrari steuert.

Das perfekte Chaos, so bezeichnen Kenner die Veranstaltung von Monza. Unkontrollierte Attacken oder gar gezielte Angriffe auf Fahrer, die den Ferrari-Piloten überlegen sind, müssen befürchtet werden. Eher noch als schwere Unfälle, die Monza auch berüchtigt gemacht haben.

Das ist keine überzogene Sicherheitsmaßnahme, was Renault nun vorhat. Es entspringt der Angst vor einer Meute, die den Tanz ums springende Pferd Ferrari will – und sonst gar nichts.

K. Bl.

FUSSBALL / Länderspiel Ungarn – Deutschland heute original im Fernsehen (20.10 Uhr)

Müller wird von Rummenigge, Derwall, Schuster gerüffelt – er antwortet mit forschen Tönen

MARTIN HÄGELE, **Budapest**

Jupp Derwall mußte nicht grübeln – die Journalisten brauchten nicht zu rätseln. Schon bevor die deutsche Nationalmannschaft in das Flugzeug nach Budapest stieg, waren sämtliche Trikots verteilt. Heute abend im Nep-Stadion darf jeder, der zu dieser Reise eingeladen wurde, auch spielen.

Selbst Manfred Bockenfeld (23), den der Bundestrainer nach Bernd Schusters Absage nachnominierte, darf sich Hoffnungen auf ein paar Minuten in der Nationalmannschaft machen. Direkt aus dem Bett zu internationalen Fußball-Weihen – so unvermittelt wie der Düsseldorfer Offensivverteidiger ist wohl noch keiner zu diesem elitären Kreis gestoßen. Der junge Mann war jedenfalls äußerst verblüfft über seine Berufung. Und zu dem staunenden Gesicht paßte auch die eilig beschaffte Reisekleidung, die dem 1,84 m großen und nur 70 kg schweren Spieler um die Hüfte schlackerte. „Wer ist denn der Lange?" fragten nicht nur die zahlreichen Fans aus der „DDR".

Daß Rummenigge und Stielike, vor allem aber, daß Bernd Schuster fehlte, enttäuschte die Anhänger aus Dresden und Leipzig. Für Bundestrainer Jupp Derwall lösten die Verletzungen dieser drei Stars die Aufstellungsproblematik von selbst. Das Länderspiel wird so zum Test für Reservisten.

Doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Das Thema hat einen Namen: Hansi Müller. Der Schwabe, der für Inter Mailand spielt, stand vor seinem 42. Länderspiel zur Diskussion, nachdem er in den letzten beiden Spielen (in Österreich und gegen Jugoslawien in Luxemburg) wegen schwacher Leistungen von Derwall schon ausgewechselt worden war.

Dem Tadel des Bundestrainers folgten nun noch härtere Worte. Bernd Schuster schrieb als Kolumnist in der Kölner Illustrierten „Sport": „Hansi muß um seinen Platz fighten, er muß selbstkritischer werden, sonst hat man ihn abserviert, und er hat es nicht einmal gemerkt." Auf Schusters Kommentar hatte Karl-Heinz Rummenigge noch einen Rüffel draufgesetzt. Er habe, so Rummenigge, dem Hansi nach dem Länderspiel in Wien so die Meinung gesagt, daß dieser zunächst tödlich beleidigt gewesen sei. Rummenigge: „Später hat er dann eingesehen, daß ich mit meiner Kritik an seiner Selbstdarstellung recht hatte."

Die einflußreichsten Leute der Nationalmannschaft, der Trainer, der Regisseur Schuster und der Kapitän Rummenigge, haben Müller also die Streichung aus der Wunschformation angedroht – und sie hätten diese Absicht, wenn alle Mann aus dem Kader an Bord gewesen wären, in Budapest wohl auch vollzogen.

Doch allzu weit geht es nicht mit Müllers Einsicht. Was er nicht glauben will, will er nicht glauben. Zum Beispiel, daß Schuster so etwas in Ich-Form formuliert hat. „Ach, die Zeitungen", sagt Hansi. Er fände es schlecht, wenn Nationalspieler auf diesem Weg miteinander verkehren würden.

Trotzdem, wenn Schuster gekommen wäre, hätte Hansi dieses Thema angeschnitten. Müller: „Ich bin sicher, der Bernd hätte mir die Wahrheit gesagt. So dumm ist er doch nicht, mich anzulügen." Falls er allerdings merke, Schuster wolle ihn beschummeln, „dann fährt der Herr Müller dem Herrn Schuster beim Training mal in die Parade, daß der merkt, wer hier der Herr ist".

Forsche Töne für einen, der beim Kampf um die Macht in der Mannschaft das Duell gegen Bernd Schuster klar verloren hat. Fast im gleichen Atemzug ist jedoch Müllers Bemühen um ein ordentliches Arrangement festzustellen: „Ich spiele lieber mit dem Bernd als ohne ihn, und für unsere Harmonie auf dem Spielfeld sehe ich keine Probleme." Solche Ansprüche stellt man auf dem Platz mit Leistung, weniger mit schönen Reden.

Es ist kein Zufall, daß dieser mit den außergewöhnlichen Gaben eines großen Ballkünstlers gesegnete Müller vor seinem 42. Länderspiel keinen Schritt weiter ist als nach seinem zehnten, 20. oder 30. Einsatz. Ob er eine Persönlichkeit ist und zum Chef taugt, dahinter steht weiterhin das Fragezeichen.

In seinem 50. Länderspiel trägt heute abend der Stuttgarter Karl-Heinz Förster zum erstenmal die Armbinde des Spielführers. Ein solches Jubiläum verleitet zum Rückblick:

April 1978. Gemeinsam mit seinem Stuttgarter Kollegen Hansi Müller, gerade 20 Jahre alt, gibt Karl-Heinz Förster, gerade 19 Jahre alt, im Team des damaligen Weltmeisters seinen Einstand. Hinterher spricht DFB-Präsident Hermann Neuberger „von der großen deutschen Fußball-Hoffnung Hansi Müller". Försters Premiere geht im Hurra um Hansi unter.

Die Kurven in der Karriere der beiden Schwaben, die einst gemeinsam die ersten Sprossen des Ruhms erklommen, haben sich inzwischen gekreuzt. Obwohl der zum Regisseur berufene Hansi Müller in der Nationalelf eine beträchtliche Startvorgabe hatte, hat ihn der Abwehrspieler Karl-Heinz Förster längst übertroffen.

Förster ist seinen Weg unbeirrt gegangen. Direkt, hart, fast ein bißchen hausbacken. Manchmal mußte er sich selbst fragen: „Kommen immer nur die groß raus, die die Schnauze aufreißen?" Diese Zweifel sind längst Vergangenheit, er hat Künstler Hansi überholt …

*

Schiedsrichter des Spiels ist der Tschechoslowake Dusan Krchnak (36). Der Direktor einer Schule in Bratislava spricht deutsch und russisch und war in seiner Jugend Eishockeyspieler …

Die deutsche Mannschaft

Schumacher (29 Jahre/39 Spiele)
1. FC Köln

Strack (28/5)
1. FC Köln

B. Förster (27/26) VfB Stuttgart	**K. H. Förster (25/49)** VfB Stuttgart	**Briegel (27/42)** Kaiserslautern
Rolff (23/4) Hamburger SV	**Groh (27/1)** Hamburger SV	**Müller (26/41)** Inter Mailand
Littbarski (23/21) 1. FC Köln	**Völler (23/6)** Werder Bremen	**Meier (24/4)** Werder Bremen

Ersatz: Burdenski (32/9 Bremen), Matthäus (22/14 Mönchengladbach), Waas (19/1 Leverkusen), Bockenfeld (23/0 Düsseldorf).

Karl-Heinz Förster: 50. Spiel und Kapitän

Das Spiel gegen Ungarn wird heute ab 20.10 Uhr im Ersten Fernsehprogramm (ARD) original übertragen. Die deutsche Mannschaft spielt bereits zum 27. Mal gegen Ungarn. Die letzte Begegnung beider Teams endete kurios: Sie mußte am 15. November 1978 in Frankfurt wegen Nebels beim Stande von 0:0 in der 60. Minute abgebrochen werden. Als 18. deutscher Nationalspieler erreicht Karl-Heinz Förster heute 50 Einsätze. Er wird für den verletzten Karl-Heinz Rummenigge bei seinem Jubiläumsspiel Kapitän der Mannschaft sein. Der Düsseldorfer Manfred Bockenfeld ist der 37. Neuling, den Bundestrainer Jupp Derwall in seiner Amtszeit in sein Aufgebot berief.

Totoskandal – nur 20 000 Fans erwartet

Nur 20 000 Zuschauer werden heute im Budapester Nep-Stadion erwartet. Fußball ist für die meisten ungarischen Sportanhänger zur Zeit „ein dreckiges Geschäft". 1981 und 1982 wurden 124 Totospiele verschoben. 215 Spieler und Schiedsrichter sind wegen der Manipulationen noch gesperrt. In der Provinzstadt Szekszard hat der erste Prozeß vor einem ordentlichen Gericht begonnen. Inzwischen verdienen bereits 25 Ungarn als Profis ihr Geld im westlichen Ausland. Zwei von ihnen sind heute dabei: Tibor Nyilasi (Austria Wien) und Laszlo Szokolai (Sturm Graz). Mit 58 Länderspielen ist Nyilasi nur einmal weniger berufen worden als seine zehn Kollegen zusammen.

RUDERN

Einer-Verbot mit deutscher Zustimmung

MARCUS BERG, **Bonn**

„Unterstützung", so Ruder-Weltmeister Peter-Michael Kolbe, „habe ich nicht erwartet. Daß aber das Rollausleger-Boot mit den deutschen Stimmen verboten wurde, hat mich tief, tief geschockt." Thomas Keller, der Schweizer Präsident des Internationalen Ruderverbandes (FISA), hatte bei den Weltmeisterschaften in Duisburg die Mitglieder des Verbandsrates suggestiv gefragt: „Wir sind doch alle gegen den Rollausleger?" Und siehe da, es erhob sich keine Gegenstimme, sondern ein einstimmiges „Ja". Getragen auch von den beiden deutschen Mitgliedern Claus Hess und Eberhard Rappardt. Ab 1. Januar 1984 darf mit diesem Boot nicht mehr gerudert werden.

Kurz zum Rollausleger: Bei diesem Boot werden nur noch die Riemen bewegt, nicht aber, wie herkömmlich, auch noch der Sitz des Ruderers. Noch ein Vorteil: Der Rollausleger ist etwa zehn Sekunden schneller. Produziert wurde das neue Boot hauptsächlich von der in Eberbach am Neckar ansässigen deutschen Werft Empacher. Offizieller Grund des Verbotes dieses Plastik-Bootes, das bisher in alle Welt geliefert wurde: Es sei mit 10 000 Mark zu teuer.

Billiger könne man es aber nun bei der Schweizer Werft Stämpfli haben, die aus Holz herkömmliche Einer produziert. Jene Werft wird von dem früheren Europa- und Weltmeister Melchior Bürkin betrieben – bei Grasshoppers Zürich gemeinsam Clubmitglied und Freund von FISA-Präsident Thomas Keller. Außerdem – so ließ Keller in Duisburg durchblicken –, sei es im Olympiajahr 1984 billiger und organisatorisch einfacher, wenn alle diese Stämpfli-Boote von dem Zürcher Reiseunternehmen Josy Bürkin (das ist die Ehefrau des Werft-Unternehmers) auf die Reise nach Amerika geschickt würden …

16 von 19 Einer-Ruderern fuhren in Duisburg bereits im Rollausleger. Das Verbot des weltweit anerkannten Bootes einer deutschen Werft scheint keine sportlichen, sondern hauptsächlich wirtschaftliche Hintergründe zu haben, bei denen der Präsident des internationalen Verbandes offensichtlich seine Finger im Spiel hat.





Am 1. September 1983 verstarb im 74. Lebensjahr das Mitglied unseres Landesbeirats Niedersachsen, Herr

Walter Felix Thimm

Persönlich haftender Gesellschafter der Thimm Verpackungswerke, Northeim

Wir trauern um einen Freund unseres Hauses, dessen unternehmerische Fähigkeiten und dessen menschliches Wesen wir sehr geschätzt haben.

Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Aufsichtsrat und Vorstand der COMMERZBANK Aktiengesellschaft

Bernhard Stein

Dipl.-Ing. Architekt BDA

10. 12. 1902 – 3. 9. 1983

Wir lieben ihn und danken ihm.

Annemarie Stein, geb. Kühl
Elke
Gesa
Brigitte
Wiebke
Antje
die Schwiegersöhne und Enkel
Lotti Stein-Paulus
Ingeborg Stahlberg

2000 Hamburg 52
Hammerichstraße 19

Beerdigung am Montag, dem 12. September 1983, um 12 Uhr auf dem Hauptfriedhof Altona, Stadionstraße 5.

Im Alter von 77 Jahren verstarb am 3. 9. 1983 unser

Ehrenvorsitzender

Heinrich Pick

Aufgrund seiner herausragenden Persönlichkeit sowie seine Erfahrungen und Fähigkeiten hatte Herr Pick als 1. Verbandes zwei Jahrzehnte das uneingeschränkte Vertra Seine besonderen menschlichen Eigenschaften sicherten i aller, die ihm beruflich und persönlich nahestanden.

Wir verlieren mit Herrn Pick einen Mann, der sich u Verdienste erworben und die Entwicklung unseres hat. Sein Wort hatte stets Gewicht.

In großer Trauer und Dankbarkeit Leistungen und seine Persönlichkei

Verband

Köln und Reckl

Die Beerdigung hat

Ben-Ari: Kein Zeitdruck bei Kanzler-Reise

dpa, Bonn

Israel sieht sich bei der Festsetzung eines neuen Besuchstermins für Bundeskanzler Helmut Kohl nicht unter Zeitdruck und hält es für unwesentlich, daß nun die erste Nahost-Reise des Bonner Regierungschefs in arabische Länder führen wird. Dies sagte der israelische Botschafter in Bonn, Yitzhak Ben-Ari, gestern in einem Gespräch mit der deutschen Presse-Agentur (dpa).

Der Botschafter unterstrich, der voraussichtliche neue israelische Ministerpräsident Yitzhak Shamir lege großen Wert darauf, daß die verschobene Visite rasch nachgeholt werde. Es sei jedoch noch ungewiß, ob dies noch in diesem Jahr möglich sei.

Ben-Ari meinte, wenn der Kanzler nun wie geplant im Oktober zuerst nach Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien reisen werde, so habe dies für Israel keine Bedeutung. „Was zählt, war die gute Absicht." Er dementierte noch einmal ausdrücklich Spekulationen, daß anti-deutsche Ressentiments Begins bei der Absage des Besuchs eine Rolle gespielt haben könnten.

Gromyko trifft Außenminister Wu

AFP, Peking

Der chinesische Außenminister Wu Xueqian wird am Rande der UNO-Vollversammlung Ende September in New York mit seinem sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko zusammentreffen. Angeregt wurde die Begegnung von sowjetischer Seite, hieß es aus japanischer Quelle in Peking. Das Treffen Wu–Gromyko findet wenige Tage vor Beginn des offiziellen Besuchs in Washington statt, zu dem US-Außenminister George Shultz seinen chinesischen Amtskollegen eingeladen hat.

In Peking wird am Donnerstag der stellvertretende sowjetische Außenminister Michail Kapiza zu einem einwöchigen Aufenthalt erwartet. Dem folgt Ende September der Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers Caspar Weinberger.

Die Begegnungen sowjetischer und chinesischer Politiker dienen offenbar der Vorbereitung der dritten chinesisch-sowjetischen Konsultationsrunde, die am 6. Oktober in Peking beginnen wird.

Papst: Verbundenheit mit den Vertriebenen

„Klarstellungen" zu Reden in Breslau und Annaberg

GERNOT FACIUS, Bonn

Papst Johannes Paul II. hat sich veranlaßt gesehen, auf die vornehmlich von Vertriebenen-Politikern geäußerte Kritik an bestimmten Aussagen während seiner zweiten Polen-Reise direkt einzugehen. Der Papst zeigte sich bemüht, Passagen seiner Ansprachen in Breslau und auf dem Annaberg zu interpretieren. Er bekundete dabei ausdrücklich seine Verbundenheit mit den aus den deutschen Ostgebieten vertriebenen Deutschen.

In Breslau hatte Johannes Paul II. am 21. Juni in einem Versöhnungsappell an Polen und Deutsche unter anderem gesagt, daß der Apostolische Stuhl gerade durch die Fürbitte der heiligen Hedwig, der Schutzpatronin Schlesiens, „die kirchliche Normalisierung auf diesen Gebieten vollziehen konnte, die nach dem Zweiten Weltkrieg nach vielen Jahrhunderten erneut wie zu den Zeiten der Piasten ein Teil des polnischen Staates wurden". Der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Herbert Hupka, bedauerte damals, daß der Papst „kein Wort für die Rechte der einheimischen deutschen Bevölkerung" gefunden habe. Und die Katholische Nachrichten-Agentur fragte: „Ist der Papst allein Pole?"

Kardinalstaatssekretär Casaroli ging in einem Schreiben an Joseph Kardinal Höffner auf die Äußerungen der Bitterkeit ein. „Der Heilige Vater bedauert das zutiefst. Nichts liegt ihm ferner, als Worte auszusprechen, die Zwietracht wecken können", heißt es darin. Johannes Paul II. habe seine Landsleute zu einer aufrichtigen Aussöhnung mit dem deutschen Volk einladen wollen.

Als wichtiger Schritt auf dem Wege zur Versöhnung wird in dem Schreiben der Briefwechsel der deutschen und polnischen Bischöfe im Jahre 1965 erwähnt. Die Wegstrecke, die noch zu gehen sei, „ist nicht kurz und leicht" und nie sicher vor möglichen Rückschlägen. „Mehr als für andere bedeutet dieser Weg für jene eine Selbstüberwindung, die infolge des Krieges ihre Heimat verlassen mußten und das vielfach unter härtesten Umständen in bitterer Not." Und: „Der Heilige Vater weiß besonders um das große Leid der aus den Ostgebieten vertriebenen Deutschen und ist davon tief betroffen."

Kardinal Höffner, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, dankte dem Papst für diese „unmißverständliche Klarstellung".

CSU-Kritik an Bräutigam

Landesgruppe diskutiert über Milliarden-Kredit

MANFRED SCHELL, Bonn

Die deutschlandpolitische Thematik ist nach der Kreditgewährung an die „DDR" und dem Besuch von Franz Josef Strauß bei SED-Chef Honecker nach wie vor ein hochrangiges Thema in der CSU. Auch die CSU-Landesgruppe, die sich nach der Sommerpause wieder in Bonn traf, diskutierte darüber.

Der Vorsitzende der Landesgruppe, Theo Waigel, sprach von vorliegenden Informationen über sich abzeichnende Verbesserungen im Reiseverkehr durch die „DDR"-Behörden. Nach einer gewissen Zeit müsse man diese kleinen Schritte addieren und eine politische Zwischenbilanz ziehen. In diesem Zusammenhang stellte Waigel auch die Frage, ob der Ständige Vertreter Bonns in Ost-Berlin, Bräutigam, auf Dauer der „Interpret" der Deutschlandpolitik der *Bundesregierung sein könne.* Es sei die Frage, ob man Bräutigam, der schon der vorherigen Regierung gedient habe, damit nicht überfordere.

In der Diskussion, die nach dem Bekunden von Teilnehmern ohne Schärfen verlief und bei der die behutsame, zwischen Bonn und München ausgleichende Rolle von Waigel gewürdigt wurde, war der Milliardenkredit ein wichtiges Thema. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann rechtfertigte zunächst das Verhalten von Strauß. Es müsse möglich sein, daß ein Parteivorsitzender hier tätig werde, ohne daß er vorab breit darüber informiere. Aber er trage dann auch die Verantwortung dafür, sagte Zimmermann. Bonn habe die Erwartung, daß die „DDR" Entgegenkommen zeige. Es habe zwar keine Frist gesetzt, aber es müsse in absehbarer Zeit sichtbar werden.

Apel gegen Konfrontationen um jeden Preis

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Sozialdemokraten wollen während der heute beginnenden dreitägigen Haushaltsdebatte im Bundestag nicht um jeden Preis auf „Konfrontationskurs" zur Bundesregierung gehen. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hans Apel begründete dies gestern mit dem Hinweis, daß die „Schwere der Situation" dies nicht zulasse. Statt dessen wolle man versuchen, „Kompromisse zu finden, die uns weiterführen".

Als Ergebnis der Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion und im Vorgriff auf seine heutige Rede, mit der er direkt auf die Ausführungen von Finanzminister Stoltenberg zu Beginn der Debatte antworten wird, sprach Apel davon, daß auch für die SPD grundsätzlich „die Haushaltskonsolidierung auf der Tagesordnung bleibt". Er, Apel, spreche schließlich im Bundestag auch für die Finanzminister aus den SPD-regierten Ländern. Er kündigte für Oktober einen Gesetzentwurf der SPD an, mit dessen Hilfe die Ausstattung der Gemeindefinanzen verbessert werden soll.

Nach Apels Worten ist für die SPD die Frage, ob der Haushaltsentwurf '84 die „adäquate Antwort" auf die derzeitigen Herausforderungen gibt, der zentrale Maßstab. Man sei sich einig mit der Koalition in dem Ziel, die Nettokreditaufnahme des Bundes nicht zu erhöhen, auch wenn man die 37-Milliarden-Grenze „nicht wie eine Monstranz" vor sich hertrage. Doch der von der Bundesregierung eingeleitete „soziale Kahlschlag" werde ebenso abgelehnt wie Steuersenkungs-Pläne für Unternehmen und die Einstellung der zu erwartenden höheren Bundesbankgewinne zur Haushaltskonsolidierung. Die SPD fordere eine „Konsolidierung mit anderem Zuschnitt". Die langfristige Sicherung des sozialen Systems lasse sich beispielsweise besser durch das Einziehen von Einkommensgrenzen erreichen.

Im übrigen erneuerte Apel die SPD-Vorschläge, über die erhöhten Bundesbank-Gewinne, eine Ergänzungsabgabe und nicht durchgeführte Steuersenkungen für die Unternehmen „wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" zu finanzieren. Die Bundesbank forderte er auf, im Zentralbankrat morgen durch Beschlüsse „die für uns unangenehme Entwicklung nicht noch zu verstärken".

Rettung der Wälder durch Patenschaft und Stiftung

Zimmermann für nationale und europäische Maßnahmen

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Neben 56 Millionen Mark für die laufende Forschung zur Bekämpfung des Waldsterbens sollen auch die Erlöse von Sonderbriefmarken und Lotterien, und die Einrichtung von „Waldpatenschaften" für die Rettung von Wäldern, eingesetzt werden.

Dies geht aus einem „Aktuellen Bericht Waldschäden" hervor, den der Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) gestern zur Beschlußfassung im Kabinett einbrachte. Der Bericht faßt alle bisherigen nationalen und europäischen Maßnahmen oder Vorhaben zusammen. Zentrale Bedeutung in der Bundesrepublik hat dabei die am 1. Juli dieses Jahres in Kraft getretene Großfeuerungsanlagen-Verordnung, die selbst *bei steigendem* Energieverbrauch einen Rückgang der jährlichen Schwefeldioxid-Emissionen um etwa 1,2 Millionen Tonnen erwarten lasse. Das entspräche rund einem Drittel des Gesamtaufkommens des Jahres 1978. Bis dies erreicht ist, können noch Jahre vergehen, da den Großanlagen für die Umstellung auf schwefelarme Brennstoffe eine Übergangsfrist von zwei Jahren eingeräumt wird beziehungsweise eine von fünf Jahren, wenn Rauchgasentschwefelung vorgeschrieben ist. In Ausnahmefällen kann die Umstellung sogar bis 1993 aufgeschoben werden.

Es komme jetzt auf die Festlegung der Benzinqualität für bleifreies Benzin (Stichtag 1. Januar 1986) an, auf die Frageprüfung, ob eine steuerliche Regelung zur Einführung bleifreien Benzins erforderlich und geeignet sei, und auf eine Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungsordnung mit dem Ziel der Einführung von schärferen Abgas-Grenzwerten. Mit Stolz wird im Bericht vermerkt, daß die Bundesregierung mit ihrem Beschluß zur Einführung des umweltfreundlichen Benzins „eine Führungsrolle in Europa" übernommen habe.

Neben Großversuchen im Walde und in Laboratorien (zur Zeit 40 Forschungsvorhaben, die von den Bundesministerien für Forschung und Technologie, Landwirtschaft und Forsten und dem Innenressort gefördert werden) soll die private Initiative ein Forum in Gestalt der Stiftung „Wald in Not" erhalten. Erforderliche Mittel für die Wiederaufforstung geschädigter Bestände im Privat-, Gemeinde- und Staatswald sollen durch ein Bündel von Maßnahmen hereingeholt werden.

Dialog in El Salvador?

US-Emissär Stone äußert gedämpften Optimismus

DW. Mexiko-Stadt/Washington

Die Aufnahme von Gesprächen mit der bewaffneten Opposition El Salvadors und ihren politischen Repräsentanten stellt nach den Worten des amerikanischen Sonderbeauftragten für Mittelamerika, Richard Stone, keine politische Anerkennung der Untergrundbewegung dar. Zum Abschluß eines Besuchs in Mexiko meinte Stone aber, daß sich jetzt die Konfliktparteien bei der Prozedur für einen Dialog nähergekommen seien.

Der Diplomat sagte, er selbst wolle zwar der Regierung in El Salvador helfen, er wolle aber nicht an deren Stelle mit den Freischärlern verhandeln. Eine mögliche Beteiligung Kubas an den Gesprächen bezeichnete er als überflüssig.

Die Beratungen mit dem mexikanischen Präsidenten Miguel de la Madrid und mit Außenminister Bernardo Sepulveda beendeten Stones Rundreise durch acht Staaten der Region. Mexiko bemüht sich zusammen mit Kolumbien, Panama und Venezuela in der sogenannten Contadora-Gruppe um eine friedliche Lösung der Krise in Mittelamerika. Die Contadora-Außenminister wollen morgen und am Donnerstag in Panama mit ihren Amtskollegen aus den fünf mittelamerikanischen Staaten erneut zusammenkommen.

US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger reiste gestern für drei Tage nach Mittelamerika: In Panama, El Salvador und Honduras sind Gespräche mit den dortigen Regierungschefs geplant. Außerdem will Weinberger US-Stützpunkte in Panama, US-Ausbildungslager in Honduras und salvadorianische Truppen in El Salvador besuchen.

Im U-Boot-Bau arbeiten Oslo und Bonn zusammen

rmc. Bonn

Zwischen Norwegen und der Bundesrepublik ist eine langfristige Zusammenarbeit im U-Boot-Bau vereinbart worden. Der norwegische Verteidigungsminister Sjaastadt und sein deutscher Amtskollege Wörner unterzeichneten gestern einen entsprechenden Vertrag. Danach verpflichtet sich Norwegen, eine rechnergestützte Anlage zur Führung von U-Booten und zum Waffeneinsatz zu entwickeln, die auch für die deutsche Bundesmarine geeignet ist.

Weiter wird Norwegen in der Bundesrepublik sechs U-Boote (Typ 6071) bauen lassen, die mit deutschen Torpedos, Sonargeräten und Sehrohren ausgestattet werden. Der Bau zweier weiterer Boote ist möglich. Die für die Bundesmarine vorgesehenen zwölf Boote der zur Zeit geplanten Klasse 211 sollen mit dem norwegischen Führungs- und Waffeneinsatzsystem ausgestattet werden. Die anteiligen Entwicklungskosten für dieses System will Bonn an Oslo erstatten. Mit diesem Abkommen wird die bilaterale Zusammenarbeit fortgesetzt, die 1960 begann.

In Jena wieder zwei Festnahmen

DW. Bonn

In den letzten Augusttagen sind nach Informationen der Grünen zwei weitere Mitglieder der Jenaer Friedensgemeinschaft festgenommen worden: Kerstin Hergert (22 Jahre) und Oliver Schwarz (19 Jahre) befänden sich in der Untersuchungshaftanstalt des Staatssicherheitsdienstes in Gera. Wie die Schwester von Kerstin Hergert, Susanne Schultz, mitteilte, hatten die beiden jungen Leute durch Verkauf mit eigenen Malereien Geld für Nicaragua gesammelt.

Der Bundesvorstand der Grünen hat in einem Protesttelegramm an den „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker um die sofortige Freilassung der beiden Friedensfreunde gebeten und die Einstellung der Repressalien gegen Anhänger der unabhängigen Friedensbewegung gefordert. Darin heißt es, die Friedensbeteuerungen aller Regierungen würden unglaubwürdig, wenn gleichzeitig innenpolitisch durch Festnahmen und Repressalien ein Klima des Kalten Krieges gegen Anhänger der Friedensbewegung geschürt werde.

Dokument der Niederlage

gil. – „Abbau der Subventionen" – leicht kommt diese Forderung vielen über die Lippen. Wenn jene bei näherem Studium plötzlich feststellen, daß auch sie unter den Begünstigten sind, erlahmt die Streichwut abrupt. Die Beihilfen sind so bunt wie das Leben. Die Fischer, die Bauern, die Mieter, die Eigenheimer, die Bergleute, die Stahlkocher, die Lufthansa, die Technologieforschung, die Binnenschiffer, Berlin, das Zonenrandgebiet, Klein- und Großbetriebe, Schausteller, Schichtarbeiter, Sparer – praktisch jeder Bürger hängt auf die eine oder andere Weise an diesem Tropf.

Manchmal gehen die Beträge in die Milliarden, bei der „Salzsteuerbefreiung zum Salzen von Heringen und ähnlichen Fischen" sind es nur zwei Millionen Mark. In den Subventionen verbergen sich höchst unterschiedliche Motive. Manche Steuervergünstigung ist eine schlichte Korrektur des Steuertarifs. Andere scheinen nötig, weil auch die ausländischen Wettbewerber so verfahren, wieder andere subventionieren die Familie, das Kind, machen die Mieten für Einkommenschwache erträglich, sichern das Überleben Berlins, erleichtern den Einstieg in ein kleines Sparpolster.

So sind die Grenzen zwischen Sozial-, Familien-, Einkommens- oder Energiepolitik fließend. Da es eine Erfolgskontrolle nicht gibt, verbieten sich pauschal-markige Kürzungssprüche. Was wirklich zählt, ist nur das durchdachte Detail. Es geht darum, die blanke Erhaltungssubvention, die auf Dauer Arbeitsplätze vernichtet, statt sie zu schaffen, herauszufiltern. Der übergroße Gruppendruck verhindert dies bisher. Auch dieser Subventionsbericht ist ein Dokument der Niederlage von Ordnungspolitik und Finanzministern.

Grundig

Wb. – Max Grundig, arbeitsbesessen wie eh, will spätestens im kommenden Jahr die Beteiligung des niederländischen Philips-Konzerns an seinem Unternehmen (bisher 24,5 Prozent) auf eine volle Schachtel aufrunden. Ein Ereignis von weitreichender Bedeutung? Keineswegs. Eher eins von symbolischem Wert. Denn Grundig dürfte es dabei in erster Linie darum gehen, seinem Partner zu signalisieren, daß er es mit den Beteuerungen, in Zukunft ausschließlich zu Philips zu stehen, auch ernst meint. Schon an zweiter Stelle steht dann wohl der Wink an die Öffentlichkeit, daß der Unternehmenspatriarch sich nun doch daranmacht, sein Haus zu bestellen. Und schließlich geht es wohl auch darum, die Gunst einer Stunde zu nutzen, in der das Kartellamt dem Bündnis von Thompson-Brandt und Telefunken gerade zugestimmt hat. Voreilig wäre es jedoch, wollte man in diesen Vorgang den Rückzug Grundigs hineininterpretieren. Den tatsächlichen Zeitpunkt bestimmt im Zweifel immer noch er selbst.

AUTOMOBILMARKT / Shell-Studie über die Entwicklung bis zum Jahr 2000

Motorisierung in der Bundesrepublik wird noch beschleunigt ansteigen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Obwohl es mittel- wie langfristig mit der Bevölkerungszahl in der Bundesrepublik abwärts geht, wird die Motorisierung der Deutschen steigen. Der seit 1961 zwölften Shell-Prognose zufolge wird sich der Pkw-Bestand bis zum Jahr 2000 im günstigeren von zwei angenommenen Szenarien um rund fünf bis sechs Millionen auf 28,5 bis fast 30 Millionen Fahrzeuge erhöhen.

In der Studie wird hervorgehoben, daß es in den zurückliegenden Jahren konjunkturbedingt Einbrüche bei den Neuzulassungen gab, daß jedoch der Bestand an Pkw, wenn auch er etwas langsamer, zunahm. Allein in den letzten zwei Jahren seien 800 000 Pkw hinzugekommen: „Der Drang zum eigenen Auto ist also ungebrochen."

Für den Automarkt der nächsten Jahre stehen drei hemmende Faktoren (Arbeitslosigkeit, Realeinkommen und Zinsentwicklung) drei begünstigenden gegenüber: die strukturelle Bevölkerungsentwicklung durch die geburtenstarken Jahrgänge 1963 bis 1966, die vorhandenen privaten Geldvermögen und die Vertrauensbasis der Bevölkerung in die Fähigkeit von Staat und Gesellschaft, Probleme in breitem Konsens zu lösen.

Mittelfristig erwartet Shell für 1983 und 1984 Neuzulassungen von 2,35 und 2,67 Millionen. Das würde einem Bestandszugang von 562 000 und 810 000 auf 24,61 oder 25,42 Millionen Einheiten zum jeweiligen Jahresende entsprechen.

Für die Langfrist-Prognose bis zum Jahr 2000 geht Shell von den gesellschaftlich-wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus. Dabei legt sie zwei Szenarien zugrunde, die in dem einen Fall von vorherrschender langfristiger Wachstumsschwäche und zunehmender Technikfeindlichkeit („Disharmonien") ausgehen, während die Alternative durch leistungssteigernde Elemente im Rahmen eines wirtschaftlichen Wachstums („Strukturwandel") gekennzeichnet ist.

Beide Szenarien gehen davon aus, daß die Einwohnerzahl der Bundesrepublik bis zum Jahr 2000 auf 57,5 Millionen sinken wird, daß aber andererseits die Zahl der über 18jährigen bis Ende der 80er Jahre noch um rund 850 000 wächst. Allein der Geburtsjahrgang 1964, der im kommenden Jahr 20 Jahre alt wird, zählt über eine Million Menschen. Die Zahl der für den Pkw-Besitz wichtigen Altersgruppe der 30- bis 45jährigen nimmt sogar noch bis zur Jahrhundertwende zu.

Im „Disharmonie"-Szenario wird im Jahr 2000 mit dem Bestandsgipfel von 28,5 (1990: 27,9) Millionen Pkw (500 Fahrzeuge auf 1000 Einwohner) gerechnet, im „Strukturwandel"-Szenario ist im Jahr 2000 ein Maximalbestand von 29,9 (1990: 29,2) Millionen Pkw (520 Pkw auf 1000 Einwohner) zu erwarten.

Für die Neuzulassungen ergeben sich im Zeitraum 1985 bis 1990 je nach Zugrundelegen der optimistischeren oder der pessimistischeren Entwicklungsvariante durchschnittlich 2,72 oder 2,52 Millionen, danach bis zum Jahr 2000 rund 2,46 oder 2,32 Millionen Pkw.

Bis Ende 1984 resultieren die Erwartungen der Prognose hauptsächlich aus dem Neubedarf, noch nicht dagegen aus dem Ersatzbedarf. Dieser dürfte erst 1984 wieder das Niveau von 1982 erreichen. Ein Beschleunigungsprozeß wegen geringerer Lebensdauer sei nicht festzustellen. Dem wirkt freilich auch der große Bedarf an „Einsteigermodellen" entgegen, der von den jungen Führerscheininhabern auf dem Gebrauchtwagenmarkt gedeckt wird.

Die aktuelle Diskussion über die Emission von Schadstoffen, insbesondere bei Fahrzeugen mit Normalkraftstoff, dürfte nach Ansicht von Shell in den Übergangsphasen von Neuregelungen zu turbulenten Veränderungen im Kaufverhalten und damit in der Zusammensetzung des Pkw-Bestands führen. Art und Umfang solcher Rückwirkungen könnten je nach Ausgestaltung der Regelungen zwar erheblich sein, berührten aber nicht die Einschätzung des langfristigen Pkw-Bestands und des Trends der Neuzulassungen.

SUBVENTIONSBERICHT

Stoltenberg: Die Wünsche sind „unverändert massiv"

PETER GILLIES, Bonn

Trotz vielfältiger Absichtserklärungen, die Subventionen zu kürzen, steigt auch im nächsten Jahr ihr Volumen kräftig weiter. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, der dem Bundeskabinett gestern den Neunten Subventionsbericht zur Verabschiedung vorlegte, bezeichnete den Subventionsabbau als eine seiner „schwersten Aufgaben". Gleichzeitig beklagte er, daß „der Druck auf neue Subventionen unverändert massiv ist, nicht nur von der Stahl- und Werftenindustrie".

Das Subventionsvolumen dürfte im nächsten Jahr die Grenze von 70 Milliarden Mark überschreiten. 1983 zahlten Bund, Länder, Gemeinden, das ERP-Vermögen und die EG insgesamt 67,8 Milliarden Mark an Finanzhilfen und Steuervergünstigungen für die verschiedensten Zwecke. 1975 beispielsweise lagen die Subventionen noch bei 46,6 Milliarden Mark.

Allein beim Bund klettern die Subventionen von 1983 auf 1984 auf 29,1 (28,6) Milliarden Mark, obgleich einige Kürzungsversuche unternommen wurden (Landabgaberente, Bauherrenmodelle). Stoltenberg strich jedoch heraus, daß ihr Wachstum trotz der Rezession mit 1,7 Prozent unter der der Zunahme des Sozialprodukts liege. Der Minister wandte sich gegen das Klischee, mit dem Geld würden lediglich die Unternehmen gefördert. Tatsächlich flössen 54 Prozent des Geldes an private Haushalte, so für den Wohnungsbau, das Wohngeld, die Sparförderung oder die Vermögensbildung.

Die Bundesregierung ist sich bewußt, daß die steigende Subventionsgewährung ordnungspolitisch sehr problematisch ist. In vielen Fällen führe sie zu Verlusten an marktwirtschaftlicher Substanz und ökonomischer Effizienz. Deshalb sei sie nur „in besonderen Ausnahmefällen" gerechtfertigt. Die Regierung spricht sich für eine Befristung der Beihilfen aus, lehnt aber pauschale Kürzungen nach der Rasenmähermethode ab, wie sie von der CDU/CSU vor der Regierungsübernahme favorisiert wurde.

Für 1984 seien „Nachbewilligungen großen Stils" ausgeschlossen, meinte der Minister im Journalistengespräch. Für Stahl und Werften sei der Rahmen im wesentlichen abgesteckt, bei der Kohle gebe es noch „Imponderabilien". Die meisten Ausgaben seien international eingebettet, weshalb deutsche Alleingänge schwierig seien. Das gelte für Landwirtschaft, Stahl, Werften, Luftfahrt und andere Bereiche.

Verärgert zeigte sich Stoltenberg beispielsweise über den DIHT, dessen Präsident Otto Wolff von Amerongen öffentlich auf Subventionskürzung drängt, dessen Vorstandskollegen jedoch einzelne Subventionserhöhungen begehrten. Er werde „eisern" an dem Grundsatz festhalten, daß neue Ausgaben nur bei entsprechenden Kürzungen an anderer Stelle möglich seien.

Was tut die Bundesbank?

Von CLAUS DERTINGER

Der Zentralbankrat der Bundesbank steht morgen vor einer Entscheidung, die in der Wirtschaft und auch im Bankgewerbe sicherlich alles andere als Jubel auslösen wird, auf die sich die Märkte allerdings schon eingestellt haben. Es geht um eine Erhöhung der Leitzinsen, die das Geldmengenwachstum drosseln und inflationären Gefahren vorbeugen soll. Offen zu sein scheint nur noch, welche Notenbankzinsen um wieviel erhöht werden. Das mindeste, was man wohl erwarten muß, ist eine Anhebung des Lombardsatzes, der eine Leitfunktion für die Geldeinstandskosten der Banken hat, um einen halben Prozentpunkt auf 5½ Prozent. Möglich erscheint auch ein einprozentiger Schritt. Auch eine Erhöhung des Diskontsatzes, der seit Mitte März bei vier Prozent liegt, dürfte ernsthaft zur Diskussion stehen.

In der Wirtschaft mag man sich fragen: Können sich die Frankfurter Währungshüter ein Drehen an der Zinsschraube überhaupt leisten, ohne daß die Wachstumskräfte geschwächt werden? Ist das nicht ein Affront gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung? Setzt sich die Bundesbank nicht der Gefahr aus, zum Prügelknaben der Nation zu werden, wenn sich das Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr wieder abschwächt und die Zahl der Arbeitslosen eher zu- als abnimmt? Diese Argumente sind den Bundesbankiers wohl bekannt, und sie sind auch im obersten währungspolitischen Lenkungsgremium ausführlich erörtert worden.

Aber die Bundesbank, obwohl zur Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung verpflichtet, hat laut Gesetz nicht die Aufgabe, Konjunkturpolitik zu betreiben, sondern die Währung zu sichern, also für eine möglichst hohe Geldwertstabilität zu sorgen. Dabei kann sie um so erfolgreicher sein, je eher sie auf Anzeichen einer Stabilitätsgefährdung reagiert.

Obwohl das Preisklima noch gut zu sein scheint, wenn man auf die Steigerung des Lebenshaltungskostenindex um drei Prozent im Jahresvergleich schaut, wittern die Notenbankiers Gefahrenherde. Rechnet man die Preissteigerungsrate auf Jahresrate hoch, so steht schon eine Fünf vor dem Komma. Bei den Einfuhrpreisen wäre die Teuerung doppelt so hoch, wenn der vom Dollarkurs getriebene Aufwärtstrend der letzten drei Monate in unverändertem Tempo anhielte. Und das, so warnte der Bundesbankpräsident schon Anfang August in einem WELT-Interview, könne nicht ohne Auswirkung auf das Preisklima bleiben.

Noch andere Ängste plagen die Währungslenker. Seit Jahresbeginn wächst die Geldmenge stärker, als es der Zielsetzung der Bundesbank und der Bundesregierung entspricht. Die Chancen, daß die Geldmengenexpansion wieder an den Zielkorridor von vier bis sieben Prozent herangebracht werden kann, sind inzwischen gleich Null. Nun ist zwar die Zentralbankgeldmenge nur eine statistische Größe, [illegible] Ausweitung ist nicht gleich mit Inflation gleichzusetzen. Aber es ist nicht auszuschließen, daß sich damit ein Inflationspotential aufbaut.

Es gibt sicherlich eine Reihe von Argumenten, die dafür sprechen, die Aussagekraft der Geldmengenentwicklung nicht über Gebühr hoch zu bewerten, die übrigens auch von der Bundesbank gar nicht direkt gesteuert werden kann. Und die Bundesbank gehört auch nicht zum Lager der Monetaristen, für die die Geldmenge die wichtigste geldpolitische Orientierungsgröße ist. Dennoch gilt die Geldmenge in der wirtschaftspolitischen Diskussion als Maßstab, an dem sich die Wirksamkeit der Geldpolitik ablesen läßt.

Deswegen häufen sich jetzt die Warnungen an die Bundesbank. Sie treibe eine zu permissive Politik, wird ihr aus dem Lager der Wissenschaft vorgeworfen. Der Schweizer Notenbankchef blies kürzlich ins gleiche Horn, und auch in den Medien wird die Kritik aufgenommen. Der Sachverständigenrat wird im Spätherbst mit Sicherheit die gleiche Meinung vertreten. So gerät die Bundesbank in den Verdacht, die Stabilität nicht mehr ernst zu nehmen, ein Vorwurf, der die Glaubwürdigkeit der Bundesbank erschüttern muß und damit auch ihre geldpolitische Wirksamkeit.

Wenn das einträte, lebte auch die Inflationsmentalität wieder auf, die dann Inflation bringt. Das ist die große Sorge der Währungshüter. Weil sie es nicht so weit kommen lassen dürfen, wollen sie aktiv werden.

AUF EIN WORT

„Unter der Voraussetzung, daß die Personalkostenentwicklung auf die Entwicklung der Prämieneinnahmen abgestimmt werden kann und daß der Gesetzgeber den Bewegungsspielraum der Individualversicherung nicht weiter einengt, dürfte in Zukunft mit einer relativen Konstanz oder sogar mit einem leichten Anstieg der Beschäftigtenzahl in der Versicherungswirtschaft zu rechnen sein."

Franz Link, Vorstandsmitglied der Allianz Versicherungs-AG

FOTO: DIE WELT

Auftragseingänge nehmen ab

rtr, Bonn

Der Auftragseingang beim verarbeitenden Gewerbe in der Bundesrepublik Deutschland hat nach Mitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums im Juli abgenommen. Wie das Ministerium unter Bezug auf vorläufige Berechnungen des Statistischen Bundesamtes mitteilte, ging der Auftragseingang preis- und saisonbereinigt um ein Prozent zurück, nach einem Anstieg um zwei Prozent im Vormonat. Die Inlandsorders seien deutlich um 5,5 Prozent zurückgegangen, während die Bestellungen aus dem Ausland um fünf Prozent zunahmen.

VERMÖGENSBILDUNG

Bonn hofft, daß die neue Regelung genutzt wird

HEINZ STÜWE, Brilon

Die Bundesregierung hofft, daß die gesetzliche Neuregelung der Vermögensbildung schon in der Tarifrunde kommenden Jahres von Gewerkschaften und Arbeitgebern genutzt wird. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt, erklärte auf einer Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft (AGP) in Brilon, die Aufstockung des zulagefähigen Betrages an vermögenswirksamen Leistungen von 624 DM auf 936 DM sei ein Angebot, das von den Tarifparteien ausgefüllt werden müsse.

Vogt sicherte eine Prüfung der Frage zu, wie für Unternehmen, die bereits heute eine betriebliche Mitarbeiterbeteiligung praktizieren, damit aber nicht den gesetzlichen Erfordernissen genügen, eine Übergangsregelung gefunden werden könne. Dabei geht es insbesondere um das Problem, daß nach dem geplanten neuen Paragraph 19 a des Einkommensteuergesetzes nur unmittelbare Vermögensbeteiligungen in den Genuß einer Steuervergünstigung kommen. In vielen existierenden Modellen ist die rechtliche Konstruktion indirekt, indem die Arbeitnehmer vom Arbeitgeber einen Zuschuß für den Erwerb einer Beteiligung erhalten.

Die Nichtberücksichtigung von AG- und GmbH-Anteilen im neuen Anlagekatalog, die auch innerhalb der CDU auf Kritik gestoßen ist, begründet Vogt damit, daß er keinen Anlaß dazu geben wolle, unter Hinweis auf noch ungelöste Bewertungsprobleme das ganze Gesetz zu blockieren. Eine Lösung dieser Fragen ist nach Vogts Ansicht auch für die geplante zweite Phase der Vermögensbildung noch nicht abzusehen.

AUSSENHANDEL

Israel möchte nicht länger nur Zitruslieferant sein

INGE ADHAM, Frankfurt

Das Motto „Israel – Fortschritt und Technologie", unter dem die israelische Industrietagung in Frankfurt stand, zeigt die Zielrichtung: Israel will weg vom Image des reinen Zitruslieferanten, will aufmerksam machen auf seine Erfolge mit elektronischen Erzeugnissen, mit Maschinen und Chemikalien.

Dabei sucht die Industrie im Land mit nur kleinem Heimatmarkt und aus politischen Gründen verschlossenen Nachbarmärkten gezielt nach interessanten „Nischen". Daß dies mit Erfolg geschieht, zeigt ein Blick auf die Entwicklung des Außenhandels mit der Bundesrepublik: Während die israelischen Lieferungen an landwirtschaftlichen Erzeugnissen im vergangenen Jahr deutlich zurückgefallen sind, zeigen die „innovationsträchtigeren" Bereiche zum Teil erstaunliche Zuwachsraten. Insgesamt fielen aber im vergangenen Jahr die israelischen Exporte in die Bundesrepublik um drei Prozent auf gut eine Milliarde DM zurück, während in der gleichen Zeit die deutschen Ausfuhren nach Israel um gut elf Prozent auf 1,9 Mrd. DM anzogen.

Mit deutschen Lieferungen für 1,2 Mrd. DM im ersten Halbjahr und Bezügen aus Israel für 600 Mill. DM hat dieser Trend, sicher nicht nur zur Freude der mit einem 3,3-Milliarden-Dollar-Loch (1982) in der Handelsbilanz kämpfenden Israelis, angehalten. Gideon Patt, Minister für Industrie und Handel, sieht jedoch Chancen für ein stärkeres Steigen der israelischen Verkäufe in die Bundesrepublik; das Interesse sei groß, wie die Frankfurter Tagung und der Wirtschaftstag in Stuttgart gezeigt hätten. Dabei gehe es nicht ausschließlich um den Außenhandel, man sei auch an Joint Ventures interessiert.

VEREINIGTE STAATEN

Asien verdrängt Europa als wichtigsten Handelspartner

H.-A. SIEBERT, Washington

Im US-Außenhandel findet eine Verlagerung von Europa nach Asien statt, die weitreichende außen-, gesellschafts- und wirtschaftspolitische Konsequenzen haben kann. Nach einer Untersuchung der Security Pacific National Bank of Los Angeles ist der Warenaustausch über den Atlantik im vergangenen Jahr zum ersten Mal hinter dem amerikanisch-asiatischen Güterverkehr zurückgeblieben. Er erreichte nur 115,8 Milliarden Dollar, während über den Pazifik Erzeugnisse für 121,2 Milliarden Dollar verschifft wurden.

Dieser Trend wird sich, so die Bank, noch beschleunigen. Sie begründet das mit der schnelleren Expansion der asiatischen Volkswirtschaften. So betrug die durchschnittliche zusammengefaßte Wachstumsrate in den letzten zehn Jahren in Japan, Hongkong, Südkorea, Taiwan und Singapur 8,2 Prozent; in der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien und den Niederlanden machte sie dagegen nur 2,7 Prozent aus.

Ein Problem stellt sich insofern für die USA, als sie im Handel mit Europa einen hohen Überschuß und im Warenverkehr mit Asien ein gigantisches Defizit erwirtschaften. Amerika lieferte 1982 in der Hauptsache Maschinen, elektrische Ausrüstungen und Getreideprodukte. Von den asiatischen Exporten im Wert von 73,4 Milliarden Dollar entfielen 13,7 Milliarden Dollar auf Autos aus Japan und 13,4 Milliarden Dollar auf Elektrogeräte und Anlagen.

Nach Ansicht der Bank führt die Verlagerung im Außenhandel zu einem Standortwechsel vieler amerikanischer Unternehmen von der Ostküste nach Kalifornien und Oregon.

KOHLEPOLITIK / Kabinett: Soziale Härten sollen vermieden werden

Regierung will Bergbau weiter helfen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Zur Vermeidung sozialer Härten ist die Bundesregierung bereit, dem Steinkohlenbergbau mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Darauf läuft der Beschluß des Bundeskabinetts hinaus, der gestern, einen Tag vor der Einbringung des Bundeshaushalts 1984 im Bundestag gefallen ist und von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff vor der Presse erläutert wurde.

Darin wird festgestellt, daß die Anpassung der Förderung an den künftig geringeren Kohle- und Koksbedarf der deutschen und europäischen Stahlindustrie für die Unternehmen und ihre Beschäftigten neue Schwierigkeiten und Belastungen bedeutet. „Die Bundesregierung ist bereit, zusammen mit den Kohleländern dem Bergbau diese Anpassungen soweit wie möglich zu erleichtern", heißt es wörtlich. Dieser Wille sei bereits im Dezember 1982 durch die Verlängerung des Anpassungsgeldes für ausscheidende Bergleute und die Fortsetzung der nationalen Kohlereserve sowie des bestehenden Schutzes der deutschen Kohle im Wärmemarkt unterstrichen worden.

Die Bundesregierung verlangt von den Unternehmen, „daß sie ihre Förderkapazitäten so einrichten, daß die heimischen Lagerstätten bei der Sicherung der notwendigen Belegschaft optimal genutzt werden". Dazu gehöre vor allem die Konzentration der Förderung auf kostengünstige Anlagen. Um die Verringerung der Belegschaft ohne unvertretbare soziale Härten zu ermöglichen, sei die Bundesregierung bereit, im Zusammenwirken mit den Bundesländern die Möglichkeiten regionaler Flankierung zu nutzen. Sie werde das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium voll einsetzen. Die Bundesregierung prüft auch auf Anregung der IG Bergbau, „ob bei dieser Lage der deutschen Steinkohle Verbesserungen des Instrumentariums notwendig und finanzierbar sind". Das von der Ruhrkohle AG vorgelegte Anpassungskonzept werde auf die Einhaltung dieser Grundsätze geprüft.

Die Bundesregierung werde, wie Lambsdorff versicherte, ihre Politik zur Sicherung der Rolle der heimischen Kohle für den deutschen Markt nicht ändern. Denn die Energieabhängigkeit, die die öffentlichen Hilfen allein rechtfertigen, werde auch künftig bestehen bleiben. Bei ihrer Kohlepolitik gehe die Regierung von der Verwirklichung des Vertrages zwischen Bergbau und Elektrizitätswirtschaft aus. Sie werde auch künftig Beihilfen für die Lieferung von Kokskohle und Koks, soweit unbedingt erforderlich, gewähren und die sozialen Hilfen fortsetzen.

Aber auch die Kohlepolitik müsse die Knappheit der öffentlichen Mittel berücksichtigen. Eine dauerhafte Subventionierung der Kohleexporte komme daher nicht in Betracht.

Seite 2: Warten auf Erhardt

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Leistungsbilanz im Juli wieder im Minus

Frankfurt (dpa/VWD) – Mit einem Defizit von 3,08 Milliarden Mark schloß die Leistungsbilanz der Bundesrepublik im Juli 1983 nach einem Überschuß von 0,43 Milliarden Mark im Vormonat. Wie die Deutsche Bundesbank weiter mitteilte, ergab sich in der Kapitalbilanz im Berichtsmonat ein Überschuß von 2,24 Milliarden Mark. In den ersten sieben Monaten 1983 belief sich damit der Überschuß in der Leistungsbilanz auf 3,15 Milliarden Mark, verglichen mit einem Defizit von 602 Millionen Mark im entsprechenden Vorjahreszeitraum. In der Kapitalbilanz ergab sich von Januar bis Juli ein Minussaldo von 7,3 (0,8) Milliarden Mark. Insbesondere legten deutsche Anleger verstärkt langfristige Mittel in ausländischen Fremdwährungsanleihen und Aktien an.

Bundespost-Anleihe

Frankfurt (rtr/DW.) – Die Deutsche Bundespost nimmt über eine zehnjährige Anleihe am Kapitalmarkt 800 Millionen Mark auf. Wie ein Sprecher der Deutschen Bundesbank nach der Sitzung des Bundesanleihekonsortiums mitteilte, ist die Emission mit einer Nominalverzinsung von 8½ Prozent bei einem Ausgabekurs von 100,25 Prozent ausgestattet. Die Rendite beträgt 8,46 Prozent. Die Verkaufszeit läuft vom 8. bis zum 12. September. Vom Bankenkonsortium werden 650 Millionen Mark zur Zeichnung angeboten. Die Plazierungschancen werden als gut bezeichnet, sofern der Zentralbankrat am Donnerstag nicht mehr als eine 0,5prozentige Leitzinserhöhung beschließt.

Rheinmetall überrascht

Düsseldorf (VWD) – „Wir sind überrascht und haben davon keine Kenntnis", erklärte ein Sprecher der Rheinmetall GmbH, Düsseldorf, zu Gerüchten, wonach Saudi-Arabien über zwei Schweizer Banken 24,5 Prozent der Anteile am Grundkapital der Rheinmetall Berlin AG, Berlin/Düsseldorf, erwerben will. Bei der Gebr. Röchlingen KG, Mannheim, die über die Röchlingen Industrie Verwaltung GmbH, Saarbrücken, mit 76,8 Prozent an Rheinmetall beteiligt ist, hieß es, man wolle den Börsengerüchten aus der Schweiz nachgehen, könne aber zu Gerüchten keine Stellungnahme abgeben. Man halte nach wie vor eine Beteiligung von 76,8 Prozent an Rheinmetall. Konkrete Absichten, Anteile zu verkaufen, gebe es nicht.

Inflationsrate gestiegen

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die jährliche Teuerungsrate für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in der Bundesrepublik ist im August wieder auf 3,0 Prozent gestiegen. Von Mitte Juli bis August verteuerten sich die Verbraucherpreise um 0,3 Prozent, teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. In den beiden vorangegangenen Monaten Juli und Juni hatte die Inflationsrate noch 2,5 beziehungsweise 2,4 Prozent betragen und damit den niedrigsten Stand seit November 1978 erreicht.

Jugoslawien-Umschuldung

Belgrad (dpa/VWD) – Ein Finanzabkommen über zwei Milliarden Dollar (5,4 Milliarden Mark) zwischen Jugoslawien und mehr als 600 westlichen Banken, mit dem fällige Kredite umgeschuldet und rund 600 Millionen Dollar neu bereitgestellt werden sollen, wird am 9. September in New York unterzeichnet. Das bestätigte der stellvertretende jugoslawische Regierungschef Zvone Dragan vor deutschen Journalisten in Belgrad. Mit den Geldern hoffe die jugoslawische Regierung, das diesjährige Zahlungsbilanzdefizit des Landes auf 700 bis 750 Millionen Dollar begrenzen zu können. 1984 solle dann eine ausgeglichene Zahlungsbilanz vorgelegt werden.

Stahlproduktion gefallen

Düsseldorf (rtr) – Die deutsche Stahlproduktion ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im August um 7,6 Prozent gegenüber Juli zurückgegangen. Wie die Düsseldorfer Außenstelle des Bundesamtes mitteilte, erzeugten die Hüttenwerke der Bundesrepublik Deutschland im August an 29 – im Juli waren es 28,5 – Produktionstagen 2,54 Millionen Tonnen Rohstahl. Die produktionstägliche Leistung ging den Angaben zufolge um 9,1 Prozent auf 87 700 Tonnen zurück. Bis einschließlich August wurden damit im laufenden Jahr 23,40 Millionen Tonnen Rohstahl erzeugt, 10,2 Prozent weniger als in der entsprechenden Vorjahresvergleichszeit.

Goldpreis bleibt stabil

Frankfurt (dpa/VWD) – Die fortgesetzte Furcht vor einem Wiederanziehen der US-Inflationsrate und die Gefahr einer Krise des westlichen Bankensystems werden nach Einschätzung der Degussa AG, Frankfurt, mit Sicherheit ein Absinken des Goldpreises unter die 400-Dollar-Marke in naher Zukunft verhindern. Andererseits ist, wie die Marktbeobachter des Unternehmens in ihrem jüngsten Edelmetall-Bericht schreiben, ein Anstieg über ein Niveau von 450 Dollar nur schwer vorstellbar, solange die US-Zinsen nicht sinken und die US-Inflationsrate sich auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau bewegt.

Mehr Konsumentenkredite

München (dpa/VWD) – Die deutschen Verbraucher leben mehr auf Kredit und stützen damit nach einer Analyse der Bayerischen Landesbank die Konjunktur. Im ersten Halbjahr 1983 kletterten die Konsumentenkredite – auch begünstigt durch den Zinsabbau – auf insgesamt knapp 150 Milliarden Mark. Das sind 5,8 Milliarden Mark oder vier Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum, schreibt die Bank.

Ölförderung vor Gabun

Salzgitter (dos.) – Ein internationales Konsortium, an dem die deutschen Firmen Wintershall, Preussag und Deutsche Schachtbau- und Tiefbohrgesellschaft (DST) beteiligt sind, hat jetzt vor der Küste des westafrikanischen Landes Gabun mit der Förderung von Erdöl begonnen. Nach Angaben der Salzgitter AG, zu der die DST gehört, werden derzeit aus zwei Bohrungen täglich 10 000 Barrel gefördert. Eine dritte Bohrung soll in Kürze die Produktion aufnehmen. Mit dem Abteufen von zehn weiteren Bohrungen soll die Lagerstätte weiter erschlossen werden.

Wochenausweis

	31.8.	21.8.	31.7.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	66,9	66,9	69,0
Kredite an Banken	68,4	68,3	66,8
Wertpapiere	8,0	7,9	7,4
Bargeldumlauf	101,3	99,0	102,2
Einl. v. Banken	46,4	39,5	46,2
Einl. v. öffentl. Haushalten	1,2	7,3	1,2

LATEINAMERIKA / Devisenschwäche beeinflußt Handel

Die Importe sind gesunken

dpa/VWD, **Hamburg**

Der deutsche Warenverkehr mit Lateinamerika wurde im 1. Halbjahr 1983 deutlich von einem Rückgang der Exporte und einer kräftigen Zunahme der Importe bestimmt. Nach Angaben der Deutsch-Südamerikanischen Bank in Hamburg sanken, verglichen mit dem 1. Halbjahr 1982, die Ausfuhren um elf Prozent auf 5,1 Milliarden Mark, während die Importe um 13 Prozent auf 7,3 Milliarden Mark anstiegen. Der Anteil Lateinamerikas am deutschen Gesamtexport verringerte sich von 2,6 Prozent auf 2,4 Prozent.

Der Anteil Lateinamerikas an der deutschen Gesamteinfuhr erhöhte sich hingegen von 3,4 Prozent (1. Halbjahr 1982) auf 3,9 Prozent. Das deutsche Defizit im Warenaustausch mit Lateinamerika wuchs somit von 769 Millionen Mark im 1. Halbjahr 1982 auf 2,26 Milliarden Mark in den ersten sechs Monaten 1983.

Der Rückgang der deutschen Exporte in diese Region zeigt nach Meinung der Bank sehr deutlich die allgemeine Devisenschwäche der teilweise hochverschuldeten lateinamerikanischen Staaten. Das Geld für Käufe im Ausland sei sehr knapp geworden. Auch im 2. Halbjahr 1983 rechnet man nicht mit einer Tendenzwende. Die Devisenschwäche halte an, doch hoffe man, daß auf dem gegenwärtigen gedrückten Niveau eine gewisse Stabilität eintrete.

Das Exportergebnis würde im übrigen noch deutlich schlechter aussehen, wenn nicht Argentinien mit Bezügen in Höhe von 1,72 Milliarden Mark in den ersten sechs Monaten aufgrund von Sonderfaktoren (Marinefahrzeuge) extrem aus dem Rahmen gefallen wäre. Dies ist nach Angaben der Bank fast eine Milliarde Mark mehr als ein Jahr zuvor.

Damit wurde sogar der Argentinien-Export für das gesamte Jahr 1982 übertroffen. Obwohl die deutschen Importe aus Brasilien leicht zurückgingen, bleibt das Land mit rund zwei Milliarden Mark weiterhin der bedeutendste lateinamerikanische Lieferant der Bundesrepublik.

CHINA / Hoher Technologiebedarf – Unternehmenskooperationen nehmen zu

Deutsche Lieferungen gestiegen

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Der deutsche Chinaexport liegt in diesem Jahr wieder im Aufwind. Und Heinrich Weiss, der den zuständigen Arbeitskreis im Ost-Ausschuß der deutschen Wirtschaft leitet, ist optimistisch, daß diese Entwicklung anhalten wird. Er hob den Anstieg der deutschen Lieferungen um 40 Prozent auf 1,26 Milliarden Mark in der ersten Jahreshälfte besonders vor dem Hintergrund hervor, daß die deutschen Gesamtexporte während dieser Zeit gegenüber dem Vorjahr um zwei Prozent zurückgegangen waren. Gewisse Erwartungen weckte auch der chinesische Maschinenbauminister Zhou Jiannan, der gestern während seines Besuchs in der Bundesrepublik in Köln mit Vertretern des Ostausschusses sprach.

Das Ministerium, das Zhou Jiannan leitet, ist für rund ein Drittel des Maschinenbaus in China zuständig. Es ist somit eine Hauptstütze für das Modernisierungsprogramm, das gegenwärtig die chinesische Wirtschaftspolitik bestimmt. Peking will nach dem Abschied von den Milliarden-Projekten, die in den siebziger Jahren die Phantasie auch in Europa beflügelten, jetzt durch die Beseitigung von Engpässen in bestehenden Unternehmen, durch den Zukauf von Anlageteilen und Maschinen sowie durch den Import von Technologie die Wirtschaft auf Trab bringen.

Für deutsche Firmen werden hier durchaus Chancen gesehen, ins Geschäft zu kommen. Die deutsche Angebotspalette deckt sich weitgehend mit dem Bedarf der Chinesen an anspruchsvoller Technologie. Allerdings gibt es Probleme. Manche deutsche Firmen sind verärgert über die Versuche der Chinesen, sich die technologischen Kenntnisse quasi zum Nulltarif zu beschaffen.

Obwohl das Modernisierungsprogramm mit möglichst wenig Importen durchgezogen werden soll, erwartet die chinesische Seite von den Anbietern aus dem Westen umfangreiche Vorstudien und Beratungsdienste, und das möglichst kostenlos. Überdies fordern die Chinesen in wachsendem Maße zinsgünstige Kredite. Subventionen in diesem Bereich werden von der Bundesregierung jedoch nach wie vor abgelehnt.

Eine Chance zur Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen wird auch in der Kooperation auf Unternehmensebene gesehen, die bereits in rund 50 Fällen zwischen deutschen und chinesischen Firmen existiert. Die rechtlichen Voraussetzungen dafür könnten sich durch die Unterzeichnung des Vertrages zum Schutz und zur Förderung von Investitionen verbessern. Sie ist für die dritte Tagung der gemischten deutsch-chinesischen Regierungskommission Anfang Oktober in Peking vorgesehen.

Immerhin erkennt Peking darin bei Streitfällen die internationale Schiedsgerichtsbarkeit an. Überdies will die Zentralbank beim Gewinntransfer einspringen, wenn das Gemeinschaftsunternehmen nicht ausreichend Devisen verdient hat.

SPORTARTIKEL / Keine Neuheiten auf der Ispo

Die Preise bleiben stabil

dpa/VWD, **München**

Die Preise für Sportartikel werden im nächsten Jahr vermutlich nicht steigen. Diese gute Nachricht für die Konsumenten verkündete der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Sportartikelindustrie, Armin Dassler, anläßlich der 19. Internationalen Sportartikelmesse ISPO 83-Herbst in München. Allerdings kann die Branche nach den umsatz- und spaßfördernden Neuheiten der letzten Jahre wie Skateboard- oder Rollschuhfahren und vor allem dem zur Massenbewegung gewordenen Windsurfen mit keiner Innovation aufwarten. Der jüngste Senkrechtstarter Aerobic schläft bereits wieder ein, mußten die Branchensprecher zugeben.

Trotzdem sei auf der Publikumsseite von Sportmüdigkeit keine Rede. In den typischen Sommersortimenten sei die Ware in diesem Jahr „so gut wie lange nicht mehr abgeflossen". Das betreffe vor allem die Bademode. Aber auch die reine Sportbekleidung habe vom Wetter profitiert, ebenso der Schuhbereich. Tennis stellte allerdings nicht voll zufrieden, sagte Dassler. Beim Camping-Sortiment zeichne sich eine Renaissance ab. Mehr versprochen hatte sich der deutsche Sportfachhandel vom Wander- und Trekkinggeschäft, auf das sich wohl auch die große Hitze verkaufshemmend auswirkte. Insgesamt könne festgestellt werden, daß sich die Umsätze auf Vorjahres-Niveau zu stabilisieren scheinen, „die Talsohle der Branche ist erreicht".

Entgegen der letzten Ifo-Untersuchung, in der für den Sportartikelhandel für die ersten fünf Monate 1983 ein Umsatzrückgang um nominal ein und real vier Prozent genannt worden war, meinte Hugo Laumann vom Verband Deutscher Sportfachhandel, die Lagerbestände seien derzeit um 15 Prozent niedriger als im Vorjahr.

Die Sportartikelindustrie hat im ersten Halbjahr 1983 nach vorläufigen Ermittlungen des Statistischen Bundesamtes ihren Umsatz von 1,9 auf 2,04 Mrd. DM erhöht. Die Branche geht optimistisch in die ISPO 83-Herbst, die vom 8. bis 11. September auf dem Münchner Messegelände Fachbesuchern Sportliches von 1511 Ausstellern aus 38 Ländern zeigt.

OECD / Zurückhaltung auf Finanzmärkten

Geringere Kreditaufnahme

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die Kreditaufnahmen an den internationalen Finanzmärkten sind im August weiter zurückgegangen. Mit 8,6 Milliarden Dollar waren sie um 4,9 Mrd. Dollar niedriger als im gleichen Monat des letzten Jahres. Gegenüber dem Vormonat erreichte der Rückgang 1,9 Milliarden Dollar, teilt die OECD in Paris mit. Sie hat dabei die von ihr vor einem Monat gemeldete Juli-Ziffer (8,8 Milliarden Dollar) beträchtlich nach oben (10,5) revidiert. Unter der Voraussetzung, daß das (vorläufige) August-Ergebnis nicht nachträglich revidiert wird, ergibt die Hochrechnung der Kreditaufnahmen der letzten drei Monate einen Jahreswert von 125 Milliarden Dollar gegenüber 173 Milliarden Dollar für die vorangegangenen drei Monate.

Dieser starke Rückgang ist darauf zurückzuführen, daß die Banken bei der Kreditvergabe angesichts der internationalen Schuldenkrise und der Unsicherheiten über die Zins- wie Wechselkursentwicklung größere Zurückhaltung übten, heißt es. Dazu kam die Instabilität verschiedener Kapitalmarktbereiche. Bereits seit Anfang dieses Jahres ist der internationale Emissionstrend nach unten gerichtet. Von Juli auf August verminderte sich der Betrag der internationalen Anleihen auf 3,36 (3,67) Milliarden Dollar, dabei der der Auslandsanleihen auf 1,41 (1,96) Milliarden Dollar. Demgegenüber gingen die neuaufgenommenen Bankkredite auf 5,21 (6,80) Milliarden Dollar zurück.

Während sich die Kreditaufnahmen der OECD-Länder auf 4,3 (5,9) Milliarden Dollar abschwächten, stiegen die der nichtölexportierenden Staaten der Dritten Welt auf 3,0 (2,2) Milliarden Dollar. Davon entfielen allein 1,5 Milliarden auf einen Eurokredit Argentiniens. Die Anleihen der Opec-Länder erreichten 0,64 (0,15) Milliarden Dollar, sie hielten sich damit aber auf dem Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres.

Die internationalen Organisationen nahmen die Finanz- und Kapitalmärkte nur noch mit 0,07 (1,43) Milliarden Dollar in Anspruch. Dies scheint aber eine vorübergehende Pause gewesen zu sein, nachdem sich ihre Kreditaufnahmen vom ersten zum zweiten Quartal dieses Jahres auf 3,50 (1,17) Milliarden Dollar verdreifacht hatten.

USA / Die Wettbewerbsfähigkeit der Pharmaindustrie soll verbessert werden

Anteil am Weltmarkt stark geschrumpft

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Der internationale Wettbewerb bei Arzneimitteln verschärft sich, wenn die Reagan-Administration den Empfehlungen der National Academy of Engineering folgt. Besorgt über den Rückgang des amerikanischen Anteils am Weltmarkt für pharmazeutische Erzeugnisse hat die vom Kongreß eingesetzte Institution ein Sieben-Punkte-Programm vorgeschlagen, um die Konkurrenzfähigkeit der US-Branche zu verbessern:

1. Exportiert werden dürfen in Zukunft in den Vereinigten Staaten hergestellte Arzneimittel, die für den Inlandsverbrauch nicht freigegeben sind.

2. Die zuständige Food and Drug Administration in Washington wird angewiesen, den Genehmigungsprozeß durch Vereinfachung der staatlichen Vorschriften zu beschleunigen.

3. Verlängert wird der Patentschutz für Pharmazeutika, der jetzt 17 Jahre beträgt, indem die Zeit zur Überprüfung der Gesundheits- und Sicherheitserfordernisse einbezogen wird.

4. Untersucht werden ausländische Importrestriktionen mit der Auflage, geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

5. Überprüft wird die Antitrust-Politik der USA; gemeinsame Forschungs-Entwicklungsarbeiten sollen erlaubt sein. Dabei spielt die Überlegung mit, daß Zusammenlegung und Erweiterung der Forschungsstätten der amerikanischen Pharmaindustrie Wettbewerbsvorteile verschaffen würde.

6. Um die Investitionen im Forschungs- und Entwicklungsbereich anzukurbeln, sollen die Steuergesetze geändert werden. Die Akademie empfiehlt in diesem Zusammenhang den steuerlichen Vorabzug sowohl für forschungsbezogene Aufwendungen als auch für Kapitalinvestitionen.

7. Genau abgeklopft werden soll die Produkthaftung, „die das Wachstum der US-Arzneimittel-Unternehmen abzubremsen scheint"; das Ziel sind realistischere Regeln.

Nach Angaben der Institution, in der die amerikanische Pharmaindustrie und die National Science Foundation vertreten sind, hat sich der US-Anteil am Welt-Arzneimittelmarkt von 1968 bis 1978, dem letzten verfügbaren Jahr, von 38 auf 27 Prozent verringert. Gleichzeitig erhöhte sich der japanische Anteil von 13 auf 20, der deutsche von 8,5 auf zehn und der schweizerische von zwei auf drei Prozent.

Folgt man der Akademie, dann hat sich die Zahl der amerikanischen Patentanträge im Pharmabereich seit 1963 zwar verdoppelt; die ausländischen Unternehmen beantragten jedoch viermal so viele Patente. Verantwortlich für den Niedergang der US-Branche ist nach Ansicht der Mitglieder „eine Kombination staatlicher Maßnahmen, die inländische Investoren entmutigte".

Weiter heißt es in dem Papier: „Erfolgreiche Innovationen sind der Schlüssel für Amerikas Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt. Dem muß die Regierung Rechnung tragen." Unberücksichtigt läßt die Akademie, daß die US-Pharmaindustrie zu Hause, gemessen am Umsatz, nach wie vor kräftig wächst.

Feldschlößchen erhöht Kapazität

dos, **Braunschweig**

Die zur Holsten-Gruppe gehörende Brauerei Feldschlößchen AG, Braunschweig, wird bis 1985 ihre Kapazitäten um die Hälfte auf 1,2 Mill. Hektoliter ausweiten. Nach Angaben des Vorstands sind damit Investitionen in Höhe von 20 Mill. DM verbunden.

Die jetzt getroffene Entscheidung sei notwendig geworden, um die Produktion an die bereits erreichte Abfüllkapazität anzugleichen. Die günstige Absatzentwicklung sowohl bei Feldschlößchen als auch bei Holsten habe in Braunschweig zu erheblichen Engpässen geführt, die auch durch Überstunden und Sonderschichten nicht zu beheben waren. Bislang habe man sich damit beholfen, Bier von anderen Braustätten des Holsten-Konzerns zu beziehen.

Der Vorstand rechnet für das laufende Geschäftsjahr (30. 9.) im eigenen Absatzbereich mit einem Zuwachs von rund 4 Prozent. Die Lieferungen an Holsten die im Vorjahr 345 000 hl betrugen, würden allerdings verringert, so daß der gesamte Absatz 1982/83 wieder das Niveau des Vorjahres (rund 1,1 Mill. hl) erreichen wird.

Diskus erwartet gesunde Ertragslage

VWD, **Frankfurt**

Eine gesunde Ertragslage erwartet die Verwaltung der Diskus Werke AG, Frankfurt, aufgrund der im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 1983 eingetretenen Besserung des Betriebsergebnisses. Nach dem Jahresbericht 1982 des in den Produktbereichen Maschinenbau und Schleifwerkzeuge tätigen Unternehmens sind für das laufende Jahr 0,75 Mill. DM Investitionen zur Verbesserung der betrieblichen Leistung, der Technologie und der Produktentwicklung geplant, die durch den Cash-flow gedeckt werden.

Bereits im vergangenen Jahr wurden umfangreiche Maßnahmen für eine bessere Wirtschaftlichkeit und Rentabilität eingeleitet.

Der Umsatz stieg 1982 um 4 Prozent auf 28,878 (27,754) Mill. DM. Dabei nahm der Exportanteil auf 60,1 (52,1) Prozent zu. Der Jahresfehlbetrag konnte auf 0,98 Mill. DM abgebaut werden nach 2,98 Mill. DM im Vorjahr. Aufgrund der Einzahlung der Beträge aus der Kapitalerhöhung im 2. Halbjahr 1982 wird ein bedeutend niedrigerer Zinsaufwand für 1983 (i. V. 1,15 Mill. DM) erwartet.



WELT-Korrespondenten berichten von der Funkausstellung in Berlin

National Panasonic – 8-mm-Video



Auf den Ausstellungsständen unter dem Berliner Funkturm sieht man allmählich zwar müde, aber strahlende Gesichter. Denn hier wird – anders als auf vielen anderen Messen – noch wirklich verkauft. Jeder 6. Besucher ist nach den Erhebungen der Messegesellschaft bisher ein Fachbesucher gewesen, in den meisten Fällen also ein Fachhändler. Und runde 45 Prozent der Fachbesucher gaben an, bereits Abschlüsse getätigt zu haben. So zeigt denn auch das Stimmungsbarometer der Ausstellung in der großen Mehrheit auf „zufrieden" und „optimistisch". Auch für die übrigen Besucher ist die Riesenschau offensichtlich immer wieder attraktiv. Die Neuheiten der „Lust-Elektronik", die in diesem Jahr so dick gar nicht gesät sind, locken nicht nur die Berliner aufs Messegelände. (Wb.)

Konsolidierung hält an

Die National Panasonic GmbH, Hamburg, setzt die 1982 eingeleitete Politik der Konsolidierung auch im laufenden Geschäftsjahr fort. Wie Geschäftsführer Seinosuke Kuraku anläßlich der Internationalen Funkausstellung in Berlin erklärte, nahmen der Umsatz in den ersten sieben Monaten 1983 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nur noch um drei Prozent auf 340 Mill. DM zu, nachdem im Vorjahr noch ein Umsatzwachstum von 15 Prozent erzielt worden sei. Auch für das Gesamtjahr rechnet man bei National Panasonic mit einem nur einstelligen Wachstum.

Nicht nur wegen des heißen Sommers, sondern insbesondere wegen der im März vereinbarten Selbstbeschränkungsmaßnahmen sei es bei Videorecordern zu einem starken Umsatzausfall gekommen, der auf das Wachstum des Gesamtunternehmens durchschlug. Wenn die europäischen Unternehmen durch dieses Abkommen ihren Absatz und ihren Marktanteil ausweiten könnten, habe man dieses Opfer gern gebracht, meint Kuraku. Im zusammengefaßten Bereich Fernsehen/Video, der einen Umsatzanteil von 37 (41) Prozent erreichte, wurden dadurch acht Prozent weniger umgesetzt als im Vorjahreszeitraum.

Mit einem Zuwachs von 23 Prozent habe sich das Audio/HiFi-Geschäft (Umsatzanteil 23 nach 20 Prozent) zufriedenstellend entwickelt. Im Bereich Industrie (Umsatzanteil 19 nach 18 Prozent) stieg der Umsatz um sieben Prozent, im Elektrobereich (Umsatzanteil zehn nach elf Prozent) gingen sie um 14 Prozent zurück. (VWD)

Der Weg zur Kompatibilität ist lang

Die Kommentare aus der Branche reichen von „8-mm-Video ist so tot – toter geht's nicht" bis zum moderaten „Das wird noch wenigstens zwei Jahre dauern, bis da etwas kommt". In der Tat – es ist bemerkenswert still geworden um ein Thema, das in den Monaten vor der Funkausstellung noch lebhaft diskutiert wurde: Das neue, kleinere Videosystem mit Bändern von nur noch der Hälfte der bisherigen Breite, das zunächst mit viel Verve als neues Gemeinschaftssystem aller Hersteller in Angriff genommen worden war. Vorerst, so scheint es, wird dieses System, das die drei bisherigen miteinander unverträglichen Systeme VHS, Video 2000, Betamax ablösen sollte, nicht auf dem Markt erscheinen. Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen:

- Die Hersteller aus den drei Lagern um die japanische JVC (VHS mit weltweit an die 70 Prozent Marktanteil), Philips/Grundig (Video 2000) und die japanische Sony (Betamax) konnten sich bisher keineswegs auf einheitliche 8-mm-Normen einigen. Im Gegenteil: Deren fünf sollen derzeit zur Diskussion stehen.
- Immer noch gibt es dem Vernehmen nach technische Schwierigkeiten, auf der halben Bandbreite die gleiche Bildqualität zu erzeugen wie auf dem 16-mm-Band. Kritische Stellen sind dabei das Bandmaterial und der Bildkopf. Wie weit solche Aussagen strategisch bestimmt sind, läßt sich von außen schwer beurteilen, denn:
- die etablierten Hersteller, die in den vergangenen Jahren gewaltige Summen in die Produktentwicklung der bestehenden Systeme und in den Aufbau der Produktionsanlagen investiert haben, können gar keinen großen Wert auf eine „Ablösung" legen. Und der Marktführer JVC hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß er es mit der Abkehr vom VHS-System (etwa 20 Millionen der über 30 Millionen weltweit aufgestellten Recorder) gar nicht so eilig hat.
- In Berlin sind zwei Produkte zu sehen, die man sich eigentlich erst vom 8-mm-System versprochen hatte: Video-Kameras mit eingebautem Recorder von JVC und Sony. Auch hier tritt besonders bei JVC die Konservierungsstrategie klar zutage: Die Kamera arbeitet mit einer 30-Minuten-Minikassette mit 16-mm-Band, die mit einer Adaptionskassette in jedem VHS-Recorder abgespielt werden kann. Damit wird eines der stärksten Argumente für die 8 mm obsolet.

So steht es sehr in Frage, ob das „vierte System" überhaupt in der ursprünglich angepeilten Form kommen wird. Denn selbst wenn es gelingt, die technischen Probleme zu lösen, so könnten diese Lösungen auch beim 16-mm-Video zu erheblichen Verbesserungen führen und dessen Vorsprung erhalten helfen.

Der Verbraucher muß die Entwicklung mit einem lachenden und einem weinenden Auge sehen: Einerseits braucht er nicht zu befürchten, daß sein gerade angeschafftes Gerät über kurz oder lang veraltet sein wird. Zum anderen aber besteht vorerst keine Hoffnung, eine Kassette, die auf dem Gerät eines Systems aufgenommen wurde, auf einem „Konkurrenzgerät" abspielen zu können. Und solche Kompatibilität war auch eines der Ziele der 8-mm-Bestrebungen.

JOACHIM WEBER

NAMEN

Hans W. Ritz, zuletzt Mitglied der Geschäftsleitung der Citicorp International Bank Limited in London, wurde zum Vorstandsmitglied der Citibank AG, Frankfurt, bestellt.

Lorenz Falkenstein, früherer Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV) ist am 5. September im Alter von 69 Jahren gestorben.

Dr. Gerhard Nehlsen, Aufsichtsratsvorsitzender der SMS Hasenclever Maschinenfabrik GmbH ist im Alter von 67 Jahren gestorben.

Dieter Kotzan (50), Lufthansa-Gebietsverkaufsleiter in Düsseldorf, ist als Nachfolger für den zum Generalsekretär der Association of European Airlines (AEA) gewählten **Karl-Heinz Neumeister** zum neuen Frachtchef in der Lufthansa-Hauptverwaltung in Köln bestellt worden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Braunschweig: Bremer-Bodenbelagsverarbeitungsges. mbH; **Einbeck:** August Hornkohl GmbH; **Elmshorn:** Nachl. d. Willi Wöbcke; **Essen:** HUP Landschaftsbau 82 GmbH, Essen-Steele; Grotkamp Handel GmbH; **Gelsenkirchen:** Hans Lohmann; **Heilbronn (Neckar):** Eheleute Armin u. Erika Siffring, Zaberfeld; **Hildesheim:** BES Wasser- u. Elektroinstallations GmbH, Algermissen OT Lühnde; **Karlsruhe:** Info Real Vertriebsges. f. Datenspeicherungs- u. Wiedergabesysteme mbH; **Köln:** Christian Hopp hdl. u. d. Gaststätte „Ratskeller"; **Mönchengladbach:** Zwiebel-Verarbeitungsges. Nord-West mbH; **Passau:** Nachl. d. Heinz-Karl Daferner, Neureichenau; **Siegburg:** Nachl. d. Johannes Theodor Weber, Troisdorf.

Vergleich eröffnet: Gießen: BS Baustoff Seibert GmbH & Co. Eisen-Keramik, Reiskirchen 1; **Landau i. d. Pfalz:** Oskar Ößwin, Inh. e. Fleischzerlegebetriebes, Rheinzabern; **Waldshut-Tiengen:** Schwarzwälder Kunststoff GmbH, Wehr.

Hoechst: Wieder mehr Auszubildende

adh. Frankfurt

Mehr als 20 Prozent der Lehrstellenbewerber bei der Hoechst AG, Frankfurt, haben nach der Zusage ihren Vertrag wieder zurückgegeben. Sie fanden Ausbildungsplätze in ihrem Wunschberuf oder in Wohnortnähe oder, im Fall der Abiturienten, doch noch einen Studienplatz.

Aufgrund der insgesamt gut 15 000 Bewerbungen für 2075 Ausbildungsplätze (plus 6,5 Prozent) blieb bei dem Chemiekonzern jedoch kein Platz unbesetzt. Hoechst bildet derzeit insgesamt 5700 Jugendliche aus, 200 mehr als im Jahr zuvor. Von den rund 1800 Jugendlichen, die in diesem Jahr ihre Ausbildung beendeten, wurden gut 78 (73,4) Prozent in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen.

Die 50 größten Kreditinstitute

Als Ergänzung der bereits zum 8. Mal veröffentlichten Liste der 500 größten deutschen Industrie-Unternehmen (Die WELT vom 23. August) veröffentlicht die WELT nun die Übersicht über die 50 größten Banken und Geldinstitute. Maßstab für die Rangfolge ist die Bilanzsumme aus dem Geschäftsbericht für 1982. Bis knapp an die 200-Milliarden-Grenze hat die Deutsche Bank ihren Spitzenplatz weiter ausgebaut, zweite bleibt die Dresdner Bank. Größere Sprünge gab es diesmal nicht, unter den ersten zehn wurde in diesem Jahr keine Rangverschiebung registriert. Neu in der Liste ist nur die Norddeutsche Genossenschaftsbank AG in Hannover, die im vergangenen Jahr aus der Fusion der Landesgenossenschaftsbank AG und der Norddeutschen Volksbanken AG - Zentralbank hervorgegangen ist. Deshalb wird für dieses Institut für das Vorjahr keine Bilanzsumme ausgewiesen.

	Banken und Geldinstitute	Sparte/ Geschäftszweig	Bilanzsumme 1982 (in Mill. DM)	Bilanzsumme 1981 (in Mill. DM)
1 (1)	Deutsche Bank, Frankfurt	Bankgeschäfte aller Art	199 200,0	192 400,0
2 (2)	Dresdner Bank, Frankfurt	Bankgeschäfte aller Art	137 451,0	131 482,0
3 (3)	Westdeutsche Landesbank Girozentrale, Düsseldorf	Bankgeschäfte aller Art	132 953,0	124 224,0
4 (4)	Commerzbank, Frankfurt	Bankgeschäfte aller Art	108 234,0	101 336,0
5 (5)	Bayerische Vereinsbank, München	Kredit- und Hypothekenbank	105 548,0	98 301,0
6 (6)	Bayerische Landesbank Girozentrale, München	Bankgeschäfte aller Art	95 936,0	90 839,0
7 (7)	Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank, München	Kredit- und Hypothekenbank	92 073,0	89 239,0
8 (8)	DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank, Frankfurt	Bankgeschäfte aller Art	69 611,0	64 959,0
9 (9)	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt	Spezialkreditinstitut	66 618,0	61 343,0
10 (10)	Hessische Landesbank Girozentrale, Frankfurt	Bankgeschäfte aller Art	64 647,0	61 091,0
11 (12)	Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Hannover u. Braunschweig	Bankgeschäfte aller Art	59 453,0	51 748,5
12 (11)	Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt	Bankgeschäfte aller Art	56 420,0	57 551,0
13 (13)	Deutsche Pfandbriefanstalt, Wiesbaden	Hypothekenbank	51 560,0	44 555,0
14 (14)	Landesbank Rheinland-Pfalz - Girozentrale, Mainz	Bankgeschäfte aller Art	36 484,5	33 390,3
15 (16)	Beamtenheimstättenwerk Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH, Hameln	Bausparkasse	29 910,0	27 923,4
16 (15)	Bausparkasse Schwäbisch Hall	Bausparkasse	29 753,0	28 576,0
17 (17)	Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	Spezialkreditinstitut	28 803,9	27 749,9
18 (19)	Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –, Frankfurt	Bankgeschäfte aller Art	27 851,0	26 181,0
19 (23)	DSL Bank Deutsche Siedlungs- u. Landesrentenbank Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin/Bonn, Bonn	Spezialkreditinstitut	27 718,3	24 990,9
20 (18)	Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot gemeinnützige Gesellschaft mbH, Ludwigsburg	Bausparkasse	27 395,0	26 317,0
21 (22)	Landeskreditbank Baden-Württemberg, Karlsruhe	Spezialkreditinstitut	27 259,2	25 238,7
22 (21)	Landesbank Schleswig-Holstein – Girozentrale, Kiel	Bankgeschäfte aller Art	26 572,0	25 882,0
23 (24)	Hamburgische Landesbank – Girozentrale –, Hamburg	Bankgeschäfte aller Art	25 426,7	22 650,6
24 (20)	Württembergische Kommunale Landesbank Girozentrale, Landesbank Stuttgart, Stuttgart	Bankgeschäfte aller Art	24 977,0	26 014,0
25 (27)	Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank, Hamburg (Zu 8)	Hypothekenbank	24 597,0	21 766,0
26 (28)	Rheinische Hypothekenbank, Frankfurt/Mannheim/Köln (Zu 4)	Hypothekenbank	24 118,4	21 270,0
27 (26)	Frankfurter Hypothekenbank, Frankfurt (Zu 1)	Hypothekenbank	23 975,7	22 115,2
28 (25)	Badische Kommunale Landesbank – Girozentrale, Mannheim	Bankgeschäfte aller Art	23 442,0	22 510,0
29 (30)	Deutsche Centralbodenkredit, Köln (Zu 1)	Hypothekenbank	22 338,0	19 689,0
30 (32)	Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt	Spezialkreditinstitut	21 200,0	18 549,0
31 (29)	Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Frankfurt	Bankgeschäfte aller Art	21 106,0	21 020,0
32 (31)	Berliner Bank, Berlin	Bankgeschäfte aller Art	20 243,6	19 014,1
33 (34)	Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen	Bankgeschäfte aller Art	19 523,0	17 736,0
34 (33)	Hamburger Sparkasse	Sparkasse	19 237,0	17 819,0
35 (35)	Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank, Düsseldorf	Bankgeschäfte aller Art	18 985,0	17 033,0
36 (36)	Westfalenbank, Bochum/Düsseldorf (Zu 7)	Bankgeschäfte aller Art	17 859,0	16 273,0
37 (37)	Bayerische Handelsbank, München (Zu 5)	Hypothekenbank	15 388,0	13 756,2
38 (40)	SGZ Bank Südwestdeutsche Genossenschafts-Zentralbank AG, Frankfurt/Main u. Karlsruhe	Genossenschaftsbank	15 175,2	12 925,4
39 (41)	Wohnungsbau-Kreditanstalt Berlin – Anstalt des öffentlichen Rechts –, Berlin	Wohnungsbaufinanzierung	14 844,0	12 824,0
40 (–)	Norddeutsche Genossenschaftsbank AG, Hannover	Genossenschaftliche Zentralbank	14 684,0	*
41 (38)	Industriebank – Deutsche Industriebank, Düsseldorf u. Berlin	Spezialkreditinstitut	13 989,2**	13 689,7
42 (43)	Bayerische Raiffeisen-Zentralbank AG, München	Bankgeschäfte aller Art	13 701,0	12 177,0
43 (39)	Deutsche Hypothekenbank Frankfurt-Bremen, Bremen u. Frankfurt (Zu 2)	Hypothekenbank	13 692,0	13 437,0
44 (42)	Sparkasse der Stadt Berlin West	Sparkasse	13 366,9	12 713,3
45 (45)	Süddeutsche Bodencreditbank, München (Zu 5)	Hypothekenbank	12 719,0	11 544,0
46 (44)	Landesgirokasse, öffentliche Bank u. Landessparkasse, Stuttgart	Bank- u. Sparkassengeschäfte	12 599,2	12 060,9
47 (47)	Vereins- u. Westbank Aktiengesellschaft, Hamburg	Bankgeschäfte aller Art	12 259,0	11 238,0
48 (49)	Westhyp Westfälische Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Dortmund	Hypothekenbank	12 172,8	10 775,8
49 (48)	Bayerische Landesanstalt f. Aufbaufinanzierung, München	Sonderkreditinstitut	11 973,0	11 111,0
50 (46)	Lastenausgleichsbank (Bank für Vertriebene und Geschädigte) Anstalt des öffentlichen Rechts, Bonn	Spezialkreditinstitut	11 571,3	11 389,0

* Die „Norddeutsche Genossenschaftsbank Aktiengesellschaft" ist 1982 aus der damaligen „Landesgenossenschaftsbank AG" und der „Norddeutschen Volksbanken AG – Zentralbank" hervorgegangen.
** Jahresabschluß März 1982/83

Quelle: „Die großen 500 – Deutschlands führende Unternehmen und ihr Management", Handbuch in Loseblattform mit Sonderteil „Die größten Banken und Versicherungen", 2 Bände, ca. 2000 Seiten, Luchterhand Verlag, Neuwied, 198,– DM

Aktien überwiegend freundlicher

Aber wachsende Gewinnmitnahmen bei steigenden Kursen

DW. – Die Tendenz auf dem Aktienmarkt war am Dienstag zwar überwiegend freundlich, doch wurde mit großer Behutsamkeit disponiert. Es fehlten die Orientierungsmöglichkeiten der US-Börsen, die am Montag wegen des Labour-Day geschlossen blieben. Unverkennbar war, daß bei steigenden Notierungen die Neigung, Kursgewinne zu realisieren, wächst.

Angesichts der insgesamt stabileren Tendenz bereitete der BASF-Bezugsrechthandel auch am zweiten Tag keine Schwierigkeiten. Der Bezugsrechtkurs wurde von 0,85 DM auf 0,96 DM angehoben, der BASF-Aktienkurs auf 153,50 DM (1,50 DM). Auch die anderen Titel der Großchemie erzielten kleinere Gewinne. Zu den bevorzugten Papieren zählten neben Preussag auch die Veba-Aktien sowie Kali und Salz. Möglicherweise wurden hier Abrechnungskurse für einen der neuen Spezialfonds gesucht. Bei den Bankaktien ergaben sich nur unwesentliche Veränderungen. Unter Druck lagen allerdings Bayerische Vereinsbank, die 3,50 DM verlor.

Düsseldorf: Gildemeister erhöhten sich um 2,50 DM auf 59,50 DM. Hochtief verbesserten sich um 5 DM auf 435 DM und Pongs und Zahn befestigten sich um 3 DM auf 85 DM. Balcke Dürr sanken um 2 DM auf 137 DM, DAT fielen um 5 DM auf 320 DM und Keramag verminderten sich um 3 DM auf 157 DM.

Frankfurt: Die Aktienbörse war am Dienstag weiter freundlich, die Standardwerte konnten sich mit dem Schwergewicht bei Rohstoffaktien, VW und Farben bis zu 4 DM verbessern und blieben ansonsten gut behauptet. Hapag stellten sich ex Zusammenlegung drei zu zwei und Wiederaufstockung drei zu eins zu 100 DM auf Taxe 50 nach zuletzt 41 DM. Das BASF-Bezugsrecht lag mit 0,95 DM knapp unter Parität bei 200 000 Stück Umsatz. Von Nebenwerten blieben Cassella 493 DM plus 35 DM, Chemieverwaltung 280 DM minus 9 DM, Mainzer Aktienbier 210 DM minus 10 DM, Rütgers 318 DM minus 9 DM und Hochtief 420 DM minus 19 DM.

Hamburg: Triton wurden zu 120 DM minus 8 DM gehandelt. Haller Meurer gaben um 1 DM nach. Um 2 DM verbesserten sich Beiersdorf. Conti Gummi gingen zu 107,70 DM plus 1,40 DM um, Phoenix Gummi waren bei 139 DM minus 0,50 DM gut behauptet. Hamburger Hochbahn gelangten mit 92,50 DM minus 2,50 DM zur Notiz.

München: Agrob Vz. erhöhten sich um 1 DM auf 326 DM, Deckel AG befestigten sich um 5 DM auf 100 DM, Diamalt AG konnten sich um 5 DM auf 115 DM verbessern, Flachglas zogen um 6 DM auf 290 DM an und Zahnräder Renk schlossen mit einem Plus von 3 DM auf 254 DM ab.

Berlin: Berthold konnten sich um 4 DM festigen. Herlitz Stämme ermäßigten sich um 2,50 DM, Orenstein um 2 DM und Berliner Kindl um 1 DM. DUB-Schultheiss bröckelten um 0,50 DM ab.

Nachbörse: zuversichtlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

DM-Anleihen

Ausländische

Ausland

New York

Toronto

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

London

Wien

Kopenhagen

Brüssel

Hongkong

Singapur

Sydney

Optionshandel

Kaufoptionen vom 6. 9.: AEC 10-55/21,10-70/8, 1-80/6, 1-90/2,50, 4-75/11,60, 4-80/8,20, 4-90/5,40, Siemens 1-330/29, 1-360/11, 1-400/2,50, 4-380/12,60, Veba 10-172,50/3, 4-170/16,50, BASF 10-135/18,60, 10-145/9, 1-150/13,60, 1-160/6,50, 1-170/5,70, 4-160/11,60, Bayer 10-136/15,60, 10-146/9,50, 10-150/5, 1-150/10,90, 1-160/5,90, 1-170/5, 4-170/7, Hoechst 1-134,50/33, 4-170/9, BMW 1-410/16, VW 10-170/80, 10-180/36,25, 10-190/34, 10-200/18,50, 10-210/12, 10-220/6,40, 10-230/440, 1-190/33, 1-210/28, 1-240/10,60, 1-250/7, 4-210/30, 4-220/23,20, 4-240/15,40, 4-250/13,40, Conti 10-85/25, 10-110/3,50, 10-120/1,10, 1-110/8, 4-110/10,60, Commerzbank 10-180/2, 1-170/13,90, 1-180/8, 1-190/5, 4-170/22, 4-200/8, Deutsche Bank 1-330/10, 1-340/9,80, 1-370/5, 4-350/15, 4-360/10,60, Dresdner Bank 1-180/7,85, 4-180/16, 4-190/12,40, Hoesch 1-45/6,90, 1-50/4, 1-55/2,90, 1-60/140, 4-45/9, 4-50/6,50, 4-55/4,20, Mannesmann 1-150/5, 4-140/15, 4-160/8, Preussag 10-252/18, 1-270/9, Thyssen 1-70/6, 1-75,4, 4-70/8,90, Bay. Hypobank 4-290/17, Bay. Ver. Bank 1-320/15, BHF 4-300/20, Degussa 10-322/45,25, GHH 4-150/15,50, Klöckner 10-40/2,55, 4-40/5,20, 4-45/4,95, M.A.N. 4-150/12,50, RWE 1-170/10, Alcan 4-110/11,80, Chrysler 10-70/10,20, 1-80/9,60, 1-90/4,55, 1-75/13, 4-80/12,90, 4-90/7,10, Philips 4-45/5,90, Royal Dutch 10-130/5,20, 4-130/15,60, ELF 1-60/12, 1-55/15, 1-65/7,65, 4-65/10,90, 4-70/8. **Verkaufsoptionen:** AEC 1-70/2,80, Siemens 10-340/7, 1-330/7, 1-340/11, 1-350/16,30, 4-330/8,80, Veba 1-170/5,30, Bayer 1-150/3, BMW 1-370/6,40, VW 10-210/3,85, 1-210/6,90, 4-180/1,90, 4-200/5,20, 4-210/7,80, Conti 1-100/3, Lufthansa 1-170/5,40, Commerzbank 1-170/6,75, 4-170/9, Deutsche Bank 1-310/5,60, 4-320/16,40, Dresdner Bank 10-180/10, 1-170/5,90, 4-170/7,40, Hoesch 10-50/3, 1-50/4,65, Mannesmann 1-140/5,80, Preussag 1-270/12, Thyssen 4-70,3, BBC 1-200/9,40, Daimler 1-570/20, GHH 10-150/11, Varta 1-150/3,85, Chrysler 1-75/5,25, Liton 1-160/8, ELF 4-60/13,80. 570 Optionen, 31 300 (40 100) Aktien, davon 102 Verkaufsoptionen = 5300 Aktien.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Hochstkurse im Handel unter Banken am 6. 9.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¾–10	5⅝–5¾	4⅛–4¼
3 Monate	10 –10¼	5¾–5⅞	4¼–4½
6 Monate	10⅛–10⅜	5⅞–6⅛	4⅝–5⅛
12 Monate	10¾–11	6⅛–6⅜	4¾–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 6. September folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1585,20	1932,30
10 US-Dollar (Indian)**)	1263,00	1479,81
5 US-Dollar (Liberty)	535,00	658,05
1 £ Sovereign alt	257,00	315,78
1 £ Sovereign Elizabeth II	254,00	312,36
20 belgische Franken	198,00	253,08
10 Rubel Tscherwonez	271,00	338,20
2 südafrikanische Rand	256,00	313,50
Krüger Rand, neu	1139,00	1338,36
Maple Leaf	1139,00	1338,36
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	262,00	326,04
20 schweiz. Franken „Vreneli"	218,00	272,46
20 franz. Franken „Napoléon"	213,00	266,76
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1064,00	1265,40
20 österr. Kronen (Neuprägung)	211,00	263,34
10 österr. Kronen (Neuprägung)	115,00	144,78
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	479,00	585,96
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	115,00	153,90

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisen

Nachdem der US-Dollar-Kurs mit 2,6820 fast unverändert zum Vortag eröffnet hatte, kam es am 6. 9. am Markt zu Meinungsverkäufen, die den Kurs tiefst bis 2,6700 drückten. Der Handel begründete diese Bewegung mit einer starken Erwartung auf eine Leitzinsänderung der Bundesbank am kommenden Donnerstag. Am Nachmittag kam es zu einer technischen Erholung bis 2,6770. An der Börse wurde ein Mittelkurs von 2,6718 ermittelt, zu dem die Bundesbank 13,5 Mill. Dollar verkaufte. Gegenüber den übrigen amtlich notierten Währungen konnte sich die D-Mark gut behaupten. Von den Hauptwährungen fiel die Abschwächung des Britischen Pfundes um 2,1 Pf auf 4,004 besonders auf. US-Dollar in: Amsterdam 2,9885; Brüssel 53,73; Paris 8,0440; Mailand 1595,30; Wien 18,7820; Zürich 2,1713; Ir. Pfund/DM 3,146; Pfund/Dollar 1,4988; Pfund/DM 4,004.

Ostmarkkurs am 6. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Leicht rückläufige DM-Depots und technische Einflüsse bewirkten am 6. Septemter eine Erweiterung der Abschläge für US-Dollar gegenüber DM per Termin.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,11/1,01	2,98/2,88	5,85/5,65
Pfund/Dollar	0,03/0,06	0,17/0,21	0,35/0,40
Pfund/DM	2,20/0,80	4,80/3,30	8,30/6,90
FF/DM	30/14	84/68	173/157

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 6. 9.: Tagesgeld 5,1–5,2 Prozent; Monatsgeld 5,5–5,65 Prozent; Dreimonatsgeld 5,9–6,05 Prozent.

Privatdiskontsätze am 6. 9.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

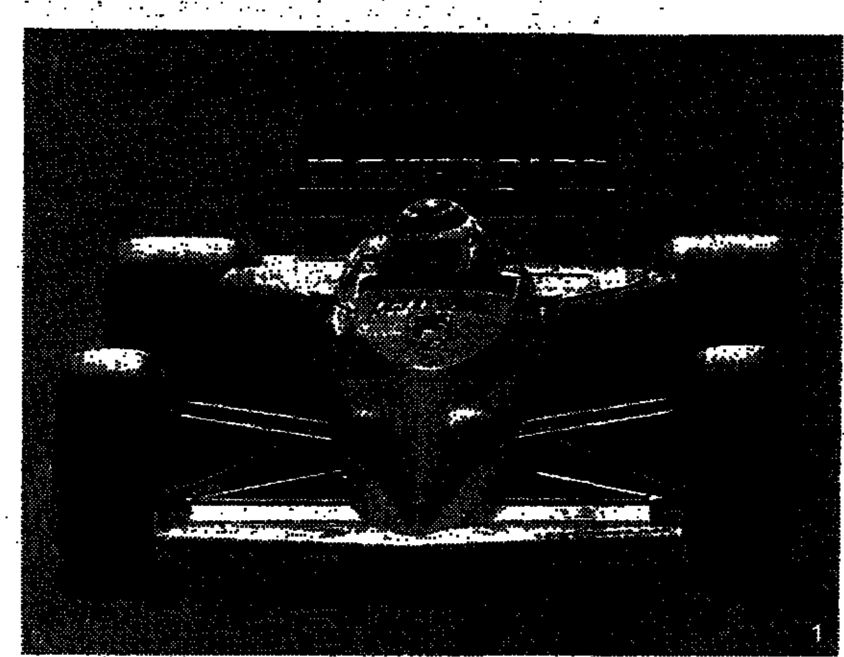
Diskontsatz der Bundesbank am 6. 9.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,69) – 10,00 (8,08) – 10,00 (8,35) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,10, 2 Jahre 7,27. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 99,40, Rendite 8,15.

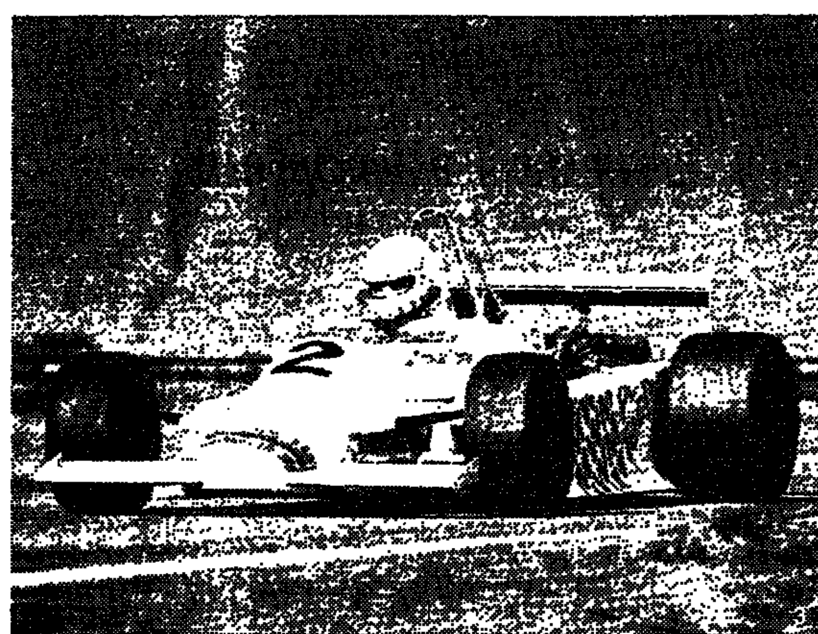
Was ist ein Hochleistungs-Automobil? Warum ist es so wichtig für Deutschland? Und wann ist es richtig für Sie?

Hier sind die schlüssigen Antworten:

BMW Hochleistungs-Technologie – die Dynamik aus erster Hand.













Nach Jahren der Abstinenz gibt man sich zur Zeit beim Auto wieder leistungsbetont. Biedere Fahrzeuge bekommen einen sportlichen Anstrich. Und auch Standardmarken entdecken plötzlich den Motorsport. Egal, ob das nun aktuelle Opportunität ist oder der Versuch, einem Allerweltsimage langweilige Züge zu nehmen – bei BMW ist das gründlich anders. Bei BMW ist Sportlichkeit nicht Kennzeichen eines Renommiermodells, bei BMW ist Hochleistungs-Technologie ein durchgängiges Merkmal und konstruktiver Standard seit Jahrzehnten.
Und der entscheidende Unterschied zum sportlichen Anstrich anderer liegt in der Tradition, in der Kontinuität und im technologischen Niveau.

<u>Hochleistungs-Technik muß weit über das Übliche hinausgehen und für den Fahrer einstehen, wenn er diese Technik einmal braucht.</u>
Hochleistung heißt Reserven bei Triebwerk und Fahrwerk, beim Spurtvermögen zum Überholen; bei der Bodenhaftung in Kurven, bei Ausweich- und Bremsmanövern. Aber auch ein umfassendes, sich stufenweise ergänzendes komplexes Sicherheitssystem gehört dazu.
Dieses jeden BMW kennzeichnende Konzept der Hochleistung besitzt heute weltweit ein einmaliges Renommee: Der Name BMW steht überall für sportliche Exklusivität.

<u>BMW Hochleistungs-Technik trägt dazu bei, dem Automobilbau »made in Germany« zusätzlich zur Qualität Faszination zu geben.</u>
Deutsche Automobile werden in Zukunft auch deswegen in der Welt gefragt sein, weil sie nicht nur gediegene Qualität anbieten, sondern auch gesteigerte Fahrfaszination. Und die BMW typische sportliche Exklusivität gilt weltweit als eindrucksvolles Beispiel für diesen Mehrwert.

<u>Das leistungsfähige Automobil im Sinne von BMW – ein wichtiger Beitrag zur Lösung der Probleme auf unseren Straßen.</u>
Wie schrieb einmal die FAZ: »Daß viele Schnelle hellwach am Lenkrad sitzen und ihre Fahrzeuge mit viel mehr Präzision durch den Verkehr bugsieren als die selbstzufriedenen Langsamen, paßt vielleicht nicht in die simple Formelwelt, aber um so besser in die Wirklichkeit.«
Und je stärker der Verkehr, desto notwendiger ist bewußteres, zügiges Fahren. Dafür bietet BMW Hochleistung das optimale Werkzeug.
Für Menschen, die auch hinter dem Lenkrad der Erkenntnis entsprechen, daß es hier wie überall im Leben eine entscheidende Voraussetzung für mehr Erfolg gibt: mehr Engagement.

<u>Wer die Formel 1 für die höchste Form automobiler Dynamik hält, wird sich nicht wundern, daß man dort BMW fährt.</u> (1, 2)
BMW Turbo-Technologie tritt in Wettbewerbsklassen an, zu denen anderen einfach die Klassenlizenz fehlt. Daß wir uns bei BMW immer den technologisch anspruchsvollsten sportlichen Problemen widmen, wird bei dem Selbstverständnis des Hauses nicht verwundern.
Und daß wir Erfolg auf ganz innovativen Wegen suchen, auch nicht.
Der Formel-1-Motor von BMW basiert nicht nur als einziger auf einem serienmäßigen Motorblock. Er wurde auch als erster mit dem Computer – der Digitalen Motor-Elektronik – gesteuert.

<u>Der 4-Ventiler ist neuerdings im Gespräch. Bei BMW nicht – wir arbeiten schon seit 16 Jahren damit.</u> (3, 4)
Schon unser erster 4-Ventiler im Jahre 1967 stellte gleich mehrere Beschleunigungsrekorde auf. Ein interessanter Hinweis auf unsere Kompetenz bei 4-Ventiler-Technologie ist auch, daß wir sie nicht einkaufen müssen, sondern verkaufen können: BMW Formel-1- und Formel-2-Triebwerke mit hochklassiger 4-Ventiler-Technik werden von vielen Rennställen eingesetzt. Aber auch der BMW M1 mit 6-Zylinder-4-Ventil-Motor ist ein gefragtes Sportgerät.

<u>Der neue BMW M 635 CSi: Zukunftweisende Hochleistung als direktes Ergebnis des Wechselspiels zwischen Sport und Serie bei BMW.</u> (5)
Dieses neue Hochleistungs-Coupé hat ebenfalls ein 4-Ventiler-Herz.
Die Leistungsdaten: 210 kW (286 PS), 255 km/h Spitze, 6,4 s von 0-100 km/h.
Dieses sportlichste BMW Coupé offeriert reinrassige Renntechnik – auf höchste Alltagstauglichkeit weiterentwickelt.
Ein beeindruckender Beleg dafür, wie attraktiv es ist, das Statussymbol nicht so sehr auf, sondern mehr unter der Haube zu haben (lieferbar ab Frühjahr '84).

<u>Die Dynamik aus erster Hand – nicht zuletzt auch die ideale Basis für jene individuellen Ansprüche, die sich in Serie nicht erfüllen lassen.</u> (6)
BMW Serientechnik bietet ein Leistungsreservoir, das sich ausgeprägter Wertschätzung erfreut. Auch bei jenen Spezialisten, die hochwertige Technik für besonders ambitionierte Fahrer noch einmal verfeinern.
Zwei Beispiele: der B 9 von Alpina auf der Basis des BMW 528i.
Ausgerüstet mit dem nochmals leistungsstärkeren BMW 3,5-l-6-Zylinder-Triebwerk mit Digitaler Motor-Elektronik erreicht dieses Fahrzeug beeindruckende Leistungswerte:
180 kW (245 PS), 6,7 s von 0-100 km/h, 240 km/h Spitze.
Oder der neue Alpina B 6 auf der Basis des 323i mit BMW 2,8-l-6-Zylinder-Triebwerk: 154 kW (210 PS), 6,9 s von 0-100 km/h und 230 km/h Spitze.

Informieren Sie sich über die neue Dynamik unserer Zeit aus erster Hand.

Wir laden Sie ein, uns auf der IAA zu besuchen und sich ausführlich über das Angebot außerordentlich zeitgemäßer Hochleistung zu informieren. Wenn Sie nicht kommen können, senden wir Ihnen aber auch gern ausführliche Unterlagen zu. Füllen Sie dafür bitte den nachstehenden Coupon aus und schicken ihn an BMW AG, Abteilung CHC, Leuchtenbergring 20, 8000 München 80.

Name ______________________ Telefon ______________________

Straße ______________________

PLZ ________ Ort ______________________

002619



Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Freitag an der New Yorker Comex die Gold- und Silbernotierungen, Kupfer gab dagegen nach. Zu Aufschlägen kam es bei Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	5. 9.	2. 9.
Sept.	geschl.	385,50
Dez.	geschl.	408,00
März	geschl.	422,00

Weizen Winnipeg (can. $/t)	5. 9.	2. 9.
Wheat Board cif St. Lawrence 1 CW	geschl.	246,19
Amber Durum	geschl.	256,54

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	geschl.	166,40
Dez.	geschl.	164,80
März	geschl.	168,00

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	geschl.	112,00
Dez.	geschl.	108,80
März	geschl.	112,20

Hafer Chicago (c/bush)	5. 9.	2. 9.
Sept.	geschl.	176,00
Dez.	geschl.	187,25
März	geschl.	199,50

Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	geschl.	357,75
Dez.	geschl.	358,75
März	geschl.	369,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	5. 9.	2. 9.
Okt.	geschl.	122,50
Dez.	geschl.	123,50
März	geschl.	127,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	5. 9.	2. 9.
Terminkontr. Sept.	geschl.	132,45
Dez.	geschl.	130,35
März	geschl.	128,05

Kakao New York ($/t)	5. 9.	2. 9.
Sept.	geschl.	1990
Dez.	geschl.	2035
Terminkontr. März	geschl.	2068
Umsatz		–

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	geschl.	10,46
Jan.	geschl.	11,05
März	geschl.	11,78
Mai	geschl.	12,11
Juli	geschl.	12,30
Umsatz	–	5 183
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5. 9. geschl.	2. 9. 9,95

Kaffee London (£/t) Robusta-	5. 9.	2. 9.
Kontrakt Sept.	1707–1708	1706–1710
Nov.	1698–1700	1702–1703
Jan.	1684–1685	1688–1690
Umsatz	364	1302

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1366–1385	1397–1398
Dez.	1422–1423	1440–1441
März	1433–1434	1451–1452
Umsatz	2880	7234

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Okt.	174,25–174,50	261,20–261,60
Dez.	181,75–182,50	180,00–181,00
März	193,00–193,50	192,00–192,25
Mai	197,75–199,50	196,50–197,25
Aug.	302,00–306,00	–
Umsatz	969	1883

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	5. 9.	2. 9.
schw. Sarawak spez.	247,50	250,00
weißer Sarawak	342,50	345,00
weißer Muntok	345,00	347,50

Orangensaft New York (c/lb)	5. 9.	2. 9.
Sept.	geschl.	120,00
Nov.	geschl.	116,45
Jan.	geschl.	112,00
März	geschl.	111,00
Mai	geschl.	111,40
Umsatz	–	300

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	5. 9.	2. 9.
Südstaaten fob Werk	geschl.	48,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	geschl.	34,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Sept.	geschl.	33,00
Okt.	geschl.	32,95
Dez.	geschl.	33,25
Jan.	geschl.	33,20
März	geschl.	33,20
Mai	geschl.	32,55
Juli	geschl.	31,90

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	geschl.	36,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	geschl.	28,00
Choice white hog 4% fr. F.	geschl.	19,85

Talg New York (c/lb)		
top white	geschl.	17,50
fancy	geschl.	17,00
bleichfähig	geschl.	16,75
yellow max. 10% fr. F	geschl.	14,25

Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	geschl.	41,75
Dez.	geschl.	41,10
Febr.	geschl.	45,00

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	geschl.	61,35
März	geschl.	61,95
Mai	geschl.	63,50

Häute Chicago (c/lb)	5. 9.	2. 9.
Ochsen einh. schwere River Northern	geschl.	56,00
Kühe einh. schwere River Northern	geschl.	53,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Sept.	geschl.	890,00
Nov.	geschl.	910,00
Jan.	geschl.	922,50
März	geschl.	931,50
Mai	geschl.	930,00
Juli	geschl.	924,00
Aug.	geschl.	984,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Sept.	geschl.	242,50
Okt.	geschl.	242,30
Dez.	geschl.	245,30
Jan.	geschl.	246,20
März	geschl.	247,00
Mai	geschl.	248,70
Juli	geschl.	249,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	5. 9.	2. 9.
Okt.	geschl.	384,00
Dez.	geschl.	392,30
März	geschl.	401,50

Kokosöl New York (c/lb)	5. 9.	2. 9.
Westküste fob Werk	geschl.	45,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	6. 9.	5. 9.
jegl. Herk. cif	1035,00	1035,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	630,00	615,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	600,00	605,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	191,00	190,00

Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	992,50	995,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	318,50	–

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	5. 9.	2. 9.
Okt.	geschl.	80,40
Dez.	geschl.	81,77
März	geschl.	82,50
Mai	geschl.	83,25
Juli	geschl.	83,50
Okt.	geschl.	78,00

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	geschl.	60,00

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	5. 9.	2. 9.
Okt.	420–422	427–428
Dez.	420–422	427–428
Jan.	422–424	427–429
Umsatz	47	53

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	5. 9.	2. 9.
Okt.	geschl.	45,60
Dez.	geschl.	45,90
März	geschl.	46,20
Mai	geschl.	45,50
Umsatz	0	0
Tendenz: –		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	5. 9.	2. 9.
Okt.	560,0–562,0	560,0–561,0
Dez.	569,0–570,0	568,5–569,0
März	586,0–586,5	587,5–588,0
Umsatz	31	31

Sisal London ($/t)	5. 9.	2. 9.
cif eur. Haupthäfen East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	5. 9.	2. 9.
Sept.	13 741	13 729
Okt.	13 695	13 688

Kautschuk London (p/kg)	5. 9.	2. 9.
Nr. 1 RSS loco	78,50–79,75	78,50–79,75
Okt.	79,20–79,50	78,90–79,20
Nov.	79,00–79,20	78,00–79,50
Okt./Dez.	79,10–79,20	78,50–78,70
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	5. 9.	2. 9.
Nr. 1 RSS loco:	261,00–262,00	264,00–265,00
Sep.	262,00–262,50	264,50–265,00
Okt.	264,00–264,50	265,00–267,00
Nr. 2 RSS Sep.	259,00–260,00	261,00–261,00
Nr. 3 RSS Sep.	255,50–256,50	257,50–258,50
Nr. 4 RSS Sep.	249,00–250,00	251,00–251,00
Tendenz: etwas leichter		

Jute London (£/lgt)	5. 9.	2. 9.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

Blei: Basis London	6. 9.	5. 9.
laufend. Monat	106,69–106,89	107,65–107,76
drittfolg. Monat	110,70–110,80	111,69–111,89
Zink: Basis London		
laufend. Monat	213,84–232,04	233,25–233,45
drittfolg. Monat	238,45–238,65	239,30–239,50
Produz.-Preis	235,47	236,29
Reinzinn 99,9%	3786–3823	3808–3844

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	6. 9.	5. 9.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	434,79–437,20	436,47–438,89
Blei in Kabeln	–	115,25–116,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	405,50–408,50	405,50–408,50
Vorziehdraht	414,50	414,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	6. 9.	5. 9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	370–396	371–395
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	422–423	423–424
MS 63	430–435	431–436

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	5. 9.	2. 9.
ab Werk prompt (Ring./kg)	30,36	30,31

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	6. 9.	5. 9.
Leg. 225	440–468	440–468
Leg. 226	445–470	445–470
Leg. 231	477–500	477–500
Leg. 233	487–510	487–510

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	6. 9.	5. 9.
Platin (DM je g)	41,00	41,00
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	36 450	36 600
Rücknahmepr.	35 700	35 800
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	36 370	36 600
Rücknahmepr.	35 280	35 500
verarbeitet	38 170	38 410
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	36 115	36 300
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	1081,00	1081,30
Rücknahmepr.	1063,20	1043,50
verarbeitet	1138,90	1129,20

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	6. 9.	5. 9.
10.30	418,25	420,00
15.00	418,25	419,10
Zürich mittags	418,75–419,25	420,25–420,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	108 800	108 700
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	825,60	822,10
3 Monate	845,00	841,70
6 Monate	866,00	862,40
12 Monate	907,00	903,40

Platin (£-Feinunze)	5. 9.	2. 9.
London fr. Markt	–	295,80
Palladium (£-Feinunze)		
London	296,80	–
f. Händlerpr.	104,25	103,30

New Yorker Preise	5. 9.	2. 9.
Gold H & H Ankauf	geschl.	417,50
Silber H & H Ankauf	geschl.	1217,00
Platin fr. Händlerpr.	geschl.	436,00–440,00
Produz.-Preis	geschl.	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	geschl.	155,00–157,00
Produz.-Preis	geschl.	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Sept.	geschl.	1225,00
Okt.	geschl.	1230,80
Dez.	geschl.	1252,00
Jan.	geschl.	1264,50
März	geschl.	1287,00
Mai	geschl.	1310,30
Juli	geschl.	1333,30
Umsatz	–	15 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	5. 9.	2. 9.
Sept.	geschl.	71,90
Okt.	geschl.	72,65
Dez.	geschl.	74,00
Jan.	geschl.	74,80
März	geschl.	76,25
Mai	geschl.	77,65
Juli	geschl.	79,25
Umsatz	–	5 000

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	6. 9.	5. 9.
Kasse	1097,0–1097,5	1113,5–1115,5
3 Monate	1126,0–1126,5	1142,5–1143,0
Blei (£/t) Kasse	266,00–266,50	265,50–266,50
3 Monate	276,00–276,25	275,50–276,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1071,5–1072,0	1070,0–1070,5
3 Monate	1098,5–1099,0	1096,0–1096,5
abends Kasse	–	1071,0–1072,0
3 Monate	–	1098,0–1098,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1071,5–1072,0	1038,0–1040,0
3 Monate	1098,5–1099,0	1065,0–1065,5
Zink (£/t) Kasse	578,00–578,50	577,00–578,00
3 Monate	594,50–595,00	593,00–593,50
Zinn (£/t) Kasse	8600–8605	8618–8620
3 Monate	8725–8735	8730–8735
Quecksilber ($/Fl.)	–	285–295
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	71–74

Wir erfüllen die schmerzliche Pflicht, den Tod unseres ehemaligen Präsidenten Herrn

Lorenz Falkenstein

Träger der Raiffeisen-Medaille

anzuzeigen. Er ist am 5. September, 69 Jahre alt, nach geduldig ertragenem Leiden gestorben.

Sein Leben war Arbeit für die Genossenschaften. Ein halbes Jahrhundert, von 1930 bis 1979, hat er in der Raiffeisen-Organisation gewirkt, zuletzt als Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes in Bonn.

Lorenz Falkenstein überzeugte durch Sachkenntnis, er hatte die in unermüdlicher Arbeit gereifte Erfahrung. Eine wesentliche Aufgabe sah er immer in der Zusammenführung zunächst widerstrebender Interessen.

Sein beruflicher Weg in der Genossenschafts-Organisation, seine Leistungen in den verschiedensten Funktionen, die vielfältige Verantwortung, die ihm immer wieder auferlegt wurde, waren Ausweise seiner Persönlichkeit.

Seine Verdienste sind vielfältig. Allen, die ihn kannten, wird aber vor allem seine faire und menschlich angenehme Art unvergessen bleiben.

Deutscher Raiffeisenverband e. V.

Willi Croll, Präsident — Dr. Hans-Jürgen Wick, Generalsekretär

Die Trauerfeier findet am Freitag, 9. September 1983, um 14.00 Uhr in der Friedhofskapelle auf dem Friedhof in Sexau bei Emmendingen statt. Anschließend erfolgt die Beisetzung auf dem Friedhof in Sexau.

Wir trauern um unseren ehemaligen Präsidenten

Lorenz Falkenstein

Träger der Raiffeisen/ Schulze-Delitzsch-Medaille in Gold

der am 5. September 1983 nach langer, mit vorbildlicher Geduld ertragener Krankheit gestorben ist. Präsident Lorenz Falkenstein leitete von 1974 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1978 unseren Verband. Er hat maßgeblich dazu beigetragen, daß die beiden großen genossenschaftlichen Organisationen Raiffeisen und Schulze-Delitzsch zusammenwuchsen.

Die Arbeit von Lorenz Falkenstein war geprägt von großer Fachkenntnis, umfangreicher Erfahrung, Zielstrebigkeit, Geduld und der persönlichen Bescheidenheit dieses Mannes.

Er hat die Grundlagen gelegt, auf denen wir heute arbeiten. Die deutsche Genossenschaftsorganisation ist ihm dafür dankbar und wird sich in dieser Dankbarkeit seiner stets erinnern.

Bonn, den 6. September 1983

Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V.

Croll — Schramm — Klußmann

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 9. September 1983, um 14.00 Uhr in der Friedhofskapelle auf dem Friedhof in Sexau bei Emmendingen statt. Anschließend erfolgt die Beisetzung auf dem Friedhof in Sexau.

Wir trauern um

Lorenz Falkenstein

ehemaliger Präsident des Bundesverbandes der deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken

geb. 7. 5. 1914 — gest. 5. 9. 1983

Vom 1. 1. 1974 bis zum 31. 12. 1976 war er Präsident unseres Verbandes. Mit ihm verlieren wir einen engagierten Förderer und Mitstreiter für die Anliegen insbesondere der Kreditgenossenschaften, der auch in zahlreichen Ehrenämtern sein umfangreiches Wissen und seine vielseitigen Erfahrungen in den Dienst der genossenschaftlichen Arbeit gestellt hat. Als überzeugender Fachmann, als geschickter und fairer Verhandlungspartner und nicht zuletzt als Mensch und Freund war er geachtet und geschätzt. Die Verdienste, die er sich in 49jähriger Tätigkeit um die genossenschaftliche Idee erworben hat, bleiben unvergessen. Sein Wirken und seine Pflichterfüllung werden uns Vorbild bleiben.

Bundesverband der deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken BVR

Schramm — Grüger — Dr. Weiser

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 9. 9. 1983, um 14.00 Uhr in der Friedhofskapelle Sexau bei Emmendingen statt. Anschließend ist die Beisetzung auf dem Friedhof in Sexau.

In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von Herrn

Präsident i. R.

Lorenz Falkenstein

der am 5. September 1983 im Alter von 69 Jahren von uns gegangen ist.

Er war seit 1955 bis 1981 unserer Unternehmensgruppe eng verbunden als Beirats- und Aufsichtsratsmitglied und ab 1975 bis 1980/81 als Vorsitzender der Aufsichtsräte der R+V Lebensversicherung a. G., der R+V Allgemeine Versicherung AG, der Rhein-Main Rückversicherungs-Gesellschaft AG und der R+V Pensionsversicherung a. G.

Mit seinem von uns hochgeschätzten, auf reiche Erfahrungen gestützten klugen und ausgewogenen Urteil hat er die Arbeit und erfolgreiche Entwicklung unserer Gesellschaften maßgebend beeinflußt. Mit ihm scheidet eine Persönlichkeit von vornehmer Gesinnung, hohem Rang und großer Autorität von uns.

Mit Dank nehmen wir Abschied von dem hochgeachteten Freund, dem wir stets ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Aufsichtsräte, Vorstände, Betriebsräte und Mitarbeiter der

R+V Versicherungsgruppe im Raiffeisen-Volksbankenverbund

Wiesbaden, im September 1983



THE BRITISH PETROLEUM COMPANY P.L.C.

Gewinn- und Verlustrechnung der Gruppe

	April–Juni 1983	April–Juni 1982	Januar–Juni 1983	Januar–Juni 1982
Erfolgsrechnung zu historischen Kosten (verkürzt; vom Wirtschaftsprüfer nicht geprüft) – in Mio £ –				
Umsatz (siehe Anmerkung 1)	7.726	7.117	15.529	14.218
Materialaufwand ohne Förderabgaben	5.535	5.141	11.452	10.377
Förderabgaben (siehe Anmerkung 2)	564	554	1.177	1.269
Rohertrag	1.627	1.422	2.900	2.572
Vertriebs- und Verwaltungsaufwand	759	699	1.491	1.330
Explorationsaufwand	155	150	258	240
	713	573	1.151	1.002
Sonstige Erträge	151	193	307	362
Betriebsergebnis	864	766	1.458	1.364
Zinsaufwand	144	189	305	357
Gewinn vor Steuern	720	577	1.153	1.007
Steuern (siehe Anmerkung 3)	369	276	627	517
Gewinn nach Steuern	351	301	526	490
Anteile Dritter am Ergebnis	132	141	233	239
Gewinn vor außerordentlichen Posten	219	160	293	251
Gewinn je Stammaktie (vor außerordentlichen Posten)	12,0 p	8,8 p	16,1 p	13,8 p
Anmerkungen:				
1. Nach Abzug von Zollabgaben und Verbrauchsteuern in Höhe von	1.403	1.319	2.684	2.540
2. Förderabgaben enthalten:				
Petroleum Revenue Tax im Vereinigten Königreich (und für 1982 zusätzliche Ölabgabe)	482	446	1.003	972
Ausländische Förderabgaben	82	108	174	297
	564	554	1.177	1.269
3. Die Steuern enthalten:				
Vereinigtes Königreich – Körperschaftsteuer			221	110
– Anrechenbare ausländische Steuern			(100)	(84)
			121	26
Ausland – Gezahlte Steuern			434	457
– Steuerrückstellungen			36	(1)
– Verbundene Unternehmen			36	35
			506	491
			627	517
Ergänzende Erfolgsrechnung zu gegenwärtigen Kosten (verkürzt; vom Wirtschaftsprüfer nicht geprüft) – in Mio £ –				
Umsatz	7.726	7.117	15.529	14.218
Materialaufwand ohne Förderabgaben	5.590	5.304	11.528	10.620
Förderabgaben	564	554	1.177	1.269
Rohertrag	1.572	1.259	2.824	2.329
Vertriebs- und Verwaltungsaufwand	790	723	1.558	1.384
Explorationsaufwand	155	159	271	259
	627	377	995	686
Sonstige Erträge	122	133	235	246
Betriebsergebnis auf Basis gegenwärtiger Kosten	749	510	1.230	932
Zinsaufwand	126	137	259	258
Gewinn vor Steuern	623	373	971	674
Steuern	369	276	627	517
Gewinn nach Steuern	254	97	344	157
Inflationsgewinn aus Finanzschulden	32	61	56	99
	286	158	400	256
Anteile Dritter am Ergebnis	123	103	207	195
Gewinn auf Basis gegenwärtiger Kosten vor außerordentlichen Posten	163	55	193	61
Gewinn je Stammaktie auf Basis gegenwärtiger Kosten (vor außerordentlichen Posten)	8.9 p	3,0 p	10,5 p	3,3 p
Anmerkung:				
Obige Inflationsbereinigung enthält:				
Bestandseffekte	(88)	24	(237)	(10)
Sonderabschreibungen auf das restliche Netto-Umlaufvermögen	4	(2)	32	(12)
Sonderabschreibungen auf das Anlagevermögen	170	174	361	338
	86	196	156	316
Analyse des Betriebsergebnisses – in Mio £ –				
Nach Aktivitäten:				
Exploration und Förderung	249	247	552	499
Ölhandel	123	(25)	108	(139)
Chemische Erzeugnisse	(18)	(37)	(33)	(78)
Mineralien	(2)	(9)	(8)	(17)
Kohle	–	1	4	1
Futtermittel	8	5	14	9
Sonstige Aktivitäten und verbundene Unternehmen	(11)	(5)	(4)	20
BP-Gruppe excl. Sohio	349	177	633	295
Sohio (100%)	603	565	1.062	1.079
Betriebsergebnis auf Basis von Wiederbeschaffungskosten	952	742	1.695	1.374
Bereinigte Bestandseffekte	(88)	24	(237)	(10)
Betriebsergebnis auf Basis historischer Kosten	864	766	1.458	1.364
Nach geographischen Gebieten:				
Vereinigtes Königreich	218	88	321	157
Europa (ohne Vereinigtes Königreich)	2	(16)	63	(125)
Naher Osten und Afrika	59	33	106	89
Nord- und Südamerika – ohne Sohio	48	85	109	169
– Sohio (100%)	603	565	1.062	1.079
Australasien und Ferner Osten	22	(13)	34	5
Betriebsergebnis auf Basis von Wiederbeschaffungskosten	952	742	1.695	1.374

	April–Juni 1983	April–Juni 1982	Januar–Juni 1983	Januar–Juni 1982
Anmerkung:				
Die bereinigten Bestandseffekte betreffen folgende Geschäftsaktivitäten:				
Ölhandel	(44)	(12)	(157)	16
Chemische Erzeugnisse	7	3	–	(2)
Sonstige	(3)	5	1	8
Sohio (100%)	(48)	28	(81)	(32)
	(88)	24	(237)	(10)
Investitionen und Akquisitionen – in Mio £ –				
Nach Aktivitäten:				
Exploration			157	171
Förderung			299	410
Ölhandel			101	117
Chemische Erzeugnisse			18	28
Mineralien			34	38
Kohle			38	25
Futtermittel			7	3
Sonstige Aktivitäten und verbundene Unternehmen			27	30
BP-Gruppe excl. Sohio			681	822
Sohio (100%)			950	802
			1.631	1.624
Nach geographischen Gieten:				
Vereinigtes Königreich			297	436
Europa (ohne Vereinigtes Königreich)			86	102
Naher Osten und Afrika			85	92
Nord- und Südamerika – ohne Sohio			106	78
– Sohio (100%)			950	802
Australasien und Ferner Osten			107	114
			1.631	1.624
Akquisitionen			23	–
Finanzmittelbedarf und Verwendung – in Mio £ –				
Gewinn nach Steuern			526	490
Finanzmittelunabhängige Faktoren			822	661
Bewegungen im Umlaufvermögen			593	193
Sonstige Bewegungen			321	327
Verfügbare Finanzierungsmittel aus laufendem Geschäftsbetrieb			2.262	1.671
Investitionen			1.631	1.624
Akquisitionen			23	–
Gezahlte Dividenden			354	340
Verfügbare (benötigte) Finanzierungsmittel			254	(293)
Finanzierung:				
Aktienausgabe			21	–
Fremdmittel – BP			(326)	220
– Sohio (100%)			(321)	273
Liquide Mittel – BP			15	24
– Sohio (100%)			357	(224)
			(254)	293
Verkäufe der Gruppe (incl. 100% Sohio)				
Öl (tausend Barrels pro Tag)				
Raffinerie-Produkte				
Vereinigtes Königreich			379	391
Frankreich			174	182
Bundesrepublik Deutschland			317	353
Sonstiges Europa			431	414
Naher Osten und Afrika			109	112
Nord- und Südamerika – USA			498	488
– Sonstige			34	100
Australasien und Ferner Osten			140	153
			2.082	2.193
Rohöl			907	960
			2.989	3.153
Erdgas (Mio Kubikmeter pro Tag)			12,2	12,4
Chemische Erzeugnisse (Mio Tonnen)			2,7	2,5
Mineralien (Mio £)			650	638
Kohle (Mio Tonnen)			9,7	11,2
Futtermittel (Mio £)			337	266
Rohölförderung der Gruppe (incl. 100% Sohio) (tausend Barrels pro Tag)				
Förderung aus eigenen Quellen				
Vereinigtes Königreich			496	497
Nordamerika			635	743
Sonstige			66	90
			1.197	1.330
Zukäufe				
Nordamerika			136	223
Sonstige			946	907
			1.082	1.130
			2.279	2.460
Gewinn vor außerordentlichen Posten – in Mio £ –				
– auf Basis historischer Kosten	219	160	293	251
– auf Basis von Wiederbeschaffungskosten der Bestände (d. h. nach Bestandswertänderung abzüglich der Anteile Dritter)	283	149	484	251
– auf Basis gegenwärtiger Kosten	163	55	193	61

Ergebnisse des II. Quartals 1983
Der Gewinn der Gruppe vor außerordentlichen Posten belief sich im II. Quartal 1983 auf £ 219 Mio auf Basis historischer Kosten und auf £ 283 Mio auf Basis von Wiederbeschaffungskosten.

Die im Vergleich zum I. Quartal verbesserten Ergebnisse entstanden vor allem aus der Öl-Sparte. Die Förderaktivitäten in der Nordsee und der Anteil der Gruppe am Ergebnis von Sohio stellten nach wie vor die Hauptbeiträge zu den Gewinnen dar. Im Chemiebereich setzten sich die Verluste auf dem reduzierten Niveau des I. Quartals fort. Die Ergebnisse anderer Geschäftssparten waren nur unwesentlich verändert.

Die Investitionen während des Halbjahres betrugen £ 1.631 Mio und entsprachen dem Gesamtbetrag im gleichen Zeitraum 1982. Der Aufwand von BP Exploration für den Ausbau von Förderkapazitäten hat sich ermäßigt, nachdem die Förderplattform für das Magnus-Feld fertiggestellt worden ist. Dagegen sind die Investitionen von Sohio infolge von für einen Betrag von US$ 364 Mio erworbenen Explorationsrechten im Golf von Mexiko gestiegen. Die Investitionen wurden vollständig aus eigenen Finanzierungsmitteln der Gruppe dargestellt.

Im Bericht über das I. Quartal wurde auf außerordentliche Posten für 1983 hingewiesen, die aus der Aufgabe der Verkaufsorganisation in Kanada und aus der Beendigung der Schleifmittelherstellung von Sohio entstehen. Weitere außerordentliche Aufwendungen sind vor allem aus Rationalisierungsmaßnahmen bei den restlichen Interessen der Gruppe in Kanada zu erwarten. Insgesamt werden diese Posten nicht zu einem wesentlichen Gewinn oder Verlust für das Jahr führen.

BP Exploration und BP Gas
Das Betriebsergebnis des II. Quartals aus der Öl-/Gas-Exploration und -Förderung belief sich auf £ 249 Mio, gegenüber £ 303 Mio im I. Quartal. Die Rentabilität war niedriger aufgrund der Ermäßigung der Referenzpreise für Rohöl im März. Außerdem sind die Abschreibungen auf Explorationsinvestitionen im II. Quartal auf £ 64 Mio gestiegen, verglichen mit £ 41 Mio im I. Quartal. Der Anteil der Gruppe an der Rohölförderung im britischen Teil der Nordsee belief sich auf durchschnittlich 487.000 Barrels pro Tag und war damit gegenüber dem I. Quartal 1983 nur geringfügig verändert.

Die Plattform »Delta« im Forties-Feld, die kürzlich einen Feuerschaden hatte, ist wieder in Betrieb; der Schaden wird keinen Einfluß auf die Förderleistung aus dem Feld haben. Im Magnus-Feld wurde die Förderung am 14. August aufgenommen. Gegenwärtig werden dort ca. 70.000 Barrels Rohöl pro Tag gefördert. Es wird erwartet, daß die Soll-Kapazität von 120.000 Barrels pro Tag etwa gegen Ende 1983 erreicht wird. Nach Zuteilung von Lizenzen in China wird die erste Explorationsbohrung wahrscheinlich im IV. Quartal 1983 beginnen.

BP Oil International
Das Ergebnis der Öl-Sparte verbesserte sich auf der Basis von Wiederbeschaffungskosten der Bestände im II. Quartal deutlich gegenüber dem I. Quartal und den vergleichbaren Perioden 1982. Als Folge der OPEC-Preisermäßigungen im März stabilisierten sich die Märkte, und die Margen blieben trotz des festen US$ im allgemeinen unverändert. Die Ergebnisse waren weiterhin begünstigt durch den niedrigeren Stand der Kosten aufgrund der Schließung von Raffinerieeinheiten in Europa und durch die Fortsetzung des Rationalisierungsprogramms bei der Marketing- und Verteilerorganisation. Der Unterschied zwischen dem I. und II. Quartal war verstärkt durch die Auswirkungen von Devisenkursveränderungen; während im I. Quartal Verluste zu verzeichnen waren, ergaben sich im II. Quartal verhältnismäßig kleine Gewinne.

Auf außereuropäischen Märkten zeigten die Ergebnisse der Öl-Sparte im II. Quartal im allgemeinen eine beachtliche Verbesserung. In Europa war das Bild mehr unterschiedlich mit in Frankreich etwas niedrigeren Ergebnissen, und dagegen Steigerungen im Vereinigten Königreich und in der Bundesrepublik Deutschland.

BP Chemicals International
Die gestiegene Nachfrage nach petrochemischer Massenware und die merklich festeren Preise im I. Quartal blieben im II. Quartal unverändert. Die Verluste waren in beiden Quartalen daher in etwa gleich, und der Wiederbeschaffungsverlust von £ 33 Mio für das Halbjahr zeigte eine gewisse Verbesserung gegenüber dem sehr gedrückten Stand von £ 78 Mio im I. Halbjahr 1982.

Andere Geschäftsbereiche
Die Aktivitäten der BP auf dem Kohlesektor waren nicht rentabel, nachdem die Kohlepreise weltweit unverändert schwach blieben. Die Verluste von BP Minerals ermäßigten sich aufgrund der kürzlichen geringfügigen Verbesserung der Metallpreise und aufgrund der Reduzierung von Betriebskosten.

Sohio
Der Beitrag von Sohio zum Reingewinn der Gruppe auf Basis historischer Kosten belief sich auf £ 148 Mio, verglichen mit £ 113 Mio im I. Quartal. Der Gesamtbetrag von £ 261 Mio für das Halbjahr war geringfügig niedriger als der Beitrag von £ 275 Mio im I. Halbjahr 1982. Sohio's Anteil an der Rohölförderung in Alaska stellte sich während des Quartals auf durchschnittlich 670.000 Barrels pro Tag (einschließlich Royalty-Öl). Obwohl die durchschnittlichen Rohölpreise etwas niedriger als im I. Quartal waren, wurden die entsprechenden Auswirkungen durch die Erholung von Margen auf den Raffinerie- und Marketing-Sektoren mehr als ausgeglichen. Die Ergebnisse aus der Erzförderung spiegelten verbesserte Metallpreise und Kostenermäßigungen wider. Auch die Ergebnisse anderer Geschäftsbereiche zeigten eine leichte Verbesserung.

Dividendenbekanntmachung

Der Board of Directors der The British Petroleum Company p.l.c. hat die Ausschüttung einer

Interimsdividende von 7,0 p
je Stammaktie zu 25 p

für das Geschäftsjahr 1983 beschlossen, die am 17. November 1983 zahlbar ist. Dividendenberechtigt sind diejenigen Aktionäre, die am 23. September 1983 im Aktionärsregister der Gesellschaft eingetragen sind.

Die Dividende wird nach Eingang den Miteigentümern am Inhaber-Sammelzertifikat der Deutscher Auslandskassenverein AG über die Depotbanken nach Maßgabe der geltenden Devisenvorschriften in Deutscher Mark vergütet, sofern nicht rechtzeitig Gutschrift in Pfund-Sterling verlangt wird.

Durch den UK-Finance Act 1972 wurde die Quellensteuer auf Dividenden von Gesellschaften im Vereinigten Königreich abgeschafft. Dadurch ist der Betrag, der den Aktionären unabhängig von ihrem Wohnsitz zufließt, der gleiche wie der Betrag der erklärten Dividende. Die Dividende unterliegt für unbeschränkt Steuerpflichtige (Steuerinländer) der deutschen Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer.

Hamburg, im September 1983

Im Auftrag der
THE BRITISH PETROLEUM COMPANY P.L.C.
Dresdner Bank AG

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Postanleihe regte an

Nach unsicherem Beginn setzte sich auf dem Rentenmarkt eine zuversichtlichere Stimmung durch, in deren Verlauf öffentliche Anleihen bis zu 0,20 Prozentpunkte angehoben wurden. Schwächere Notierungen blieben Ausnahmen. Angeregt wurde das Geschäft durch die Konditionen der neuen Postanleihe, die mit ihrer Rendite von 8,46 Prozent als marktgerecht gilt, institutionelle Anleger kommen auf 8,54 Prozent. In Kreisen der Rentenhändler wird die Ansicht vertreten, daß in den jetzigen Kursen eine Lombardsatzanhebung bereits eskomptiert ist. Bliebe sie am Donnerstag aus, so müßte sich eine festere Tendenz durchsetzen.

	6. 9.	5. 9.
M 5½ Bayer Hdbs Pf 14	99,25G	99,25G
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6¼ dgl. Pf 2	92,25G	92,25G
7 dgl. Pf 3	93G	93G
7 dgl. Pf 27	100,1G	100,1G
6½ dgl. KS 14	94,5G	94,5G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120,5G	120,5G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	76G	76G
6 dgl. KD Pf 50	99,6G	99,6G

	5. 9.	5. 9.
Br 5½ dgl. Pf 77	93	93
6 dgl. Pf 42	99,2G	95,25G
8½ dgl. Pf 47	101G	101G
F 5 Pfl. Hypobk. Pf 66	68T	68T
5½ dgl. Pf 53	75G	75G
6 dgl. Pf 75	76G	76G
6 dgl. Pf 130	90,5G	90,5G
6½ dgl. Pf 133	84T	84T
10 dgl. Pf 198	100,25	100,25
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115G	115G

	6. 9.	5. 9.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	100,7G	100,7G
M 6 Südboden Pf 41	87bG	86GTG
5½ dgl. Pf 57	74,5G	74,5G
8½ dgl. Pf 143	92G	92G
7 dgl. Pf 87	92G	92bG
7½ dgl. Pf 104	94G	94G
7 dgl. KS 49	91,5G	91,5G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	96,5G	96,5G
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G

	6. 9.	5. 9.
F 8 Chem. Hüls 71	99,6T	
7¾ Cont. Gum. 71	99,5T	
6 Dt. Texaco 64	98,5G	
6 Gelsenb. 64	99,25G	
5¾ HEW 62	95,25G	
7½ dgl. 71	99,25G	
7¾ dgl. 71	99,5G	
4½ Harpen 59	1780bG	
6 Hoechst 64	99T	
6 Hoesch 64	98,4T	
7½ dgl. 71	98,5G	
7½ Karstadt 71	98,5T	
7½ Kaufhof 71	98,5	
7¾ dgl. 71	98T	
7¾ dgl. 78	98,25T	
7½ Klöckner W. 71	98,75G	
8 dgl. 72	98,75	
6 Krupp 64	89G	
6 Linde 64	98G	
5 Mannesmann 59	99T	
6 Mosellkraft 63	99,25T	
6 NWK 61	96G	
6 dgl. 62	95G	
6 ObDon. Krwk. 64	93G	
5½ Ost.BayK. 58	99,75G	

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Privatplazierungen

Ausländische Aktien

	6. 9.	5. 9.
D LTV	42	41,5
M M.I.M. Hold.	20,9	21,3G
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	3G	3G

	6. 9.	5. 9.
M Western Deep L.	163,3	164
M Western Mining	11,3	11,5
F West.-Utrecht H.	99	97
D Xerox Corp.	120	120,5

	6. 9.	5. 9.
4 Tokyu Land 79	100,5G	101,5G
3½ Trio Kenw. 78	108,5	108,5
6¾ Uny Ltd. 79	136G	136G

B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn: Friedr. W. Heering, Essen: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Brunn; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffa (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

STELLENANGEBOTE

MONTAGE-INGENIEUR



Die PHB Weserhütte AG liefert Anlagen und Maschinen für das materials handling im Tagebau, im Bergbau, in Häfen, in der Chemie- und Düngemittelindustrie, im Kraftwerkbereich, in der Steine-und-Erden-Industrie, in Stahlwerken, in Werften und im Offshore-Bereich. Die PWH-Gruppe umfaßt drei Unternehmensbereiche in Inland und Tochtergesellschaften im In- und Ausland.

Für die Montageabteilung des Unternehmensbereiches Rohrbach suchen wir zum baldigen Eintritt einen

Ingenieur (TH oder FH)

Das Aufgabengebiet umfaßt sowohl die Kalkulation und Projektierung von Montagen als auch die Planung, Abwicklung und Überwachung von Baustellen im In- und Ausland.

Wir setzen eine mehrjährige Berufspraxis voraus. Gute englische Sprachkenntnisse sind erforderlich, Konstruktionserfahrung auf dem Gebiet des Anlagen- und Gerätebaues wären von Vorteil.

Wenn Sie weitere Informationen wünschen, schreiben Sie uns, oder rufen Sie uns an (Telefondurchwahl 0 68 94 / 59 92 17). Ihre Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte an die Personalabteilung der



PHB Weserhütte AG
Unternehmensbereich Rohrbach
Heckelstr. 1 · 6670 St. Ingbert 1



PARTNER FÜR FORTSCHRITTLICHE LÖSUNGEN TECHNISCHER PROBLEME.

Wir sind ein vielseitiges Vertriebs- und Produktionsunternehmen für Sonderwerkstoffe und Edelstähle.

Für den Fachbereich **Werkzeuglegierungen** suchen wir zum schnellstmöglichen Termin einen

Außendienst-Mitarbeiter

Ihr Einsatzgebiet ist der Raum **Niedersachsen und Schleswig-Holstein.**

Sie sollten deshalb Ihren Wohnsitz im Großraum Hannover haben.

Aufgabe ist es, unsere anspruchsvollen Kunden über den Gebrauch und Einsatz unserer hochlegierten Halb- und Fertigerzeugnisse zu beraten und diese zu verkaufen.

Sie sollten möglichst eine Ausbildung in den Bereichen Warmbehandlung/Werkstoffprüfung oder Werkzeugbau aufweisen können und bereits Erfahrungen im Außendienst gesammelt haben.

Richten Sie bitte Ihre ausführliche Bewerbung mit Angabe des frühesten Eintrittstermins und Ihrer Gehaltsvorstellung an die Personalabteilung der

ROBERT ZAPP
Vertriebsgesellschaft mbH & Co. KG
Zapp-Haus/Bleichstr. 8–18
4000 Düsseldorf 1

DOUWE EGBERTS AGIO GMBH



TABAKERZEUGNISSE AUS HOLLAND

AGIO

DRUM · AMPHORA · BALMORAL
AGIO CIGARILLOS

Die deutsche Tochtergesellschaft von Douwe Egberts, einem der führenden Tabakhersteller der Welt, und Agio, eine der großen europäischen Cigarrenfabriken, sucht

Key Account Manager
Schleswig-Holstein – Hamburg – Berlin

Unser neuer Mitarbeiter sollte bereits über mehrjährige Verkaufserfahrung im Außendienst für Markenartikel, oder in ähnlicher Position, verfügen.

Wir erwarten einen Bewerber mit solider theoretischer Ausbildung wie mittlere Reife und kaufmännische Lehre oder betriebswirtschaftliches Studium an einer Fachhochschule.

Sie werden von uns betraut mit Leistungs-, Jahres- und Aktionsvereinbarungen und haben Budgetverantwortung für Werbekostenzuschüsse und Plazierungsvergütung. Sie sind Stellvertreter des regionalen Verkaufsleiters bei dessen Abwesenheit.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte an Douwe Egberts Agio GmbH, z. Hd. Frau Deckert, Oderstraße 8, 4133 Neukirchen-Vluyn, Telefon 0 28 45 / 30 21.



PARTNER FÜR FORTSCHRITTLICHE LÖSUNGEN TECHNISCHER PROBLEME

Wir sind ein vielseitiges Vertriebs- und Produktionsunternehmen für Sonderwerkstoffe und Edelstähle.

Zum schnellstmöglichen Termin suchen wir einen qualifizierten

Außendienst-Mitarbeiter

Ihr Einsatzgebiet ist **Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bremen.**

Sie sollten deshalb Ihren Wohnsitz im Großraum Bremen haben. Aufgabe ist es, unsere anspruchsvollen Kunden über den Gebrauch und Einsatz unserer Produkte und der Erzeugnisse des Schwesterwerks Stahlwerk Ergste zu beraten und diese zu verkaufen.

Wir erwarten gute kaufmännische und technische Kenntnisse und Erfahrungen im Außendienst.

Richten Sie bitte Ihre ausführliche Bewerbung mit Angabe des frühesten Eintrittstermins und Ihrer Gehaltsvorstellung an die Personalabteilung der

ROBERT ZAPP
Vertriebsgesellschaft mbH & Co. KG
Zapp-Haus/Bleichstr. 8–18
4000 Düsseldorf 1

Außendienstmitarbeiter

auf Provisionsbasis (auch nebenberufl.) für den Vertrieb des bekannten baumit Möbelsystems gesucht.

Telefon 0 42 02 / 25 15

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 8 579 104 aufgeben.

Leiter Marketing/Vertrieb

Front- u. Führungserfahrung im beratungsintensiven Vertrieb; Branchen u. a. Investitionsgüter, Bauwirtschaft; erfolgreich auf nationaler und internationaler Ebene (Schwerpunkt: französ. Sprachraum); vertraut mit modernen absatzwirtschaftl. Instrumentarien; technischer Durchblick.

Dipl.-Betriebswirt, 38, konsequent in Zielverfolgung, unternehmerisches Denken/Handeln, kontaktstark, belastbar, mobil, Sprachen: Französisch fließend, Englisch gut, sucht neue vertriebl. Führungsaufgabe, auch GF Vertriebsgesellschaft französ. Ausland.

Zuschriften erbeten unter G 9382 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wirtschaftsjurist

Assessor, Dipl.-Kfm., Mitte 30, seit mehreren Jahren in Großbanken, Firmenkundengeschäft m. nachweisb. Erfolgen tätig, verhandlungssicher, verkaufs- u. praxisorient, sucht interessante und anspruchsv. Aufgabe in Handel, Industrie, Bank, auber auch erstklass. Anlageberatung.

Angebote unter W 9130 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

IHRE WERBUNG AUF SCHWUNG

bringt Werbeleiter, 36 J., Betriebswirt (grad.), 12 Jahre im Beruf.

Werbung vom Einfall bis zum (Druck-) Ausfall, Pressearbeit, Marketing, Verkaufsförderung, Messeplanung, Verkaufsschulung sind bisherige Tätigkeiten.

Ausbildung: FH-Studium (Wirtschaftswissenschaften), kaufmännische Lehre, Praxis. Fremdsprache Englisch.

Westfälische Unternehmen, die auf diesen Gebieten wirksam werden wollen, wenden sich unter L 9385 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bankdirektor

Großbank-Kopffiliale (mehrere 100 Mio. DM Geschäftsvolumen), Dipl.-Kfm., Anf. 40, langj. erfolgr. tätig in Firmengeschäft u. Akquisition mit sicherem Krediturteil, Führungserfahrung u. Steuerungsverantwortung, konzeptioneller Arbeiter, sucht neue Position als Vorstand/Geschäftsleiter gut situierter Bank m. ausbauf. Firmengeschäft, bevorzugt Raum Norddeutschland. Ang. u. B 9267 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Messedesigner

35 Jahre, verh., mit Erfahrungen im In- und Ausland, in führender Position, möchte dafür sorgen, daß Ihre Produkte durch Messen und Werbung optimal präsentiert werden. Bevorzugt Firma in Ost-Westfalen.

Angebote erbeten unter L 9275 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ökotrophologe

Examen gut, 1 J. Berufspraxis, ungeb., su. Stellung i. d. Lebensmittelbranche, bevorzugt Entwicklg./Qualitätskontrolle.

Angeb. unt. H 9273 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 43 Essen.

Wertpapiersachbearbeiterin

34 J., Hdl.-Bevollm. bei Privatbank, sucht neues, selbst. und verantwortlich zu bearbeitendes Aufgabengebiet, gern auch Vermögensverwaltung. Raum Hamburg. Ang. erb. u. A 9266 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Kreditfachmann

38 J., verh., Prokurist, langj. Erf. in Firmen-Kreditgeschäft, z. Z. in ungekündigter Stellung bei renommierter Geschäftsbank, sucht verantwortungsvolle Aufgabe in leitender Position. Bevorzugt Großraum Hamburg.

Angebote unter X 9131 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter DV/Org.

IBM 4341, DOS/VSE/VM/CICS/DL1/SQL sucht neue Aufg. i. Raum Hamburg.

Angeb. u. R 9125 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufssekretärin

mit techn. Verständn., sucht neuen Wirkungskr. i. Raum HH.

Angeb. u. S 9126 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Administrator

German, 40 y, single, experienced in Finance, Accounting, Admin, EDP, Export, also on management level, seeks new assignment overseas, pref. middle east. Commencement on short term possible.

Please write to Y 9132 WELT-Verlag, Post. 10 08 64, 4300 Essen.

Projekt-Kfm.

32 J., langj. Erfahr. auf gr. Baustellen i. Westafrika u. Mittl. Osten, sucht ab Okt. 83 neue Aufgabe i. Ausl.

Angeb. erb. u. U 9128 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. - Verfahrenstechnik

z. Z. Geschäftsführer – 39 J., Anlagenbau, sucht kurzfristig neue Aufgabe. Schwerpunkte: Verkauf In- und Ausland + Kompensation, Finanzierungen, intern. Verbind. Steuerrecht. Fremdsprachen: Englisch, Russisch. Angebote erb. u. P 9278 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 43 Essen.

Griechenland

Deutscher Kaufmann, z. Z. Geschäftsführer einer GmbH in Griechenland, perfekte Sprachkenntnisse, sucht neuen Wirkungskreis in der BRD o. in Griechenland, evtl. auch freie Mitarbeit. Ang. erb. u. G 9272 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gebietsleiter

Dienstleistung (Autovermietung), 40 Jahre, Betriebswirt (Marketing), mobil, Kenntnisse in der Kfz-Branche, Aufgabenschwerpunkte in: Personalf., Imagepflege, Controlling, Durchführung von Verkaufsaktivitäten, Durchs. der Geschäftspolitik, seit Jahren beim Marktführer in ungek. Stellung, sucht neuen Wirkungskreis. Angebote bitte unter M 9276 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Chemie-Ing.

Verfahrenstechn., Umweltschutz, 36 J., ungek., möchte seine Ideen in einem neuen Aufgabenbereich einsetzen.

Angeb. erb. u. T 9127 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Elektrotechniker-Meister, in ungek. Stellg., 33 J., Engl. Franz., sucht verantwortungsv. Aufgabe im Ausland. Tel. 04 51 / 80 14 68 oder u. PU 46 904 an WELT-Verlag, Pf., 2 Hamburg 36

22jährige, unabhängige staatl. gepr. **Erzieherin** mit 2jähriger Berufserfahrung im Kinderkurheim sucht per 1. 1. 84 eine entspr. Anstellung. Angebote unter V 9427 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer Baustoffindustrie
Technik und Vertrieb

42 Jahre, belastbar, kreativ, langjährige Führungserfahrungen, Erschließung neuer Märkte, Produktentwicklung, sucht neue Herausforderung.

Kontaktaufnahme bitte unter K 9274 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Meine letzte Tätigkeit war leitend im Innendienst

einer Marktkette. Trotz meines Alters, Mitte 50, suche ich die Position des Verkaufsleiters im Außendienst zu finden. Angebote unter C 9400 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE

BAUINGENIEUR/SCHWEISSFACHINGENIEUR

Ausbildung	kontruktiver Ingenierubau und Schweißfachingenieur
Erfahrung	Betonbau: Konstruktion, Statik, Bauleitung und Kalkulation,
	Stahlbau: Konstruktion u. Montage,
	SF-Bau: Bauleitung, Kalkulation Koordination und Abwicklung für Gesamtprojekte im Inland und Mittleren Osten.
Sprachen	englisch
Alter	40 Jahre
Gesucht	Position, die Verantwortung und Beweglichkeit erfordert.

Angebote unter Y 95 96 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Ing. Elektrotechnik/Elektronik

52 J., sucht anspruchsvolle Aufgabe. Langj. Erfahrungen in verschiedene Positionen mit Entwicklung, Fertigung u. Qualitätskontrolle von elektron. Geräten, elektron. u. elektromech. Meßgeräten u. Meß-Systemen sowie Halbleiterbauelementen, Praxis i. Aufbau, Leitung u. Umorganisation v. Entwicklungs- u. Fertigungsgruppen, Einführung neuer Technologien, Rationalisierung, Termin- u. Kostenüberwachung, auch Interesse für an Elektrotechnik angrenzende Disziplinen, gute Englischkenntnisse, vorzugsweise Norddeutschland.

Zuschr. erb. u. PP 4 69 19, an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Technischer Kaufmann

40, z. Z. Außendienst, sucht z. 1. 1. od. 1. 4. 84 verantw. Aufgabe in Industrie/Handel, Bereich Verkauf, Beratung, Entwickl., Raum Bielefeld/Ostwestfalen, Angebote unter R 9279 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

PROJECT – MANAGER – EXPORT
Food Bereich / Deutschland – England

Ing. (grad.), Engländer, 43 J., verh., mit langjähriger internationaler Erfahrung in der Lebensmittel-Herstellung, mit Wohnsitz in Deutschland und England, sucht zum 1. 1. 1984 interessante Tätigkeit als

Koordinator für Investitionsprojekte und/oder Produkt-Entwicklung und Einführung

Erfahrung in Netzplantechnik, Wirtschaftlichkeitsanalysen, Cross Boarder Sourcing, Verpackungstechnik, Logistik und Budgetplanung.
Deutsch in Wort und Schrift

Zuschr. bitte unter U 9282 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

DIPLOM-INGENIEUR Maschinenbau (TU)
– Fertigungstechnik –

27 Jahre, ledig, ortsungebunden. Studium an der Universität Hannover mit gutem Abschluß im Aug. 83 beendet, sucht zum 1. Oktober 83 oder später Tätigkeit, bevorzugt in den Bereichen Arbeitsvorbereitung und Fertigung.

Frank Strehlau, Hermannsburg 67
2800 Bremen 66, Tel. (04 21) 56 31 26

Qualifizierter Maschinenschlosser

33, mehrjährige Auslandserfahrung. Englisch fließend u. Span. Grundkennt., Erfahrung als Maschinenbaumonteur Neueinrichtung u. Reparaturen, gute Schweißkenntn., Erfahrung als Ausbilder, sucht Tätigkeit i. Südamerika, Afrika o. Asien.

Zuschriften unter D 95 04 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Französischsprachige Belgierin

(23 J.), Staatsexamen in Germanistik, Deutsch, Englisch, Holländisch sowie EG-Recht, sucht adäquate (Lehr-)Tätigkeit in der Industrie, bei Banken o. Verbänden im Raum Essen/Düsseldorf.

Telefon 02 01 / 79 04 78

Betriebswirt

Prakt. Chefentlastung – Controlling / Operational – Audit / Revision. Biete Erfahrung – Wissen – Leistung. Zeitvertrags-Management.

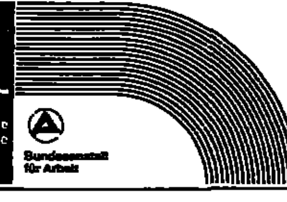
Angeb. u. H 9383 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Technischer Geschäftsführer

43 Jahre, verh., mobil, Dipl.-Ing. Masch.-Bau-/Wirtsch.-Studium, seit 16 Jahren im Masch.- und Anlagenbau: Konstruktion, Ltr. Arbeitsvorbereitung, Fertigungsleiter, Techn. Leiter, ppa. (einschl. Akquisition, techn. Kundenberatung), Englisch Verhandlungssicher, derzeit Umsatzverantwortung 45 Mio. DM, sucht herausfordernde Aufgabe.

Zuschriften unter W 9284 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.





Industrie-Designer (Dipl.)

26, verh., sucht Mitarbeit in Ingenieur-/Konstruktionsbüro.
Studienschwerpunkte: zeichnerische Analyse, Aufmaß Produktneuentwicklung, Modellbautechniken, Funktionsmodelle.
Kenntnisse: Grundlagen des techn. Zeichnens, allgem. Masch.-bau. Kunststofftechnik.
Sprachen: Englisch, Französisch ausbaufähig.

Auskünfte erteilt: Herr Steinmeyer
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16
2000 Hamburg 1, ☎ 040 / 2 48 44 - 25 57, FS 2 163 213

Kaufmann (Dr. jur.)

Anfang 50, ungekündigt, langjährige geschäftsleitende Tätigkeiten in Industrie- und Dienstleistungsunternehmen. Schwerpunkte: Finanzierungen, Personal, Ein- und Verkauf, Erfahrungen mit Verbänden und Behörden, sucht anspruchsvolle Aufgabe im Großraum Hamburg. Angeb. erb. u. H 9163 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

MARKETING – VERKAUF – EXPORT

Suche neuen Start – nach mehrjährigem Auslandsaufenthalt (Südamerika). Bin 38 J., Ing. (grad.), 15jährige Erfahrung im internationalen VK – Export von Investitionsgütern. Gesucht wird interessante Aufgabe im Export, Auslandstätigkeit angenehm. Sprachen: Engl., Span.

Angeb. erb. u. N 9377 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Regionalgeschäftsführer/Vertriebsleiter Einzelhandel

35 Jahre, 12 Jahre in dezentral geführter Einzelhandelsorganisation des gehobenen Lebensbedarfs erfolgreich tätig.

Erfahren in: Vertrieb und Marketing, Planung, Deckungsbeitragsrechnung, Organisaton, Standortsuche und -sicherung, Ladenbau und -gestaltung, Mitarbeiterführung und -schulung, Personal- und Wettbewerbsrecht.

Mit der Fähigkeit, sich in neue Gebiete schnell einzuarbeiten, suche ich eine der o. a. Tätigkeit gerecht werdende Aufgabe.

Angeb. u. V 9283 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen erbeten.

USA

Assessor, 38 J., verh., Master of Laws (USA), 1/83); Ass. Ex HH (befriedigend, 9.47 P, 12/80); Wahlstation Kanzlei, New York; 1. Ex. München; 3 J. kaufmännische Tätigkeit; Banklehre; Bank-Trainee, New York, sucht Tätigk. in Handel, Industrie o. Bank in USA.

Angebote u. V 9129 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Schiffahrtskaufmann

38 J., auslandserfahren, kontaktfreudig, erstkl. Referenzen, sucht neue verantwortungsvolle Tätigkeit per 1. 10 83.

Zuschr. erb. u. PS 4 69 21 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Diplom-Ingenieur FH
Elektrotechnik

48 Jahre, z. Zt. in leitender Stellung, sucht neuen Wirkungskreis. Spezielle Kenntnisse in Steuerungsbau konventionell und PC, Antriebs- und Regelungstechnik, erprobter langjähriger Einsatz in Vertrieb, Einkauf und Fertigung. Zuschr. u. X 9285 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Sachbearbeiterin beim Steuerberater

47 J., in ungekündigter Stellung sucht neuen verantwortungsvollen Wirkungskreis.

Angebote unter X 9395 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Ing. (FH) Elektrotechnik

45 Jahre, sucht neuen Wirkungskreis in verantwortungsvoller Stellung, möglichst Betriebserhaltung. Langjährige Erfahrung in der Führung der Betriebsabteilung eines Großunternehmens mit 25 KV-Mittelspannung, umfangreichem Betriebsnetz, Produktionsmaschinensteuerungen (konventionell u. elektronisch) sowie großer Telefonnebenstellenanlage.

Angeb. unter K 9394 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Maurermeister, 40 J.

10 J. Erfahr. als Bauführer auf Auslandsbaustellen sucht zu sof. neuen Wirkungskreis, auch Keramik, gute Englischkenntn.

Tel. 0 58 42 / 5 13 26

Einkaufsleiter

42 J., verh., 20J. Erf. in Einkauf, Materialwirtsch., Verwaltung, Lager, Fuhrpark etc., sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe. Angebote erb. unter F 9271 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Mittelosten - Pakistan - Indien

Export von chem. Produkten sowie Industrieanlagen. Text./Chem.-Ing., 39 Jahre, m. Verkaufserfahrung in diesen Ländern sucht neue Stellung.

Zuschr. unter A 9432 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebswirt/Jurist

sucht neue Aufgabe.

Zuschriften unter B 9433 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Druckingenieur

Dipl.-Wirt.-Ing. (FH), gel. Schriftsetzer, 32 J., verh., Erfahrungen u. a. Zeitung: Schlußred., Layout, RTS-Einführung Redaktion; Druckerei: Auftragssachb.; Zeitschrift: Produktion.

Angeb. u. C 9268 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebswirt

staatl. gepr. Kaufmann im Groß- u. Außenhandel, 32 J., sucht selbst. Aufgabe in Verbindung mit einer Reisetätigkeit.

Ang. erb. u. E 9270 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junger, aufgeschlossener
Bilanzbuchhalter/Steuerfachgehilfe

mit mehrjähriger praktischer Erfahrung in Beratung u. Prüfung verschiedenster Unternehmen, sucht neuen Tätigkeitsbereich. Angeb. u. P 9124 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Vorstandssekretärin

47 J., mit Eigeninitiative u. Engagement, su. neue Tätigkeit auf entspr. Ebene i. Raum HH. Durch langj. Konzernerf. versiert auf allen Gebieten der Sekretariatsführung, absol. zuverl., gute Englischk.

Angeb. erb. u. D 9269 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

TOP-Kraft des Non-food-Einzelhandels

57 Jahre alt, zuletzt als stellvertretender Marktleiter tätig, strebt die Position des Marktleiters an. Angebote unter Z 9397 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

HILFE
Keine Chance mehr am Bau!

Eine Branche in Agonie langweilt nur noch! Lassen Sie uns etwas anderes, Kreatives, Neues, Eigenes anfangen im In- oder Ausland! Zugreifender Praktiker, aber auch streßgewohnter Konzernprofi und Vertriebsmann verfolgt jede selbständige Alternative zum tödlichen Frust der Kollegen.

Angebote unter A 9398 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Projektingenieur
für Feuerfest-Material, Industrieofenbau, Anlagenbau

40 J., Führungspersönlichkeit, umfassende Erfahrungen in Praxis und Theorie, in Vertrieb, Beratung, Konstruktion, Mitarbeiterführung, Montage, Einkauf sucht entsprechenden Wirkungskreis.

Schriftl. Angeb. u. B 9399 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Störsender: Der internationale Hörfunk vom Zusammenbruch bedroht?

Das rabiate Gedrängel im Äther

Immer mehr Länder versuchen, sich mit Hilfe des Rundfunks weltweit Gehör zu verschaffen – auf den international genutzten Frequenzbändern herrscht unterdessen ein heilloses Gedränge. Während viele große Summen in Sendeanlagen investieren, gibt die Sowjetunion hingegen noch mehr Geld aus, um zu verhindern, daß Rundfunksendungen aus dem Ausland auf ihrem Gebiet empfangen werden können. Westliche Rundfunkexperten fürchten, daß der Einsatz von Störsendern durch die UdSSR dazu führen kann, daß auf den ohnehin überfüllten Frequenzbändern bald das Chaos regiert. „Wir arbeiten unter dem Gesetz des Dschungels", sagt ein Fachmann.

Seitdem Transistorradios immer billiger geworden sind, hat der vorwiegend zwischen den großen Staaten geführte Krieg auf den Ätherwellen an Schärfe zugenommen. Ein Grund für die ständig wachsende Mitteilungsfreude der Rundfunksender ist die Zunahme der Zahl der Rundfunkgeräte: 1955 gab es noch 237 Millionen Empfänger – 1982 waren es schon 1,38 Milliarden.

Die Verteilung der Rundfunkfrequenzen, deren Nutzung durch internationale Vereinbarung geregelt wird, ist nach Expertenmeinungen schwierig genug. Doch der Einsatz von Störsendern macht die Lage schier unerträglich. Führend im weltweiten Rundfunk, der vorwiegend über Kurzwelle abgewickelt wird, sind die Sowjetunion, die USA, China, die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien. 1982 boten die für das Ausland ausstrahlenden Sender dieser fünf Staaten wöchentlich im Durchschnitt 6950 Programmstunden an.

Westliche Fachleute gehen davon aus, daß die Sowjetunion rund 2500 Störsender auf ihrem Territorium installiert hat, um westliche Rundfunkstationen, die für die Sowjetunion ausstrahlen, zu übertönen. Der Wert dieser Anlagen wird auf umgerechnet rund 650 Millionen Mark geschätzt. Die jährlichen Betriebskosten dürften den Experten zufolge umgerechnet mehr als eine halbe Milliarde Mark betragen – ungefähr das Doppelte der Summe, die die BBC jährlich für ihre Auslandssendungen ausgibt.

Nach Angaben der BBC werden Sendungen in englischer Sprache für Osteuropa nicht gestört, wohl aber die Programme in den jeweiligen Landessprachen. Aber trotz des enormen Aufwands für den Betrieb der Störsender können die Hörer in Osteuropa dennoch die Sendungen oft empfangen. Das hängt – laut Expertenauskunft – vom Wetter und von der Entfernung der Störsenders ab.

Starke Störstrahlungen schlagen auch auf benachbarte Frequenzen durch. Ingenieure der BBC, die zunächst vermuteten, auch Südafrika würde Sendungen stören, fanden heraus, daß der Irak der Störenfried im Äther war. „Das Problem mit den Störungen ist riesig, da jeder Einsatz eines Störsenders drei Frequenzen in Mitleidenschaft zieht: Die, die sie überdecken soll sowie die beiden Nachbarfrequenzen", erklärt ein Ingenieur. Starke Überlagerungen der für die Sowjetunion bestimmten Sendungen des israelischen Rundfunks in hebräischer und jiddischer Sprache führen dazu, daß diese Programme auch in Westeuropa kaum hörbar sind.

Der Leiter des Auslandsdienstes der BBC, Douglas Muggeridge, geht davon aus, daß während der abendlichen Sendestunden acht von zehn nutzbaren Kurzwellen-Frequenzen in Mitleidenschaft gezogen werden. Erst im April hatte er darauf hingewiesen, daß der internationale Rundfunk durch den „Zusammenbruch von Gesetz und Ordnung" bedroht sei. ARIK BACHAR (Reuter)

KRITIK

Ein Beispiel, daß es auch anders geht

Ein Bummel durch die Welt der neuen Medien war es mitnichten. „**Im Brennpunkt**" (ARD) zog es der Moderator vor, sich auf Kabelfernsehen und Bildschirmtext zu konzentrieren. Was da erläutert wurde, war nicht eben erschöpfend, aber es war exakt und seriös; die übliche Polemik der Öffentlich-Rechtlichen mit deren eifriger Überbetonung möglicher Gefahren für die Seelen der künftig nicht mehr ganz so bevormundeten Bürger hatte hier nichts zu suchen. Die Schaubilder und Begriffsbestimmungen dienten vorwiegend dem Verständnis der Diskussion, die Moderator Peter Schiwy straff und sachkundig aufs Wesentliche reduzierte, wortsprudelnde Gesprächspartner an der kurzen Leine haltend.

Wie da etwa der SPD-Medienpolitiker Peter Paterna das alte, von früheren Regierungen gesungene Lied aufs neue anstimmte (mit dem Refrain, erst müßten die neuen Medien vor allen möglichen Mißbräuchen gesichert sein, ehe sie anlaufen dürften) und wie dem der Bundespostminister begegnete (mit der schließlichen Bemerkung, nach solchen Vorstellungen hätten wir heute noch nicht einmal das Telefon) – es war ein prägnanter Aufriß der grundsätzlichen Positionen, ein echtes kleines Spiegelbild der gegenwärtigen medienpolitischen Probleme und Kontroversen, ein Beispiel dafür, daß es auch anders geht, wenn im öffentlich-rechtlichen Fernsehen über die neuen Medien debattiert wird. Was natürlich auch eine Frage des Sachverstandes ist – auf einem Gebiet, das irrtümlicherweise fast jeder zweite Fernsehmensch zu beherrschen meint.

Dem Titel „Im Brennpunkt" jedenfalls machte die Sendung diesmal alle Ehre. HERMANN A. GRIESSER

STUDIO

Die Landesvereinigung rheinland-pfälzischer Unternehmerverbände erhebt den **Anspruch auf einen Sitz im Rundfunkrat** des Südwestfunks. Es sei ein Unding, die Gewerkschaften, nicht aber die unternehmerische Wirtschaft als gesellschaftlich relevante Gruppe zur Kenntnis zu nehmen. Im Gegensatz zu den meisten Rundfunkanstalten sind beim Südwestfunk und beim Süddeutschen Rundfunk die Unternehmer bzw. Arbeitgeber in den Aufsichtsgremien bisher nicht selbst, sondern nur mittelbar durch die Industrie- und Handels- bzw. Handwerkskammern vertreten. (Nea.)

*

Zum 32. **Internationalen Musikwettbewerb der ARD**, der gestern beim Bayerischen Rundfunk in München begonnen hat und bis zum 23. September dauert, haben sich 298 Teilnehmer aus 33 Nationen angemeldet. Prüfungsfächer sind in diesem Jahr Klavier, Viola, Horn, Violine/Klavier-Duo und erstmals Harfe. Die jeweils drei Preise pro Fach sind zwischen 4000 und 12 000 Mark dotiert. Den ersten Preisträgern, die in zwei Schlußkonzerten im Herkulessaal der Münchner Residenz vorgestellt werden, winkt auch die Garantie, von den deutschen Rundfunkanstalten zu Aufnahmen verpflichtet zu werden.

*

Die Deutsche Akademie der Darstellenden Künste in Frankfurt hat „Drei schwere Fälle von Nächstenliebe" von Werner Sprenger zum **Hörspiel des Monats August** gewählt. In der Produktion des Bayerischen Rundfunks wird der Kampf eines alten Mannes dargestellt, sich seine Selbständigkeit zu erhalten. (dpa)

*

Rund 90 Minuten werktags und zwei Stunden an arbeitsfreien Tagen verbringen durchschnittlich **CSSR-Bürger vor dem Fernsehgerät.** Damit ist das Fernsehen die „beliebteste" Freizeitbeschäftigung in der Tschechoslowakei. Drei Stunden täglich verfolgen das Fernsehen 13 Prozent aller Männer und acht Prozent der Frauen zwischen 17 und 70 Jahren. (rst.)



09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau
10.05 Was so läuft ...
10.30 Die Stunde der Dritten
Hessisches Fernsehen
11.30 Heute auf der Ausstellung
12.00 Live dabei
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau
13.15 Wir stellen uns
15.00 Wie der Maulwurf beinahe in der Lotterie gewann
Spiel der Augsburger Puppenkiste
16.00 Tagesschau
16.02 Funkausstellung Berlin 1983
Die Erfinderbörse
„Die Erfinderbörse" stellt Erfindungen von Privatleuten vor. Zuweilen recht skurrile Dinge wie eine „Einbrecherfangmaschine" oder ein „elektronischer Wachhund"; gelegentlich aber auch durchaus brauchbare, wie z. B. für Hobbyhandwerker eine Lackfarbe aus Styroporresten. Ferner gibt es noch einen „musikalischen Staubsauger" und eine „verwandelbare Hose".
17.15 Sport-Treff
Weltmeister aus Hessen in Aktion
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
20.18 ARD-Sport extra – aus Budapest:
Fußball-Länderspiel: Ungarn – Bundesrepublik Deutschland
22.00 Laser, Chips und bunte Bilder
Themen: Was bietet der neue Bildschirmtext? / Was leistet die Digital-Schallplatte? / Wann gibt es den flachen Bildschirm? / Wie funktionieren Kabel- und Satellitenfernsehen? / Gibt es eine Zukunft für D3-Fernsehen? / Erleichtern „Kennsignale" den Funk- und Fernsehempfang? / Kommt das hochauflösende Fernsehbild, brillant in Bild und Ton?
22.30 Tagesthemen
23.15 Bilbao nach der Sintflut
Bericht aus einer heimgesuchten Stadt
23.55 Tagesschau



10.00 bis ca. 14.00
Finanzminister Stoltenberg bringt den Etatentwurf zum Bundeshaushalt im Bundestag ein. Anschließend Aussprache des Parlaments. (Die Aussprache wird ab 14.00 Uhr in den Dritten Programmen fortgesetzt)
14.10 Unsere schönsten Jahre
4. Folge: Schau den Mond an
14.55 ZDF – Ihr Programm
15.00 Gefragt – gewußt – gewonnen
16.00 Artistenarena
16.45 Enorm in Form
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
von der Berliner Funkausstellung – mit Überraschungsgästen
18.00 Evita Peron (2)
Vierteiliger Fernsehfilm
Mit Faye Dunaway u. a.
19.00 heute
19.30 Unsere schönsten Jahre
5. Folge: Die spanischen Stunden
20.15 ZDF Magazin
Anläßlich der Internationalen Funkausstellung Berlin: Aus dem Reichstag ein Gespräch über die Deutschlandpolitik der 80er Jahre mit Heinrich Windelen, Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen; Günter Gaus, Staatsminister a. D.; Mathias Walden und Fritz Schenk.
Gesprächsleitung: Gerhard Löwenthal
21.00 heute-journal
Mit Berichten von der Haushaltsdebatte im Bundestag
21.30 mittwochslotto – 7 aus 38
21.35 Der Denver-Clan
Ein Traum zerbricht
22.20 Die Zehn
Soziale Wirklichkeit in Europa: Alte Zöpfe – neue Tricks
Endet Europa an nationalen Schutzmauern? / 1. Krähwinkel in England / 2. Prozesse gegen Krämergeist
22.55 Auch die Engel essen Bohnen
Ital.-franz.-span. Spielfilm (1972)
Gangster-Persiflage mit Giuliano Gemma, Bud Spencer, u. a.
Regie: Enzo B. Clucher
01.05 heute



Bud Spencer (l.) und Giuliano Gemma in den Hauptrollen der Gangster-Persiflage „Auch die Engel essen Bohnen", um 22.55 Uhr im ZDF
FOTO: KÖVESDI

III.

WEST
18.00 Berufsorientierung
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
Informationen und Unterhaltung
21.45 Auslandsreporter
Japan, der „Unversenkbare Flugzeugträger"
Der Wirtschaftsriese rüstet auf
22.15 Entehrt
Amerik. Spielfilm (1931)
Mit Marlene Dietrich, Victor McLaglen, u. a.
Regie: Josef von Sternberg
23.40 Letzte Nachrichten

NORD/HESSEN
18.00 Deutsche Puppenbühnen
Hohnsteiner Puppentheater
18.30 Die Leute vom Domplatz (9)
Die Chorweihe
19.00 Rockpalast
Heute: MAZE
20.00 Tagesschau
20.15 Kino-Werkstatt
21.10 Zwischen Spaltung und Umarmung
Stationen der Arbeiterbewegung
22.15 Der Film-Club
The Atomic-Café
Amerik. Spielfilm (1982)
(Originalfassung mit dt. Untertiteln)
23.45 Nachrichten

SÜDWEST
Für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau im Dritten
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S3:
19.25 Nachrichten
19.30 Rockpalast
Heute: MAZE
20.15 Reisewege zur Kunst: Locarno
21.00 Der diskrete Charme der Bourgeoisie
Franz. Spielfilm (1972)
Regie: Luis Buñuel
22.40 Luis Buñuel
Dokumentation

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 „Die Leute sind sehr nett zu uns"
Vietnamesen finden ein neues Zuhause
19.45 Evas Töchter (5)
20.40 Z. E. N.
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Teleclub
Mein Traumprinz war der Kinematograph
Alice Guy Blaché
22.30 Drei Stummfilme
von Alice Guy Blaché (1931)
„Der getrennte Haushalt" / „Billys Trumpf" / „Konservierte Harmonie"
23.05 Rundschau

Wenn Beamte aufwachen ...

egw. – In seinem Buch „Paradies neu zu vermieten“ setzt sich Ephraim Kishon höchst unfreundlich mit der Bürokratie auseinander. Das Problem für die Regierung sei nicht, wie sie die in ihrem aufgeblähten Apparat nistenden Beamten los wird (das wäre ein Ding der Unmöglichkeit), sondern, wie man sie beschäftigt.

Er scheint einen Fall gekannt zu haben, der sich kürzlich in lieblicher Alpengegend Österreichs ereignet hat, wo im Jahre 1890 eine Villa mit Park und in diesem eine lauschige Laube errichtet worden war. Die jetzigen Besitzer erfreuten sich eines schönen Tages im Sommer 1983 des Besuches von vier Beamten der zuständigen Landesregierung, die im tiefen Ernst das Fehlen einer Baubewilligung für diese Laube beanstandeten.

In der Tat, der damalige Bauherr scheint eine fast hundert Jahre später erlassene Verordnung über die Zulassung von Gartenhäuschen nicht vorausgeahnt zu haben, sonst hätte er gewiß als guter Staatsbürger die nötigen kostenpflichtigen Anträge nebst Einreichung eines Grund- und Aufrisses, wie sie jetzt vermißt wurden, getätigt. Wie man weiß, hat in der damaligen bösen Zeit ganz Österreich-Ungarn weniger Beamte beschäftigt als heute die liebenswerte kleine Republik, worauf wohl zurückzuführen ist, daß auch sie der Prophetengabe hinsichtlich der späteren Baubewilligung entbehrt hatten. Vergebens wird man also nach einer Baubewilligung für den Stephansdom fahnden. Keinen Zweifel hingegen duldet, daß der von bösen Zungen gelegentlich behauptete Mangel an Amtseifer eine haltlose Verleumdung ist, wofür der im vorliegenden Casus bewiesene Fleiß einer Baubehörde einen unwiderleglichen Beweis liefert.

Venedig: Zwischenbericht von den Filmfestspielen

Couch für Chamäleons

Venedigs neuer Festspielchef Gian Luigi Rondi hat sich redliche Mühe gegeben, der 40. Mostra del Cinema die Aura des festlichen Spektakels zu nehmen. Ihm schwebte eine hochseriöse Informationsschau für Profis und passionierte Cineasten vor, ohne Glamour und große Robe. Und die ist ihm auch gelungen. Sein Slogan kursiert am Lido schon beinahe wie ein Sprichwort: „Hoch lebe der Autor, nieder mit den Starlets!“ Doch ein berühmter Autor ist noch lange keine Garantie für einen guten Film. So waren denn die sogenannten „Autorenfilme“ der ersten Biennale-Hälfte zum größten Teil sterbenslangweilig.

Der 68jährige Kon Ichikawa beispielsweise, der in Venedig schon Meisterwerke gezeigt hat, galt auch in diesem Jahr als preisverdächtig, aber dieser Verdacht zerschlug sich schnell. Denn der Japaner erzählt in seinem Film „Der feine Schnee“ langatmig, preziös und theatralisch. Es geht um vier Schwestern aus Osaka, von denen sich die beiden älteren nach Kräften darum bemühen, die jüngeren dem Ritus gemäß unter die Haube zu bringen.

Umständlich und schwerfüßig dann Frank Beyers Film „Der Aufenthalt“ nach Herrmann Kants Roman. In diesem Film aus der „DDR“ geht es um einen jungen deutschen Soldaten, der 1945 in polnische Gefangenschaft kommt und von polnischen wie deutschen Mitgefangenen gequält wird. Die Schwere dieses Films hob der 45jährige Italiener Pupi Avati mit seinem heiteren Capriccio „Ein Schulausflug“ wieder auf: Eine alte Dame erinnert sich da, wie sie mit ihrer Klasse – Jungen und Mädchen gemischt – kurz vor dem Abitur einen turbulenten Dreitagemarsch von Bologna nach Florenz unternahm. Ein Film über die letzten Tage unbeschwerter Jugend, der den Rahmen eines kleinen Sommerfilms allerdings nicht sprengen konnte, trotz eines furiosen Auftritts des Komikers Carlo delle Piane.

Drei Filme hat Frankreich im offiziellen Wettbewerb, und alle drei waren schon vorher zu sehen. Georges Rouquier, 74jähriger Altmeister der Dokumentaristen, hatte 1946 für „Farrebisque“, den minuziösen Bericht über eine südfranzösische Bauernfamilie und ihren harten Alltag, in Cannes und Venedig Preise eingeheimst. Siebenunddreißig Jahre später versucht er ein Comeback mit einer Fortschreibung des früheren Films; aber nur wenig Neues gibt es über das Dörfchen Farrebique zu erzählen. Die ländlichen Uhren gehen langsam.

Auch Alain Resnais, der vor gut zwanzig Jahren in Venedig mit „Letztes Jahr in Marienbad“ triumphierte, hat wenig Substantielles zu bieten. Dabei packt er in „Das Leben ist ein Roman“ gleich drei Geschichten in eine. Ein Schloß in den Ardennen, das ein exzentrischer Graf sich zu Beginn des Jahrhunderts erbauen ließ, um daraus einen „Tempel des Glücks“ für sich und seine Freunde zu machen, ist achtzig Jahre später Tagungsort für ein Seminar junger Lehrer, das sich mit dem Thema „Fantasie“ befaßt. Die Erzieher gebärden sich wie alberne, späte Kinder, während ihre kleinen Schüler in einem Schloß-Trakt nebenan ein Märchen aufführen, das vom Sieg des Guten über das Böse spricht und im Grunde den Traum vom Glück, den der Graf einst träumte, erfüllt. Die drei Handlungsstränge lassen sich nur mit Mühe entwirren, was den Film esoterisch und ermüdend macht.

Frankreichs dritter Beitrag „Hanna K.“ von Costa Gavras wurde mit größter Spannung erwartet. Es geht darin um die in New York geborene Jüdin Hanna K., die nach Israel geht, um in Jerusalem als Anwältin zu arbeiten. Gleich in ihrem ersten Prozeß gerät sie in eine unselige Lage. Sie muß einen Palästinenser verteidigen, der illegal über die Grenze kam, um die Rechte auf sein ehemaliges Haus in einem Dorf am Rande Jerusalems geltend zu machen. Jill Clayburg als Hanna kniet sich mit Verve in den Fall und tritt leidenschaftlich für den Araber ein, was den Prozeß zu einem Politikum, sie selber zur Persona non grata macht. Immer wieder setzt der hervorragend fotografierte Film in grandiosen Totalen die Stadt Jerusalem ins Bild, und das Porträt der Hanna ist sensibel gezeichnet. Leider gleitet Costa Gavras im letzten Drittel in Sentimentalitäten ab: Hanna zwischen drei Männern, dem Ehemann, der aus Paris anreist, dem israelischen Kollegen, von dem sie ein Kind hat, und dem arabischen Mandanten, den sie verteidigt. Das ist des Guten zuviel.

Wesentlich strenger und konsequenter geht Robert Altman aus den USA mit seinem Soldatenepos „Streamers“ um. Einziger Handlungsort: der Schlafsaal einer amerikanischen Kaserne im Jahre 1965, in dem drei junge Rekruten auf ihren Vietnam-Einsatz warten. Auf diesem Warteposten braut sich eine gespannte Atmosphäre zusammen, die explodiert, als ein neurotisch-aggressiver Schwarzer zu ihnen stößt. Nackte Gewalt bricht aus, einer der Rekruten bleibt tot auf der Strecke. Die jungen Leute stehen vor dem Fiasko eher perplex als erschrocken. Wie ein intimes Kammerspiel, mit Akuratesse meisterlich inszeniert, ist dieser Film gewiß der härteste in Altmans Werk.

„Streamers“ fand viel Bewunderung, Woody Allens außer Konkurrenz laufender neuer Film „Zelig“ jedoch wurde geradezu frenetisch gefeiert. „Zelig“ ist die Parodie auf eine ausgefallene Biografie, welche Allen in die zwanziger Jahre plaziert. Wer ist Zelig? Ein Mann ohne Ich, ein menschliches Chamäleon, das in seinem unnennbaren Bedürfnis, geliebt zu werden, Form und Identität eines jeden annimmt, der in seine Nähe kommt, sei er Chinese, schwarzer Jazztrompeter oder Champion auf dem Baseball-Platz. Kein Wunder, daß er bald das Hätschelkind der Psychiater wird. Mia Farrow als Doktor Eudora Fletcher gelingt die Heilung dieses Patienten, in den sie sich dabei freilich rettungslos verliebt. Ein ebenso intelligenter wie witziger Film und bislang unbestrittener Höhepunkt des Festivals.

DORIS BLUM

KULTURNOTIZEN

Den hundertsten Geburtstag Alfredo Casellas feiert seine Heimatstadt Siena mit einem internationalen Kompositionswettbewerb, einer Ausstellung und einer Konzertreihe.

Sergej Eisensteins Zeichnungen präsentiert bis zum 2. Oktober die Kunsthalle in Düsseldorf.

Willem de Koonings sämtliche Skulpturen zeigt die Kunsthalle der Stadt Köln bis zum 30. Oktober.

Kunsthandwerk aus der südchinesischen Provinz Guizhou ist im Bonner Institut für Auslandsbeziehungen bis zum 1. Oktober ausgestellt.

Grafik von 18 jungen Künstlern aus Europa und den USA zeigt der Westfälische Kunstverein im Landesmuseum in Münster bis zum 2. Oktober.

Eine Reliefsammlung der großen Kulturepochen, darunter auch Gipsabgüsse antiker und altamerikanischer Werke, ist im neueröffneten Knauf-Museum in Iphofen bei Würzburg zu sehen.

Ein nationales Theatermuseum kann in London jetzt aufgrund einer anonymen Spende von rund einer Million Mark errichtet werden.

Carlo Sgorlon erhielt den Campiello-Preis für seinen Roman über das Schicksal italienischer Auswanderer nach Sibirien.

Der 25. Internationale Kongreß für Kunstgeschichte findet bis zum 10. September in Wien statt.

Der koreanische Pianist Youngshin An gewann beim fünften internationalen Robert-Casadesus-Piano-Wettbewerb in Cleveland, USA, den ersten Preis.

John Gilpin, britischer Balletttänzer, von 1950 bis 1970 erster Solotänzer des Londoner Festival-Balletts, ist in London im Alter von 53 Jahren gestorben.

Der Vater der Erwachsenenbildung – Zum 200. Geburtstag von Nikolaj Frederik Severin Grundtvig

Aufklärung aus der Volkshochschule

In diesen Wochen werden in Dänemark Festveranstaltungen ohnegleichen ausgerichtet. „Package-Touren“ bringen in- und ausländische Gäste zu mindestens fünf Großveranstaltungen. Im Christiansborg Palace beginnt morgen eine internationale Konferenz unter dem Titel „Tradition und Erneuerung“. Dies alles gilt einem Mann, dessen Statur und dessen Naturell wohl nicht auf Feierlichkeit angelegt waren, der zeit seines Lebens geradlinig und widerborstig, orthodox und liberal in einem dachte und so unendlich viel für die kulturelle, geistige und historische Identität der Dänen bewirkt hat. Es ist Nikolaj Frederik Severin Grundtvig, dessen Geburtstag sich am 8. September zum zweihundertsten Mal jährt.



„Der Verstand ist ein klares Gefühl“: Nikolaj F. S. Grundtvig FOTO: DIE WELT

Bei diesen gewiß moderat veranstalteten Lobpreisungen, so wie es nordischem Selbstbewußtsein und skandinavischem Understatement entspricht, wird bewußt werden, daß Grundtvig nicht einfach unter der Rubrik „Volksbildung“ zu vereinnahmen ist, auch wenn der Schwerpunkt vor allem auf dem Erwachsenenbildner liegt. Schließlich gilt Grundtvig „als der geistige Vater der Heimvolkshochschule, der Vorläufer der allgemeinen Erwachsenenbildung“. Zugleich wird hervorgehoben, „daß seine Ideen immer noch lebendig“ seien und „wir ihn mehr denn je in unsere Zeit“ hereinnehmen müßten.

Wären der Mann, das Werk und die damit verbundene Zeit nur eine dänische Angelegenheit, man müßte nicht unbedingt darauf eingehen, aber Grundtvig ragt aus seiner Zeit in eine Internationalität hinein, die sich für ihn interessiert und glaubt, daß er ein Vermächtnis darstellt, das über das stets wiederholte Ornament hinausweist, daß er der geistige Vater der Heimvolkshochschulen sei. Selbst in Israel wird sein Schrifttum beachtet, gelesen und übersetzt, in Bildungseinrichtungen des Militärs genauso wie in denen des Bankenwesens. Aber was hat der Gefeierte mit uns, der heutigen Erwachsenenbildung hierzulande, auch mit Fragen nationaler Identität oder traditionaler Religiosität zu tun?

Die Rezeptionsgeschichte der Gedanken Grundtvigs in Deutschland ist gewiß absonderlich. Wenn man die Konversationslexika als Maßstab des jeweiligen Zeit- und Kulturbewußtseins begreift, so kann man feststellen, daß bei uns Grundtvig zunächst als Prediger, als Bischof (ab 1861), als Mythen-Vermittler und als Dichter von geistlichen und weltlichen Dingen bekannt gemacht wurde, daß er 1864 in der Auseinandersetzung zwischen Preußen und Dänemark auf der Seite nationalstaatlicher Politik zu finden ist und daß sein Beitrag zur Volksbildung offenbar erst spät entdeckt wurde. Daran mag seine dunkle, raunende, bisweilen gar unverständliche Sprache in den „Schriften zur Volkserziehung und Volkheit“ mit schuld sein. Hinzu kommt, daß sein Übersetzer und Vermittler Johannes Tiedje Grundtvigs Verständnis und Verhältnis zu Volksbildung und Volkstum, zu nationaler Identität, gespeist aus Tradition und Mythologie, auf den Zeitgeist der Agonie der Weimarer Republik umgebogen hat.

Wenn ich lexikalische Belege überblicke – ich habe solche von 1889, 1904, 1926 und 1969 durchgesehen –, so kann ich beobachten, daß der Volksbildner sich erst 1969 fest im deutschen Lexikon etabliert. Zunächst wird er so charakterisiert: „Dänischer Historiker, Dichter und Theologe.“ Freilich werden stets auch nachgeordnet Grundtvigs Verdienste um den Volksunterricht in Dänemark und als Stifter der „höheren Bauernschulen“ und der „volkstümlichen Hochschulen“ genannt.

Richtig ist, daß Grundtvig dem orthodoxen Luthertum Geltung verschafft hat. Aber er hat auch geschichtliche Kenntnis vermittelt und durch Dichtung und Mythologie die nationale Identität gestärkt. Dies alles wird freilich hernach auch für die Errichtung von Heimvolkshochschulen eigener, eben dänischer Prägung dienstbar gemacht, deren erste er 1844 in Rodding gründete und die sich als Instrumente der Gemeinschaftsbildung und der nationalen, traditions- und geschichtsgebundenen Rückversicherung der ländlichen Bevölkerung begreifen sollten.

In der Pädagogik in Deutschland ist Grundtvig spät entdeckt und vor allem spärlich interpretiert worden. Die wesentlichen Schriften zu Theologie, Mythologie und Volksbildung liegen oft nur in Auswahlausgaben vor. Monographische Untersuchungen zu den verschiedenen von Grundtvig gestalteten Sachbereichen sind nicht eben zahlreich. Es war vor allem in Zeiten, da sich die Volksbildung hierzulande um praktisches Profil und wissenschaftliche Dignität bemühte, als sich die Beschäftigung auffällig auf Heimvolkshochschulen und auf Volksbildung als nationale Identitätsvermittlung konzentrierte. So nimmt es nicht wunder, daß monographische Studien – so von Lehmann, Schmitz, Lorentzen – gerade in den beginnenden 30er Jahren erschienen.

Erich Weniger, der Göttinger Pädagoge, der sich mit besonderer Weise und mit Intensität der Edition des Werkes von Grundtvig angenommen hat, hebt zunächst hervor, daß es sich bei Grundtvig um eine „einheitliche Konzeption einer Volksbildungslehre“ handele – dies wäre schon viel und würde eine rein historische Reverenz übergreifen. Sodann macht er bewußt, daß der „Aufklärungs“-Begriff von Grundtvig der finessenreichen Aufklärerei entgegenstehe. „Aufklärung“ war für Grundtvig „wirklich“, wenn sie „über das im Augenblick gegenwärtige Leben“ berichte. Und schließlich hat Weniger den „Menschheits“- und „Verstandes“-Begriff Grundtvigs angesprochen, den er übrigens in der Nähe Diltheys vermutete; der Menschheitsbegriff wird bei Grundtvig dürrer Rationalität entgegengesetzt, denn – so Grundtvig – „der Verstand ist nämlich nichts anderes als ein Gefühl, das seiner selbst klar wird“. Darüber nachzudenken, lohnt gewiß und macht Grundtvig ohne Übertreibung aktuell.

Geschichtlichkeit, Religiosität und Identitätssuche sind die Bezugspunkte, die die Grundbefindlichkeit gegenwärtiger Gesittung ansprechen.

JOACHIM H. KNOLL

London: Ljubimows „Raskolnikoff“-Inszenierung

Mörder im Lichtkreis

Im Hintergrund der schwarzen Bühne springt eine Tür auf. Eine Menschenmenge, alle mit verbundenen Augen, quirlt hervor. Rodion Raskolnikoff windet sich zwischen den toten Seelen. Schreiende Dissonanzen aus Lautsprechern. Grelles Licht wechselt blitzschnell mit pechschwarzer Nacht. Plötzlich steht Napoleon mit Dreispitz majestätisch im Gewimmel und reicht Raskolnikoff die Axt. Der schlägt wie ein Rasender auf wehrlose Frauen ein. Blut leuchtet auf. Und schon ist der Spuk wieder verschwunden.

So läuft eine der halluzinatorischen Traumsequenzen in Jurij Ljubimows Bühnenbearbeitung von Dostojewskijs „Schuld und Sühne“ ab, die der russische Regisseur 1978 an seinem Moskauer Taganka-Theater entwickelte und die er jetzt zum ersten Mal im Westen am Londoner Lyric Theatre mit britischen Schauspielern neu realisierte. Die Pantomime dieser Traumszene wirkt wie eine kafkaeske Angstvision, wie ein Anknüpfen an avantgardistische Techniken des deutschen Stummfilms. Man begreift, daß Ljubimow mit seinem konsequent antiillusionistischen Stil das Evangelium des sozialistischen Realismus mißachtet und sich damit den Zorn der Moskauer Kulturfunktionäre zuzog.

Wichtigstes Bühnenrequisit ist eine Tür. Sie wandert surrealistisch über die Bühne. Es ist die blutbefleckte Tür, an der Raskolnikow die „nutzlose“ alte Pfandleiherin erschlug, um ein zweiter Napoleon zu werden. Die Tür ist programmatisch das Symbol für den Weg zu einer Bewußtseinserweiterung. Sie ist die ständig drohende und lockende Antithese zur These des immanenten Weltbilds des ideologischen Käfigs, in dem der Mensch verkümmert. Sie ist aber auch der Weg nach innen, zur Selbsterkenntnis und letztlich notwendiger Durchgang zum Glauben.



Aus Moskau ins Londoner Westend: Jurij Ljubimow FOTO: AP

Ljubimow hat darauf verzichtet, den besten Kriminalroman der Weltliteratur auf die Bühne zu bringen. Ihm geht es nicht um Handlungsspannung. Er spürte den Zündschnüren der Vorlage für ein Ideendrama nach. Sein Bühnenstil zielt darauf ab, den Sprengstoff im Zuschauer zur Explosion zu bringen.

Zu diesem Zweck stellte sein Bühnenbildner David Borowskij Spiegel so auf, daß sich das Publikum darin erblickt. In den Bühnenstil dieses bedeutendsten Moskauer Theaterregisseurs sind Brechtsche Elemente wie der Gestus des Zeigens eingeschmolzen, wenn Beleuchter zum klinischen Sezieren geheimer Gedanken von der Rampe den Lichtstrahl von Handlaternen auf Akteure richten. Integraler Bestandteil des Bühnenstils sind Beleuchtung und Musik. Chöre, Glocken, aufreizende Tanzrhythmen, aber auch elektronische Geräusche bilden den oft verfremdenden Kontrapunkt zum Geschehen.

Im Londoner Westend würde man vergeblich eine derart hochentwickelte Beleuchtungsregie suchen. Ljubimow bewegt virtuose Gruppen. Er bezieht das Auditorium mit ein, betont den aggressiv-aufmöbelnden Stil, der darauf abzielt, dem Menschen Anspruch und Qual sittlicher Autonomie zurückzugeben. Die Spitze gegen die Nivellierungsbestrebungen des Regimes ist schneidend, wenn Raskolnikow am Schluß aus dem Aufsatz eines Moskauer Schülers unserer Tage die offizielle Interpretation von Rodion Raskolnikoff als einen frühen sozialistischen Helden verliest, der eine nutzlose Kapitalistin zum Besten der Gesellschaft umbrachte und dabei das Pech hatte, erwischt zu werden.

Ljubimow hat in seinem 1964 gegründeten Taganka-Theater eine Existenz am Rande des gerade noch Erlaubten gefristet. Wohl wegen seiner überragenden künstlerischen Potenz ließ man ihn widerstrebend gewähren. Obwohl er seit 30 Jahren Parteimitglied ist, bekannte er sich als gläubiger Christ. In der Satire „Hölzerne Pferde“ ließ er eine Bäuerin sich vor einem Bild Lenins bekreuzigen. „Lenin oder eine Ikone – ist doch alles eins“, sagt sie. Kein Wunder, daß das Taganka-Theater ständig ausverkauft ist.

SIEGFRIED HELM

Berlin: Tourneestart der Londoner Symphoniker

Jubel um den Mandarin

Manche Orchester machen es sich denn doch schwerer als andere – und dies sogar auf Tourneen. Das London Symphony Orchestra unter Claudio Abbado jedenfalls, zu Gast in der Berliner Philharmonie im Rahmen der Festwochen, stellte sich mit einem Programm vor, das so ziemlich überall als Publikumsscheuche gegolten hätte. Hier nicht. In Berlin spielte es vor vollem Saal und errang sich riesigen Beifall.

Dabei muß man schon auf die kühne Idee kommen, ein Programm ausgerechnet mit Bartóks Suite „Der wunderbare Mandarin“ zu eröffnen. Bartóks ächzende, klagende, rasende Partitur gewann sich unter Abbados Leitung großartig düstere Wirkung.

Gleich in diesem Einleitungsstück, in seiner grellen Atemlosigkeit, seinem Schrecken gebärenden Vorwärtsdrang, zeigte sich das englische Orchester als eine Elite-Mannschaft der Musik. Es musiziert mit Straffheit und Artikulationsschärfe.

Die Trompeten, Posaunen, die Tuba spielen den ganzen Abend in einem Glanz, als ginge über ihrem Spiel selbst spät am Abend noch niemals die Sonne unter. Es kommt zu bestechenden Farbenspielen des Blechs. Eine Fülle von Schattierungen wird von den Bläsern erspielt, die gleichermaßen von glänzender Spieltechnik wie vor exquisiter Klangphantasie zeugt. Und die Holzbläser stehen ihren blitzenden Kollegen an Akzentuierungskunst, an Ausdrucksvermögen nicht nach.

Die Streicher spielen mit funkelnder Opulenz. Sie verstehen Feuer zu sprühen. Abbado, seit vier Jahren „Hauptdirigent“ des Orchesters (womit man im Englischen den musikalischen Monarchen bezeichnet), hat seine Musiker fest im feurigen Griff: Eine musikalische Körperschaft, bestehend aus Haupt und Gliedern, in der freilich auch die Glieder vernunftbegabt sind.

Aus Bartóks Folterkammer führte Abbado das Publikum in Schönbergs Schreckenskammer hinüber. Mit dem knapp halbstündigen Opern-Einakter „Erwartung“ zeichnete er konzertant das Bild musikalisch dahin schwelender Angst. Schönbergs Kaleidoskop der Beklemmungen, immer neue Klänge, Figurationen, Klangsplitter hervorschüttelnd, wurde von Abbado mit subtilen Händen gedreht.

Dennoch aber blieb der Schrecken erstaunlich steril. Phyllis Bryn-Julson, die Solistin, hatte sich nicht der Mühe unterzogen, ihren Sopranpart auswendig zu lernen. Gemächlich auf ihr Notenpult gestützt, sang sie pfleglich vom Blatt, den Alptraum Schönbergs nicht mitträumend, sondern nur vorzeigend, wie man Diapositive einer Angstreise in den Heimprojektor schiebt. Das war nicht genug. Mussorgskys „Bilder einer Ausstellung“, von Ravel zur Orchesterparade hochinstrumentiert, bildete den imponierenden Ausklang.

KLAUS GEITEL

JOURNAL

Carlos Saura dreht Aguirre-Film

AFP, Paris

Nach Werner Herzog wird nun der spanische Filmregisseur Carlos Saura das Leben des spanischen Conquistadors Lope de Aguirre verfilmen. Das Personenporträt unter dem Titel „La aventura de el Dorado“ will Saura in Brasilien drehen. Der Regisseur will Aquirre entsprechend der Auffassung Bolivars als „ersten Befreier Lateinamerikas“ zeichnen.

5000jähriger Bauernhof in Akko entdeckt

AFP, Jerusalem

Die Überreste eines etwa 5000 Jahre alten Bauernhofs haben Archäologen in Akko in Nordisrael entdeckt. Damit gehört Akko zu den ältesten bisher nachweisbaren Siedlungen der Welt. Der etwa 3000 vor Christus gebaute Hof ist rund 1000 Jahre älter als die bisherigen Funde dieser Art. Auf dem Gebiet der heute rund 36 000 Einwohner zählenden Stadt Akko stand einst eine blühende Handelsmetropole der Kanaaiter.

Gegen Kommerzialisierung chinesischer Kunst

rst. Peking

In der Volksrepublik China begann eine großangelegte Kampagne gegen die Kommerzialisierung der Kunst und der Literatur. In einem Kommentar von Radio Peking wurde bedauert, daß „einige Künstler nur für Geld arbeiten und nur an Geld denken“. Die Parteipresse kritisierte Schauspielerensembles der Hauptstadt, die in die Provinz fahren und dort für viel Geld Vorstellungen mit schlechtem Niveau böten. Der Schriftsteller Li Xun erklärte, daß die Kommerzialisierung der Kunst „den sozialistischen Grundprinzipien zuwiderläuft“, was mit allen Mitteln verhütet werden müsse.

Weizsäcker erhält Düsseldorfer Heine-Preis

dpa, Düsseldorf

Der Physiker und Philosoph Carl-Friedrich Freiherr von Weizsäcker erhält den mit 25 000 Mark ausgestatteten Heinrich-Heine-Preis, den die Stadt Düsseldorf alle zwei Jahre zum Geburtstag ihres größten Dichtersohns am 13. Dezember verleiht. Die 13köpfige Jury entschied sich für den Gelehrten, weil dessen „vielseitiges Werk von der Sorge um die Zukunft der Menschheit und der Welt getragen“ sei. Aus moralischer Verantwortung habe er zugleich die Grenzen der Freiheit und insbesondere der Naturwissenschaften abgesteckt.

„Brüder-Grimm-Preis“ für Wolfgang Hilbig

dpa, Hanau

Der in Leipzig lebende Schriftsteller Wolfgang Hilbig (42) erhält den von der Stadt Hanau gestifteten „Brüder-Grimm-Preis“. Die Jury vergab den mit 10 000 Mark dotierten Preis einstimmig an Hilbig für dessen Gedichtband „Abwesenheit“ und für seine Erzählungen „Unterm Neumond“. Hilbig hat den Preis, der erstmals im November verliehen wird, inzwischen telegrafisch angenommen.

Bernard Guillemin 85

dpa, Dillon Beach/Kalifornien

Der Schriftsteller und Übersetzer Bernard Guillemin, einziger Überlebender der Berliner Autorenvereinigung „Gruppe 1925“, vollendet heute sein 85. Lebensjahr. Guillemin, der in der Weimarer Republik zu den scharfsinnigsten Literaturkritikern gehörte und unter anderem mit Robert Musil befreundet war, verließ 1934 Hitler-Deutschland und ging über Jugoslawien und Italien in die Vereinigten Staaten. Guillemin war von 1921 bis 1923 Nachrichtenredakteur beim Berliner Ullstein Verlag, dann literarischer Mitarbeiter des Berliner Börsen-Couriers. Von 1926 bis 1928 leitete er das Feuilleton der Magdeburgischen Zeitung und war dann bis zum Ausbruch des „Dritten Reiches“ als freier Autor tätig.

G. Wands Debüt als Chef des NDR-Orchesters mit Bruckner in Hamburg

Musik wie am ersten Schöpfungstag

Wer sich an Anton Bruckner heranwagt, muß Liebe haben und Geduld und sich viel Zeit nehmen. Denn was der „arme verrückte Mensch, den die Pfaffen von Sankt Florian auf dem Gewissen haben“ (so Johannes Brahms), der angeblich Ungebildete, Wagner-Hörige orchestral geschaffen hat, ist mit ausfahrenden Gesten und blechblasendem Allotria nicht auszumessen. Die neun „symphonischen Riesenschlangen“ (so wiederum Brahms, von Hanslick nachgeplappert) tragen eine prismatisch schillernde Haut, entwickeln ein ausgreifend-bekenntnishaftes Innenleben, gestützt auf kühne Konstruktionsideen.

Es hat viele Bruckner-Dirigenten gegeben, aber wenig berufene. Seit die Musikwissenschaftler Robert Haas und Leopold Nowak den manchmal gespalteten letzten Willen des Komponisten freigeschaufelt haben, ist die Wiedergabe der Originalfassungen Ehrensache. Eugen Jochum hält sich ebenso daran wie Karajan und Günter Wand.

Wie Jochum und Karajan hat sich auch Günter Wand tief eingelassen auf das sinfonische Vermächtnis Bruckners, eines musikalischen Kosmos, der im Grunde unteilbar ist. Deswegen kommt auch Wand an einer „Gesamtaufnahme“ der Sinfonik vorbei, die bei harmonia mundi/EMI Electrola fortschreitet. Und doch, Schallplatte hin, Digitalaufnahme her: Wer Wand jetzt zu Beginn seiner zweiten Chefdirigentensaison mit dem NDR-Sinfonieorchester in Hamburgs Großer Musikhalle mit Bruckners Fünfter hörte, erfuhr einmal mehr, daß dem Schöpfungstag näher ist, wer die Konzentrationsfäden körperlich spürt, an denen der 72jährige (natürlich auswendig dirigierend) den Kraftstrom aufspannt, der sich von der langsamen Einleitung bis zum Choral im Finale steigert: Krönung der Doppelfuge, die in Bruckners Sinfonik einzig dasteht.

Mit Bruckner unter Wand, so scheint's, finden die NDR-Sinfoniker zu den großen Zeiten Schmidt-Isserstedts zurück – auch sie haben Liebe, ohne die in der Musik und auch sonst nichts geht: Liebe zu ihrem Bruckner-Lehrer und mit ihm zu Bruckners sinfonischen Turmbauten, die weniger „absolut“ zu sein scheinen als vielfach behauptet. Atemlos folgte das Publikum, Wands Publikum, dem grandiosen Aufriß der Sätze, der kühl-zärtlichen Durchzeichnung der polyphonen Griffelkunst, der Choralfrömmigkeit und dem oberösterreichischen Bauerntanz (Scherzo), der binnenmusikalischen, satzübergreifenden Dramaturgie: Eineinviertelstunde Bruckner-Sitzung ohne Tempoprobleme, ohne Bangen um Blechbläsertöne, ohne Aufmerksamkeitsschwund, Schweigesekunden, Bravo-Rufe, Klatschorgie. Das Orchester verweigert seinem Chef den Aufstehgehorsam, klappert ihm mit den Geigenbögen zu. Was kann einem Dirigenten Besseres passieren?

LUTZ LESLE

Feuer auf der Rennbahn: Elf Pferde verbrannt

KLAUS GÖNTZSCHE, **Köln**

Ein 17jähriger kaufmännischer Lehrling hat bei der Vernehmung vor der Kölner Kriminalpolizei gestanden, den Brand verschuldet zu haben, bei dem in der Nacht zum Dienstag auf dem Gelände der Galopprennbahn in Köln-Weidenpesch elf Rennpferde umkamen. Die Pferde erstickten und verbrannten in den Flammen. Der Jugendliche hatte mit Streichhölzern gespielt. Dabei gerieten vor den Stallungen deponierte Strohballen in Brand. Der Brandstifter versuchte noch selbst zu löschen – ohne Erfolg. Er konnte aufgrund exakter Personenbeschreibungen später in der Wohnung seiner Eltern festgenommen werden.

Der Schwelbrand wurde gegen 19.30 Uhr vom ehemaligen Amateurrennreiter und heutigen Rennbahnfunktionär Michael Renz (38) entdeckt. Es gelang ihm noch, eine unverschlossene Boxentür zu öffnen und das Pferd „Apotheose" aus den Flammen zu retten. Auch die Tür zur Box der Stute „Ambergerin" konnte Renz aufbrechen. Das Tier lief noch ins Freie, brach dann aber tot zusammen.

Außerdem kam für die Rennpferde „Ibis", „Apologie", „Sabreur", „Eisheilige", „Casino Queen", „Aivar", „Pachysandra", „Schönschrift", „Graf Alexander" und „Gervasius" jede Hilfe zu spät. Sie wurden von den Trainern Bruno Schütz und Andreas Loewe auf Rennen vorbereitet. Die dreijährige Stute „Eisheilige" hatte erst vor wenigen Tagen den Stall gewechselt. Sie war das wertvollste der elf Pferde. In diesem Jahr hatte die Stute im klassischen Schwarzgold-Rennen den zweiten Platz belegt. „Eisheiliges" Wert wird auf 60 000 bis 80 000 Mark geschätzt.

Hans-Jürgen Braun (39), der Geschäftsführer des Kölner Renn-Vereins, dem die Stallungen gehören, bezifferte den Gesamtschaden auf rund 700 000 Mark. Die Stallungen wurden 1970 gebaut, sie dienten in erster Linie als Gastboxen für auswärtige Pferde an Renntagen. Die verbrannten Pferde waren dort notdürftig untergebracht, weil in den eigenen Ställen der Trainer kein Platz mehr war. Trainer Bruno Schütz betreut seit Jahren auch die Pferde von Regierungssprecher Peter Boenisch, der Boenisch-Hengst „Laila's King" stand jedoch in einem anderen Stall.



Der teure Baugrund läßt auch in Tokio die Wolkenkratzer immer höher wachsen. In manchen Stadtteilen nehmen die Giganten den Bewohnern der kleineren Häuser sogar das Tageslicht.
FOTO: WOLFGANG STECHE / VISUM

Im Schatten der Hochhäuser tobt der Streit ums Sonnenlicht

EDWIN KARMIOL, **Tokio**

Sieben Bürger Tokios zahlten einer Baufirma unlängst umgerechnet 80 000 Mark, um den Bau eines mehrgeschossigen Wohnhauses zu verhindern, das ihnen „ihr Recht auf Sonnenschein" genommen hätte. Ursprünglich hatte die Baufirma eine Entschädigung von 280 000 Mark dafür verlangt, daß sie die Pläne für ein Haus in der Schublade ließ.

Zwar scheint die Sonne auch in Japan zu jedermanns Freude, aber in Tokio und anderen japanischen Großstädten ist Sonnenschein zu einem kostspieligen „Handelsobjekt" geworden. Allein in der Hauptstadt des Landes gibt es Zehntausende von Einwohnern, die in ständigem Dämmerlicht leben müssen – im Schatten der Hochhäuser.

Diese Lebensbedingungen sind unmittelbare Folge des Zweiten Weltkrieges, in dem Tokio und andere Großstädte in Trümmerwüsten verwandelt wurden: Um der Wohnungsnot möglichst schnell abzuhelfen, gab es nach dem Krieg unkontrolliert Baugenehmigungen für jedermann. Eine wahllos einsetzende Bautätigkeit beraubte Tokio daraufhin aller Chancen für einen geordneten und klar gegliederten Wiederaufbau.

Schon bald zwangen dann knapp werdende Grundstücke und daraus resultierende Phantasiepreise die Bauunternehmer zur radikalsten Ausnutzung ihrer Grundstücke, zum Bau von Hochhäusern.

Eine Protestflut der „Sonnen-Opfer", die sogar an hellen Sommertagen Licht in allen Räumen brennen lassen müssen, setzte ein. Die ewige Dämmerung verursacht zudem Nässe und Fäulnis. Die Beschwerden erreichten schließlich das Parlament. Doch seine Leitlinien für neue Baugesetze wurden von regionalen Bedingungen abhängig gemacht – eine Verwässerung der guten Absichten.

„Das Recht auf Sonnenschein", das den Japanern nun zwar behördlich zuerkannt ist, kann demnach so oder so ausgelegt werden:

- Manche Zonen – in denen nur ein- und zweistöckige Miethäuser errichtet werden dürfen – wurden so zu „Sonnenschein-Wohngebieten".
- In anderen Wohnzonen wiederum dürfen Hochhäuser benachbarte Anwesen doch „verschatten", wenn auch nicht länger als drei bis fünf Stunden am Tag.
- Manche Behörden weisen die Bauherren an, zunächst das Einverständnis der betroffenen Anwohner schriftlich einzuholen. Ihnen legt die Baufirma dabei eine „Sonnenkarte" vor, aus der die Verschattungsdauer hervorgeht. Mit ihrer Hilfe wird ein Entschädigungsbetrag für verlorenes Sonnenlicht ausgehandelt.

Solche Vergleiche bringen den Anwohnern im allgemeinen als Gegenleistung zu ihrer Zustimmung zum Hochhausbau einmalige Zahlungen in Höhe von viertausend bis 25 000 Mark ein.

Bei der „Flexibilität" der Baubestimmungen nimmt es daher nicht wunder, daß vor allem private Bauunternehmer sich aller nur möglichen Schliche bedienen, um ihre Projekte durchzusetzen.

So war ein Facharzt mit zwei Nachbarn übereingekmommen, die Bauhöhe seines Mithausprojektes zu reduzieren. Hinterher wollte er die Nachbarn jedoch dafür auf Zahlung von 200 000 Mark verklagen. Die Klage wurde abgewiesen. Die ausgehandelten Vergleiche werden immer teurer: 3,3 Millionen Mark mußte vor einigen Jahren die japanische Staatsbahn zahlen, um die Bahnkörper durch ein Wohngebiet zu verlegen. 2,6 Millionen an private Haushalte legte die Autobahn-Verwaltung für eine Hochstraße durch ein anderes Wohngebiet auf den Tisch.

Da das zu teuer wird, ist die Stadtverwaltung des Großraums Tokio gegenwärtig dabei, bisherige Wohngebiete in industrielle Bezirke umzuwandeln. Eine Entscheidung, die einer Genehmigung für die Errichtung neuer Hochbauten gleichkommt. Der Auftakt für eine weitere „Verdunkelung". (SAD)

Siamesische Zwillinge in Japan getrennt

FRED de la TROBE, **Tokio**

„Unsere Aufgabe war es, die Leber, den Herzbeutel und den Brustkorb zu trennen." Damit umriß Professor Kazuo Nakamura, leitender Chirurg an der Klinik der Universität Kobe, seine bisher schwierigste Aufgabe. Dem Wissenschaftler gelang es, siamesische Zwillinge zu trennen, bei denen es besondere Komplikationen gab: Zwei wichtige Organe, Leber und Herzbeutel, waren zusammengewachsen. Vor ihm hatte das noch kein Arzt geschafft. Die beiden zwei Monate alten Mädchen waren von der Brust bis zum Unterleib über eine Länge von 15 Zentimetern zusammengewachsen. Jedes hatte ein eigenes Herz, doch fehlte beiden das Brustbein. Die siamesischen Zwillinge wurden in die Universitätsklinik überführt. Nakamura bildete ein „Projekt-Team" aus zehn Chirurgen, fünf Narkosespezialisten, fünf Kinderärzten und zehn Krankenschwestern. Nach Vorbereitungen und Tests war es am Dienstag letzter Woche so weit: Punkt 10 Uhr begann die Operation, die sechs Stunden dauerte. „Brust und Unterleib zu trennen, war ziemlich einfach", schilderte der Arzt jetzt den Eingriff. Äußerst schwierig sei es aber gewesen, einen Herzbeutel aus einer Membrane einzusetzen, die Leber zu halbieren und die beiden Teile mit Hautfetzen der Babys zu strecken. Die Operation war ein voller Erfolg. Den Zwillingen geht es gut. Komplikationen sind nicht aufgetreten. In vier Wochen sollen die beiden Kinder aus dem Krankenhaus entlassen werden.

Berlin dementiert

dt, **Bonn**

Dementiert hat das Bundesgesundheitsamt (BGA) in Berlin Meldungen, wonach es Anweisungen an alle Blutbanken gegeben habe, keine Prämien mehr für Blutspenden zu zahlen (s. WELT v. 3. 9.). Zu einem solchen Schritt sei das BGA gar nicht berechtigt. Eine entsprechende Empfehlung des Straßburger Europarates sei lediglich eine Überlegung gewesen, den Anreiz für Blutspenden zu nehmen. Dadurch soll die Gefahr der Übertragung durch AIDS-verseuchtes Blut vermindert werden.

Operation live im Fernsehen

dpa, **Köln/Berlin**

Deutschlands Fernseh-Publikum wird heute erstmals eine Operation live miterleben können. Von 12.00 Uhr an wird in der ARD-Sendung „Direkt dabei" zweimal etwa fünf Minuten lang von einer Herzoperation aus der Kölner Universitätsklinik live berichtet.

Ratten als Drohung

dpa, **Darmstadt**

In einer handgreiflichen Auseinandersetzung mit der Polizei endete gestern der Versuch von 15 Mitgliedern der Roma-Volksgruppe, über den Abriß ihrer Unterkunft durch die Stadt Darmstadt ein Gespräch mit Oberbürgermeister Günther Metzger (SPD) zu führen (siehe WELT v. 31. 8.). Die Polizei ging im Darmstädter Rathaus gegen die Roma vor, nachdem sie erfahren hatte, daß die Roma fünf Ratten mitgebracht hatten.

16jähriger Mörder

dpa, **Aachen**

Wegen Mordes ist am Montag von einer Aachener Jugendkammer ein 16jähriger Schüler zu acht Jahren Jugendstrafe verurteilt worden. Er hatte im November vergangenen Jahres auf bestialische Weise in einem Wald bei Aachen ein gleichaltriges Mädchen umgebracht.

„BMW-Bande" auf der Spur?

SAD, **Marseille**

Die Polizei in Marseille hofft, nach der Festnahme von zwei jungen Leuten in einem gestohlenen BMW der „BMW-Bande" auf die Spur gekommen zu sein, die während der Ferienmonate Dutzende von Autofahrern auf Autobahnrastplätzen in Südfrankreich überfiel und oft bis aufs Hemd ausraubte. Zwei weitere junge Leute konnten fliehen.

Protestsitzung

AP, **Graz**

Da er sich von Polizei und Gericht „verfolgt" fühlt, hat ein Mann in Graz in der Nacht zu gestern vier Stunden auf einem 25 Meter hohen Strommast zugebracht. Er stieg erst herab und ließ sich festnehmen, als es zu regnen begann. Der 42 Jahre alte Hilfsarbeiter ist „Stammkunde" der Grazer Polizei und hätte gestern früh abgeholt werden sollen, um eine Strafe abzusitzen.

Chancen bei Brustkrebs steigen stetig

Amputation wird immer häufiger vermieden / Weltchirurgenkongreß tagt in Hamburg

KLAUS DALIBOR, **Hamburg**

Bei der operativen Behandlung des Brustkrebses, der häufigsten und zahlenmäßig immer noch zunehmenden Tumorart bei Frauen, sind in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte erzielt worden. Vor allem der verstümmelnde Eingriff, also die totale Amputation der Brust, wird heute nach Möglichkeit vermieden. „Grundsätzlich gilt zwar die Regel, im Interesse der Lebenserwartung so radikal wie möglich zu operieren. Aber dabei muß genau das Stadium des Brustdrüsenkrebses berücksichtigt werden", betonte Professor Rainer Winkler auf dem 30. Kongreß der Internationalen Gesellschaft für Chirurgie in Hamburg (4.–9. September).

Die internationale Abstimmung über die beste und zugleich schonendste Therapie für diesen Geschwulsttyp, als dessen Ursache gegenwärtig erhöhter Fettverbrauch diskutiert wird, gehört zu den wichtigsten Themen des Weltkongresses, der zum erstenmal seit dem Krieg wieder in Deutschland veranstaltet wird. Das Operationsprogramm ist, wie Winkler betont, heute wesentlich differenzierter als noch vor einigen Jahren. Die Folge ist, daß die Zahl der Befürworter eines radikalen Vorgehens bei der operativen Behandlung des Brustkrebses abnimmt.

„Die schon seit hundert Jahren praktizierte, traditionelle Verstümmelung ist heute nicht mehr die Regel", stellt der Hamburger Allgemeinchirurg fest. „Organschonendes Operieren, das auch die kosmetischen Bedenken der Frau berücksichtigt, setzt sich immer stärker durch."

Allerdings, so meint der Mediziner, Primat habe die Radikalität, nicht die Kosmetik – das gelte für alle Krebserkrankungen. „Was nutzt es einem Menschen, wenn man ihm die Brust oder seinen natürlichen After erhält, der dann an Krebsleiden stirbt?" Als ersten Schritt für den Operateur gilt die Überlegung, welche Methode er unter Berücksichtigung des jeweils verschiedenen Tumorstadiums wählen solle.

Winkler weist darauf hin, daß der Brustkrebs sich von anderen Tumorarten – etwa den bösartigen Geschwülsten der Eingeweide – durch ein charakteristisches Verhalten unterscheidet. Er neige zur „Systematisierung": Vielfach treten bei anscheinend örtlich begrenzten Tumoren 5, 10 oder 15 Jahre später Tochterabsiedlungen (Metastasen) auf. Wegen dieser Tendenz zur Spätmetastasierung nach einem langen, anscheinend krebsfreien Intervall aber zeigt sich ein anderes Problem, das nach Ansicht der Chirurgen gegen eine einschränkende Operation spricht: Der Brustkrebs erscheint nicht nur an verschiedenen Orten innerhalb derselben Brust, sondern auch in der anderen Hälfte des Busens. Die vollständige Entfernung der Brustdrüse bedeute somit auch eine gewisse Vorbeugung gegen die Entstehung von Zweittumoren.

Ist ein solcher Eingriff an dem „Symbol der Weiblichkeit" nicht ein besonders harter Schicksalsschlag? Winkler wand ein, daß „der erste Schock immer der größte" sei.

Trotz der schwierigen Situation beim Brustkrebs bestehe kein Grund zur Resignation: Die Frauen hätten ja die Chance, ihr Schicksal weitgehend selbst zu bestimmen. „Von dem Augenblick an, von dem sie anfangen, ihre Brust wirklich regelmäßig zu untersuchen und dann auch zu den Vorsorgeuntersuchungen gehen, von diesem Augenblick an könnte man die Zahl der brusterhaltenden Operationen sicher ganz gewaltig steigern." In der Bundesrepublik Deutschland unterziehen sich aber nur etwa 30 Prozent der Fraven Vorsorgeuntersuchungen.

Pozzuoli wird zur Geisterstadt

Stärker werdende Erdstöße lösten eine Massenflucht aus / Angst schlägt um in Zorn

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Der große Exodus aus dem Erdbebengebiet von Pozzuoli bei Neapel hat begonnen. Allerdings nicht in Form einer planmäßig vorbereiteten Evakuierung, sondern mit allen Anzeichen einer Massenflucht. Die seit Monaten andauernden Erdstöße werden immer stärker und häufiger. Die bebende und sich langsam hebende Erde bringt die Bewohner Pozzuolis zur Verzweiflung. Mehr als 2000 Erdstöße im Verlauf eines Jahres und im selben Zeitraum eine Terrainhebung um 74 Zentimeter haben die Stadt praktisch unbewohnbar gemacht. Die Einwohner verbringen seit Wochen die Nächte im Freien und fordern die Beschlagnahme freistehender Neubauwohnungen.

Jetzt sind sie mit ihren Nerven und ihrer Geduld am Ende. Sie fliehen zur Küstenstraße und besetzen dort die Wochenendvillen außerhalb der Erdbebenzone. Sie organisieren Demonstrationen und errichten Straßensperren. Sie stürmen Geschäfte und Tankstellen. Sie sind zu Vagabunden geworden, Opfer der allgemeinen Panik, schon gab es die ersten Verletzten.

Dem letzten stärkeren Erdbeben, das im Stadtzentrum erhebliche Schäden anrichtete, ging ein unheimliches dumpfes Grollen aus dem Erdinnern voraus. Zu dem folgenden Chaos trug der Zusammenbruch der Stromversorgung und der Telefonverbindungen bei. Panik entstand auch im Frauengefängnis und im Hospital von Pozzuoli. Beide mußten geräumt werden. Gefangene und Patienten wurden nach Neapel verlegt.

Der staatliche Zivilschutz bemüht sich nun, den Flüchtlingsstrom in geordnete Bahnen zu lenken. Nach und nach werden Zelte für 3000 Personen aufgebaut. Auch Wohnwagen, die bei der letzten Erdbebenkatastrophe in Süditalien verwendet wurden, kommen jetzt wieder zum Einsatz. Die meisten Einwohner der bedrohten Stadt finden bei Verwandten in Neapel Unterschlupf. Es wird schwierig sein, den Volkszorn zu besänftigen. Die Menschen von Pozzuoli werfen der Regierung und den örtlichen Behörden vor, seit 1970 zu lange mit den Gegenmaßnahmen der bedrohten Einwohnerschaft gewartet zu haben. Bisher gelten fast 500 Häuser als einsturzgefährdet, sogar das Rathaus hat Schäden erlitten.

In der neapolitanischen Presse wird vor allem darüber geklagt, daß in der erdbebenbedrohten Zone längs des Golfs viel zu wenig Kontrollstationen existieren. Das Vesurobservatorium als wichtigster Wachtposten leidet unter chronischem Personalmangel. Wo 50 wissenschaftliche Hilfskräfte gebraucht würden, stehen nur acht Planstellen zur Verfügung. In der größten Zeitung Neapels „Il Mattino" kommt der Volkszorn tagtäglich zu Wort. Man empört sich besonders über den „monotonen und aufreizenden" Ratschlag der Obrigkeit, nur nicht die Ruhe zu verlieren und keine Angst zu zeigen, denn „die Sicherheit sei unter Kontrolle".

Aber nicht nur die ständige Angst vor dem Morgen zerrt an den Nerven der 65 000 Einwohner der Stadt. Schon das Heute ist unerträglich. Nicht nur viele Häuser sind unbewohnbar geworden, auch das Wasserleitungs- und Abwässersystem ist schwer in Mitleidenschaft gezogen. Vor allen Dingen aber hat Pozzuoli weitgehend seine Produktionsbasis verloren. Der Fischereihafen, der viertgrößte Italiens, ist unbrauchbar geworden, weil durch die Erdbewegungen die Molen und Kaimauern eine Höhe erreicht haben, die jedes Anlegen und Ausladen der Fischerboote unmöglich machten. Neben dem Fischfang lebte Pozzuoli bisher vom Fremdenverkehr. Damit ist es auch vorbei, seitdem das Beben und Heben der Erde die letzten Touristen in Angst und Schrecken versetzt und verjagt hat.

WETTER: leicht unbeständig

Wetterlage: Auf der Südseite eines Tiefs mit Kern über Skandinavien fließt frische Meeresluft nach Deutschland. Sie gelangt von Südwesten her unter Zwischenhocheinfluß.

Vorhersage für Mittwoch:

Norden: Bei wechselnder Bewölkung einzelne Schauer. Tageshöchsttemperaturen 16 bis 19 Grad, nachts 10 bis 7 Grad. Frischer, in Böen starker Wind um West.

Mitte: Bei wechselnder Bewölkung weitgehend niederschlagsfrei. Nachmittagstemperaturen nahe 20 Grad, nachts 11 bis 9 Grad. Mäßiger, in Böen frischer Wind um West.

Süden: Heiter bis wolkig und trocken, Höchsttemperaturen um 22 Grad, nachts 12 bis 10 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind um West.

Weitere Aussichten:

Von Westen her Bewölkungsaufzug und nachfolgend zeitweise Regen. Temperaturen wenig verändert.

Deutscher Wetterdienst 6. September 1983, nachm.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	18°	Kairo	30°
Bonn	17°	Kopenh.	14°
Dresden	15°	Las Palmas	29°
Essen	16°	London	15°
Frankfurt	17°	Madrid	25°
Hamburg	14°	Mailand	23°
List/Sylt	13°	Mallorca	30°
München	17°	Moskau	21°
Stuttgart	20°	Nizza	25°
Algier	27°	Oslo	14°
Amsterdam	16°	Paris	18°
Athen	29°	Prag	15°
Barcelona	25°	Rom	24°
Brüssel	17°	Stockholm	14°
Budapest	23°	Tel Aviv	29°
Bukarest	24°	Tunis	28°
Helsinki	15°	Wien	19°
Istanbul	25°	Zürich	18°

* **Sonnenaufgang am Donnerstag:** 6.45 Uhr, Untergang: 19.54 Uhr, **Mondaufgang:** 8.08 Uhr, Untergang 20.57 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Unesco ruft zum Kampf gegen Analphabetentum

dpa, **München**

Die deutsche Unesco-Kommission hat alle Politiker, Behörden und nichtstaatlichen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland zu einem stärkeren Engagement bei der Bekämpfung des Analphabetismus aufgefordert. Der Teufelskreis von Analphabetentum, Armut und Unterentwicklung müsse durchbrochen werden, heißt es in der Erklärung, die gestern von der Kommission zum Welt-Alphabetisierungstag am 8. September auf der 43. Hauptversammlung in München abgegeben wurde.

Fast ein Drittel der erwachsenen Weltbevölkerung könne weder lesen noch schreiben, nach Unesco-Schätzungen gehörten 824 Millionen Erwachsene zu den Analphabeten, so die Resolution. Ihre Zahl nehme trotz aller Anstrengungen zu, und Frauen seien in den meisten Ländern noch stärker betroffen als Männer. Analphabetismus drohe auch in den Industrieländern zunehmend zu einem Problem zu werden. Die Zahl der Analphabeten in der Bundesrepublik Deutschland wird auf 500 000 bis drei Millionen geschätzt.

Bleifreies Benzin: Heftige Vorwürfe der Verbraucher

Verband bezichtigt Autoindustrie der „Falschmünzerei"

GISELA REINERS, **Bonn**

Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) in Bonn argwöhnt, daß die Automobilindustrie in der Frage des bleifreien Benzins „durch Feilschen um Grenzwerte Zeit schinden und die Einführung zum 1. Januar 1986 noch zum Kippen bringen will". Dies lasse den Verdacht „verbandspolitischer Falschmünzerei" aufkommen. Zuerst seien jahrelang die durch Abgase entstehenden Umweltprobleme geleugnet, dann auf das Fehlen bleifreier Kraftstoffe verwiesen worden. Heute nun bezweifele man, daß die Katalysatorenfrage bis 1986 überhaupt marktreif gelöst werden könne – obwohl Autos für den Export in die USA und Japan schon seit Jahren mit Katalysatoren geliefert würden.

Das Volkswagenwerk in Wolfsburg erklärte dazu, die Bundesregierung habe zwar einen Termin vorgegeben und auch die Katalysatortechnik vorgeschrieben, aber keinerlei Grenzwerte genannt für die Emission von Kohlenmonoxyd, Kohlenwasserstoff und Stickoxyde. Die USA schrieben ebenso wie Japan klare Werte vor, wobei die japanischen Anforderungen den amerikanischen ähnelten.

Für VW liegen auch die Nachteile auf der Hand: So bringe der Katalysator, der die Schadgase vermindere und bleifreies Benzin brauche, einen Mehrverbrauch von zehn Prozent und eine Minderleistung von ebenfalls zehn Prozent. Ein durchschnittlicher Golf würde sich um rund 1250 Mark verteuern. Auch fielen höhere Wartungskosten an und vermutlich würde der TÜV seine Prüf-Fristen verkürzen. Die Verbraucherorganisation dagegen fordert die Autohersteller auf, dem Lamentieren ein Ende zu machen und sich lieber zügig auf das abgasarme Auto umzustellen. Sie sollten dem Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit durch die Offenlegung der Autotypen.

Die Mineralölindustrie könnte schon vom nächsten Jahr an bleifreies Benzin liefern. Sie braucht nach Angaben von Klaus Eitner von der Mobil Oil nur etwas Zeit, um neue Tanks, Zapfsäulen und Tankwagen einzurichten. Allerdings würde der neue Kraftstoff auch etwas teurer – um zwei bis fünf Pfennig pro Liter, „je nachdem, was der Markt hergibt".

LEUTE HEUTE

Freudiges Ereignis?

Gerüchte um eine erneute Schwangerschaft von Prinzessin **Diana** haben neue Nahrung erhalten. Nach Berichten britischer Zeitungen unterbrach die 22jährige überraschend ihren Urlaub in Schottland und flog für einen Tag nach London, wo „rein zufällig" ihr Gynäkologe am gleichen Tag die Arbeit wiederaufnahm. Ein Sprecher im Buckingham-Palast: „Reine Spekulation".

Helikopter-Jagd

Stavros Niarchos, griechischer Reederkönig, hat sich den Zorn von Tierschützern und Jägern zugezogen. Der 76jährige Milliardär ließ sich in Tirol mit einem Hubschrauber zur Steinbockjagd fliegen. Aus einer Luke schoß er auf einen kapitalen Bock. Anschließend ließ er mit dem erlegten Steinbock im Tragnetz eine „Ehrenrunde" über der Ortschaft Felchen drehen, für deren Kindergarten er vor der Jagd einen ansehnlichen Betrag gestiftet hatte. Die Tiroler Landesregierung hat gegen Stavros Niarchos ein Strafverfahren eingeleitet.

ZU GUTER LETZT

„Panzer haben keine Knautschzone" – Warnung des Automobilclubs von Deutschland zu den anlaufenden Herbstmanövern

TÜRKEI

Ankaras Generale, die im September 1980 die Macht übernahmen und das Land aus politischem und wirtschaftlichem Chaos herausführten, stehen am schwierigsten Punkt ihrer Mission. In zwei Monaten sollen wieder Zivilisten die Geschicke der Türkei lenken, zugleich aber wollen die Militärs die Beibehaltung des Kurses sicherstellen. Das kann am ehesten noch in der Wirtschaftspolitik gelingen. Die Dynamik einer wahren Demokratie aber ist in der türkischen Hauptstadt nicht zu kalkulieren.

Hoffen und Bangen vor der erneuten Stunde Null für die türkische Demokratie

Von E. ANTONAROS

In zwei Monaten ist es soweit: Knapp 20 Millionen wahlberechtigte Türken sollen ein neues Parlament wählen, das erste seit der Machtergreifung am 12. September 1980. 38 Monate nach ihrem unblutigen Putsch wollen Ankaras Generäle ihr Versprechen einlösen und zur Demokratie zurückkehren. Anders als in den Jahren 1960 und 1971, als sie die Macht an sich rissen, haben sie sich diesmal mehr Zeit genommen.

Doch dies ist nicht der einzige Unterschied zu früheren Machtergreifungen der türkischen Streitkräfte. Entscheidender fällt ins Gewicht, daß die Spitzengeneräle eine „neue Art von Politikern" – so Staatschef General Kenan Evren – entstehen lassen wollen. Sie wollten der alten Politikergarde, die die bürgerkriegsähnlichen Zustände in den Jahren 1978–1980 mitverschuldet hatte, keine Chance auf ein Comeback geben. In den Jahren 1961 und 1973 war es anders gewesen. Diesmal wollen die Generäle vorsichtiger sein und nichts riskieren. Daher haben sie nicht nur fast alle wichtigen Gesetze umgeschrieben (eine neue Verfassung wurde im November 1982 mit 91,4 Prozent aller Stimmen angenommen), vielmehr haben sie für alle früheren Politiker derart weitreichende Restriktionen eingeführt, daß sie sich politisch de facto nicht mehr betätigen dürfen.

Knapp 750 Expolitiker dürfen kein Amt übernehmen, sie sind mit einem fünf- bzw. zehnjährigen Betätigungsverbot belegt worden. Doch damit nicht genug: Auch politische Formationen, die früheren Politikern nahegestanden haben sollen oder den Generälen nicht entsprochen haben, sind ohne Angabe von Gründen verboten worden. 15 ehemalige Politiker, unter ihnen der frühere konservative Ministerpräsident Sueleyman Demirel, wurden bis zum Wahltermin an die Dardanellen verbannt. Das Ergebnis:

Nur drei Parteien dürfen sich an den Wahlen im November beteiligen, weil nur sie alle Vorbedingungen erfüllt haben. Unter anderem mußten sie eine Liste von mindestens 30 Gründungsmitgliedern aufstellen, gegen die die Generäle nichts einzuwenden hatten. Zwei Formationen, die gemäßigt sozialdemokratisch ausgerichtete Sodep-Partei und die konservative und angeblich Demirel nahe „Partei des rechten Weges" scheiterten daran.

In Ankara weiß man längst, für wen das Herz der Generäle schlägt: Die „Nationalistische Demokratie-Partei" unter dem früheren General Turgut Sunalp versteht sich sozusagen als die offiziöse Partei des Militärregimes. Zwar haben die Generäle niemandem ihren Segen offiziell gegeben, aber die Bereitschaft von Ministerpräsident Ulusu und vielen anderen Regierungsangehörigen, als „Unabhängige" für die Nationalisten zu kandidieren, zeigt, wer der Favorit der Generäle ist.

Sunalps wichtigster Gegner ist jemand, den die Generäle von Anfang an unterschätzt zu haben scheinen: Er heißt Turgut Oezal und steht an der Spitze der konservativen „Mutterlandspartei". Oezal war bis Mai letzten Jahres Vizepremier und Wirtschaftsstratege der türkischen Regierung. Zunächst hatten sich die Generäle offenbar gedacht, daß Oezal wegen seiner unpopulären Wirtschaftsmaßnahmen beim Volk nicht sonderlich beliebt sein würde. Aber der schwergewichtige Anhänger eines bedingungslosen wirtschaftlichen Liberalismus erfreut sich neuerdings einer unerwarteten Popularität.

Als aussichtsloser Kandidat gilt hingegen der frühere Staatssekretär Neodet Calp mit seiner „Populistischen Partei". Echte Chancen gibt ihm niemand. Auch diese Partei steht im berechtigten Verdacht, von den Generälen als wichtigste Oppositionspartei ausgedacht worden zu sein. Sie soll die linken Stimmen an sich ziehen. Ob es ihr gelingen wird, bleibt noch abzuwarten.

Das letzte Wort haben die Generäle freilich noch nicht gesprochen: Letzte Woche haben die drei zugelassenen Parteien die Listen ihrer Kandidaten eingereicht. Wer kandidieren darf, wird letzten Endes jedoch vom „Nationalen Sicherheitsrat" entschieden. Mit anderen Worten: Auch diesmal haben die Generäle die Möglichkeit, unangenehme (möglicherweise zu populäre) Kandidaten einzelner Parteien abzulehnen.

Allen diesen Restriktionen zum Trotz geht mit dem Urnengang am 6. November eine Ära zu Ende. Ganz gewiß werden die türkischen Generäle, mit Staatschef Evren an der Spitze, den türkischen Parlamentarismus beaufsichtigen. Eine Demokratie nach westeuropäischem Muster wird es vorerst nicht geben, der geplante Parlamentarismus wird gelenkt sein. Die neue Verfassung räumt dem Staatspräsidenten, der genauso wie die Mitglieder des Militärregimes weder von der Presse noch von den Politikern kritisiert werden darf, große Einwirkungsmöglichkeiten ein.

In den letzten drei Jahren haben die Offiziere sehr viel erreicht. Vor allem haben sie das Land innenpolitisch befriedet und vom Politterror befreit. Hinzu kommt die Stabilisierung der Wirtschaftslage. Zugleich haben sie allerdings einen gewissen Mangel an politischer Flexibilität und Geschmeidigkeit demonstriert. Populär sind sie, vor allem bei den breiten Bevölkerungsmassen, weiterhin.

Aber durch ihr unkluges Verhalten gegenüber talentierten und nicht vorbelasteten Politikern, die sie als zu gefährlich betrachten, haben sie eine ganze Welt gegen sich gebracht und viele Fragen an die Vernunft ihrer Entscheidungen aufgeworfen, weil sie zahlreiche politisch interessierte Türken, die beileibe keine Extremisten sind, sozusagen dazu gezwungen haben, nach Möglichkeiten einer außerparlamentarischen politischen Tätigkeit zu suchen. Ihr politischer Übereifer könnte, mittelfristig betrachtet, eine Bumerangwirkung haben.

Nicht völlig unproblematisch hat sich in den letzten Monaten auch die Wirtschaftslage entwickelt. Nach einer Stabilisierungsphase der Inflation, die 1980 noch über 100 Prozent im Jahr betragen hatte, sind die inflationären Tendenzen wieder deutlicher geworden. Die Exporteinnahmen sind im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen, weil viele Nahostländer in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind.



Faszinierend in ihrer Fremdheit, die Felsen von Göreme FOTO: Hakan Fobansson

Beziehung zu Bonn anderen als Vorbild

ILTER TÜRKMEN

Zwischen der türkischen und der deutschen Nation existieren gesunde freundschaftliche Beziehungen, basierend auf einer langjährigen Tradition und immer stärker werdenden gemeinsamen Interessen. Diese Beziehungen werden verstärkt durch die Charaktere unserer Nationen und durch das uns verbindende und gemeinsame Wertsystem. Die Parallelen in der Außenpolitik beider Länder können weiter durch die ähnlichen geographischen Positionen erklärt werden.

Internationale Beziehungen haben heutzutage zwei bestimmende Eigenschaften. Erstens die Existenz der grundlegend verschiedenen West- bzw. Ostsysteme, welche empfindliche Probleme in erster Linie auf der politischen und militärischen Ebene erzeugt. Zweitens die große Diskrepanz zwischen den reichen und den armen Nationen auf einer Welt.

Die unveränderte Tendenz der türkischen Außenpolitik seit der Gründung der Republik ist dahingehend, daß der Dialog zwischen Ost-West und Nord-Süd bewahrt wird und die Probleme mit Geduld, Konflikte vermeidend, durch gegenseitige Gespräche, die Grundprinzipien des internationalen Rechtes respektierend gelöst werden. Die Prinzipien und die Richtung unserer Außenpolitik, welche wir auch heute noch verfolgen, wurden persönlich durch den Gründer unserer Republik, Atatürk, festgelegt.

Die türkische und die deutsche Nation haben im ersten Weltkrieg als Verbündete Schulter an Schulter gekämpft. Dieser Krieg bedeutete für uns gleichzeitig den Untergang eines 600jährigen Reiches, die Gründung einer neuen, dynamischen, nationalen Republik auf dessen Trümmern und die Beendigung der sehr lange andauernden Schmerzen, unter denen unsere Nation zu leiden hatte.

Durch die ständigen Angriffe im 18. und 19. Jahrhundert wurden die Grenzen kontinuierlich enger, und die türkische Nation nahm Umsiedlungen und Leiden in Kauf und kehrte in ihre ursprüngliche Heimat zurück. Es ist unseren deutschen Freunden bekannt, daß wir nach einem Krieg mit großen Verlusten einen Befreiungskampf beginnen mußten, weil uns die Besatzungsmächte auch in unserer ursprünglichen Heimat keine Lebenschance gewähren wollten.

Unsere heutige Außenpolitik ist von Atatürk im Lichte dieser Realitäten der Geschichte und Erfahrungen, die ich in ein paar Sätze zusammenzufassen versucht habe, entwickelt worden und brachte der türkischen Nation seit der Gründung der Republik bis heute die längste friedliche Periode in ihrer Geschichte. Um es zusammenzufassen, die türkische Nation hat sich mit der Gründung der Republik in die natürlichen Grenzen ihrer Heimat zurückgezogen und ist um die Erhaltung des Friedens und der Stabilität in ihrer Umgebung besorgt, um ihre Anstrengungen ganz auf ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung konzentrieren zu können. Aus diesem Grund bleibt die Türkei ihrem Ideal, dem Frieden, auch wenn Regierungen wechseln, treu.

Wir glauben, daß unter den Bedingungen eines Gleichgewichts der Angst, bewirkt durch das Hervorkommen der nuklearen Waffen, Konflikte, die zu einem globalen Krieg führen könnten, mit allen Mitteln verhindert werden müssen.

Unserer Meinung nach stellt das gespannte Verhältnis speziell zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt sowie generell eine sehr gefährliche Situation dar. Daher ist es unbedingt notwendig, Spannungselemente zu beseitigen und ein gegenseitiges Vertrauensklima soweit wie möglich zu schaffen. Parallel zu diesen Bestrebungen sollte man unbedingt trachten, das militärische Gleichgewicht, welches seit über 30 Jahren als Garant des Friedens und der Stabilität geschützt werden konnte, unverändert beizubehalten.

Es ist selbstverständlich, daß die USA und die Sowjetunion diesbezüglich eine vielseitige Verantwortung tragen. Aber auch andere Staaten sind sicherlich in der Lage, einen Beitrag dazu zu leisten. Die Gespräche in Genf über Mittelstreckenraketen haben sich im Jahr 1983 zum wichtigsten Thema in den Ost-West-Beziehungen entwickelt. Wir meinen, daß die NATO-Staaten zum Erfolg dieser Gespräche beitragen können, indem sie die Einheit und Solidarität des Bündnisses auf diesem Gebiet besonders beachten.

Es ist eine Tatsache, daß innerhalb des Bündnisses eine enge und fruchtbare Zusammenarbeit zur Festlegung der Gesprächspositionen gegenüber der Sowjetunion verwirklicht werden könnte. Die Türkei ist bestrebt, in dieser empfindlichen Angelegenheit zur Solidarität innerhalb des Bündnisses und somit zum Erfolg der Gespräche beizutragen.

Falls es bei den INF-Gesprächen bis zum Jahresende zwischen Ost und West zu einer Einigung über eine Interimslösung kommt, glauben wir, daß dies einen wichtigen Schritt zu einer positiven Entwicklung auf allen anderen Gebieten darstellen wird.

Wir hoffen, daß es in den kommenden Monaten zu einer Annäherung zwischen Ost und West über die globalen politischen und militärischen Probleme kommt. Dazu ist unserer Meinung nach jedoch die Überwindung der Hürden im Nord-Süd-Dialog eine Voraussetzung.

Die heutige türkische Regierung ist an die freie Wirtschaft als untrennbarer Teil der demokratischen Gesellschaftsordnung innerlich gebunden. Die Regeln der freien Wirtschaft erfordern unter den heutigen Bedingungen eine ertragreichere Neuordnung der internationalen Kooperation in verschiedenen Produktionszweigen und manche grundlegende Maßnahmen speziell in den entwickelten Staaten. Trotz Schwierigkeiten erscheint dies uns als ein möglicher Weg. Man kann jedoch beobachten, daß manche entwickelte Staaten gegen die Regeln der Marktwirtschaft und trotz partiellem Aufschwung der Wirtschaft ihre Protektionspolitik nicht ändern.

Dabei sind die entwickelten Länder zu einem solidarischen Handeln mit den sich entwickelnden Ländern gezwungen, um eine globale Besserung der Wirtschaft zu erreichen. Denn solange sich die Exportkapazität und das Auslandseinkommen der sich entwickelnden Staaten nicht vermehren, kann der Aufschwung in den entwickelten Staaten nicht von Dauer sein.

Auf allen diesen Gebieten vertritt die türkische Außenpolitik die Notwendigkeit der Beibehaltung eines Dialoges, basierend auf gegenseitigem Verständnis, Gerechtigkeit und der Betonung von beiderseitigen Interessen.

Ich meine, daß der Aufbau der Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei trotz der Existenz von schwierigen und komplexen Problemen ein Beispiel für die Verwirklichung einer erfolgreichen Zusammenarbeit darstellen kann, solange der gute Wille überwiegt. Denn die ähnliche Betrachtungsweise von globalen Problemen, speziell der Ost-West-Beziehungen, basiert im Grunde auf dem konstruktiven, flexiblen, wirklich friedlichen und positiven Charakter unserer Außenpolitik.

Ilter Türkmen ist Außenminister der Türkei

HANDEL MIT NAHOST / Der größte Absatzmarkt

„Neue Sultane“ auf friedlichem Kreuzzug bis nach Afrika

Der Nahe und Mittlere Osten ist binnen weniger Jahre zum größten Absatzmarkt für türkische Erzeugnisse geworden. Handelspolitisch erlangt die Türkei in diesem Raum heute wieder eine so starke Stellung wie in den Tagen des Osmanischen Reiches.

„Die Türkei *sieht sich dem Nahen* Osten, der Region des Mittelmeers und Europa zugehörig“, betont man im Außenministerium in Ankara. Ohne dieser Reihenfolge eine besondere politische Bedeutung zuschreiben zu wollen, kennzeichnet sie doch die Verlagerung des wirtschaftlichen Interesses.

Ankara fühlt sich von der Europäischen Gemeinschaft stiefmütterlich behandelt und setzt auf die arabische Karte. Diese Entscheidung hat sich in den vergangenen drei Jahren deutlich ausgezahlt; denn der Handel mit den islamischen Staaten stieg auf das Vierfache an.

„Die Expansion des Warenverkehrs im Nahen und Mittleren Osten trägt dazu bei, unsere Industrie zu modernisieren. Wir können so auch strukturelle Verbesserungen vornehmen“, sagt ein hoher Diplomat. „Erstmals übertrifft jetzt die Ausfuhr industrieller Güter den Export von Agrarprodukten.“

Eingeleitet wurde der Aufschwung im Handel mit den orientalischen Nachbarn durch eine Politik strikter Neutralität in den Konflikten des Nahen Ostens. Dieser Kurs wurde auch im Golf-Krieg zwischen Iran und Irak eingehalten. Ankara konnte seine guten Dienste als Vermittler anbieten.

„Wir meinen, gute Beziehungen zum Iran nützen dem Westen“, erklärt der hohe Diplomat. „Freilich haben auch wir Probleme im Verhältnis zu Teheran. Aber es schadete unser aller Interessen, wenn Iran isoliert würde. In diesem Falle wären die Sowjets versucht, in die Lücke zu stoßen.“

Während die Türkei im Jahre 1980 Rohöl für 800 Millionen Dollar aus dem Iran bezog und Waren im Werte von nur 85 Millionen Dollar dorthin lieferte, belief sich voriges Jahr die Energie-Rechnung bloß auf 748 Millionen Dollar, und die Exporterlöse erreichten fast 800 Millionen Dollar. Diese Umkehr war auch durch den gesunkenen Ölpreis möglich.

Im April dieses Jahres wurde ein neues Handelsabkommen zwischen der Türkei und dem Iran unterzeichnet. Zu den Verhandlungen reiste die größte Delegation Irans seit der Islamischen Revolution ins Ausland. Vereinbart wurde für dieses Jahr die Lieferung türkischer Waren im Werte *von einer Milliarde Dollar.*

Es hat lange gedauert, bis die nach Westen orientierte Türkei die Schatten der Vergangenheit im Umgang mit den islamischen Nachbarn überspringen konnte. Im Außenministerium erinnert man sich: „Manche Araber hielten Atatürks sekuläre Türkei für eine Blasphemie. Andere sahen in uns wegen der engen Beziehungen zu den USA und der NATO-Zugehörigkeit ein Trojanisches Pferd.“

In Ankara scheut man sich jetzt nicht mehr, „diplomatische Fehler“ einzugestehen – so die Unterstützung für Frankreich im Algerienkonflikt, so die Anerkennung Syriens nach dem Bruch der Föderation mit Ägypten und nicht minder die Parteinahme in zurückliegenden innerarabischen Streitigkeiten.

Die Türkei steht unter starkem Druck von Libyen und Saudi-Arabien, zweier wichtiger Absatzmärkte, die diplomatischen Beziehungen zu Israel abzubrechen. Vor einem solchen Schritt warnt wiederum der große Verbündete USA. So nahm Ankara die Aufforderung Israels, die Botschaften sollte nach Jerusalem umziehen, zum Anlaß, die Beziehungen auf die Ebene des Zweiten Sekretärs herabzustufen.

Obwohl die Nachfrage nach türkischen Agrar- und Industrieerzeugnissen in der gesamten Levante weiter zunimmt, ist mit beträchtlichen Steigerungsraten in diesem Jahr nicht zu rechnen, da die Türkei dann an Kapazitätsgrenzen stieße. Das gilt schon für das große Volumen des Warenverkehrs mit dem Iran. Auch der Handel mit Irak soll 1983 (von 35 Millionen Dollar 1980 auf 600 Millionen) anschwellen.

Hand in Hand mit der Ausweitung des Handelsverkehrs mit arabischen Staaten geht der Einsatz türkischer Bauunternehmen in jener Region. Gegenwärtig arbeiten türkische Firmen an Projekten, die ein Auftragsvolumen von 15 Milliarden Dollar haben. Anfang der achtziger Jahre belief sich diese Summe erst auf 2,9 Milliarden Dollar.

Rund 160 türkische Unternehmen sind derzeit in arabischen Ländern engagiert. Sie beschäftigen mehr als 150 000 türkische Arbeiter, deren *Überweisungen an die Familien zu* Hause inzwischen den Geldtransfer türkischer Gastarbeiter in Europa übersteigen sollen. Neue Aktivitäten türkischer Firmen laufen in Indonesien, Malaysia, Singapur und Thailand an.

Das bedeutendste Einsatzgebiet türkischer Bauunternehmen ist nach wie vor Libyen, gefolgt von Saudi-Arabien. Das Auftragsvolumen in Libyen macht mehr als neun Milliarden Dollar aus, in Saudi-Arabien sind es 3,5 Milliarden. Danach kommen Irak, die Golf-Region und Nordafrika.

Nachdem Libyen infolge des sinkenden Weltmarktpreises für Rohöl und des Rückganges seiner Deviseneinnahmen in Zahlungsschwierigkeiten geraten war, mußten Kompensationsgeschäfte vereinbart werden. Außerdem sind die Kontrakte mit den türkischen Baufirmen zeitlich ausgedehnt worden.

Die Türken bauen Straßen und Wohnsiedlungen, Häfen und Flugplätze, Kraftwerke und Eisenbahnen, Entsalzungsanlagen und Industrieeinrichtungen in den arabischen Ländern. „Wir haben ein sehr diszipliniertes Personal und können so mit anderen konkurrieren“, erläutert der Chef eines großen Baukonzerns.

Nach Schätzungen der Regierung in Ankara können türkische Unternehmen in den nächsten zehn Jahren jährlich Aufträge im Werte von zehn Milliarden Dollar in Arabien und in Nordafrika hereinholen. Man ist sich jedoch darüber im klaren, daß dazu Kredithilfen und Bürgschaften des Staates nötig sind. Die meisten Baufirmen sind unterkapitalisiert.

Der Präsident des türkischen Verbandes der Bauunternehmer, Nurettin Kocak, prophezeit einen „zweiten Boom“ Mitte der achtziger Jahre. Zu diesem Zeitpunkt werden die türkischen Firmen finanziell und organisatorisch besser ausgestattet sein und ihren „Vormarsch“ auf dem afrikanischen Kontinent weiter fortsetzen.

G. K.

AUF EINEN BLICK

FLÄCHE
780 576 qkm, wovon 97 Prozent zu Asien und drei Prozent zu Europa gehören. Von vier Meeren umgeben, verfügt die Türkei über einen mehr als 7000 km langen Küstenstreifen.

EINWOHNER
ca. 46 Millionen

RELIGION
99 Prozent der Bevölkerung sind Mohammedaner.

STAATSFORM
Republik.

STAATSOBERHAUPT
General K. Evern, als Staatspräsident am 14. September 1980 durch den Nationalen Sicherheitsrat eingesetzt und durch ein Referendum am 7. 11. 1982 für sieben Jahre bestätigt.

VOLKSVERTRETUNG
Am 12. September 1980 übernahm das Militär die Verwaltung des Landes und löste die Große Nationalversammlung auf. Eine neue Verfassung, die ein Parlament mit 400 Abgeordneten vorsieht, das im Herbst 1983 gewählt werden soll, wurde am 7. November 1982 angenommen.

WIRTSCHAFT ALLGEMEIN
Die Türkei befindet sich auf dem Weg vom Agrarland hin zum Industriestaat. Die landwirtschaftlichen Hauptprodukte sind Weizen, Baumwolle, Tabak und Obst. Die Industrie konzentriert sich hauptsächlich auf die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte; daneben Textil-, Hütten- und Kraftfahrzeugindustrie. Die 1982 erreichte Verringerung des Außenhandelsdefizits wird als besonderer Erfolg der marktwirtschaftlich orientierten Stabilitätspolitik der Regierung gewertet.

WICHTIGE ADRESSEN
IN DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND
Botschaft der Türkischen Republik, Utestraße 47, 5300 Bonn 2, Tel.: 02 28 / 34 60 52.

Türkische Generalkonsulate in: Berlin, Düsseldorf, Essen-Bredeney, Frankfurt, Hannover, Hamburg, Karlsruhe, Köln, Mainz, München, Münster, Nürnberg und Stuttgart.

Informationsabteilung des Türkischen Generalkonsulates, Baseler Straße 37, 6000 Frankfurt, Tel.: 06 11 / 23 30 81 – 82,

Türkisches Fremdenverkehrs- und Informationsamt, Karlsplatz 3/I, 8000 München 2, Tel.: 0 89 / 59 49 02. Turkish Airlines, Baseler Straße 35/37, 6000 Frankfurt, Tel.: 06 11 / 25 30 31 – 32.

IN DER TÜRKEI
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Atatürk Bulvari 114, Ankara, Tel.: 00 90 41 / 26 54 65.

Generalkonsulat Istanbul, Inönü Caddesi 16–18, Tel.: 0090 11 / 4507 05 – 08.

Generalkonsulat Izmir, Atatürk Caddesi 260, Tel.: 009051 / 216995 – 96.

TIPS FÜR REISENDE
KLIMA
Das Klima in der Türkei ist geographisch bedingt sehr unterschiedlich.

Marmarameer, Ägäis, Mittelmeer: typisches Mittelmeerklima; Badesaison Marmarameer und Nordägäische Küste – Juni bis September. Südägäische Küste und Mittelmeer – April bis Ende Oktober.

Schwarzes Meer: Der Küstenstreifen ist sehr niederschlagsreich, die Winter sind feucht, die Sommer mild. Badesaison: Juni bis September.

Mittel- und Ostanatolien: typisches Steppenklima mit kalten Wintern und trockenen, heißen Sommern.

EINREISE
Gültiger Personalausweis oder Reisepaß. Bei Reisen in die Türkei auf dem Landweg wird die Mitnahme des Reisepasses empfohlen.

WÄHRUNG UND REISEDEVISEN
1 Türkisches Pfund (TL = Türk Lirasi) = 100 Kurus. 1 DM = 80 TL.

Landeswährung: Noten in der Landeswährung dürfen bei der Ein- und Ausreise jeweils bis zum Gegenwert von 100 US-Dollar mitgeführt werden.

Fremdwährung: Einfuhr von Fremdwährung in unbeschränkter Höhe erlaubt; Deklaration erforderlich. Ausfuhr in Höhe des bei der Einfuhr deklarierten Betrages. Die beim Geldumtausch ausgehändigte Quittung sollte unbedingt aufbewahrt werden.

ZOLL
Gegenstände des persönlichen Gebrauchs (auch Foto- und Filmapparate, Schreibmaschine etc.) dürfen zollfrei vorübergehend eingeführt werden. Geschenkartikel und Andenken können bis zu einem Wert von 15 000 TL ausgeführt werden. Die Ausfuhr von Antiquitäten ist verboten.



VERKEHR
Eisenbahn: Die Türkei hat ein relativ gut ausgebautes Schienennetz von etwa 8200 km.

Flugzeug: Im Landesinneren betreibt die Turkish Airlines mit Boeing 707 und 727, DC 9 und 10 sowie Fokker zahlreiche Strecken.

Straßen: Das Straßennetz umfaßt ca. 60 000 km, davon sind ca. 54 000 km als befestigte Allwetterstraßen ständig befahrbar. Omnibus-Fernfahrten sind z. T. durchaus akzeptabel.

AUFENTHALTSKOSTEN
Infolge der hohen Inflation und der unterschiedlichen Lebensverhältnisse in den teils europäischen, teils kleinasiatischen Gegenden sind die Kosten stark differenziert, ca. 50 bis 200 DM. Trinkgeld in Höhe von 5–10 Prozent üblich.

FREIZEIT AKTIV
SEGELN
Die abwechslungsreiche türkische Küste, mal bis zum Ufer mit Pinien bewachsen, mal von schroffen Felsen gesäumt, ist mit ihren unzähligen Buchten, den vielen Inseln und antiken Ruinenstätten ein ideales Segelgewässer. Windverhältnisse an der türkischen Ägäis- und Mittelmeerküste:

Die beste Zeit für einen Segelurlaub in diesem Küstenbereich sind die Monate zwischen Mai und Oktober. In den Wintermonaten sind die Winde oft böig. Im Juli und August, meist für etwa zwanzig Tage, weht über der Ägäis der „Meltem“ (ein Nordostwind), die See ist dann sehr unruhig, es zieht allerdings keine Bewölkung auf. Der aus dem Süden kommende „Imbat“, der in der sonstigen Zeit vorherrschend ist und meist gegen 16 bis 17 Uhr aufkommt, bringt eine angenehme Frische.

Häfen: Es können 17 Zollhäfen, bei denen man Proviant und Treibstoff erwerben kann, angelaufen werden. Die Yachthäfen von Kusadasi und Bodrum sowie der Yachthafen des Feriendorfes Altin Yunus bei Cesme, sind das ganze Jahr über geöffnet und verfügen über alle erforderlichen Einrichtungen.

Yachtvermietung: Yachten mit Mannschaft können in allen größeren Ferienorten an der Ägäis und am Mittelmeer gemietet werden.

Anlegegebühren: Die Anlegegebühren liegen, je nach Größe des Schiffes, zwischen 80 und 120 US-Dollar pro Monat.

TAUCHEN
Tauchen mit Preßluftgeräten und Unterwasserjagd ist Einzelpersonen generell untersagt.

Erlaubt ist Tauchen nur in drei- bis fünfköpfigen Gruppen unter behördlicher Aufsicht und in genau festgelegten Gebieten.

JAGEN
Touristen dürfen nur an einer von einem Reisebüro organisierten und vom Forstministerium genehmigten Jagd teilnehmen. Privates Jagen ist verboten. Eine Liste der Veranstalter von Jagdreisen ist bei der Vereinigung der Türkischen Reiseagenturen – TURSAB–Cumhuriyet Cad. 283, Enging Han, Kat5, Harbiye-Istanbul, erhältlich. Für die Jagdsaison 1982–1983 ist nur das Jagen von Wildschweinen erlaubt.

SPORTFISCHEREI
Touristen dürfen in zugelassenen Gebieten ohne Lizenz Fischen als Hobbysport betreiben. Kommerzielle Geräte und Netze, die schwerer als fünf Kilo sind, dürfen nicht eingesetzt werden.

Einzelheiten über die Fischfangzonen und die Fangkonditionen teilt die Abteilung für Fischereiwesen des Landwirtschaftsministeriums mit: Gida-Tarim ve Hayvancilic Bakanligi, Su Ürünleri Genel Müdürlügü, Saglik Sok. 21, Ankara.

SKIFAHREN
Die Wintersportzentren der Türkei befinden sich überwiegend in bewaldeten Berggebieten von mittlerer Höhe. Die nachfolgend aufgeführten Gebiete sind verkehrsmäßig günstig gelegen und z. T. mit Maschinen der Turkish Airlines (Inlandflüge) zu erreichen:

Bursa-Uludag: Höhenlage 2000 bis 2500 Meter. Saison Januar bis April.

Antalya-Saklikent: 2500 Höhe, Saison Januar bis April, Bademöglichkeit im Mittelmeer in den Monaten März und April.

Bolu-Köroglu: Höhenlage des Skigebietes: 1900 bis 2350 Meter.

Erzurum-Plandöken: 2200 bis 3100 Meter hoch.

Kars-Sarikamis: 2250 Meter hoch.

Kayseri-Erciyes: Das Skizentrum liegt in einer Höhe von 2150 Meter, die Saison geht von November bis Mai.

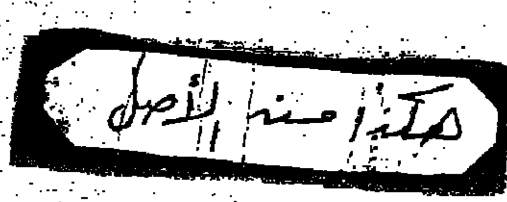
BERGSTEIGEN
Touristen ist es nicht gestattet, den Großen Ararat oder die Gipfel im Cilo-Sat-Gebiet zu besteigen. Sie können sich jedoch einer türkischen Seilschaft anschließen. Auskunft über bergtouristische Fragen erteilt der Türkische Alpenverein: Dagcilik Federasyonu, B.T. G. M., Ulus Ishani, A-Block, Ulus-Ankara. Allgemein ist es ratsam, dem Türkischen Alpenverein vor Antritt der Reise des geplante Ziel und die vorgesehene Zeit mitzuteilen. Der Alpenverein verständigt die zuständigen Behörden im betreffenden Gebiet, die dann bei eventuellen Schwierigkeiten oder bei Notfällen jede erforderliche Hilfe leisten.

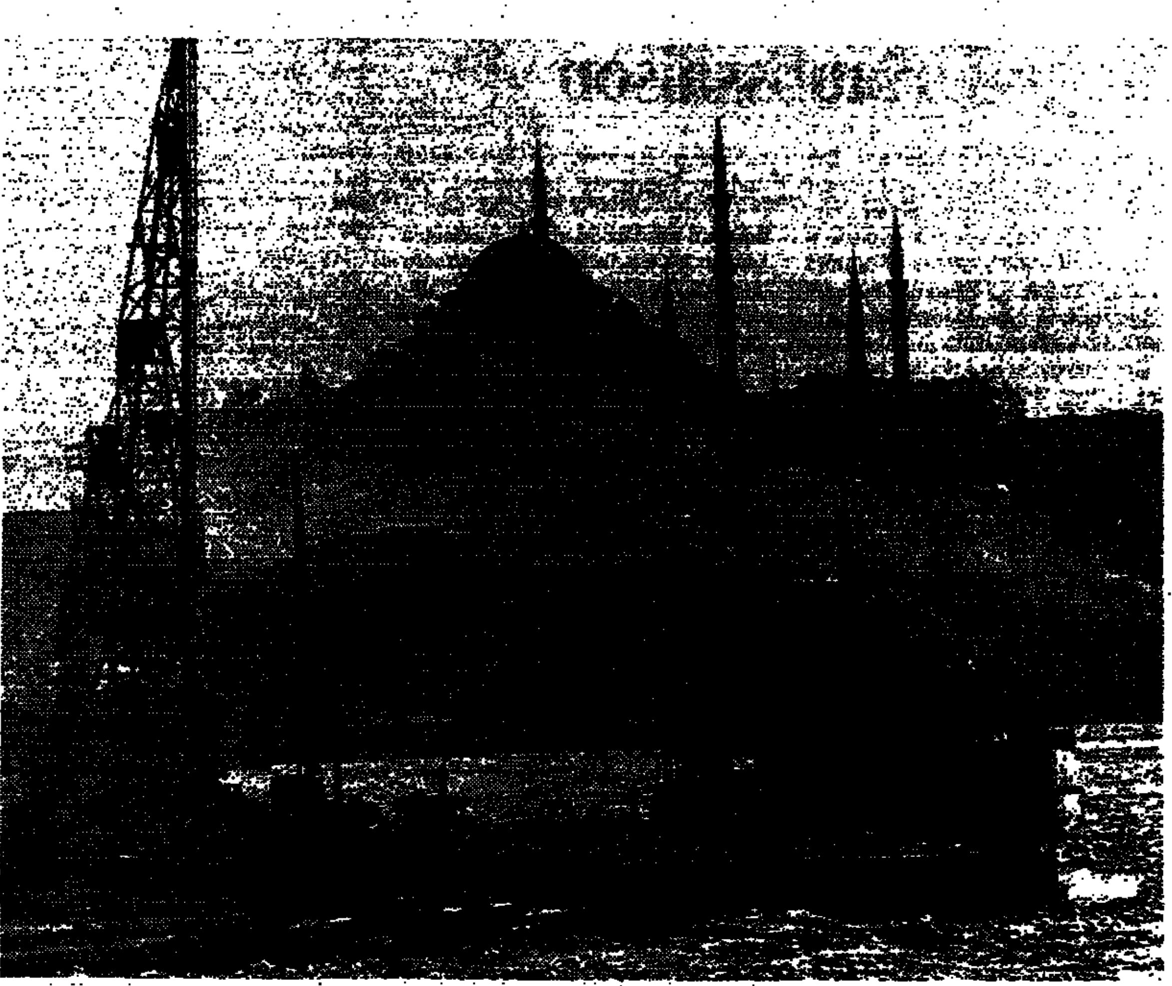
THERMALBÄDER
In der Türkei gibt es mehr als 1000 Thermalquellen. Die meisten sind noch nicht für therapeutische Zwecke erschlossen. Zu den Thermalbädern mit Anwendungseinrichtungen zählen:

Bursa, Yalova, Gönen, Cesme und Sifne, Pamukkale und Karahayit, Hüdayi, Herlek und Ilgin.

WANDERN
Die Nationalparks der Türkei, die die unterschiedlichsten geologischen und botanischen Besonderheiten aufzeigen sind auf 14 große und vielgestaltige Gebiete über das ganze Land verteilt. Zu den Sehenswertesten gehören: der Nationalpark „Uludag“ im Nordwesten; das Vogelparadies „Manyas“, das mit seiner 52 ha großen Fläche auf den Hauptwegen so vieler Zugvögel liegt, wie sie auf der ganzen Welt nur selten angetroffen werden; der Nationalpark „Soguksu“, ein Zentrum des Thermal- und Luftkuranwendung; der Nationalpark „Yedigöller“ mit seinen sieben Gebirgsseen und der Nationalpark „Karatepe-Arslantas“ mit Spuren ältester Zivilisationen.

E. SCH.





Hinter dem Hafen von Istanbul erhebt sich die Sülemaniye-Moschee
FOTO: HENNING CHRISTOPH

WIRTSCHAFT / Deviseneinnahmen bestimmen das Wachstum

Größter Zuwachs im Exportgeschäft

KEMAL CANTÜRK

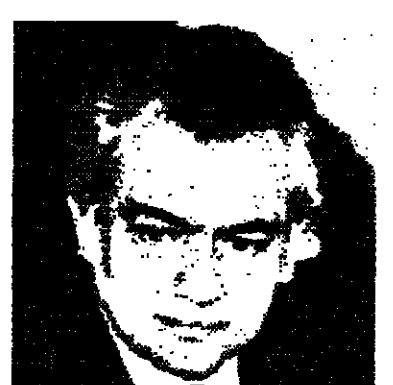
Eine gesunde Entwicklung der türkischen Wirtschaft hängt in erster Linie von der Stetigkeit der Deviseneinnahmen ab. Eine Verringerung der Devisenzuflüsse verursacht schwierige Engpässe in der Wirtschaft.

Einen der schwierigsten dieser Engpässe hat man während der drei Jahre vor der Einführung der Stabilisierungsmaßnahmen im Januar 1980 erlebt. Den Rückgang der Deviseneinnahmen hatte die Verringerung der Einfuhr und der Produktion herbeigeführt und dadurch die Ausfuhr negativ beeinflußt.

Die Ausfuhrförderung und der Abbau des Zahlungsbilanzdefizits zählen zu den Hauptzielen der 1980 in Kraft getretenen Stabilisierungsmaßnahmen.

Diese Maßnahmen haben innerhalb von kurzer Zeit ihre positiven Ergebnisse gezeitigt. Die Ausfuhr ist stark gestiegen, die Anzahl der Exportwaren hat sich erhöht, und die Exportmärkte wurden erweitert.

Die Ausfuhr, die im Jahre 1979 um 1,2 Prozent zurückgegangen war, stieg 1980 um 28,7 Prozent und verzeichnete 1981 einen Rekordzuwachs



Handelsminister Kemal Cantürk
Liberalisieren, diversifizieren

von 61,6 Prozent. In einem Jahr, in welchem der Welthandel und die Ausfuhr einer Vielzahl von Industrie- und Entwicklungsländern zurückgingen, hat sich die Türkei als ein Land erwiesen, dessen Exporte den größten Zuwachs verzeichnet haben.

Trotz der anhaltenden negativen Entwicklung des Welthandels ist die türkische Ausfuhr 1982 um 22,2 Prozent weiter gestiegen.

In den letzten Jahren sind bei der Ausfuhr strukturelle Veränderungen zu beobachten. Diese sind der Ausbau des Anteils der Industriewaren am Export und die Erschließung neuer Absatzmärkte.

Der Anteil der Industriewaren am Gesamtexport war im Jahre 1980 36 Prozent, 1982 stieg er auf 59,7 Prozent. Diese Entwicklung hat sich auch 1983 fortgesetzt, indem sich der Anteil der Industriewaren am Export in den ersten vier Monaten dieses Jahres auf 64,2 Prozent erhöht hat.

Auch in der Anzahl der Exportprodukte ist ein bemerkenswerter Anstieg zu beobachten. Während sich die Anzahl der Exportwaren 1979 auf 795 belief, stieg diese Zahl 1982 auf 1779. Den größten Teil dieser Waren machen die Industrieprodukte aus.

Während die Türkei ihre bereits vorhandenen Märkte ausbaute, hat sie gleichzeitig neue Absatzmärkte erschlossen. Bei einem ständigen Anstieg der Ausfuhr in die OECD- und EWG-Länder erfuhr der Export in die Länder im Nahen Osten und in Nordafrika einen außergewöhnlichen Zuwachs.

Die Einfuhr, die durch die Beseitigung des Devisenengpasses im Jahre 1980 einen starken Anstieg verzeichnet hatte, erhöht sich zur Zeit langsamer, da der Bedarf an Importwaren mühelos gedeckt werden kann und keine spekulativen Erwartungen mehr in der Wirtschaft existieren.

Die Einfuhr erhält jedes Jahr eine liberalere Struktur, und der Anteil des Imports nach den Liberalisierungslisten nimmt ständig zu.

Durch ihre stabile wirtschaftliche Entwicklung, welche durch den Außenhandel unterstützt wird, bietet die Türkei heute ein vertrauenerweckendes Bild.

Die Hauptmerkmale der zukünftigen Exportpolitik werden der Ausbau und die Erhaltung der vorhandenen Exportmärkte, die Erschließung neuer Absatzmärkte und Diversifikation der Exportprodukte sein. In der Importpolitik wird der Ausbau der Liberalisierung als Hauptziel ins Auge gefaßt.

Kemal Cantürk ist Handelsminister der Türkei.

	Ausfuhr (in Millionen $)						Einfuhr (in Mill. $)	
	1979	%	1980	%	1982	%		
EWG	1 098	48,5	1 251	42,7	1 755	28,3	1979	5 069
OECD	1 446	64,0	1 680	57,7	2 556	44,5	1980	7 909
Naher Osten	294	13,0	550	18,9	2 160	37,6	1981	8 933
Nordafrika	113	5,0	109	3,6	531	9,2	1982	8 734

GASTARBEITERFIRMEN / Boß zu Hause

Einer bei Ford hatte die Idee

Richard von Weizsäcker, Berlins Regierender Bürgermeister, besuchte im April dieses Jahres in der Türkei einen Musterbetrieb. Ein ehemaliger Gastarbeiter aus der Türkei hatte nach seiner Rückkehr in seine Heimat mit dem in Deutschland verdienten Geld eine „Fabrikasi" aufgemacht. Diese Art von Arbeitnehmer-Unternehmen wurde erstmals 1965 gegründet.

Gastarbeiter stellten nach ihrer Rückkehr aus der Bundesrepublik Deutschland fest, daß das Geld, das sie in Deutschland verdient hatten, durchaus reichte, um in der Türkei eine eigene Firma zu gründen. So entstanden nach und nach unter dem Modell der Arbeitnehmergesellschaften Firmen in Form von Aktiengesellschaften.

Nach Angaben der „Desiyab", der staatlichen Industrie- und Arbeitnehmer-Investitionsbank (Filiale in Köln, Hansaring 149) bestehen inzwischen 322 Gesellschaften dieser Art in der Türkei.

Zühtü Eren, Repräsentant der Bank in Köln: „Die Gesellschaften verteilen sich auf die Sektoren Landwirtschaft (4), Bergbau (8), verarbeitende Industrie (300) und zehn auf den Bereich der Dienstleistungen. Von 1976 bis 1982 hat unsere Bank 103 Arbeitnehmergesellschaften mit insgesamt 151 Millionen Mark unterstützt, davon rund zwei Drittel in Form von Krediten und der Rest durch Kapitalbeteiligung." An diesen 322 Gesellschaften sind insgesamt 345 062 Personen beteiligt, davon 154 820 Türken, die noch im Ausland tätig sind und ihr Geld in die Türkei an diese Gesellschaften überweisen.

Zühtü Eren: „Bei voller Kapazitätsauslastung ermöglichen diese Gesellschaften die Beschäftigung von 41 393 Personen."

Angefangen hatte das Ganze mit einem türkischen Arbeiter bei Ford in Köln. Er entdeckte, daß es besser sei, viel Geld von vielen Türken in ein Projekt zu stecken, statt wenig Geld eines einzelnen in ein Mini-Unternehmen. Heute gehört die von Necati Telger gegründete Gesellschaft „Türksan" zu den größten Unternehmen in der Türkei.

Andere Beispiele aus der Textilwirtschaft, dem Baustoff- und Futtermittelbereich zeigen, daß gut geplante Unternehmergesellschaften sehr produktiv sein können. So liegt die Beschäftigtenzahl pro Arbeitnehmer-Unternehmensgesellschaft bei rund 200. Darunter geht es oft nicht. Berlins Regierender Bürgermeister besuchte die „Kirsehir Bulgar Fabrikasi", 150 Kilometer südöstlich von Ankara. In diesem Betrieb (1300 Aktionäre) wird aus Mais und Sonnenblumenkernen Tierfutter gemacht.

HANS WILD

SCHIFFAHRT UND SCHIFFBAU / Fremdanteile verringern

Milliarden für Ausbau der eigenen Handelsflotte

Die neue Regierung der Türkei hat das Problem der nationalen Flotte erkannt. Daher wird der Schiffahrt große Priorität eingeräumt", sagt Engin Derinsu, Deutschland-Chef der staatseigenen „Turkish Cargo Line" (Sitz in Hamburg), gegenüber der WELT. Als Grund nannte der ehemalige Kapitän: „Die Türkei will und muß ihre Exportanstrengungen verstärken. Gleichzeitig ist es Ziel der Regierung, den ausländischen Anteil an den Frachteinnahmen zu verringern."

Erste Erfolge sind sichtbar: In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden eine Reihe neuer Schiffe in Dienst gestellt, u. a. zwei Semi-Containerschiffe mit einer Tragfähigkeit von 5800 Tonnen.

95 Prozent des gesamten türkischen Außenhandels gehen über See. Es ist daher mehr als verständlich, daß das Land seine Abhängigkeit vom Transportvolumen ausländischer Flotten verringern möchte. Rund drei Viertel aller Exporte werden von Schiffen unter nichttürkischer Flagge abgefahren, das kostet den Staat rund 1,7 Milliarden Mark an Devisen jährlich. Kapitän Derinsu von der Staatsreederei TCL: „Aus diesem Grund sieht die Planung vor, bis 1993 das Transportvolumen von jetzt 3,7 Millionen Tonnen Tragfähigkeit auf bis zu sieben Millionen Tonnen in zehn Jahren zu steigern.

Seit drei Jahren vollzieht sich der Ausbau der Flotte fast unbemerkt von der übrigen Schiffahrtswelt. Zählte die Flotte 1981 nur rund 500 Schiffe mit insgesamt 1,7 Millionen Tonnen Tragfähigkeit (tdw), so ist sie inzwischen auf über 600 mit mehr als 3,7 Millionen tdw angewachsen. Nach den internationalen „Shipping Statistics" vom Juni 1983 rangiert die Türkei auf Platz 27 aller Welthandelsflotten (Bundesrepublik Deutschland: Platz 14 mit 1063 Schiffen und 10,6 Millionen tdw).

Um den Ausbau der Flotte überhaupt ohne größeren Devisenaufwand bewerkstelligen zu können, wurde parallel zum Flottenprogramm ein Werften- und Hafen-Ausbau-Programm beschlossen.

Die Türkei verfügt über eine Vielzahl kleinerer Schiffbaubetriebe an allen Küsten, insbesondere am Schwarzen und am Mittelmeer. Mit einem Millionen-Investitionsförderungsprogramm wird gegenwärtig im Marmara-Meer ein neues Werftenzentrum gebaut. Rund 40 Kilometer von Istanbul entfernt, wird bis 1985 ein neuer Schiffbauplatz entstehen.

Rund 3000 Menschen werden dort Beschäftigung finden. Die Regierung fördert mit billigen Investitionskrediten den Schiffbau. Da die Türken aufgrund dieser Förderung sehr viel billiger bauen können als deutsche Werften, wurden bereits Aufträge an türkische Werften durch deutsche Reeder vergeben. So entstand 1981 auf der Melten-Werft der Frachter „Doris" für die Hamburger Reederei „Elbe Transport Union". Und im Juni dieses Jahres wurde bereits das dritte Schiff von der Werft für die Hamburger Reederei abgeliefert. Fast die gesamte Ausrüstung stammt aus der Bundesrepublik – und dennoch war der Bau in der Türkei billiger.

Die Türkei verfügt gegenwärtig über eine Schiffbaukapazität von rund 500 000 Tonnen jährlich. Bis 1986 soll sie bis 800 000 Tonnen gesteigert werden.

YUCA KARAKOY

Über das Investieren in eine sehr lange Urlaubssaison

Das Jahr 1984 werde in der Türkei das Jahr des Neubeginns. Die Wende in der Wirtschaftspolitik wurde vollzogen. Ein neuer Fünf-Jahr-Plan setzt die Akzente anders als bisher. Der Entwicklung der nationalen Energieressourcen, der Infrastruktur und der exportorientierten Industrie wird oberste Priorität eingeräumt.

Die Exporte haben sich von 2,9 Milliarden Dollar auf 5,75 Milliarden Dollar von 1980 bis 1982 nahezu verdoppelt, während die Importe von 7,9 auf 8,74 Milliarden Mark stiegen. Das Zahlungsbilanzdefizit ging von 3,1 Mrd. Dollar (1980) auf rund eine Milliarde US-Dollar im letzten Jahr zurück. Für 1983 wird sogar nur noch ein Minus von rund 500 Millionen Dollar erwartet.

Die OECD ist daher voll des Lobes für die türkische Wirtschafts- und Finanzpolitik unter dem Militärregime. Nach Auffassung der OECD gehören heute die „drückendsten wirtschaftlichen Probleme der Türkei der Vergangenheit an". Dennoch warnt die OECD davor, über den Erfolg die weitere Arbeit zu vernachlässigen. So müssen vor allem die strukturellen Gegebenheiten der türkischen Wirtschaft weiter schnell verbessert werden.

Zu diesem Urteil kam auch eine Delegation deutscher Wirtschafts- und Finanzfachleute, die im April dieses Jahres die Türkei besuchten. Hans Otto Thierbach, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und des „Nah- und Mittelostvereins", sagte nach der Rückkehr: „Wir können nur hoffen, daß sich alle hochverschuldeten Länder an der Türkei ein Beispiel nehmen und sich so positiv entwikkeln." Rolf Geberth (OECD) sagte: „Die Türkei ist ein überzeugendes Beispiel dafür, wie ein Schwellenland eine tiefe Krise mit fast unglaublichem Erfolg bewältigt."

Auch das Interesse von ausländischen Investoren, insbesondere aus der Bundesrepublik Deutschland, ist wieder stark gestiegen.

Lagen die Auslandsinvestitionen bis 1979 erst bei rund 300 Millionen Dollar, so sind seither rund 600 Millionen Dollar hinzugekommen. Die Bundesrepublik Deutschland nimmt nach der Schweiz den zweiten Platz ein. Die Bundesrepublik Deutschland ist Handelspartner Nummer eins der Türkei im Westen. Deutsche Exporte 1982: 2,4 Milliarden Mark, Importe: 1,7 Mrd. DM.

Der ausländische Investor hat über das Dekret 8/268 eine Vielzahl von Möglichkeiten. Vorrang, verbunden mit erheblichen Vergünstigungen, wird Investitionen in der Agroindustrie, dem Bergbau, im Erdölsektor und im Tourismus eingeräumt. Die Regierung weist mit Recht darauf hin, daß die Türkei eins der wenigen Länder ist, wo die Urlaubssaison sehr lang ist. Die Natur und die Touristikstruktur an den Mittelmeerküsten erlauben eine Saison von fast zehn Monaten im Jahr.

Das neue Gesetz über die Förderung der Fremdenverkehrsinvestitionen ist im März letzten Jahres in Kraft getreten. In zwölf ausgewählten Gebieten u. a. in *Istanbul, Izmir* und Antalya werden ausgewählte Grundstücke auf 49 Jahre an Investoren verpachtet, dazu werden bis zu 40 Prozent Investitionsreduzierungen gewährt, verbilligter Strom-, Wasser- und Gasbezug, billige Kredite über die Fremdenverkehrsbank.

Investitionen im Energiebereich (Erdöl und Gas) sind im Dekret 6/326 geregelt und bieten erhebliche Chancen. Die Weltbank beurteilt die Möglichkeiten *bei der Erdölexploration* als besonders vielversprechend.

Investitionen im bisher vernachlässigten Osten oder Südosten werden gefördert.

WILLY PFEDER

INDUSTRIALISIERUNG / Das Rezept zum Wachstum

Der Wirtschaft Zugmaschine ist die Industrie

MEHMET TURGUT

Die Industrialisierung der Türkei ist so alt wie die türkische Republik. In den verschiedenen Zeiten kamen verschiedene Wirtschaftspolitiken zur Anwendung, doch die 50er Jahre waren von einer „gemischten Wirtschaft" gekennzeichnet und das Ausmaß der Industrialisierung wuchs in dieser Zeit besonders. Wachstum durch Industrialisierung, so lautet die offizielle türkische Politik. Und in der Tat konnte eine andere Politik gar nicht gewählt werden. Denn die Türkei hat heute fast 50 Millionen Einwohner, verfügt über qualifizierte Arbeitskräfte und eine besondere geopolitische Lage.

Die Politik der „gemischten Wirtschaft"

In den Jahren von 1950 bis 1960 betrug das durchschnittliche jährliche Wachstum der türkischen Wirtschaft 7 Prozent, in den Jahren von 1960 bis 1970 waren es 6 und in dem folgenden Jahrzehnt bis 1980 5 Prozent. In den Jahren nach 1960 kam die Politik der „gemischten Wirtschaft" in den Entwicklungsplänen klarer zum Ausdruck. Man ging daran, die vorgesehene Entwicklung durch 5-Jahres-Pläne sicherzustellen. Der Vorrang gebührte auch in dieser Zeit dem Privatsektor, und innerhalb der „gemischten Wirtschaft" war der industrielle Sektor *die Zugmaschine.*

Als ein Ergebnis hat die türkische Industrie eine Struktur erworben, die sie befähigt, mit dem Fortschritt im technologischen Zeitalter Schritt zu halten. Sie hat Elemente erworben, die es ihr erlauben, sich der Außenwelt zu öffnen. Und sie wurde die Lokomotive der Wirtschaft.

Gegen Ende der 70er Jahre geriet unsere Industrie in eine Krisenphase. Aber jetzt schickt sie sich an, diese wieder zu verlassen. Es war dies allerdings auch eine Phase großer Erfahrungen. Sie hat es gelernt, ihre Probleme zu lösen. Und dadurch, daß die Industrie die finanziellen Schwierigkeiten überwunden hat, wurde sie fähig zu größeren Sprüngen nach vorne.



Industrieminister M. Turgut: Türkei kein Agrarland mehr

Während der kritischen Jahre vor 1980 konnte in unserer Industrie nur 35 Prozent der bestehenden Kapazität eingesetzt werden, heute werden 75 Prozent genutzt. Das ist insbesondere *darauf zurückzuführen, daß die Her*stellung der öffentlichen Ordnung nach dem 12. September 1980 positive Effekte hatte. Mehr noch, der Anteil industrieller Güter an der Ausfuhr des Jahres 1982 ist auf rund 60 Prozent gestiegen. Während der ersten vier Monate des Jahres 1983 lag die Zahl sogar bei 68 Prozent. Diese Zahlen belegen, daß der industrielle Sektor ein größeres Wachstum aufzuweisen hat als die übrige Wirtschaft.

In den letzten 20 Jahren konnten viele Investitionsgüter, die man früher importieren mußte, zu Hause hergestellt werden, und das dem Weltstandard entsprechend.

Hervorragende Entwicklungen wurden im Bereich der Maschinen herstellenden Industrie erzielt, sowohl auf praktischem als auch auf theoretischem Gebiet. Moderne Testverfahren in der Manufaktur, der Produktionsplanung, der Nutzung Materials hoher Qualität, der Auswahl moderner Technologie, der Produktionsdurchführung, des Einsatzes qualifizierter Arbeiter und ähnliche Punkte wurden in unseren Fabriken und anderen Produktionseinheiten eingeführt.

In der Konsequenz erreichte die Türkei damit den Stand, der es ihr erlaubt, heimische Maschinen und Ausrüstungsgegenstände bei ihren Investitionsvorhaben und in ihren Fabriken zum Einsatz zu bringen. Mehr noch, die Türkei hat begonnen, im Ausland komplette Produktionseinheiten aufzubauen. Dabei kommen ihr ihre Fähigkeiten in verschiedenen Sektoren zustatten, der wichtigste davon ist der Bereich von Ingenieur-Dienstleistungen.

Trotz dieser obengenannten positiven Punkte ist die Türkei bereit und fühlt sich geradezu verpflichtet, heute auf bestimmten Gebieten von den verschiedenen Angeboten der industrialisierten Länder zu profitieren. Dazu zählt auch die Bundesrepublik Deutschland, unser alter und geschätzter Freund, die eine hervorragende Rolle spielt. Dieses Profitieren kann im Bereich fremden Kapitals, moderner Technologie, in Form von Joint Ventures und der Zusammenarbeit in verschiedener Weise und auf verschiedenen Feldern bestehen. Gute Ergebnisse und völlig neue Möglichkeiten bieten sich gerade im Nahen Osten und in den Ländern der Dritten Welt an, wenn man gemeinsame Anstrengungen unternimmt.

„Was unsere Freunde wissen sollten"

In einem Satz, die Türkei ist kein reines Agrarland mehr. Die Türkei besitzt entwickelte und sich entwikkelnde Industrien. Unser Export besteht nicht nur aus Baumwolle, Tabak, Haselnüssen, Weintrauben und Getreide. Die Türkei besitzt eine Reihe erfahrener Unternehmer und qualifizierter Arbeiter. Das sollten unsere Freunde sehen und wissen.

Mehmet Turgut ist Industrieminister der Türkei

TÜRKEI
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg

Koordinationsbüro:
Internationale Sonderbeilagen
Skala Gesellschaft mbH & Co. KG
Leo C. F. Bursky, Wien
W 170/14/83
Kommerzielle Bearbeitung:
Repräsentanz für Sonderbeilage Türkei

tit ajans
Mr. Hilmi Zafer Erdem
4. Gazeteciler Sitesi A 1/2, Levent Istanbul
Tel. 64 74 78 / 64 79 24